Walther Gehl

Der deutsche Aufbruch

1918-1940

Einige Urteile über die ersten Auflagen

„Das Büchlein verdient wegen der gewandten und übersichtlichen Darstellung, sowie der eindrucksvollen Bebilderung eine besondere Hervorhebung. Die Geschichte von 1918–1936 wird für Deutschland immer von größter Bedeutung sein, und der deutsche Erzieher greift gerne nach einem preiswerten Buche, das in knapper Form diesen Zeitabschnitt übersichtlich umreißt."

Begutachtungsstelle der Reichswaltung des NS.-Lehrerbundes

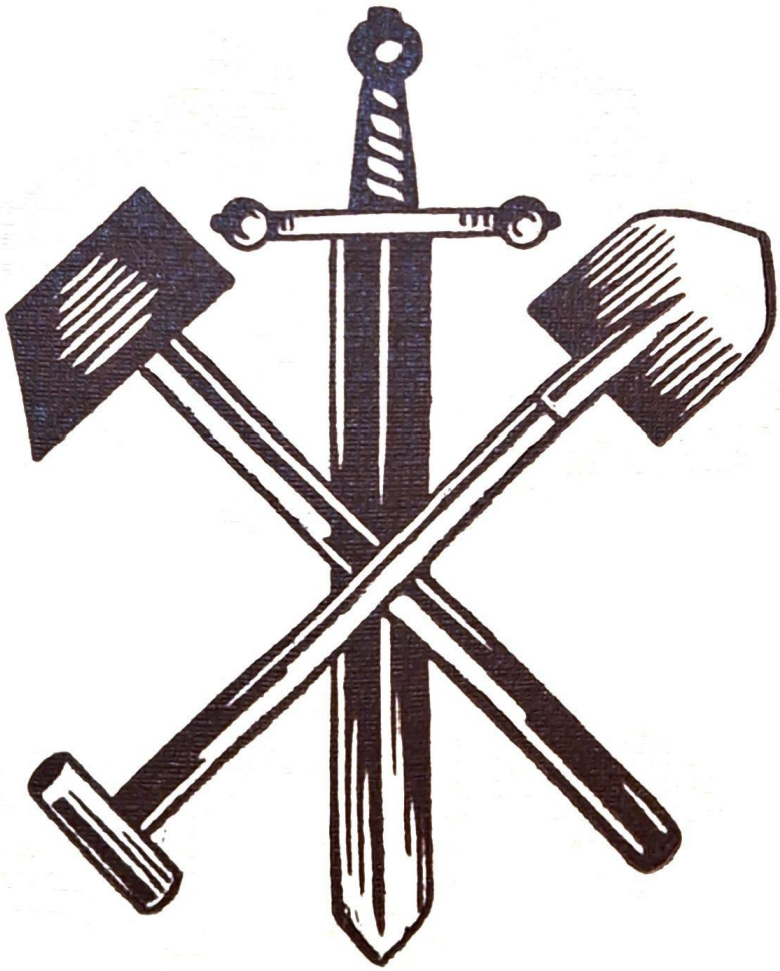
„Zu seinen drei Quellenheften (Die nationalsozialistische Revolution – Der nationalsozialistische Staat, 1. und 2. Heft) hat Gehl nun gewissermaßen das Band, das die Quellenhefte zusammenschließende Textheft, geschaffen. In volkstümlicher Weise stellt es die Ereignisse der Jahre 1918–1936, von vielen Bildern und Karten unterstützt, dar. Es wird dem Lehrer als helfende Ergänzung zum Quellenmaterial willkommen sein. Auch Jugendlichen von 15 Jahren aufwärts macht der leicht verständliche Text keine großen Schwierigkeiten."

Reichszeitung der deutschen Erzieher

„Dieser kleine, aber in seiner starken Schilderung und ansprechenden Bebilderung aufschlußreiche Band gehört in die Hand eines jeden Deutschen, dem es ernst ist um den Aufbau des neuen deutschen Vaterlandes. Noch einmal erleben wir die Zeit des Verfalls, die Parteienherrschaft und -zwietracht, und wir empfinden: nie wieder darf es und wird es so kommen wie in den Jahren nach 1918. Aus der Verfallszeit schreiten wir mit dem Verfasser in die Zeit des Aufbaus, und wir fühlen die Berechtigung des Wortes von Gerhard Schumann, das als Leitwort dem Buche vorangesetzt ist: »Wo sind die Riffe, die dir Halt geböten? Hinaus – hinüber – in die Morgenröten!«."

Völkischer Wille

Der deutsche Aufbruch 1918–1940



Walther Gehl

1943

Hirts Deutsche Sammlung

Sachkundliche Abteilung
Geschichte und Staatsbürgerkunde

Gruppe II: Ereignisse

Band 9: Gehl, Der deutsche Aufbruch

Bestell-Nr. 8901

9. November 1918: Rote Fahnen durchs Brandenburger Tor

30. Januar 1933: SA. marschiert durchs Brandenburger Tor

Walther Gehl

Der deutsche Aufbruch

9. November 1918 bis 31. Dezember 1940

Die Schrift wird in der NS.-Bibliographie geführt.
Der Vorsitzende der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums.
Berlin, den 5. Juni 1941

Vierte, erweiterte Auflage

Ferdinand Hirt in Breslau
Königsplatz 1

Mit 85 Bildern und 39 Kartenskizzen

Wo sind die Riffe, die dir Halt geböten?
Hinaus — hinüber — in die Morgenröten!
Gerhard Schumann

Printed in Germany
Copyright 1936, 1937, 1938 and 1941 by Ferdinand Hirt in Breslau

Inhaltsübersicht

I. Die Begründung der Weimarer Republik — Seite

Umsturz und Waffenstillstand 6
Die Fortsetzung des Krieges — auf deutschem Boden 13
Die Weimarer Nationalversammlung 16
Die Weimarer Verfassung 23

II. Der Weltfriede gegen das deutsche Volk

Das Friedensdiktat von Versailles 27
Der Angriff auf die deutsche Ehre 30
Die Verstümmelung des deutschen Reichs- u. Volksbodens 33
Der Druck gegen den deutschen Volksboden 42
Die Entwaffnung Deutschlands 47
Die Zerstörung der deutschen Wirtschaft 49
Der Kampf um den Rhein 54
Die deutsche Erhebung 66

III. Deutschland als Ausbeutungskolonie der Hochfinanz

Die Tributversklavung 77
Unter dem Geist von Locarno 83
Der Aufbau der Widerstandsfront in Deutschland 87
Die Weltwirtschaftskrise 92

IV. Der Kampf um Deutschland

Schleichender Bürgerkrieg 100
Die nationalsozialistische Revolution 114

V. Die Grundlegung des nationalsozialistischen Deutschlands

Deutsche Volksgemeinschaft 122
Der Neubau des Staates 131
Völkische Erneuerung 139
Der Umbau der Wirtschaft 149

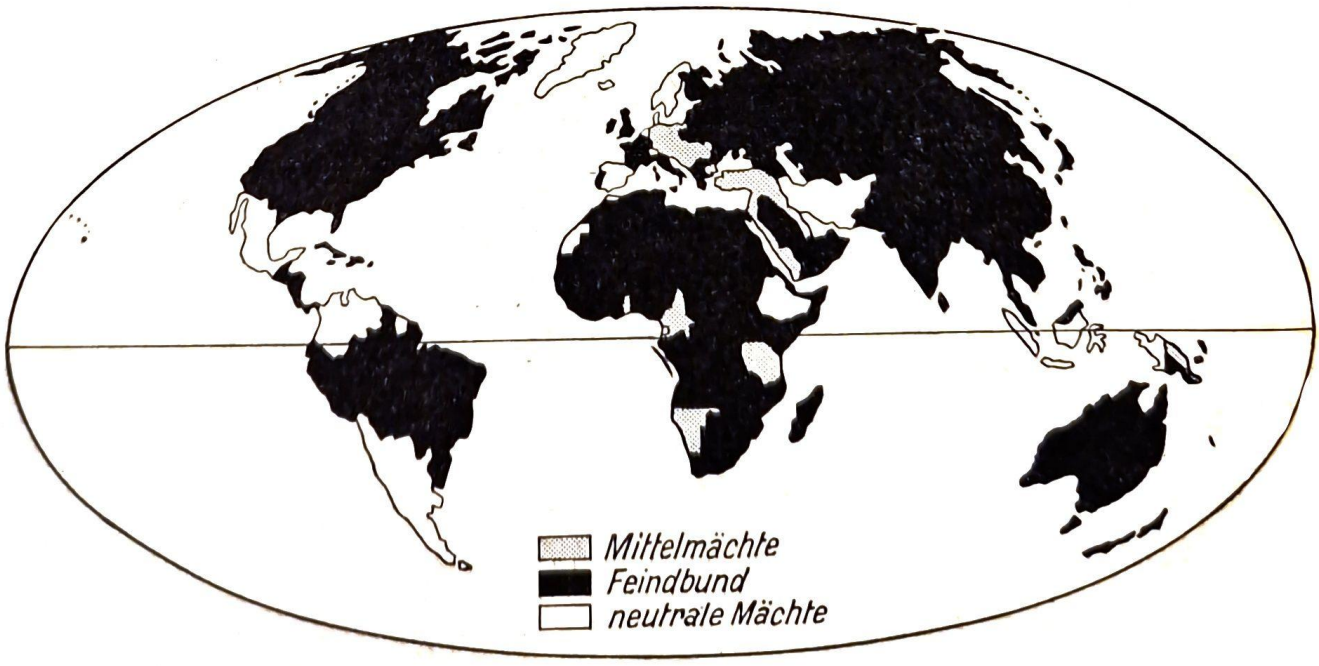
VI. Die Erneuerung des Reiches

Um Freiheit, Frieden, Ehre 156
Der Kampf für eine Neuordnung der Welt 162
Die gesamtdeutsche Verantwortung des Reiches 165
Die Schaffung Großdeutschlands 168
Der Krieg gegen das europafeindliche England 179

I. Die Begründung der Weimarer Republik

Umsturz und Waffenstillstand

Vier Jahre lang hatte das deutsche Volk mit seinen Verbündeten gegen fast die gesamte Welt ruhmvoll standgehalten. Trotz wachsender Überlegenheit der Feinde an Menschen, Waffen, Munition kämpfte die Front in zäher Verbissenheit. Aber die Menschen der Heimat waren durch die Hungerblockade nicht nur körperlich entkräftet. Sie hatten das Vertrauen auf den Sieg verloren und hängten ihre gläubigen Hoffnungen an die lockenden Verheißungen des amerikanischen Präsidenten Wilson, die einen wahrhaften, von Gerechtigkeit getragenen Völkerfrieden verkündeten. Diese Kriegsmüdigkeit der Heimat nutzten jene Mächte, die einen deutschen Sieg nicht wollten, und entfalteten eine immer offenere Werbetätigkeit mit Flugblättern, Zeitungsartikeln, Versammlungen. Nicht nur die weltfremden „Pazifisten", die in Deutschland und seinen Waffenerfolgen das eigentliche Hindernis sahen auf dem Wege zu einem ewigen Weltfrieden; nicht nur die vorwiegend von Juden geführten „Unabhängigen" und Kommunisten, die an eine Weltrevolution des internationalen Proletariats glaubten und daher „die äußeren Schwierigkeiten unserer Ausbeuter und



Die Welt gegen Deutschland

Bedrücker ausnutzen" wollten, um „die Herrschaft der Arbeiterklasse siegreich aufzurichten", wie ein Hamburger Flugblatt schrieb; auch die Sozialdemokratische Partei mit ihren Millionen Anhängern schwenkte von Tag zu Tag deutlicher in die Front der Gegner des deutschen Volkes ein. Der sowjetrussische Botschafter in Berlin unterstützte die Umsturzbewegungen mit Geld, Flugblättern und Waffen. „Deutschland soll", so bekannte das sozialdemokratische Hauptblatt, der fast ausschließlich von Juden geschriebene „Vorwärts", am 20. Oktober 1918, „seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben."

Die Heimat wankte, die Front verlor ihren Rückhalt. Hindenburg und Ludendorff mußten fordern, Verhandlungen über einen Waffenstillstand einzuleiten. Die Parteien, die schon 1917, auf der Höhe der deutschen U-Boot-Erfolge, für einen „Verständigungsfrieden" auf Grund des Vorkriegsstandes eingetreten waren — Sozialdemokraten, Liberale und Zentrum —, bildeten eine neue Regierung aus ihren Reihen unter der Kanzlerschaft des demokratischen Prinzen Max von Baden (3. Oktober). Zwei Tage darauf bat diese Regierung nicht eine neutrale Macht, sondern Wilson, den Präsidenten der feindlichen Vereinigten Staaten, „alle kriegführenden Staaten zu Friedensverhandlungen einzuladen". Grundlage der Verhandlungen sollten die 14 Punkte sein, die Wilson im Januar als Grundsätze eines „Friedens der Gerechtigkeit" verkündet hatte: Räumung und Wiederherstellung der besetzten Gebiete, „Wiedergutmachung des Unrechts von 1871", Auflösung Österreich-Ungarns in Einzelstaaten, Verdrängung der Türkei aus Europa, Errichtung eines unabhängigen Polens mit einem freien Zugang zur See, „unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche", Freiheit der Meere, Öffentlichkeit aller Verträge, Rüstungsbeschränkung, Gründung eines allgemeinen Staatenverbandes zur Wahrung des Weltfriedens. Um das deutsche Volk völlig zu zermürben, zog Wilson die Vorverhandlungen mit immer neuen Anfragen und Forderungen einen vollen Monat hin. Auf seinen Wunsch stellte Deutschland zunächst den U-Boot-Krieg ein. Auf seinen Wunsch änderte es seine Verfassung, unterstellte es die Regierung der Aufsicht des Reichstages, legte es die Entscheidung über Krieg und Frieden aus der Hand des

Kaisers in die der Volksvertretung. Das hatte die Heeresleitung nicht gemeint; sie hatte Verhandlungen gewollt, nicht Unterwerfung. Ludendorff setzte sich dafür ein, alle Kräfte des Volkes straff zusammenzufassen zu einem Widerstand bis zum Äußersten. Die Regierungsparteien aber lehnten eine nationale Verteidigung ab, und der Kaiser stellte sich auf ihre Seite, stimmte der Verfassungsänderung zu und entließ Ludendorff (26. Oktober).

Trotz der seelischen Belastung durch das Wissen, im nutzlosen Kampfe zu stehen, trotz der völligen Auflösung der Fronten der Verbündeten hielt die deutsche Front. Schritt für Schritt wollte die Heeresleitung sie zurücknehmen bis in die starke Festungslinie Antwerpen–Metz–Straßburg. Hier sollte sie letzten Widerstand leisten gegen einen Feind, dessen Angriffsgeist in der Aussicht auf den nahen Frieden schon erlahmte. Am 4. November gab der Admiralstab der Schlachtflotte in Kiel den Befehl, auszulaufen, die rechte Flanke des Westheeres zu decken und die englischen Truppentransporte über den Kanal zu stören. Um sich nicht „für die Ehre der Offiziere" zu opfern, löschten aber die von der jüdisch-marxistischen Propaganda verführten Heizer die Feuer unter den Kesseln, die Matrosen holten die Reichskriegsflagge nieder, hißten die rote Fahne, liefen von Bord und bemächtigten sich der Stadt. Die Ersatztruppen gingen zu den Meuterern über. Nach sowjetrussischem Muster bildeten sich „Arbeiter- und Soldatenräte". Die Heeresleitung verlangte tatkräftiges Durchgreifen gegen die Rädelsführer. Die Reichsregierung aber ging nicht „mit Minenwerfern und Handgranaten" (Adolf Hitler) vor, sondern schickte einen sozialdemokratischen Abgeordneten, um zu verhandeln. So griff die Meuterei schnell um sich.

Am 7. November riefen die Marxisten in München die Republik aus, und der neue Präsident, der galizische Jude Eisner (eigentlich Kosmanowski) drohte Berlin mit „Abbruch der diplomatischen Beziehungen". Am gleichen Tage fiel Köln, der entscheidende Brückenkopf im Rücken der deutschen Westfront, kampflos in die Hände der Umstürzler. Am 9. November siegten die Marxisten auch in Berlin. Sozialdemokraten und Unabhängige riefen zum Generalstreik auf. Die Arbeiter verließen die Fabriken und marschierten in langen Reihen in das

November 1918: An der Front

November 1918:
In der Heimat
(Scheidemann spricht aus einem Fenster der Reichskanzlei zu den marxistischen Arbeitern)

Scheidemann

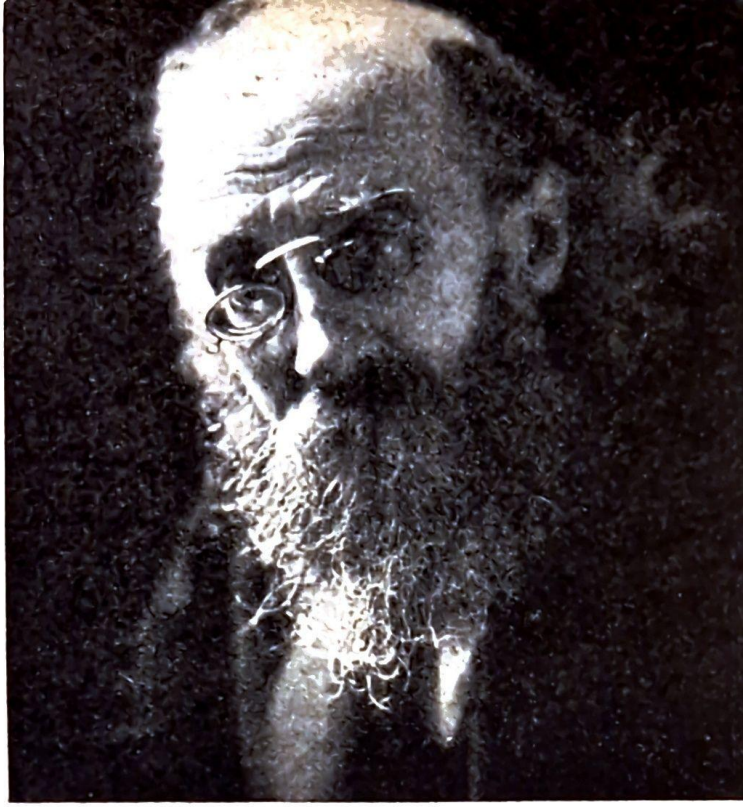
Innere der Stadt. Die Garnisontruppen verweigerten den Gehorsam und bildeten Soldatenräte. Die noch treu gebliebenen Truppen erhielten den Befehl, auf keinen Fall zu schießen, und mußten weichen.

In der Meinung, dadurch könne „noch alles gerettet werden", verkündete Reichskanzler Max von Baden von sich aus, Wilhelm II. habe abgedankt, und übergab sein Amt dem sozialdemokratischen Parteivorsitzer Ebert. Von einem Fenster der Reichskanzlei aus rief sein Parteigenosse Scheidemann die deutsche Republik aus: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!" Je drei Führer der beiden marxistischen Parteien — darunter je ein Jude — übernahmen als „Volksbeauftragte" die Regierung und verkündeten als ihr Programm: Friede! Freiheit! Brot!

Der Kaiser hatte den Vorschlag aus seiner Umgebung, an die Front zu gehen und an der Spitze seiner Truppen vor dem Feinde den Tod zu suchen, als „heroischen Selbstmord" abgelehnt. Auch einen Bürgerkrieg gegen die landesverräterischen Umstürzler wollte er vermeiden. So verließ der Oberste Kriegsherr sein kämpfendes Heer und überschritt im Kraftwagen die Grenze in das neutrale Holland, und der Kronprinz folgte.

Die eigentlichen Hintergründe des Landesverrats werden deutlich in einem damaligen Aufsatz der fast rein jüdischen „Frankfurter Zeitung" (16. November 1918). Darin wird festgestellt, „daß die neuen Gewalten die Bedeutung der Börse anerkennen und daß sie ihrer Tätigkeit keinerlei Hindernisse in den Weg legen werden. Es wird in Zukunft vielleicht sogar gelingen, die Börse von Fesseln zu befreien". Die Börse könne jedenfalls „der neuen Ära mit Vertrauen entgegensehen". Das jüdische Börsenkapital stand also als Nutznießer und Drahtzieher hinter dem „sozialistischen" Umsturz. Als schon bald im Volke die Juden für den Zusammenbruch verantwortlich gemacht und die „Volksbeauftragten" als die Beauftragten des

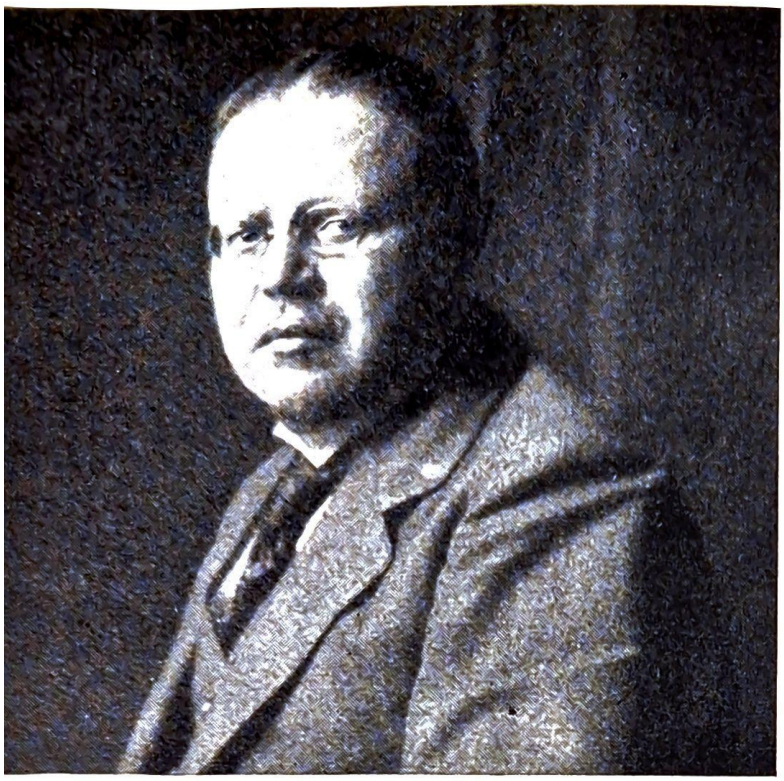
— jüdiſchen Volkes bezeichnet wurden, erſchien „der Gerechtigkeit wegen“ ein Flugblatt, das ſich gegen die „Judenhetze“ wandte. „Wer trat im Reichstag neben anderen Kriegsgegnern ſeit Herbſt 1914 für den Frieden ein? Es waren die Juden Haaſe, Bernſtein, Oskar Cohn und andere.“ Das ſollte eine Verteidigung der Juden ſein!



Eisner (Kosmanowſki)

Am 5. November hatte Wilſon der Regierung des Prinzen Max mitteilen laſſen, die Feindmächte ſeien bereit, auf Grund der 14 Punkte Frieden zu ſchließen. Dieſe ausdrückliche Feſtlegung auf die 14 Punkte war ein klarer Vorfriedensvertrag. Daraufhin hatte am 7. November eine deutſche Abordnung unter dem Zentrumsabgeordneten und Staatsſekretär Erzberger die feindlichen Linien durchfahren. Im Walde von Compiègne erwartete ſie der oberſte Befehlshaber der Entente, der franzöſiſche Marſchall Foch, in ſeinem Salonwagen, um ſie „von den Waffenſtillſtandsbedingungen in Kenntnis zu ſetzen“.

Schon vor dem Kriege war Erzberger, einſt Volksſchullehrer in Buttenhauſen in der Schwäbiſchen Alb, Reichsagstabgeordneter des Zentrums geweſen. In den erſten Kriegsjahren war er für die tollſten Eroberungen eingetreten. Sogar die Inſeln vor der normanniſchen Küſte Frankreichs wollte er erwerben, da der Thyſſenkonzern, in deſſen Aufſichtsrat er ſaß, dort Erzintereſſen zu vertreten hatte. Als er aber ſeinen Poſten mit der jährlichen Vergütung von 40 000 Mark verlor, wurde er zum eifrigſten Vertreter eines „Friedens ohne Sieger und Beſiegte“. Als Leiter der Reichspropagandaſtelle hatte er eine Abſchrift von dem vertraulichen Bericht des habsburgiſchen Außenminiſters über die ſchwierige Lage Öſterreich-Ungarns bekommen und auf Grund dieſes Berichtes, der irgendwie in die Hände des Feindbundes geſpielt worden iſt, hatte er die verhängnisvolle Friedensentſchließung von 1917 entworfen. Leichtfertig



Erzberger

hatte er sich gerühmt, wenn er mit den Vertretern der Feindmächte verhandeln könne, er würde binnen zwei Stunden „beim Glase Bier" zum Friedensschluß kommen. Jetzt nahm er folgende Bedingungen an: Räumung des französischen und belgischen besetzten Gebietes binnen 14 Tagen, Zurückziehung der deutschen Truppen im Westen bis 10 km rechts des Rheines, im Osten bis hinter die deutsche Grenze in abermals 14 Tagen, Sicherstellung der Kriegsflotte in neutralen „oder in deren Ermangelung" in alliierten Häfen, Auslieferung von sämtlichen Tauchbooten, 1700 Flugzeugen, 5000 schweren Geschützen, 3000 Minenwerfern, 25000 Maschinengewehren. Ferner mußten 5000 Lokomotiven, 150000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen abgeliefert werden, während doch gleichzeitig Millionen Menschen aus Front und Etappe zurückbefördert werden sollten und die Umstürzler in der Heimat vielfach die Verpflegung der Truppen sperrten. Die Kriegsgefangenen mußten herausgegeben werden. Der Feind aber stellte lediglich den Kampf mit der Waffe ein: er rückte bis an den Rhein vor und besetzte Mainz, Koblenz und Köln als Brückenköpfe; er behielt die deutschen Kriegsgefangenen und setzte den Hungerkrieg gegen das deutsche Volk ungehemmt fort. Vergeblich drahtete Hindenburg, man müsse alles daransetzen, Milderungen anzustreben. Der Umsturz in der Heimat hatte dem deutschen Heer — nach dem Wort eines englischen Generals — den Dolch in den Rücken gestoßen. Ein Widerstand war nun ausgeschlossen. So lehnte Foch, das Schwert auf dem Tisch, jede Verhandlung ab. Am 11. November morgens 5 Uhr unterschrieb Erzberger, und mittags um 12 verhallten die letzten Schüsse an der Front. — „Im November 1918 hatte Deutschland selbstverständlich keine Siegesaussichten mehr", schrieb Foch später. „Hätte jedoch sein Heer hinter dem Rheine standgehalten, wären viele Dinge anders gekommen."

Dem Zusammenbruch der Heimat folgte nun der der Etappe. Die Zucht löste sich völlig auf. Deutsche Soldaten plünderten die Proviantháuser, verkauften ihre Waffen an die belgische, französische und polnische Zivilbevölkerung. Aber geschlossen und geordnet zogen die Fronttruppen, „die Stirn von Lorbeer wund", unter Führung Hindenburgs über den deutschen Rhein. „Aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden", lautete der letzte Heeresbefehl des Feldmarschalls. „Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum Äußersten verteidigt haben, schöpfen wir neue Kraft."

Die Fortsetzung des Krieges — auf deutschem Boden

Fast 2 Millionen Tote hat Deutschland im Weltkrieg geopfert, nicht gerechnet die Riesenverluste durch die Hungerblockade: eine gewaltige Einbuße bester rassischer Volkskraft. Von insgesamt 69 Millionen Soldaten (einschließlich der Etappe), die auf beiden Seiten an dem Kriege teilgenommen haben, sind 11 Millionen gefallen. Aber weiter ging auch jetzt der Krieg. Der Waffenstillstand galt nur für 5 Wochen und mußte dann jeweils verlängert werden. Und jedesmal wurden neue Bedingungen gestellt. Bei der ersten Verlängerung mußte das hungernde deutsche Volk 53000 landwirtschaftliche Maschinen herausgeben, bei der zweiten (Januar 1919) lieferte Erzberger die gesamte deutsche Handelsflotte der Entente aus „zur Sicherung der Lebensmittelversorgung der deutschen und der übrigen Staaten Europas". Aber erst acht Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes, zwei Wochen nach Unterzeichnung des „Friedens" wurde die Blockade aufgehoben!

Als nach dem Waffenstillstand die deutsche Front aus Rußland zurückverlegt wurde, drückte die „Rote Armee" nach, um die kommunistische Weltrevolution vorwärtszutragen. Reichsdeutsche Freiwillige — die „Eiserne Division" — hielten einen Tagemarsch vor Memel ihren Vormarsch gegen Ostpreußen auf. Der lettische Staat hatte ihnen Siedlungsland versprochen, und gemeinsam mit einer baltendeutschen Landeswehr entrissen sie nun den Bolschewisten die deutschen Städte Mitau und Riga (Mai 1919). Da verlangten die Alliierten, die „Baltikumer" sollten

Hirsch

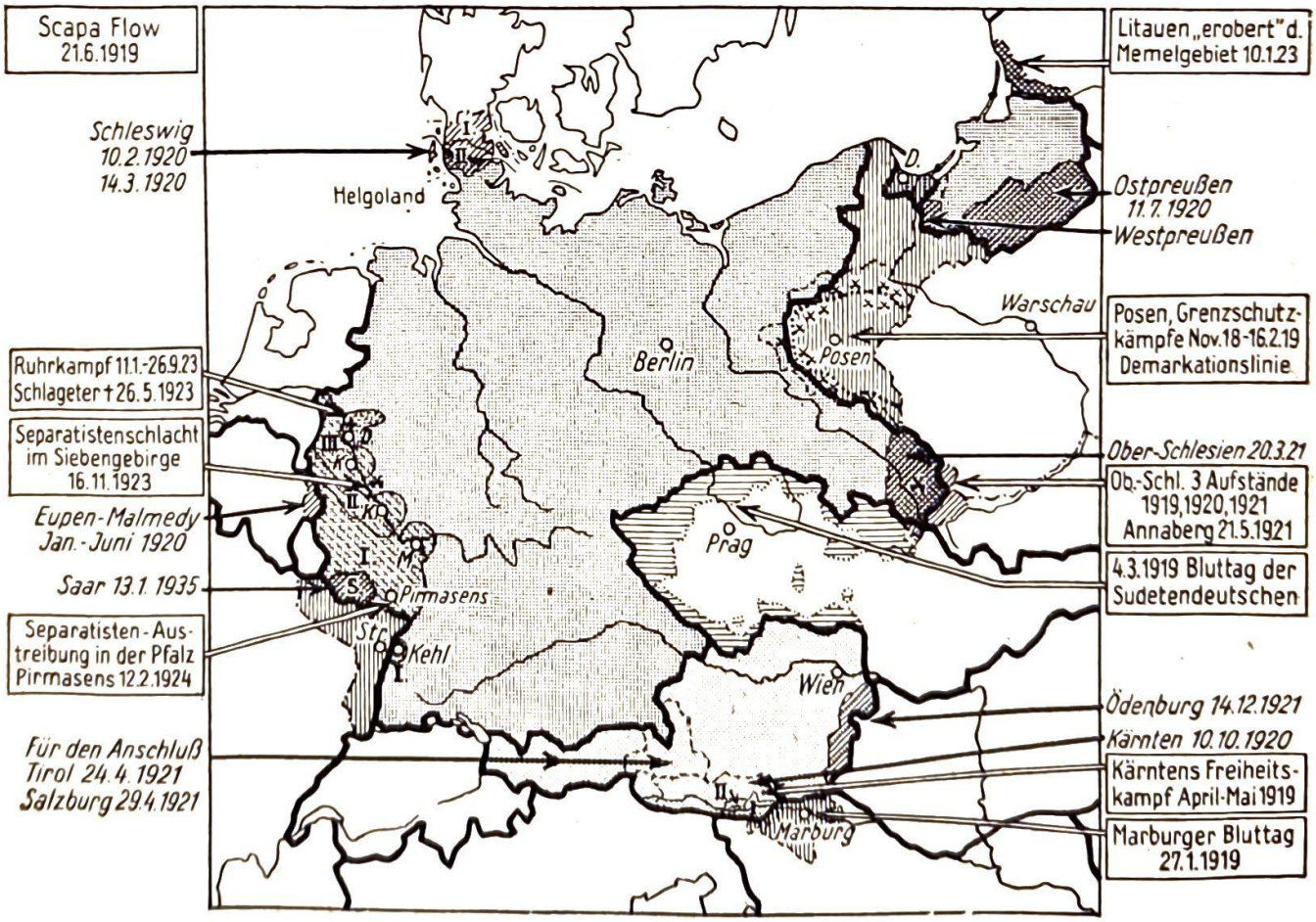
zurückgezogen werden. Die lettische Regierung hatte — nun sie vom Bolschewismus befreit war — ihr Siedlungsversprechen vergessen. Die betrogenen Freikorpskämpfer wollten ihr Recht erzwingen. Doch England unterstützte die Letten mit Geld, Waffen, Offizieren, Kriegsschiffen. Die deutsche Reichsregierung sperrte den „Baltikumern" die Zufuhr von Lebensmitteln und Munition und erklärte, wer nicht sofort zurückkomme, werde als Fahnenflüchtiger behandelt (November 1919). Da mußten die Kämpfer, die auch Deutschland vor dem heranbrandenden Bolschewismus gerettet hatten, zurück.

Schon am 10. November 1918 hatte sich in der preußischen Provinz Posen ein „Oberster polnischer Volksrat" als polnische Landesregierung gebildet, und die marxistischen „Arbeiter- und Soldatenräte" hatten sich mit den Polen verbrüdert. Als das Posener Grenadierregiment aus dem Felde zurückkehrte, wurde es von polnischen Truppen in blutigen Straßenkämpfen zurückgeschlagen und in der Kaserne ausgehungert. Die marxistische Preußenregierung unter dem Juden Hirsch, der auf dem Ministerpräsidentenstuhle Bismarcks saß, erklärte „einen besonderen Heimatschutz nicht für nötig". Aber auf den Aufruf und unter der Führung Hindenburgs bildete sich — wiederum aus alten Frontkämpfern — ein freiwilliger „Grenzschutz Ost". Doch als dieser im Februar 1919 zum Gegenstoß antrat, da erzwangen die Feindmächte als Bedingung für die dritte Verlängerung des Waffenstillstandes die Einstellung der „Offensive gegen die Polen". Dafür wurde der aus alter deutscher Familie stammende General Haller, der im letzten Kriegsjahre mit polnischen Überläufern auf französischer Seite gekämpft hatte, auf Befehl der Feindmächte mit seinen Truppen quer durch Deutschland befördert. Angeblich sollte er den Bolschewismus bekämpfen; aber seine Leute tauchten

bald überall an der deutschen Ostfront auf: in Ost- und Westpreußen, in Posen und Schlesien.

Bei dem Zerfall der Habsburger Monarchie hatten die Sudetendeutschen in Böhmen und Mähren, vertrauend auf das von Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker, erklärt, sie seien Glieder Deutsch-Österreichs und damit des Deutschen Reiches (November 1918). Doch tschechische Truppen besetzten die einzelnen Städte und verhinderten, daß sich die Sudetendeutschen an den Wahlen zur österreichischen Nationalversammlung beteiligten. Als diese sich zum waffenlosen Protest dagegen auf den Marktplätzen versammelten, streckten tschechische Maschinengewehre über hundert friedliche deutsche Männer und Frauen nieder (4. März 1919).

Aus Trümmern des Habsburgerreiches hatten die Serben, Kroaten und Slowenen einen eigenen Staat „Südslawien" gebildet. Darüber hinaus hatten die Slowenen die deutsche Untersteiermark besetzt. Als in Marburg an der Drau die Bevölke-



Der Krieg nach dem Kriege
(Volksabstimmungen und Abwehrkämpfe)

rung einem amerikanischen Untersuchungsausschuß in geschlossenem Aufmarsch zeigen wollte, daß die Stadt deutsch sei, wurde sie von slowenischen Truppen mit Gewehrsalven und Bajonetten auseinandergesprengt (Januar 1919). Die Untersteiermark ging verloren.

Auch in Kärnten waren die Slowenen eingerückt und gegen Klagenfurt marschiert. Aber deutsche Studenten, Arbeiter und Bauern, Beamte, Handwerker und Schüler verteidigten sieben Monate hindurch unter Opfer von 200 Toten ihre Heimat. Daraufhin erklärte die Friedenskonferenz, über das Land solle eine Volksabstimmung entscheiden.

Die deutsche Kriegsflotte war nach Scapa Flow gebracht worden, der Hafenbucht einer Insel nördlich Schottland, damit man dort ihre Abrüstung nachprüfe, war aber dann in Haft behalten worden. Als die Nachricht zu ihr drang, der Waffenstillstand sei nicht verlängert und damit der Kriegszustand wiederhergestellt, ließ Admiral Reuter am Sonnwendtage 1919 die Bodenluken und Torpedorohre öffnen und unter dreifachem Hurra sämtliche Kriegsschiffe versenken, um sie nicht in Feindeshand fallen zu lassen. Die Ehre der deutschen Flotte war wiederhergestellt.

Die Weimarer Nationalversammlung

Im Dezember 1918 war in Berlin ein „Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte" — fast ausschließlich Sozialdemokraten, „Unabhängige" und Kommunisten — zusammengetreten, um über das weitere Schicksal des Reiches zu beraten. Dabei setzten sich die Sozialdemokraten durch und forderten eine demokratische Republik nach französischem Muster. Dazu sollte das ganze Volk — alle Männer und Frauen über 20 Jahre — eine Nationalversammlung wählen. Dieser Beschluß rief den kommunistischen Spartakusbund zum Widerstand auf. Er wollte Deutschland in eine Räterepublik nach sowjetrussischem Muster verwandeln, wollte die „Diktatur des Proletariats" errichten und eine kommunistische Wirtschaftsordnung unter Aufhebung allen Privateigentums einführen.

Seine Führer waren Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Karl Liebknecht war der Sohn des Mitbegründers der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD.) Wilhelm Liebknecht;

Liebknecht

seine Mutter war jüdischer Abstammung. Im August 1914 hatte dieser Mischling mit einigen anderen in der Fraktionssitzung der Sozialdemokraten gegen die Bewilligung der Kriegsanleihe gestimmt, sich aber in der Reichstagsabstimmung dem Fraktionszwang der Partei gefügt. Im Dezember jedoch hatte er die zweite Anleihe bereits offen abgelehnt. Zur Unterwühlung des nationalen Widerstandswillens und zur Vorbereitung der Weltrevolution hatte er seit Januar 1916 „Briefe" unter dem Namen des römischen Sklavenführers Spartakus herausgegeben. Da ihn seine Parteigenossen im Reichstage nicht zu Wort kommen ließen, rief er bei der Feier des 1. Mai in Berlin über den Potsdamer Platz: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!" und war dafür wegen Landesverrats mit vier Jahren Zuchthaus bestraft worden. In den entscheidenden Oktobertagen 1918 ließ ihn die neue Reichsregierung auf Wunsch der Sozialdemokratie wieder frei und ermöglichte ihm so die Vorbereitung des Umsturzes. Am 9. November hißte Liebknecht auf dem Balkon des Kaiserlichen Schlosses die rote Fahne der Weltrevolution. — Die galizische Jüdin Rosa Luxemburg, geborene Rosalie Lübeck aus Russisch-Polen, hatte vor dem Kriege durch Heirat mit einem Sozialdemokraten die preußische Staatsangehörigkeit erworben. Während des Krieges war sie als radikale Abgeordnete in Schutzhaft genommen worden.

Im Dezember 1918 und im Januar 1919 versuchten die Spartakisten in Berlin, Bremen und Hamburg mit Waffengewalt, die Macht an sich zu reißen. Gegenüber dieser Gefahr stellten sich zurückgekehrte Frontkämpfer und Offiziere des alten Heeres der Regierung zur Verfügung, und in blutigen Straßenkämpfen brachen die kommunistischen Aufstände zusammen. Liebknecht wurde verhaftet und auf dem Wege zum Gefängnis niedergeschossen. Die Luxemburg wurde festgenommen, von einem erbitterten Freiwilligen

Rosa Luxemburg

mit dem Gewehrkolben niedergeschlagen und in den Landwehrkanal geworfen.

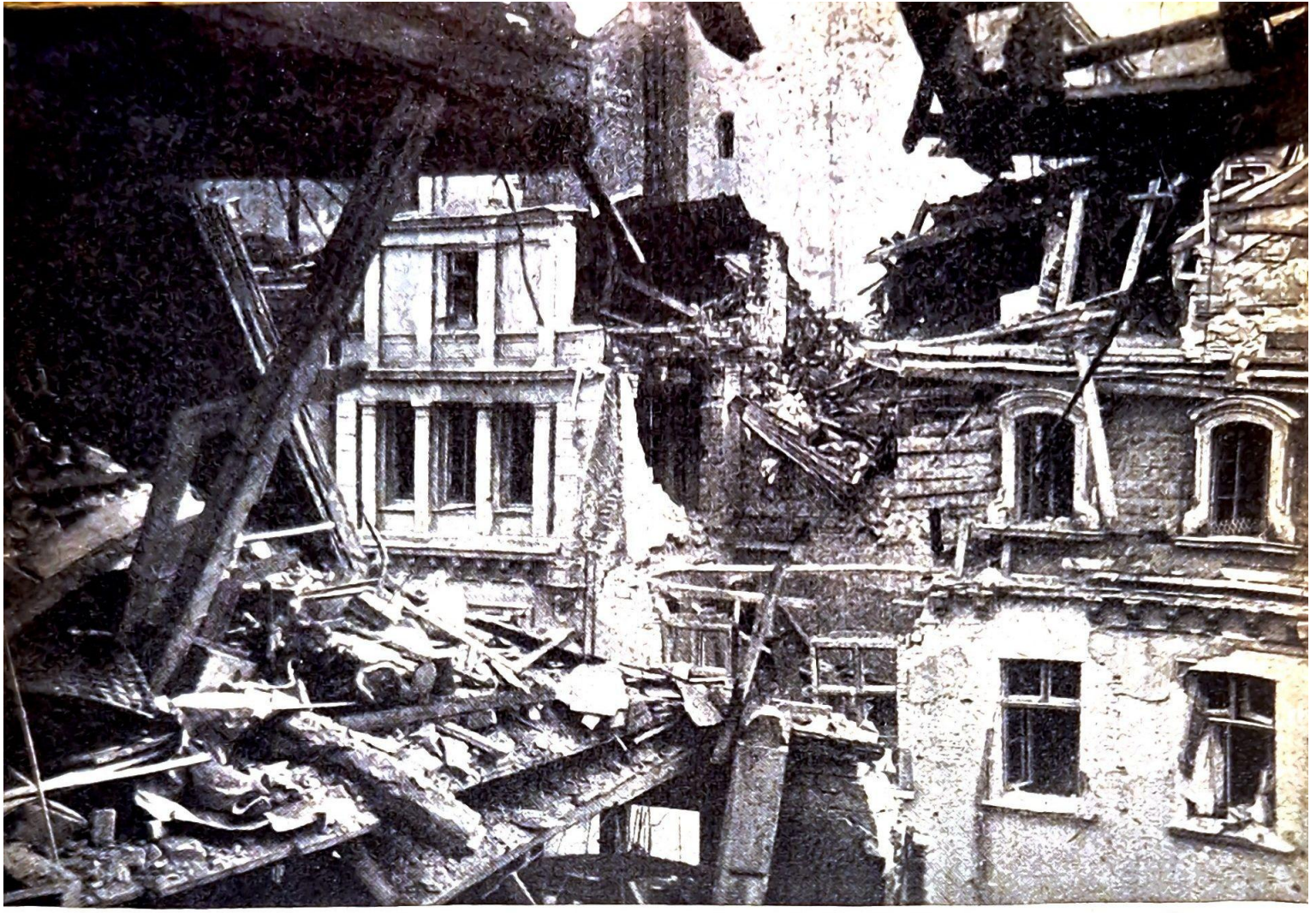
Jetzt konnten die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden (19. Januar). Dazu hatten sich die alten Vorkriegsparteien „auf den Boden der Tatsachen" gestellt und — bis auf die Sozialdemokraten — mit neuen Namen versehen: die einstigen Fortschrittler wurden zu Demokraten, die Nationalliberalen zur Deutschen Volkspartei, die Konservativen zur Deutschnationalen Volkspartei und das Zentrum (vorübergehend) zur Christlichen Volkspartei. Aber keine dieser Parteien vertrat neue, aus dem Erlebnis der Front geborene Ziele; nur der Name, nicht die Männer und die Ziele waren geändert. Von den 423 gewählten Abgeordneten waren nur 44 Kriegsteilnehmer gewesen, nur 13 besaßen das E.K. II, nur einer — ein Feldgeistlicher — das E.K. I. 192 waren schon vor dem Kriege Abgeordnete, und das durchschnittliche Geburtsjahr war — 1870.

Von den 30 Millionen abgegebener Stimmen erhielten die Sozialdemokraten allein $11\frac{1}{2}$ und damit 163 Abgeordnete. Mit den 88 Zentrumsleuten und den 75 Demokraten bildeten die gleichen Parteien die Mehrheit, die schon vor dem Kriege die Mehrheit im Reichstag besessen, die gemeinsam die Friedensentschließung von 1917 herausgebracht und die Regierung der Waffenstillstandsverhandlungen gebildet hatten.

Um nicht von den ständigen Unruhen der Straße behindert zu werden, trat die Nationalversammlung nicht im Reichstagsgebäude in Berlin, sondern im Schauspielhaus des stillen Weimar zusammen. Die Wahl des Ortes war gleichzeitig eine Absage an den preußischen Geist der Straffheit und Zucht, den „Geist von Potsdam", und sollte ein Bekenntnis sein zu einem friedlichen Deutschland der „Dichter und Denker", zum „Geist von Weimar".

Spartakisten ziehen in den Berliner Marstall ein

Die Mehrheitsparteien, die „Weimarer Koalition", wählten zunächst Friedrich Ebert zum vorläufigen Präsidenten der Republik. In Heidelberg im Jahre der Gründung des Zweiten Reiches als Sohn eines Schneiders geboren, hatte Ebert das Sattlerhandwerk gelernt, hatte in Bremen eine Gastwirtschaft übernommen, war dann Schriftleiter einer marxistischen Zeitung und Arbeitersekretär gewesen. Nach Bebels Tode (1913) war er zum Vorsitzer der Sozialdemokratischen Partei gewählt worden. Anfang 1918, bei dem großen Munitionsarbeiterstreik, der der kämpfenden deutschen Front den Dolch in den Rücken stieß, saß Ebert in der Streikleitung, und im November 1918 wurde er Vorsitzer des Rates der „Volksbeauftragten". In einem Beleidigungsprozeß dieses vorläufigen Reichspräsidenten der Weimarer Republik gegen einen deutschen Schriftsteller erklärte später (Dezember 1924) das Landgericht Magdeburg, mit der Teilnahme an dem Munitionsarbeiterstreik sei „erwiesen, daß Ebert im strafrechtlichen Sinne Landesverrat begangen" habe!



Nach Kommunistenkämpfen in Berlin

Während die Nationalversammlung in Weimar die neue Verfassung beriet, brachen erneut kommunistische Aufstände los: in Berlin und Braunschweig, in Sachsen, Baden und Thüringen. Wiederum wurden sie von Frontkämpfern und Reichswehr mit Minenwerfern und Geschützen niedergeschlagen. Dabei gab es in Berlin über 1 200 Tote. Vor dem Münchener Landtagsgebäude schoß ein Offizier den „bayrischen" Ostjuden Eisner nieder. Darauf wurde (Anfang April 1919) in München die Räterepublik ausgerufen. Aber 4 Wochen später rückten bayrische Freikorps unter Führung Ritter von Epps und preußische und württembergische Regimenter mit Panzerwagen und Maschinengewehren in die Stadt ein. Da ließen die jüdischen Räteführer die Maske über ihren wahren Zielen fallen und erschossen auf einem Schulhof Mitglieder eines deutsch-völkischen Bundes als „Geiseln" (Mai 1919).

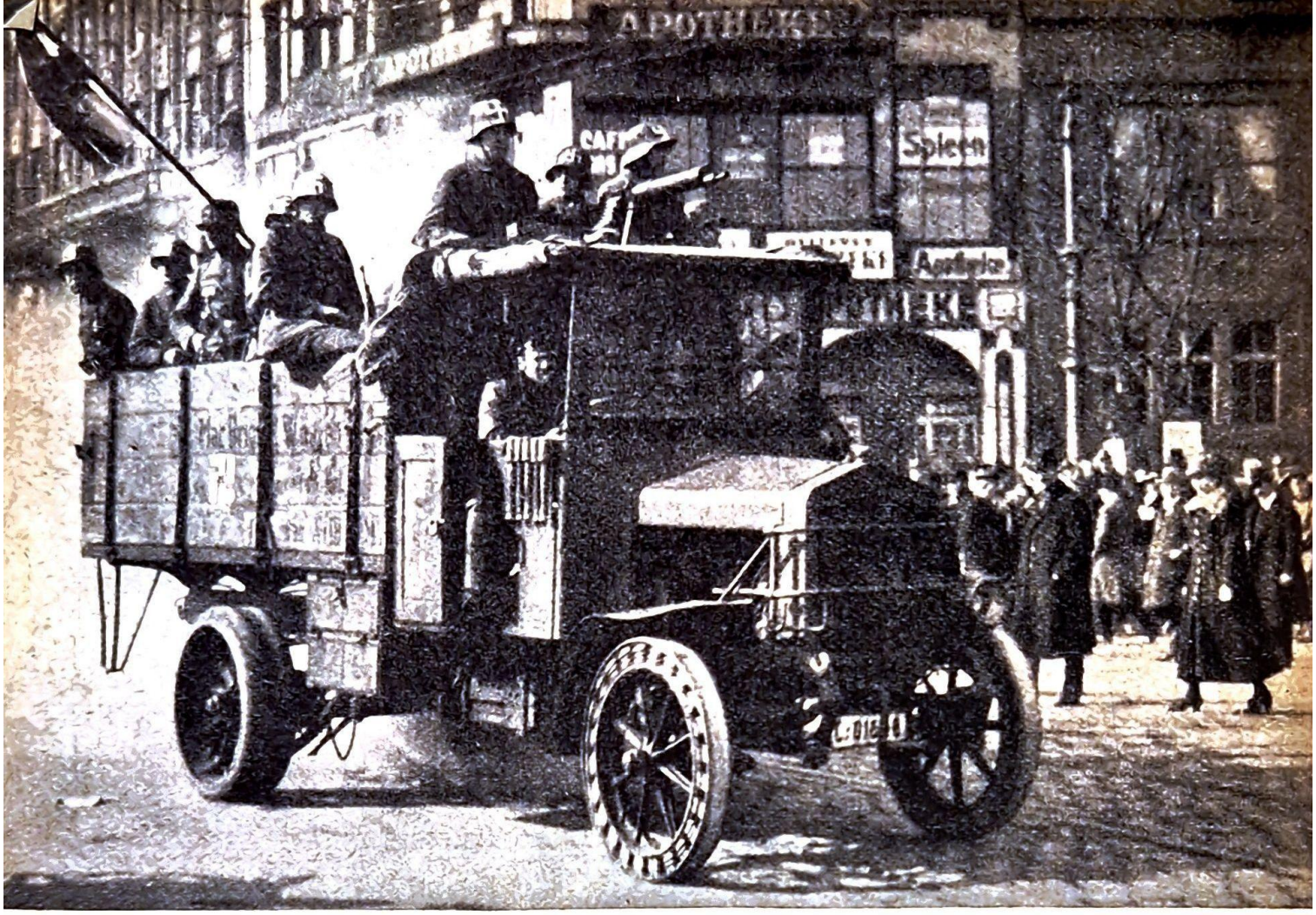
Als die Nationalversammlung ihre Aufgabe erfüllt hatte, dachte sie nicht daran, sich aufzulösen, da die Weimarer Koalition fürchtete, sie würde bei den Reichstagswahlen nicht wieder die

Ebert

Mehrheit bekommen. Auch für den Reichspräsidenten wurden keine verfassungsmäßigen Wahlen ausgeschrieben, und Ebert blieb weiter „vorläufig" im Amt. Gegen diese Eigenmächtigkeiten unternahm der Generallandschaftsdirektor Ostpreußens, Kapp, einen Putsch. Dazu verband er sich mit dem Berliner Reichswehrkommandeur General von Lüttwitz und mit den „Baltikumern", die auf dem Berliner Truppenübungsplatz Döberitz entwaffnet werden sollten. Mit schwarzweißroten Fahnen und dem Hakenkreuz am Stahlhelm rückte die Brigade Ehrhardt eines Nachts in der Reichshauptstadt (März 1920) ein, und Kapp rief eine „Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat" aus.

Die Reichsregierung aber konnte nach Stuttgart entfliehen und erließ von dort einen Aufruf: „Kein Betrieb darf arbeiten, solange die Militärdiktatur der Ludendorffe herrscht. Deshalb legt die Arbeit nieder, streikt, schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab! ... Generalstreik auf der ganzen Linie, Proletarier, vereinigt euch! Nieder mit der Gegenrevolution!" Daran brach der in keiner Weise vorbereitete und vorbedachte „Kapp-Putsch" nach wenigen Tagen zusammen. Aber im Ruhrgebiet traten die Kommunisten zum Gegenstoß an. In 80 km Breite stand die Front ihrer Armee von 120000 Mann, und schon acht Tage nach dem Stuttgarter Generalstreikaufruf mußte die Regierung einen neuen unter-

Franz Ritter von Epp



Truppen im Kapp-Putsch

zeichnen: „Schon ist der Generalstreik im Zusammenbrechen ... Macht Front gegen den alles vernichtenden Bolschewismus!" Reichswehr mit Frontkämpfern als „Zeitfreiwilligen" und die eben gescheiterte „Brigade Ehrhardt" schlugen den roten Aufstand nieder. Wieder hatten die Frontsoldaten Deutschland vor dem Kommunismus gerettet.

Ein Jahr darauf erschütterte ein neuer Kommunistenaufstand unter Max Hölz das mitteldeutsche Industriegebiet. Eisenbahnzüge wurden zur Entgleisung gebracht, Rathäuser und Brücken durch Bomben gesprengt, Banken und Sparkassen geplündert. „Wir schlachten die Bourgeoisie ab ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts", hieß es auf den Plakaten, die Max Hölz anschlagen ließ. „Wir nehmen ihnen das geraubte Gut, das sie den Arbeitern durch Ausbeutung und Wucher genommen haben." Schließlich warfen Polizei und Reichswehr den Aufstand in einer regelrechten Schlacht zwischen Halle und Leipzig nieder.

Die Weimarer Verfassung

Preuß

Inzwischen hatte der jüdische Staatsrechtslehrer Preuß der Nationalversammlung einen Verfassungsentwurf vorgelegt. Nach halbjähriger Beratung nahm die Nationalversammlung mit 262 Stimmen der „Weimarer Koalition" gegen 75 der Rechten und der äußersten Linken die neue Verfassung an. Der Reichstag erhielt die entscheidende Stellung im Staate. Seine Abgeordneten wurden von allen über 20 Jahre alten Männern und Frauen in gleicher und geheimer Wahl gewählt. Dabei entschied man sich aber nicht für die einzelnen Persönlichkeiten, sondern für Listen, die die Parteien aufstellten. Nicht Männer saßen im Parlament, sondern Beauftragte der Parteien. Nicht in eigener Verantwortung entschieden sie bei Gesetzesvorlagen, sondern nach dem Willen ihrer Partei. Der Reichstag berief sich selber ein, entschied über die Gesetze, über Krieg und Frieden. Die Abgeordneten bewilligten sich selber ein auskömmliches Gehalt in Form von 600 Mark monatlich vorauszahlbarer „Aufwandsentschädigung". Für ihre Wahl- und Vergnügungsreisen bewilligten sie sich freie Fahrt erster Klasse auf der Reichsbahn und im Flugzeug. Alle Beschlüsse faßte diese Versammlung von 500—600 Abgeordneten mit Mehrheit. So trug niemand die Verantwortung.

Da der Verwaltungsapparat, die Presse, die Wahlvorbereitungen große Geldsummen verschlangen, waren die Parteien abhängig von den Geldgebern, die hinter ihnen standen: von dem Kapital der Industrie, des Großgrundbesitzes, des Handels, der Banken, ja auch des Auslandes (wie die Kommunisten, die von der Sowjetunion her unterstützt wurden). Auch der Einfluß des Judentums, des Geburtshelfers der Weimarer Republik, war außerordentlich stark. Nicht nur durch die jüdischen Abgeordneten, von

denen die Sozialdemokratie allein in den 14 Jahren des Bestehens der Weimarer Republik in Reich und Ländern 200 stellte, nicht nur durch das jüdische Bankkapital, sondern vor allem auch durch die Presse, die — nicht etwa bloß bei den Linksparteien — überwiegend von Juden geschrieben wurde.

Nicht von den Parteien — wie in Frankreich —, sondern vom ganzen Volke — wie in Amerika — wurde der Reichspräsident jeweils auf 7 Jahre gewählt. Er ernannte zwar die Reichsregierung; aber diese war abhängig vom Reichstag. Sie wurde ständig überwacht von einem Reichstagsausschuß und mußte zurücktreten, wenn das Parlament ihr sein Mißtrauen aussprach. So war sie — nach dem Muster des französischen „Parlamentarismus" — kaum mehr als ein Ausschuß der jeweiligen Mehrheitsparteien. Und diese stellten jedesmal besondere Bedingungen und Forderungen für ihren Eintritt in die Regierung, verlangten gewisse „Ministersessel" nicht für bestimmte, für dieses Amt befähigte Persönlichkeiten, sondern für die Partei. Auch die Regierungsmitglieder trugen keine Verantwortung. Sie hatten ja lediglich die Beschlüsse des Reichstages auszuführen. In ernsteren Lagen verließen sie einfach ihre Posten, „traten zurück" — mit auskömmlichem Ruhegehalt —, um nach der Entscheidung wieder die gleichen oder andere Ministerstellen einzunehmen. Auf diese Weise hat Deutschland in 14 Jahren (1918 bis 1932) 23 „Regierungen" gehabt. — Auch alle leitenden Verwaltungsstellen — vom Polizeipräsidenten bis zum Bürgermeister einer kleinen Stadt — wurden nicht danach besetzt, ob einer die Fähigkeit dazu hatte, sondern man hatte ausschließlich die Parteizugehörigkeit im Auge.

Da alle Anordnungen des Reichspräsidenten von der Reichsregierung gegengezeichnet werden mußten, so stand auch er unter der Aufsicht des Reichstages und damit der Parteien. Die Gesetze, die der Reichstag beschloß, mußte der Reichspräsident ausfertigen. Glaubte er das nicht verantworten zu können, so konnte er den Reichstag auflösen in der Hoffnung, daß der neu zu wählende eine anders zusammengesetzte Mehrheit bekäme; oder er konnte — nach Schweizer Muster — das Volk zu einer unmittelbaren Abstimmung über das betreffende Gesetz aufrufen, zu einem Volksentscheid.

War das Bismarckreich zustande gekommen durch eine Vereinbarung der deutschen Fürsten, so hatten mit deren Abdankung die deutschen Einzelstaaten ihren Sinn verloren. Trotzdem änderte die Weimarer Verfassung nur wenig an dem bundesstaatlichen Aufbau des Reiches. Lag es doch im Interesse einzelner Parteien, die Länder, in denen sie regierten, zu Stützpunkten ihrer Macht auszubauen (z. B. die Sozialdemokraten Preußen, die Bayrische Volkspartei Bayern), und oft durchkreuzte die Politik der Länder die des Reiches. Zwar wurden neben Post und Marine nun auch Eisenbahn, Steuer und Heer Reichssache; aber die alten Bundesstaaten blieben als „Länder" mit eigenem Parlament, eigener Regierung, eigener Gesetzgebung in den Fragen von Kirche und Schule, eigener Polizei, eigener Verwaltung von Kunst und Wissenschaft bestehen, und neben dem Reichstag als Volksvertretung stand der Reichsrat als Ländervertretung. Eine große Zahl von Berufspolitikern der einzelnen Parteien hatte damit eine Versorgung; gab es doch auf diese Weise 60 Minister und 2600 Abgeordnete.

Am 12. November 1918 hatte die Wiener Nationalversammlung im 2. Artikel der österreichischen Verfassung erklärt: „Die Republik Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik." Die sozialdemokratische Regierung drahtete diese Anschlußerklärung unter Berufung auf „die alten freundschaftlichen und parteigenössischen (!) Beziehungen" nach Berlin. Der jüdische „Volksbeauftragte" Haase aber legte die Nachricht zu den Akten, ohne darauf zu antworten. Die Feindmächte sollten nicht „verärgert" werden. Auch bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung waren die Deutschen Österreichs nicht zugelassen. Eine Abordnung deutscher Elsaß-Lothringer, die in Weimar für eine Volksabstimmung in ihrer Heimat sprechen wollte, wurde überhaupt nicht empfangen. Und doch begann nachher die Reichsverfassung mit den Worten: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen, ... hat sich diese Verfassung gegeben."

Die Parteien der Weimarer Koalition waren die alten „Reichsfeinde" Bismarcks. Dessen Werk lehnten sie, wie zu seinen Lebzeiten, so auch weiterhin ab. Dagegen wollten sie — auch die Sozialdemokraten — wieder anknüpfen an die bürgerlich-liberale Revolution von 1848. Schon die Umstürzler der Novembertage

Anschlußkundgebung in Wien

hatten die schwarzweißroten Kokarden von den Soldatenmützen gerissen. In Weimar holten Sozialdemokraten und Zentrum die schwarzweißrote Flagge des Bismarck-Reiches nieder, unter der die deutsche Front vier ruhmvolle Jahre gekämpft und geblutet hatte, für die Millionen deutscher Männer in allen Teilen der Welt gefallen waren. Dafür wurden die alten Farben von 1848 gehißt: Schwarz-Rot-Gold. Damit wollte man auch nach außen sichtbar zeigen, daß das neue Deutschland mit dem von Preußen geführten Bismarck-Reich nichts zu tun habe. Schwarzrotgold aber waren eine Reihe feindlicher Flugblätter umrandet, die 1918 zum Überlaufen unter dem Stichwort „Republik" aufforderten. So waren sie geschändet und entehrt, waren sie aus einem alten Sinnbild Großdeutschlands zu Farben des Landesverrats geworden.

II. Der Weltfriede gegen das deutsche Volk

Das Friedensdiktat von Versailles.

Im Dezember 1918 war Präsident Wilson auf dem Kreuzer „George Washington" in Brest gelandet, um persönlich an den „Friedensverhandlungen" teilzunehmen. Zunächst unternahm er Rundfahrten nach Paris, London, Brüssel, Rom. Jubelnd wurde er überall begrüßt und gefeiert als der Verkünder der allgemeinen Weltgerechtigkeit und Völkerversöhnung. Und während er in den europäischen Hauptstädten Lorbeeren sammelte, preßte die französische Waffenstillstandskommission unter Foch das deutsche Volk mit ihren ständigen Neuforderungen aus.

Am 48. Reichsgründungstag (18. Januar 1919) eröffnete der Präsident der französischen Republik das Friedensdiktat in Paris. Über 1000 Vertreter aller 27 Feindbundmächte waren dazu erschienen. Nicht gerechnet die Mitarbeiter, die allein für die Vereinigten Staaten 1300 Mann zählten, und die nichtamtlichen Vertreter von Presse und Verbänden, die bei ihnen rund 500 Menschen betrugen.

In der Reihe der „Alliierten" (von der alten Entente bis zur Negerrepublik Liberia) und der „Assoziierten" (der Vereinigten Staaten) waren auch die aus der Habsburgermonarchie gelösten neuen Staaten vertreten: die Tschecho-Slowakei und Südslawien. Deutschland und seine Verbündeten dagegen waren nicht anwesend. Denn sie hätten, so behaupteten die Feinde, den Krieg absichtlich herbeigeführt, „um ihre Leidenschaft für die Tyrannei zu befriedigen". Mit solchen „Verbrechern" wollte man nicht verhandeln, sie wollte man bestrafen — ohne sie anzuhören. Die Sitze der späteren deutschen Abordnung waren auf der Sitzliste, die die französischen Zeitungen veröffentlichten, als „Bank für die Angeklagten" (banc des accusés) bezeichnet.

Clemenceau, der französische Ministerpräsident, führte den Vorsitz. Aber nur sechsmal trat die öffentliche Vollversammlung zusammen. Die entscheidenden Verhandlungen führten Wilson, Clemenceau, Lloyd George und der Ministerpräsident Italiens (Orlando) hinter verschlossenen Türen.

Graf Brockdorff-Rantzau

Ende April wurde Deutschland aufgefordert, Vertreter zur Entgegennahme der Bedingungen zu entsenden. Man sicherte ihnen „jede Bewegungsfreiheit zur Erfüllung ihrer Aufgabe" zu und — gitterte die drei Fremdenhöfe am Park von Versailles, in denen die 200 Deutschen untergebracht wurden, mit Stacheldraht gegen die Außenwelt ab. Am 7. Mai überreichte Clemenceau in einer Vollsitzung dem deutschen Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau ein dickes Buch mit 440 Artikeln und 16 ausführlichen Anlagen. Den genauen Wortlaut des Gesamtwerkes kannte überhaupt nur einer: Clemenceau selbst. Als dreißigjähriger Arzt hatte er 1871 in der französischen Nationalversammlung mit einer kleinen Minderheit gegen die Annahme des Frankfurter Friedens gestimmt. Jetzt erklärte er: „Sie haben uns den Krieg aufgezwungen . . . Die Stunde der schweren Abrechnung ist gekommen. Sie haben um den Frieden gebeten, wir sind geneigt, ihn zu gewähren." Sitzend erwiderte Brockdorff-Rantzau: „Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die Alleinschuldigen am Kriege bekennen sollen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Munde eine Lüge." Deutschland habe auf Grund der 14 Punkte die Waffen niedergelegt, und das bedeute einen Vorfriedensvertrag, der auch die andere Seite bände. Ein Friede aber, der nicht im Namen des Rechts geschlossen sei, „würde immer neue Widerstände gegen sich aufrufen; niemand wäre in der Lage, ihn mit gutem Gewissen zu unterzeichnen, denn er wäre unerfüllbar".

Drei Wochen erhielt der deutsche Außenminister hinter dem Stacheldraht Zeit zu schriftlichen Gegenäußerungen. Zwanzig verschiedene Gegenvorschläge arbeitete er in dieser Zeit aus. Vergebens. So faßte er schließlich zusammen: „Wer diesen Friedensvertrag unterzeichnet, spricht damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder." — Als schließ-

lich die deutsche Abordnung wieder abreiste, wurde sie von der französischen Menge beschimpft und mit Steinwürfen verletzt.

Ähnlich wie den reichsdeutschen Vertretern in Versailles erging es den österreichischen in St. Germain: sie durften das Schloß nur durch eine kleine Nebenpforte über eine dunkle Wendeltreppe betreten.

Als die ersten Bedingungen der „Siegermächte" im Reiche bekannt geworden waren, hatte sich die Nationalversammlung in der Aula der Universität Berlin versammelt unter dem Bilde, das Fichte in einer „Rede an die deutsche Nation" zeigt. „Wer kann als ehrenhafter Mann diese Bedingungen annehmen!" hatte der Ministerpräsident Scheidemann jetzt gerufen. „Wo ist die Hand, die nicht verdorren würde, wenn sie uns in diese Fesseln schlüge!" Die Entente drohte mit bewaffnetem Einmarsch. Würde das deutsche Volk eine solche neue Belastungsprobe aushalten? Im Kabinett setzte sich Brockdorff-Rantzau für Ablehnung ein. Nur zwei Monate durchhalten, dann würden sich die Feinde im Kampf um die Beute entzweien, und wir würden bessere Bedingungen bekommen. Unterschreiben wir aber, „so wird nachher niemand fragen, ob wir das unter Zwang getan haben oder nicht, sondern wir werden ihnen mit unserer Unterschrift einen formalen Rechtstitel für ihre Forderungen liefern." Aber hinter dem Rücken Brockdorffs sagte Erzberger einem französischen Agenten zu, wir würden „in jeder Form" unterzeichnen. Er war auch jetzt noch der Überzeugung: „Wir müsse alles zugäwe und alles zugäwe, dann werde sie uns scho verzeihe." Und in das Gästebuch seines Weimarer Stammlokals schrieb er in diesen schweren Tagen ein: „Erst mach dein Sach', dann trink und lach!"

Die Abstimmung im Kabinett ergab Stimmengleichheit. Brockdorff-Rantzau trat zurück. Eine neue Regierung wurde gebildet, lediglich aus Zentrumsleuten und Sozialdemokraten. Mit 237 Stimmen gegen 138 erklärte sich die Nationalversammlung für Annahme des feindlichen Diktats. Am 28. Juni 1919, nachmittags 3.12 Uhr, unterzeichneten der sozialdemokratische Außenminister Müller und der Zentrumsminister Bell im Spiegelsaal von Versailles genau an der Stelle, an der einst Wilhelm I. bei der Ausrufung zum Deutschen Kaiser gestanden hatte, den Weltfrieden gegen das deutsche Volk. Der Ort der Unterzeichnung —

wie schon der Eröffnungstag der Konferenz — offenbarte die letzte Absicht Frankreichs: die Zertrümmerung der Reichseinheit. Der Zeitpunkt, der fünfte Jahrestag des Mordes von Sarajevo, sollte unterstreichen, daß die Friedensbedingungen die Strafe Deutschlands für den Ausbruch des Krieges wären; in Wahrheit aber enthüllte er das eigentliche Ziel der Schüsse auf den habsburgischen Erzherzog: die Vernichtung Deutschlands.

Am 10. September unterzeichnete auch Deutsch-Österreich in St. Germain die ihm auferlegten Bedingungen. Dabei mußte es aus seinem Namen das Wort Deutsch streichen und auf seinen Anschluß an das Reich verzichten.

Der Angriff auf die deutsche Ehre

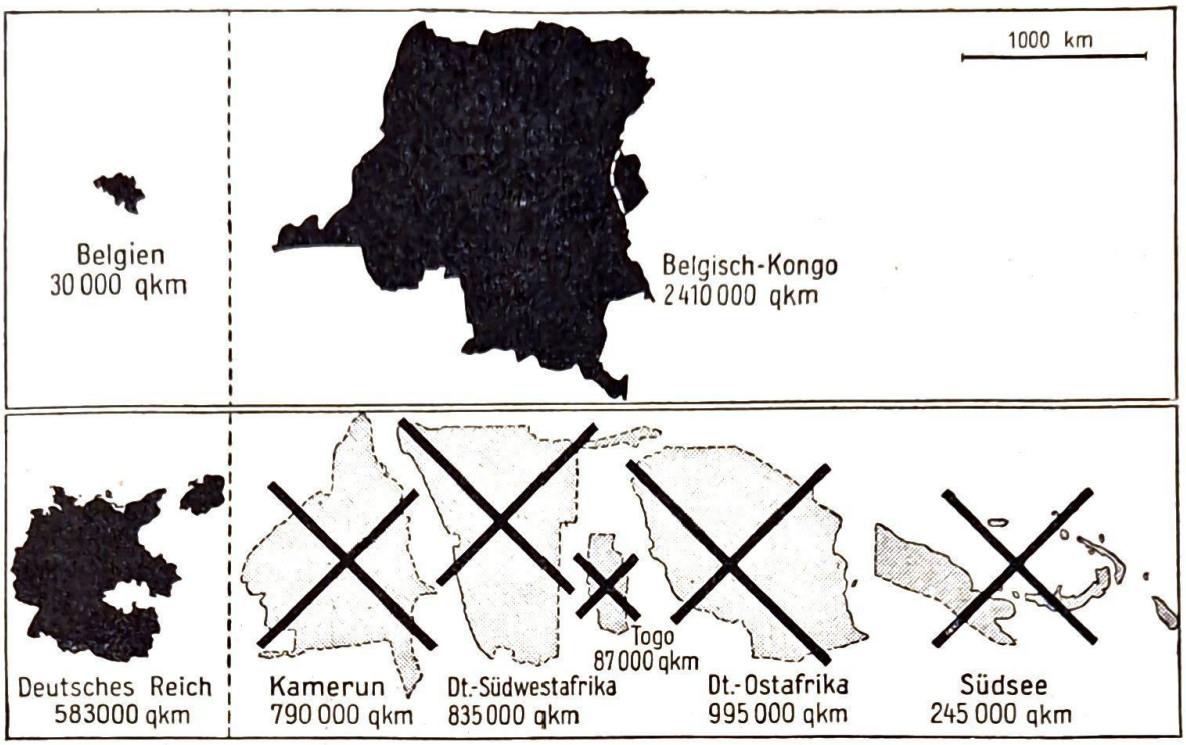
Im Artikel 231 des Versailler Vertrages mußte Deutschland anerkennen, daß es mit seinen Verbündeten den Gegnern den Krieg „aufgezwungen" habe. Eine bewußte Fortführung der Kriegspropaganda, die das deutsche Volk in der Welt verfemen sollte. Als Brockdorff-Rantzau gegen diese „Kriegsschuldlüge" Einspruch erhob, hatte Clemenceau in einer „Mantelnote" zum Vertrage geantwortet, der Krieg sei „das größte Verbrechen gegen die Menschheit und die Freiheit der Völker gewesen, das eine Nation, die sich selber für ziviliſiert ausgibt, jemals mit Bewußtsein begangen hat". Als leitender englischer Minister erklärte später Lloyd George (3. März 1921): „Die deutsche Schuld am Kriege ist die Grundlage, auf der das Gebäude von Versailles errichtet ist." Aber deutsche „Pazifisten" und Marxisten machten sich die Verleumdung zu eigen, um dadurch ihren Dolchstoß in den Rücken der deutschen Front zu rechtfertigen. Der „bayrische" Novemberminister Eisner-Kosmanowski hatte, um die Kriegsschuld der kaiserlichen Regierung zu „beweisen", gleich nach seinem „Regierungsantritt" Gesandtenberichte gefälscht und veröffentlicht, weil „nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden kann, das Voraussetzung für den Frieden der Völkerversöhnung ist". Die „Volksbeauftragten" ließen den tschechischen Juden Kautsky aus den Akten des Auswärtigen Amtes die deutsche Schuld am Kriege „beweisen". Kautsky, der die deutsche Niederlage als ein Glück bezeichnet

hatte, weil „sonst das deutsche Volk unter die Knechtschaft des deutschen Militarismus gekommen wäre", stellte einige „zweckvoll" ausgewählte Schriftstücke zusammen, kürzte, änderte, verband sie mit lügenhaften Anmerkungen und — verkaufte das Übersetzungsrecht ans Ausland. Auf diese „Veröffentlichungen einer deutschen Regierung" beriefen sich in Versailles die Mächte.

Vor der Zweiten Internationale erklärte die deutsche Sozialdemokratie später (Juli 1920): „Eine heimliche Absicht [den Krieg herbeizuführen] war auf seiten der deutschen Machthaber vorhanden." Einen Teil der Schuld nahm sie „vor aller Welt freimütig" selber auf sich, da sie „die Gefahr, die in der Führung der auswärtigen Politik ohne Kontrolle des Reichstages lag, nicht rechtzeitig und energisch genug bekämpft" habe. — Noch am 10. Jahrestage der Unterzeichnung der Versailler Bedingungen wandte sich ein Aufruf der Reichsregierung, der neben den Parteien der Weimarer Koalition auch die Deutsche Volkspartei angehörte, lediglich dagegen, daß Deutschland die „alleinige" Schuld am Kriege trage.

Zu der „Schuld am Kriege" kam die „Schuld im Kriege". Den U-Boot-Krieg gegen die Hungerblockade bezeichnete die Mantelnote Clemenceaus als „Herausforderung von Seeräubern". In ihm seien die Fahrgäste der torpedierten Schiffe „auf Gnade und Ungnade den Winden und Wellen und, was noch schlimmer ist [!], den Besatzungen der U-Boote preisgegeben worden". Fast 900 deutsche „Kriegsverbrecher", die sich „gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges" vergangen hätten — Offiziere und Mannschaften, darunter Hindenburg, Ludendorff und Admiral Scheer —, sollten der Entente zur Bestrafung ausgeliefert werden. In Versailles hatte Brockdorff-Rantzau auf diese Vorwürfe erwidert: „Verbrechen im Kriege mögen nicht zu entschuldigen sein; aber sie geschehen im Ringen um den Sieg, in der Sorge um das Dasein der Nation, in der Leidenschaft. Die Hunderttausende aber, die nach dem Kriege an der Blockade zugrunde gingen, wurden mit kalter Überlegung getötet. Daran denken Sie, wenn Sie von Schuld und Sühne sprechen."

Der deutsche Vertreter in Paris (Freiherr von Lersner) verweigerte die Annahme der Liste. Er mußte zurücktreten, — und die Berliner Regierung nahm die Liste von dem französischen Botschafter entgegen. Aber einmütig lehnte sich das Volk gegen die Auslie-



Die deutsche Raumnot unter Versailles

rung auf. So wurde die Aburteilung dem Reichsgericht überwiesen. Dieses eröffnete auch — zwei Jahre nach „Friedensschluß"! — tatsächlich das Verfahren. Auf Reichskosten ließ es dazu die Zeugen aus Frankreich und Belgien kommen, ließ sogar zwei U-Boot-Offiziere im Auslande verhaften und gefesselt nach Leipzig bringen. Aber von den 45 Fällen, die verhandelt wurden, mußte bei 35 das Verfahren eingestellt werden, 10 endeten mit Freispruch.

Wilhelm II. sollte „wegen schwerer Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der Heiligkeit der Verträge" ausgeliefert und „nach den erhabensten Grundsätzen der internationalen Politik" — von den Anklägern abgeurteilt werden. Aber Holland lehnte die Auslieferungsforderung ab.

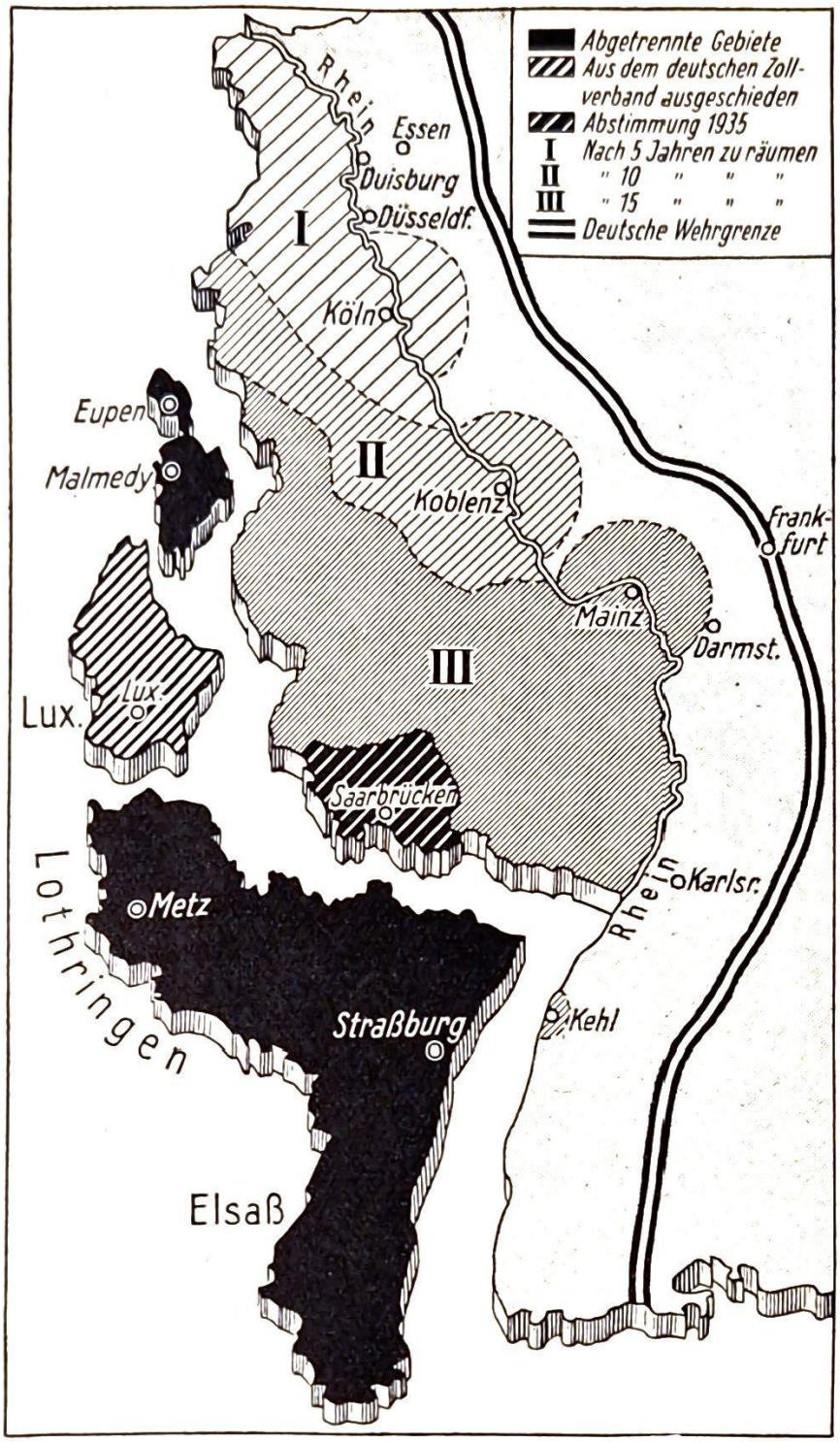
Bei der „kolonialen Schuldlüge" stützten sich die Alliierten ausdrücklich auf Anklagen, die Erzberger und sozialdemokratische Redner vor dem Kriege im Reichstage gegen die deutsche Kolonialverwaltung erhoben hatten. Das deutsche Volk wurde als „unfähig" und „unwürdig" zu jeder Kolonialarbeit bezeichnet. Daher mußte es seine Kolonien an den Völkerbund abtreten. Der übertrug ihre Verwaltung an „fortgeschrittenere Nationen": das „Mandat" über Deutsch-Südwest an Südafrika, das über Deutsch-Ostafrika an England, das über Togo und Kamerun an Frank-

reich und das über die deutschen Südseeinseln an Australien, Neuseeland und Japan. Bald aber forderten die „Mandatsmächte" deutsche Ärzte zur Bekämpfung der Schlafkrankheit an, suchte Belgien das neue deutsche Mittel gegen diese heimtückische Krankheit (Bayer 205) auf dem Wege der Kriegsentschädigung zu bekommen.

Der letzte der 14 Punkte Wilsons hatte „eine allgemeine Vereinigung der Nationen" gefordert, „um großen wie kleinen gleichermaßen ihre politische Unabhängigkeit und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes zu gewährleisten". Die Satzungen dieser „Staatengesellschaft" (société des nations), deren Namen nur wir Deutschen mit dem verklärenden Worte „Völkerbund" übersetzt haben, bilden den ersten Teil des Versailler Vertrages. Das allein schon zeigt, daß die ihr dort gestellte Aufgabe, „Frieden und Sicherheit zu gewährleisten", nur so gemeint ist, daß es sich um den Versailler Frieden und um die Sicherheit des Versailler Systems handelt. Lediglich die „Siegerstaaten" sind „ursprüngliche" Mitglieder, während die Neutralen zum Beitritt eingeladen wurden. Auch der Völkerbundsrat setzt sich ausdrücklich zusammen „aus Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte", ergänzt durch Vertreter von „vier anderen Bundesmitgliedern". Dagegen hatten die Mittelmächte durch genaue Erfüllung der ihnen auferlegten Friedensbedingungen erst ihre Würdigkeit zu beweisen. Auch Sowjetrußland blieb ausgeschlossen. Und die Vereinigten Staaten, deren Präsident den Gedanken angeregt hatte, traten ihm nicht bei. Sitz des Völkerbundes ist Genf. „Die Mitglieder des Bundes erkennen an, daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen" (Artikel 8 der Völkerbundsakte) und „alle etwa zwischen ihnen entstehenden Streitfälle ... dem Schiedsgerichtsverfahren ... zu unterbreiten" (Artikel 12).

Die Verstümmelung des deutschen Reichs- und Volksbodens

An allen Seiten wurde der deutsche Raum eingeengt. Im Westen erhielt Frankreich Lothringen und das Elsaß „zurück". Um Wilson zu überzeugen, hatte Clemenceau in Versailles von seinem Sekretär 150000 „Saarfranzosen" erfinden und in ihrem Namen



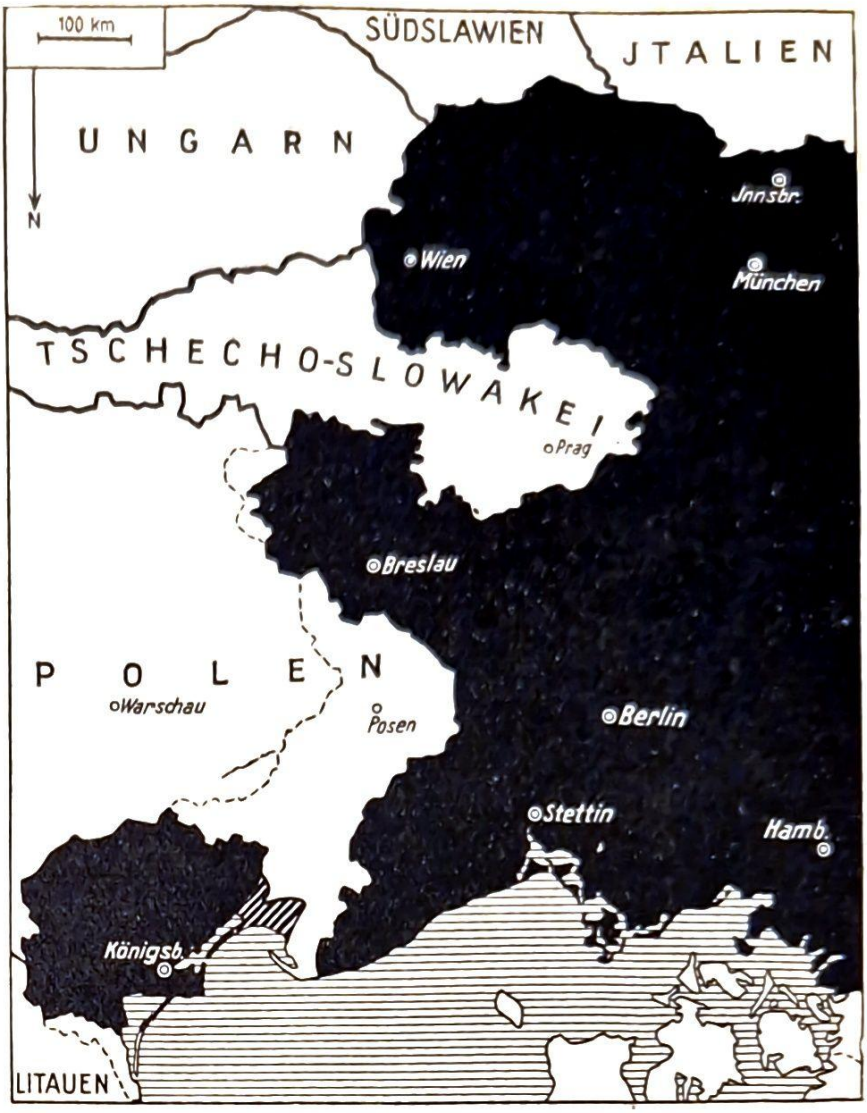
Die Versailler Westgrenze des Reiches

eine Bittschrift einreichen lassen. So kam das Saarbecken für 15 Jahre unter die Verwaltung eines Völkerbundsausschusses. Danach sollte die Bevölkerung darüber abstimmen, ob sie zum Reiche oder zu Frankreich gehören oder weiterhin vom Völkerbund verwaltet werden wolle. Dem deutschen Unternehmer, der kein französisches Kapital aufnahm, wurde die Kohle gesperrt; Arbeiter, die ihre Kinder nicht in die neu eingerichteten französischen Schulen schickten, mußten mit ihrer Entlassung rechnen. So wollte man in dem halben Menschenalter der Besetzungszeit die fehlenden „Saarfranzosen" schon schaffen.

Luxemburg wurde aus dem Zoll- und Eisenbahnverband mit dem Reiche gelöst.

Die preußischen Kreise Eupen und Malmedy kamen, ohne die Bevölkerung zu befragen, an Belgien. Zwar durfte jeder namentlich dagegen Einspruch erheben. Für diesen Zweck legten die belgischen Behörden in den beiden Kreisstädten — vormittags 3, nachmittags 2 Stunden — Protestlisten aus. Jede Aufklärung und Werbung war verboten. Wer sich trotz allen Schwierigkeiten eintrug, der wurde von der Lebensmittelverteilung ausgeschlossen. So trugen sich nur 270 ein, und der Völkerbund übergab daraufhin die beiden Kreise endgültig an Belgien. Über das Versailler Diktat hinaus bekam Belgien sogar noch einen Teil des

Kreises Monschau. Bei der Grenzziehung wurden Bahnlinien und Bahnhöfe auf deutschem Boden belgisch, so daß belgische Truppen zu ihrem Übungsplatz durch deutsches Gebiet gefahren werden mußten; ein Dorf wurde von der Grenze durchschnitten, für den staatsbelgisch gewordenen Teil seiner Bewohner wurden „erschwerende Paß- und Zollformalitäten" aufgehoben, so daß hier die Zollgrenze unterbrochen war und ein „legaler Schmuggel" getrieben werden konnte.



Die deutsche Ostgrenze nach Versailles
(von der Ostsee her gesehen)

Im Norden erhielt sogar das während des Krieges neutrale Dänemark ein Stück deutschen Bodens. Schleswig wurde in drei Abstimmungszonen eingeteilt. Die nördliche Zone stimmte im ganzen ab. Ihre Grenzlinie war so gezogen, daß neben dem dänisch-völkischen Nordteil auch größere volksdeutsche Gebiete mit Apenrade und Tondern — im ganzen 40000 deutsche Menschen — zu Dänemark geschlagen werden konnten. Die zweite Zone stimmte gemeindeweise ab. Trotz der dänischen „Speckpropaganda" war aber hier das Ergebnis so, daß die Absicht, dänische Einsprengsel herauszunehmen, nicht ausgeführt werden konnte, denn 80 v. H. stimmten für Deutschland. Darauf unterblieb die Abstimmung in der dritten Zone.

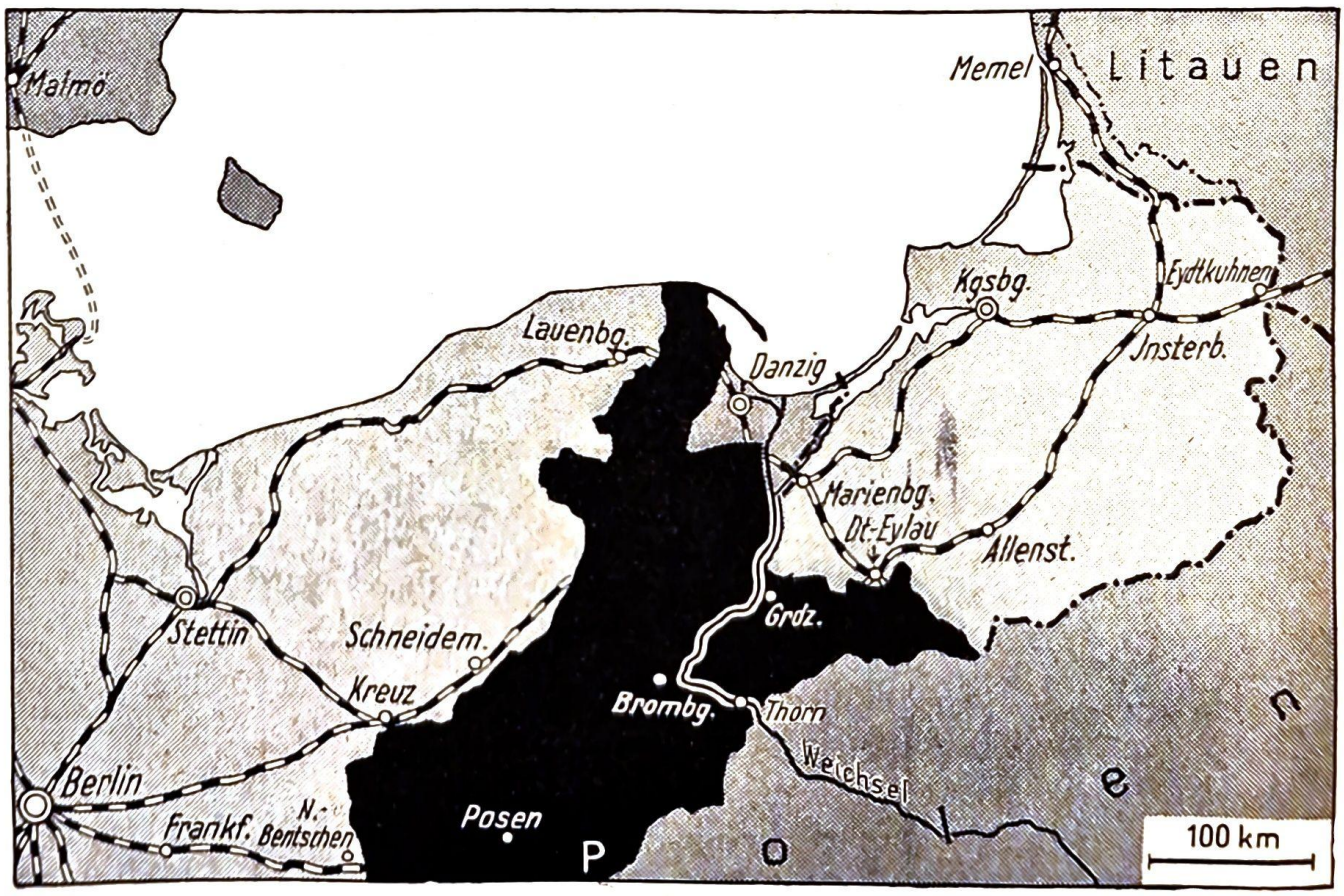
Ein dänischer Versuch, die Internationalisierung der Stadt Flensburg zu erreichen, mißlang, jedoch mußten einige kleine Gemarkungen der zweiten Zone, trotz deutscher Mehrheit dieser Gemeinden, im Rahmen einer Grenzberichtigung an Dänemark abgetreten werden.

Die deutsche Ostgrenze wurde völlig zerstückelt. Die alte Hansestadt Danzig wurde als „Freie Stadt" dem Völkerbund unterstellt und dem

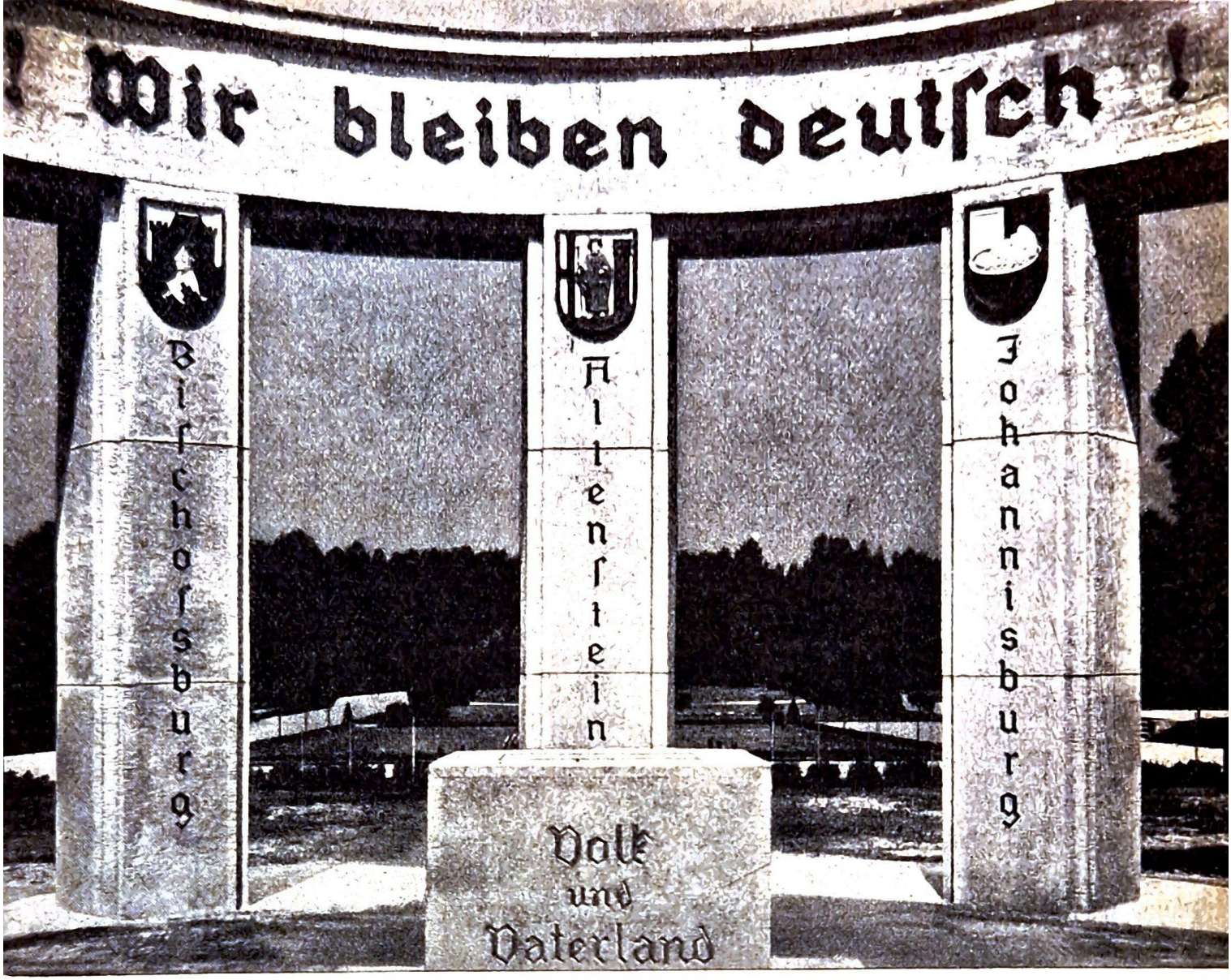
polnischen Zollgebiet angeschlossen. Auf das Memelland mußte das Reich „zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte" verzichten. Fast die gesamten Provinzen Posen und Westpreußen fielen an Polen; dazu Teile von Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Niederschlesien. In den Kreisen Marienwerder und Allenstein aber stimmten 92,8 v. H. und 97,8 v. H. für Deutschland; darunter alle Masuren.

Der „Weichselkorridor" in einer Breite von 80 bis 220 km — ein Gebiet größer als Belgien — gab Polen einen Zugang zum Meer. Ostpreußen wurde vom übrigen Reichsboden getrennt. Die Weichselgrenze lief rechts des Stromes auf dem Deich. Der im Friedensvertrag Deutschland zugesicherte „Zugang zur Weichsel" war — 4 m breit (bei Kurzebrack) und nur rechts der Weichsel ansässigen Deutschen zugänglich. Bei der übrigen Grenzziehung wurden immer wieder Städte von ihren Bahnhöfen, Dörfer von ihren Mühlen, Fabriken von ihren Lagerschuppen, Gehöfte von ihren Äckern, Friedhöfe von ihren Gemeinden getrennt.

In Oberschlesien sollte eine gemeindeweise Volksabstimmung stattfinden: ein Erfolg Brockdorff-Rantzaus in Versailles. Zu



Der „Weichselkorridor"



Abstimmungsdenkmal in Allenstein

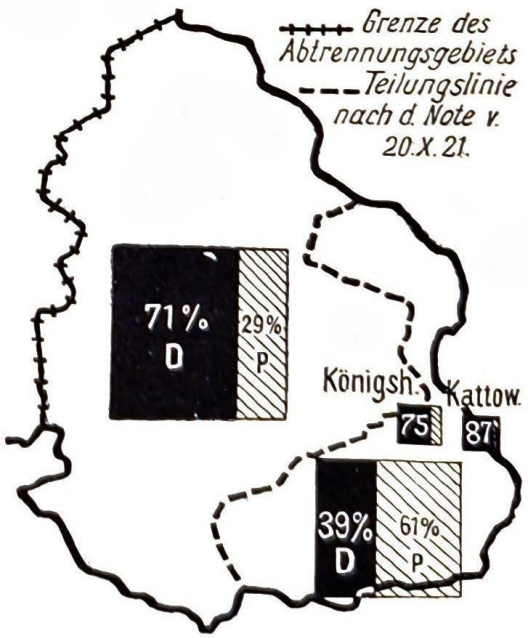
ihrer Sicherung wurde das Land im Auftrage des Völkerbundes von französischen, englischen und italienischen Truppen unter einem französischen General besetzt. Unter deren Schutz rief der einstige Reichstagsabgeordnete Korfanty, während des Krieges Sekretär Erzbergers, einen polnischen Aufstand ins Leben. Als die deutsche Polizei diesen niederschlug, wurde sie von den Franzosen entwaffnet. Die deutsche Bevölkerung war vogelfrei, Überfällen und Mißhandlungen preisgegeben. 55 Deutsche wurden ermordet.

Trotz aller Bedrangsalung stimmten jedoch 61 v. H. der Bevölkerung und 55 v. H. der Gemeinden für ihr Verbleiben beim Reich (20. März 1921). Gegen dieses Ergebnis rief Korfanty einen neuen Aufstand ins Leben, um „vollendete Tatsachen" zu schaffen. 50000 polnische „Aufständische" — vielfach polnische Soldaten in Arbeitertracht — mit französischen Waffen und teilweise unter französischer Führung brachen über die Grenze und eroberten ganz

Deutscher Selbstschutz in Oberschlesien

Oberschlesien bis zur Oder. Die Berliner Regierung hatte demgegenüber die Freikorps aufgelöst. Aber die alten Kameraden aus den Kämpfen des „Nachkrieges" trafen sich wie selbstverständlich im Abstimmungsgebiet und bildeten erneut einen Selbstschutz. Die deutschen Jugendbünde stellten eine „Wandervogelhundertschaft" auf. Aus Bayern erschien der Bund Oberland. Auf der Fahrt durch Sachsen wurden seine Trupps im Auftrage des dortigen marxistischen Innenministers Lipinski angehalten, entwaffnet, beschossen.

In Oberschlesien wie bei allen Kämpfen um den Bestand des Reiches fehlten — die republikanischen Parteien, die „Schöpfer" und Träger des Zwischenreiches. Und weder hier noch bei den Abstimmungen haben die schwarzrotgoldenen Fahnen geweht. Im Kampf für Deutschland galt nur Schwarz-Weiß-Rot.



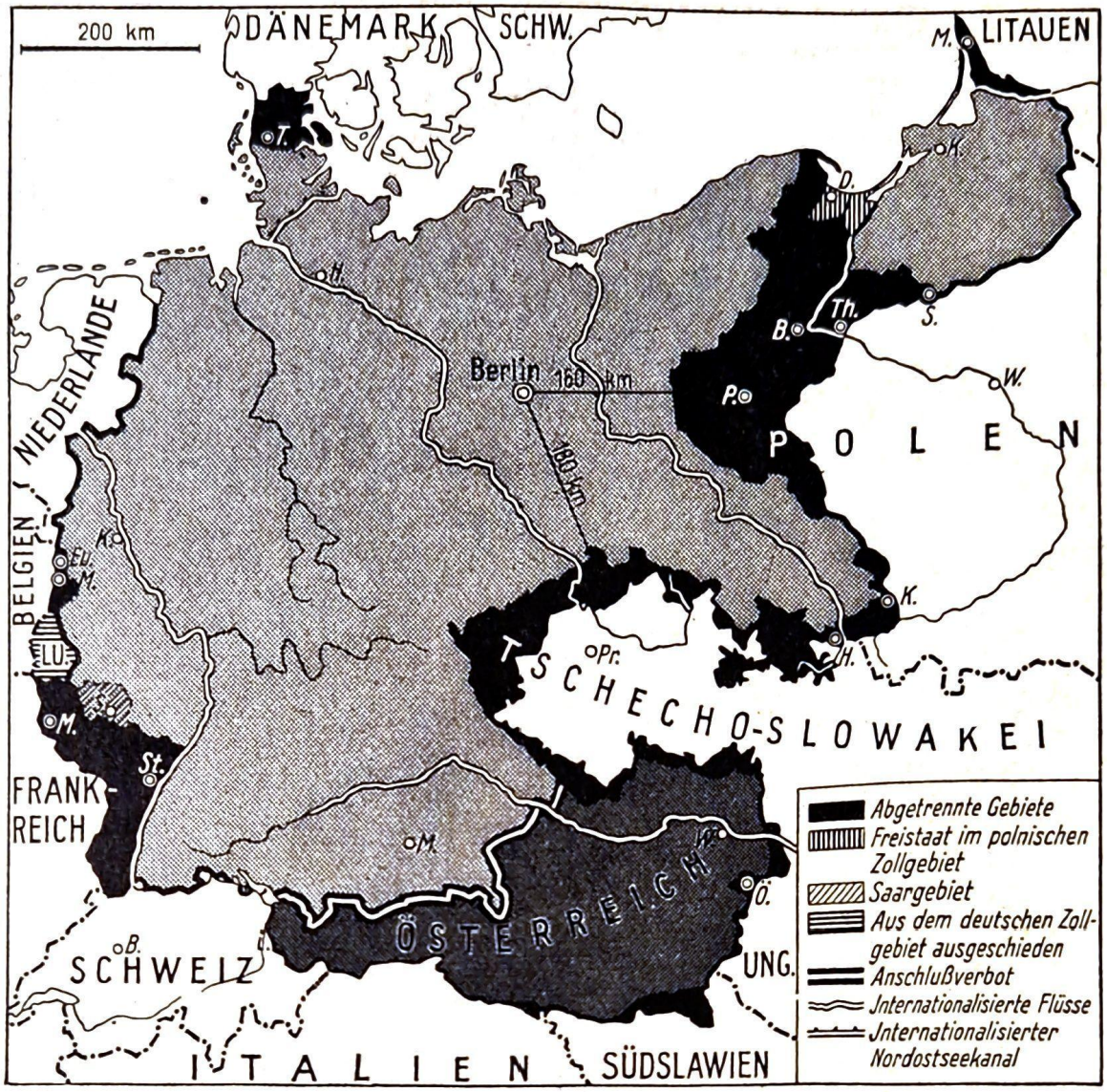
Das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien

Bald stand eine deutsche Front in Schlesien. Die Polen hatten den be-

herrschenden Annaberg, der sich 300 m aus dem Odertal erhebt, stark befestigt und besetzt. Aber die deutschen Freikorps, nur zum geringen Teil mit Gewehren bewaffnet, ohne jedes Geschütz, stürmten die Höhe und erbeuteten die kostbaren Maschinengewehre und Kanonen Dabei ist jeder vierte Mann des Bundes Oberland gefallen.

Jetzt, gegenüber den deutschen Erfolgen, griffen die französischen Truppen ein, schoben sich zwischen die kämpfenden Linien und verhinderten den weiteren deutschen Vormarsch. Das jüdisch-demokratische „Berliner Tageblatt" erklärte die Auflösung der deutschen „Banden" für eine „im vaterländischen Interesse dringende Aufgabe", und die deutsche Reichsregierung unter dem Zentrumskanzler Wirth ließ das Abstimmungsgebiet gegen Zuzug von neuen Freiwilligen durch Polizei sperren und bedrohte jeden, der sich fernerhin mit seinem Blute für die deutsche Sache einsetzen würde, mit „Geldstrafe bis zu 100000 Mark oder Gefängnis bis zu 6 Monaten". Ein Völkerbundsausschuß — ein Chinese, ein Brasilier, ein Kanadier und ein Tscheche, von denen keiner je das fragliche Gebiet gesehen hatte — entschied (z. T. nach gefälschten Karten): Oberschlesien wird zwischen dem Reich und Polen geteilt. Dabei kamen auch die Städte Kattowitz und Königshütte mit 87 und 75 v. H. deutscher Stimmen unter fremde Herrschaft. Die Grenze wurde so geführt, daß vielfach die Wohnstätte der

Grenzziehung unter Tage in Oberschlesien

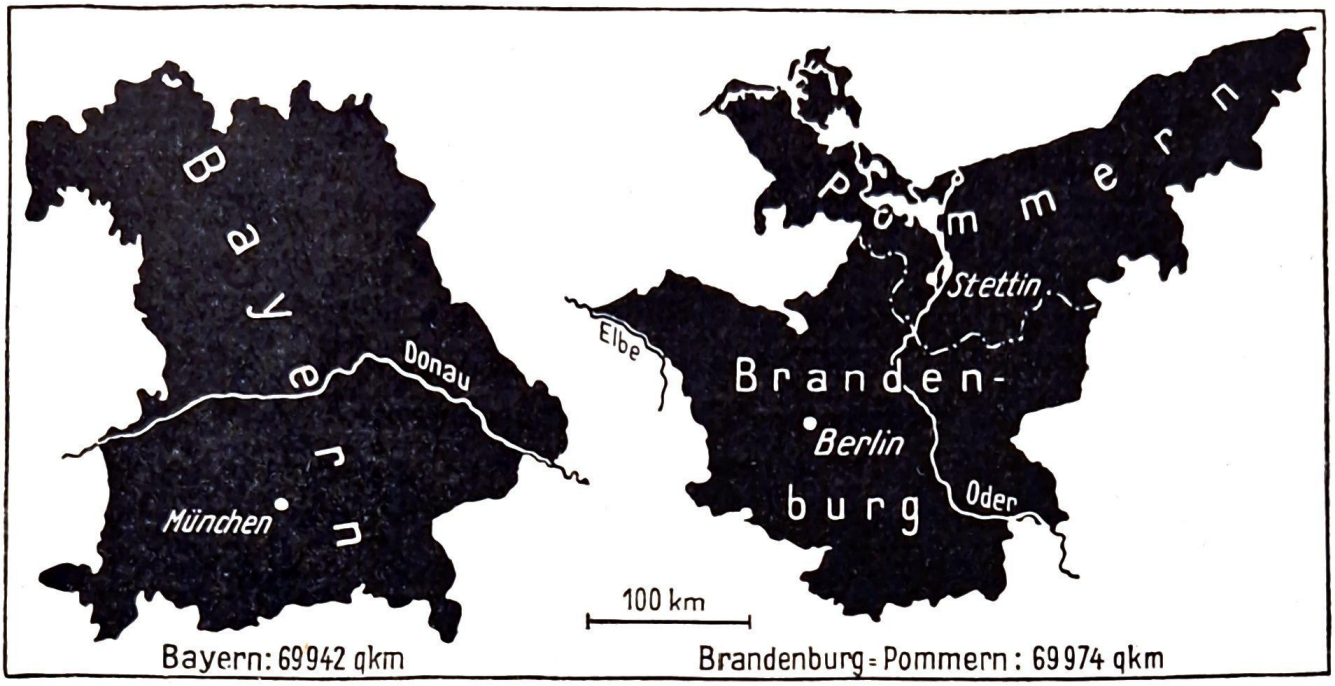


Die Verluste an Reichs- und Volksboden durch das Versailler Diktat

Arbeiter von der Arbeitsstätte, Gas-, Strom- und Wasserwerke von ihren Versorgungsgemeinden getrennt waren. Zwischen Beuthen und Hindenburg wurde die Straßenbahn durchschnitten, um das bedeutendste Knappschaftslazarett den Polen zu überantworten.

Ohne jede Abstimmung kam das Hultschiner Ländchen an der Südwestecke Schlesiens an die Tschecho-Slowakei. Vergeblich erklärte sich sofort nach Bekanntwerden dieser Abtretung die Bevölkerung in einer privaten Abstimmung mit 94 v. H. für das Reich.

Einst hatte Wilson feierlich verkündet: „Völker und Provinzen sollen nicht von einem Staat zum andern verschachert werden dürfen, als wären sie bloße Sachen oder Steine in einem Brettspiel." Durch Mißachtung dieses „Selbstbestimmungsrechts der Völker" verlor das Deutsche Reich im ganzen ein Achtel



Der deutsche Gebietsverlust (70588 qkm) im Vergleich mit deutschen Landesteilen

seiner Bodenfläche, ein Zehntel seiner Bevölkerung: so viel Menschen, wie zusammen in Norwegen und Dänemark leben.

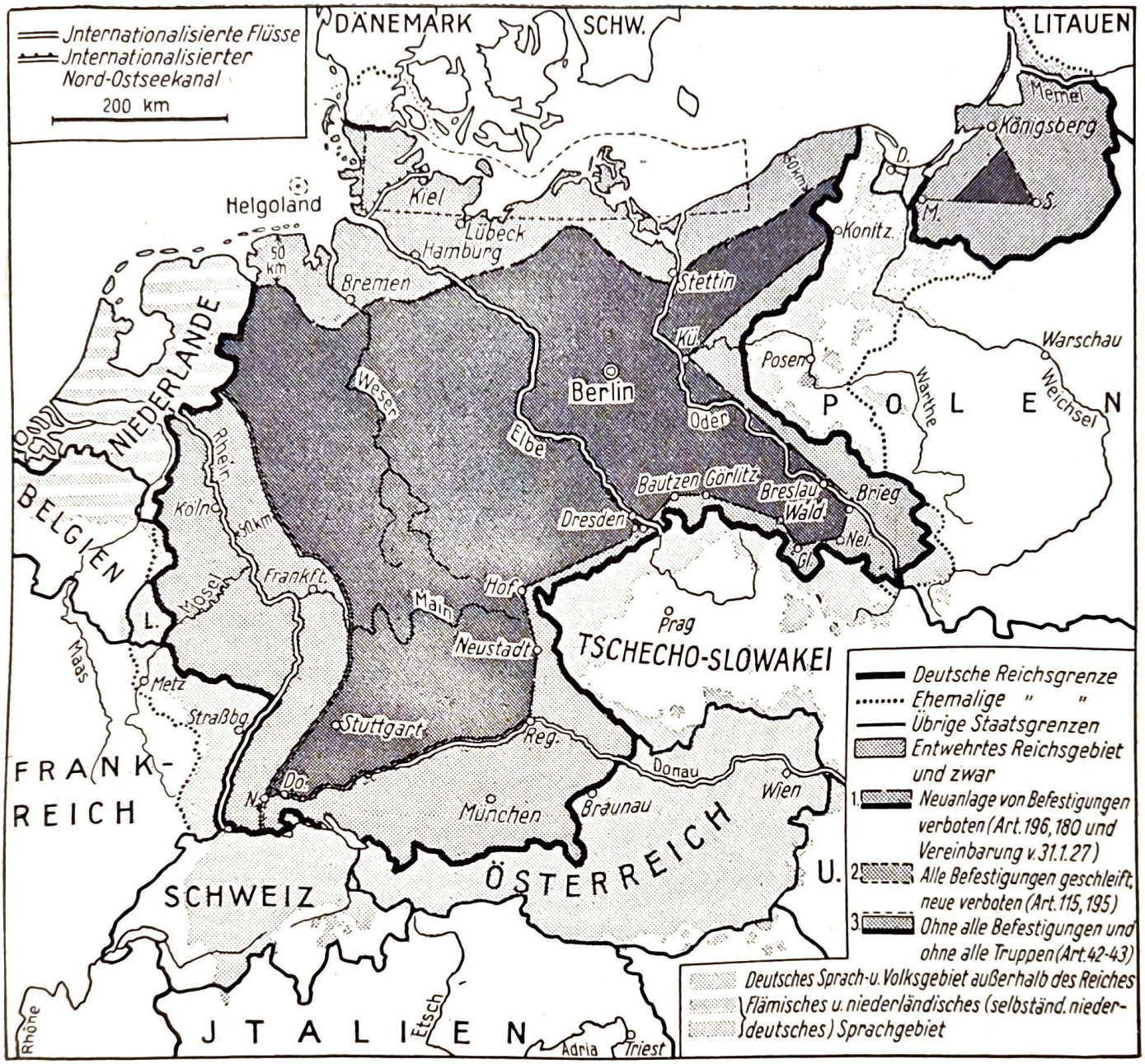
Dafür schien aber durch die Auflösung der Donaumonarchie die Möglichkeit gegeben, den deutschen Volksboden in Mähren und Böhmen, in Österreich und Tirol dem Reiche anzugliedern. Doch in Versailles und St. Germain mußten die beiden deutschen Staaten die „Unabhängigkeit" Deutsch-Österreichs anerkennen. Es nutzte nichts, daß die Tiroler und Salzburger privat abstimmten und sich mit 145000 (gegen 2000) und 99000 (gegen 900) für den Anschluß erklärten (Sommer 1921). „Eine klarere Verleugnung des angeblichen Selbstbestimmungsrechts ist kaum zu denken", schrieb Wilsons Staatssekretär Lansing in seinen Erinnerungen. Südtirol mit Bozen und Meran fiel an Italien.

Ungarn mußte das deutsche Burgenland an Österreich abtreten. Doch erzwang es eine Abstimmung, bei der es selber die Listen führte, und rettete dadurch das Gebiet von Ödenburg für sich (Dezember 1921). In Kärnten, wo die deutschen Abwehrkämpfe eine Abstimmung erreicht hatten, wurde bis dahin — für 16 volle Monate — die Verwaltung an Südslawien mit seinen Beamten und Truppen vergeben. Trotz allem Terror aber stimmten nur 15000 für Südslawien und 22000 für Österreich (Oktober 1920).

Umfaßte schon das kleindeutsche Reich von 1871 nur einen Teil des deutschen Volksbodens, so haben die Bestimmungen von Versailles Deutschland noch weiter verkleinert, noch mehr Deutsche von ihrem Volkskörper losgerissen, die deutsche Volkheit an allen Grenzen aufgesplittert. Die Deutschen waren das einzige Volk Europas, das einen ungewöhnlich hohen Bruchteil seiner Bevölkerung — ein volles Drittel! — auf fremdem Boden wohnen hatte; sie waren das „Volk ohne Raum". Von den 76 Millionen Deutschen, die 1920 in geschlossenem Siedlungsgebiet in Mitteleuropa wohnten, faßte Rumpfdeutschland nur 62 Millionen zusammen. Fünf Staaten lagen vollständig auf deutschem Boden: Deutsch-Österreich, das Deutsche Reich, Liechtenstein, Danzig und Luxemburg. Die Staatssprache Luxemburgs war Französisch, und durch die Zollverbindung mit Belgien, die es nach dem Weltkriege eingegangen war, kam es auch im übrigen immer mehr unter französischen Einfluß. Neun andere Staaten griffen auf deutschen Volksboden über: Dänemark, Litauen, Polen, die Tschecho-Slowakei, Ungarn, Südslawien, Frankreich und Belgien; dazu die Schweiz, deren Deutsche sich aber nicht als Grenzdeutsche fühlten, sondern meist als deutschsprechende Ausländer. Das niederdeutsche Holland empfand sich überhaupt nicht mehr als deutsches, nur als germanisches Land.

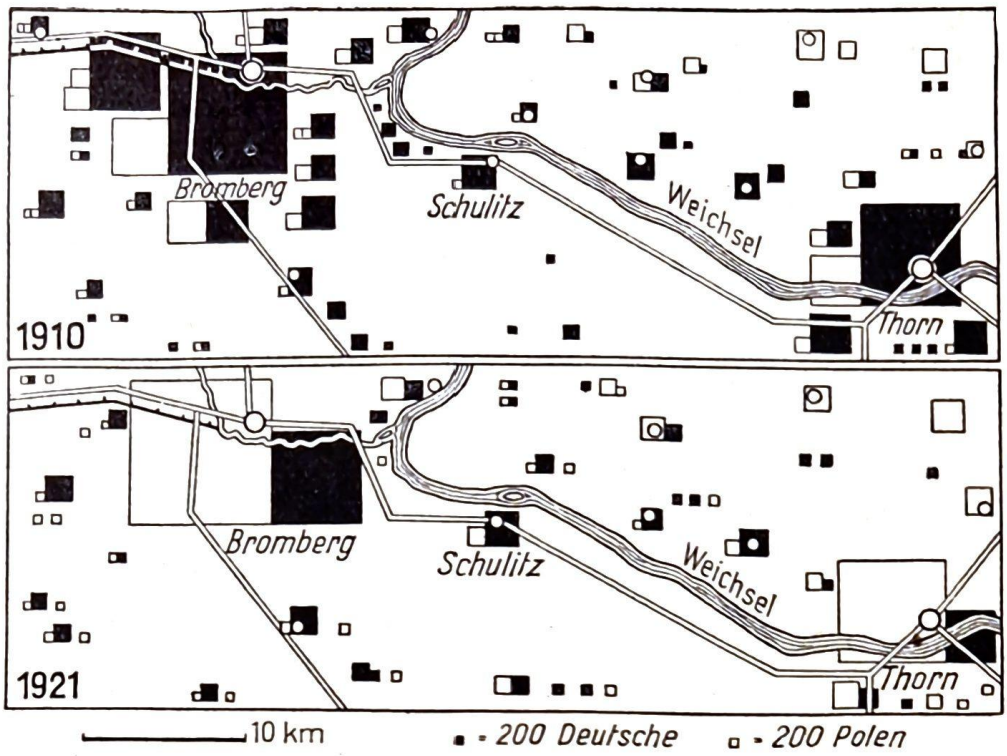
Der beengte Raum in dem Rumpfdeutschland nach Versailles und die schwere Wirtschaftslage infolge der riesigen Kriegsentschädigung trieben von neuem zahlreiche Deutsche nach Übersee. Aber die Vereinigten Staaten, früher das Haupteinwanderungsgebiet, ließen nur noch eine beschränkte Zahl Deutscher hinein. In den europäischen Ländern hatte das Deutschtum einen harten Kampf um seine Selbstbehauptung zu führen. Stellung auf Stellung wurde ihm entrissen: da eine Schule, dort ein Acker, da eine Fabrik, dort ein Arbeitsplatz, da ein Bauernhof, dort ein Gasthaus. Aus einem rein deutschen Landstrich wurde so ein gemischtsprachiger, aus diesem ein fremdsprachiger und damit schnell ein fremdvölkischer.

Aus Elsaß-Lothringen wurden fast alle nach 1871 eingewanderten Deutschen ausgewiesen, dazu viele ihr alamannisches Volkstum offen betonenden Altelsässer; insgesamt 150000 Menschen. Die deutsche Sprache wurde aus Verwaltung, Gericht und Schule



Die deutsche Volks-, Staats- und Wehrgrenze nach Versailles

verbannt (zweisprachig war nur — der Steuerzettel); aus Innerfrankreich wurden französische Beamte und Lehrer ins Land geschickt. Doch der Widerstand dagegen wuchs ständig. „Ist es etwa nicht wahr", fragte der Elsaß-Lothringische Heimatbund in einem Aufruf (1926), „daß wir uns durch Sprache, Anschauungen, Sitten, Gebräuche, kurz in allem bis zur Bauart unserer Dörfer und Städte von den Innerfranzosen unterscheiden?" Damit erklärte er die Elsaß-Lothringer für eine „Deutsche Volksgruppe" im französischen Staate. Dessen Ziel aber war die völkische Aufsaugung dieses alten alamannischen Landes.

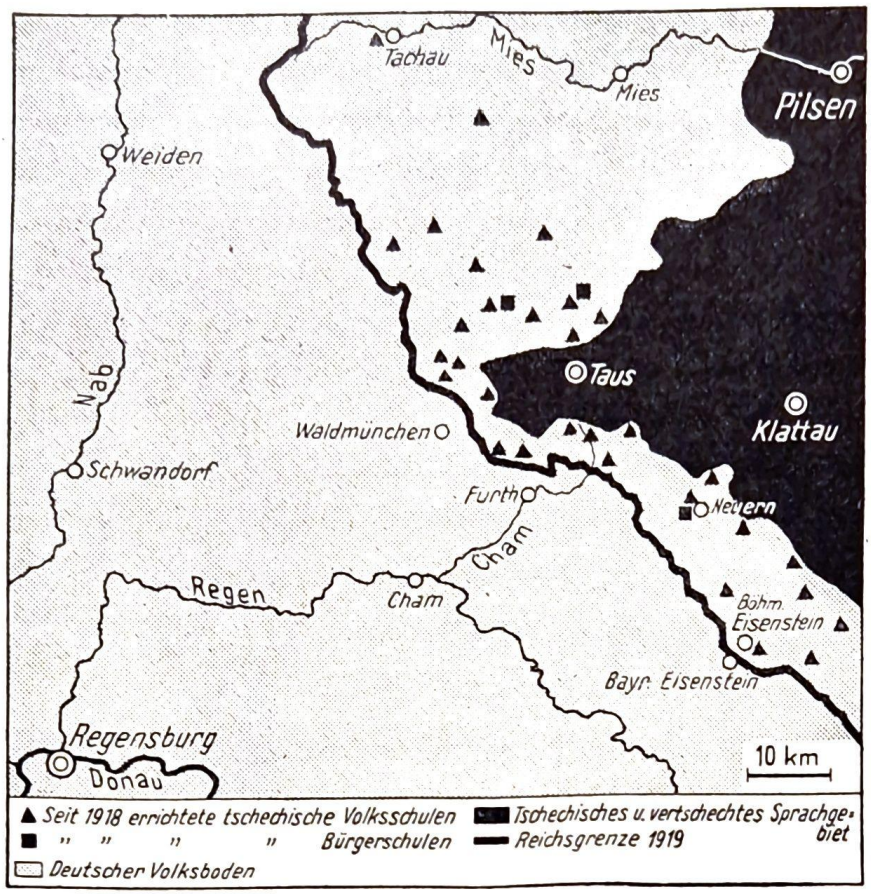


Deutsche und polnische Bevölkerung zwischen Bromberg und Thorn 1910 und 1921

In Eupen-Malmedy hatten die deutschen Beamten und Lehrer das Land verlassen. Aber die Bevölkerung hielt weiter an ihrem Volkstum fest. Trotz den neuangesiedelten belgischen Beamten konnten die Belgier bei den Gemeindewahlen in Malmedy nur einen, in Eupen gar keinen Sitz erobern.

Nicht durch staatlichen Druck, sondern durch rege Werbetätigkeit suchte Dänemark die Deutschen Nordschleswigs ihrem Volkstum zu entfremden. Besondere Schutzbestimmungen für die deutsche Volksgruppe, wie sie Deutschland für die Dänen Schleswigs getroffen, lehnte es ab.

In den ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen hatten Hunderttausende von Deutschen für ihr Verbleiben beim Deutschen Reiche „optiert" und wurden daraufhin ausgewiesen. Andere Hunderttausende wurden von Haus und Hof vertrieben. Rund 1 Million Deutscher verließen dieses „unzweifelhaft polnische" Gebiet! Über 500000 ha deutschen Bodens gingen in polnische Hände über. Bromberg, vor dem Kriege eine fast rein deutsche Stadt mit 60000 Einwohnern, zählte 1921 (unter dem polnischen Namen Bydgoszcz) unter 88000 Menschen 24000 Deutsche, 1928 nur noch 12000. Die deutschen Dörfer im alten, zu Rußland gehörenden



Vertschechungsvorstoß im Böhmerwald seit 1918

„Kongreßpolen" waren während des Krieges meist ausgebrannt, ihre Bewohner vielfach nach Sibirien verschickt worden. Doch noch gab es eine halbe Million Deutscher dort, zusammengefaßt im „Bund der Deutschen in Polen".

Das Schicksal der in der Sowjetunion verbliebenen Rußlanddeutschen ist nicht zu übersehen, da genaue Nachrichten darüber fehlen. Die im Gefolge der Revolutionswirren eingetretenen Hungersnöte und die politische Umstellung haben zu einer starken Auswanderung dieser Deutschen nach Übersee und zur Rückwanderung vieler in das Reich geführt. Dort aber wurden sie von der Regierung des Weimarer Systems nicht, wie sie gehofft, als bäuerlicher Grenzschutz im Osten angesiedelt, sondern mußten größtenteils ebenfalls hinüberfahren nach Kanada und Brasilien!

Der deutsche Volksboden in Böhmen und Mähren war allein fast so groß wie Württemberg, größer als Elsaß-Lothringen. In der Tschecho-Slowakei lebten mehr Deutsche als in der Schweiz. Die Zahl der Sudetendeutschen übertraf die der Norweger oder der Dänen. Die Bestimmungen von St. Germain verpflichteten zwar die Tschechen, die deutsche Sprache in allen Bezirken anzuerkennen, in denen

mindeſtens 30 v. H. Deutſche wohnten. Aber ſie enteigneten mehr als 300000 ha deutſches Ackerland und noch mehr deutſches Waldgebiet und ſiedelten Tſchechen darauf an, um das Deutſchtum auseinanderzuſprengen. Die deutſche Induſtrie erhielt nur Aufträge, wenn ſie genügend tſchechiſche Arbeiter einſtellte. Durch dieſe Maßnahmen und durch geſchickte Verwaltungseinteilung wurde in allen Bezirken — bis auf zwei — der deutſche Hundertſatz unter 30 v. H. herabgedrückt. So brauchten die tſchechiſchen Behörden und Gerichte mit den Deutſchen nur in tſchechiſcher Sprache zu verkehren. Weit über 1000 deutſche Schulklaſſen wurden geſchloſſen. Eine planmäßige tſchechiſche Grenzſiedlung ſollte die Sudetendeutſchen vom deutſchen Volksboden trennen. Tſchechiſche Beamte wurden in deutſches Gebiet verſetzt, damit dort tſchechiſche Schulen eingerichtet werden konnten, deutſche in rein tſchechiſche Bezirke, damit ſie ihre Kinder in tſchechiſche Schulen ſchicken mußten. Durch „Eingemeindung“ von tſchechiſchen Dörfern hatten alte deutſche Städte wie Iglau und Olmütz eine tſchechiſche Mehrheit erhalten.

Südſlawien, wo mehr als 700000 Deutſche wohnen, verbot die Veröffentlichung der Friedensartikel, die den fremden Volksgruppen Schutz zuſicherten. In Unterſteiermark iſt das Deutſchtum ſo gut wie ausgerottet. — Rumänien mit ſeinen 800000 Deutſchen enteignete größtenteils den Landbeſitz der deutſchen Kirchen und Gemeinden Siebenbürgens; dadurch verarmte das einſt reiche Deutſchtum. — Die Baltendeutſchen wurden 1918 von den Kommuniſten maſſenweiſe verhaftet, erſchlagen, niedergeſchoſſen, nach Sibirien verſchleppt; andere flüchteten ins Reich. So ging ihre Zahl auf faſt ein Drittel zurück. Der deutſche Landbeſitz in Eſtland, Lettland und Litauen wurde entſchädigungslos enteignet — allein in Lettland ein Gebiet von der Größe Belgiens! —, die deutſchen Beamten in den Städten wurden entlaſſen. Als die Franzoſen das Ruhrgebiet beſetzten, rückten gleichzeitig litauiſche Truppen in das Memelland (10. Januar 1923). Nach „heldenmütiger Verteidigung“ zog die franzöſiſche Beſatzung, ohne einen Schuß abgegeben zu haben, aus der Stadt Memel ab. Die Alliierten erkannten die Oberhoheit Litauens an, gaben ihm aber im „Memelſtatut“ auf, die deutſche Kultur des Landes nicht anzutaſten. Bei den erſten Landtagswahlen unter litauiſcher Herrſchaft entſandten die Memelländer von 29 Abgeordneten 27 Deutſche in die Volksvertretung (1925).

Die Entwaffnung Deutschlands

Das Deutsche Reich mußte abrüsten. 50000 Geschütze, 86000 Maschinengewehre, 5 Millionen Gewehre und Pistolen wurden zerschlagen, 14000 Flugzeuge und 26000 Flugmotoren abgeliefert, viele Fabriken, die Kriegsgerät hergestellt hatten, abgerissen, 22000 Maschinen zerstört. Ja 212000 Fernsprechapparate, 1240 Feldbäckereien und Tausende von Ferngläsern wurden vernichtet. Das reichsdeutsche Heer wurde auf 100000 Berufssoldaten, die deutsche Flotte auf 3 Dutzend kleinere Schiffe (6 Panzerschiffe, 6 kleine Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedoboote) mit 15000 Mann Besatzung festgesetzt: Heer und Flotte mit zwölfjähriger Dienstpflicht für Mannschaften und Unteroffiziere und fünfundzwanzigjähriger für Offiziere, mit genau abgezählter Ausrüstung und Bewaffnung, ohne Luftflotte, ohne Tauchboote, ohne Generalstab. Der deutschen Artillerie wurden schwere Geschütze verboten und lediglich 204 Feldgeschütze (zu 7,7 cm Geschoßdurchmesser) und 84 Feldhaubitzen (zu 10,5 cm) erlaubt. Die Grenzfestungen wurden geschleift oder durften nicht erneuert werden. Auch Helgoland mußte entfestigt werden. In einem Gebiet bis 50 km rechts des Rheines war jede „Sammlung von Streitkräften" verboten, auch gegen innere Unruhen. In dieser entwaffneten Zone mußten als „Vorkehrungen für eine Mobilmachung" zweigleisige Eisenbahnen in eingleisige verwandelt, andere ganz abgerissen werden. Die deutsche Wehrgrenze war weit hinter die deutsche Staatsgrenze zurückverlegt.

Verschrottung deutscher Geschütze

Gesperrter Eisenbahntunnel
im Rheinland

Gesprengtes Festungswerk
in Küstrin

„Moralische" Abrüstung (Kundgebung von Pazifisten in Berlin)

„Beschäftigung mit militärischen Dingen" wurde Schulen und Vereinen verboten, ebenso der Eintritt Deutscher in fremde Kriegsdienste, außer — in die der französischen Fremdenlegion.

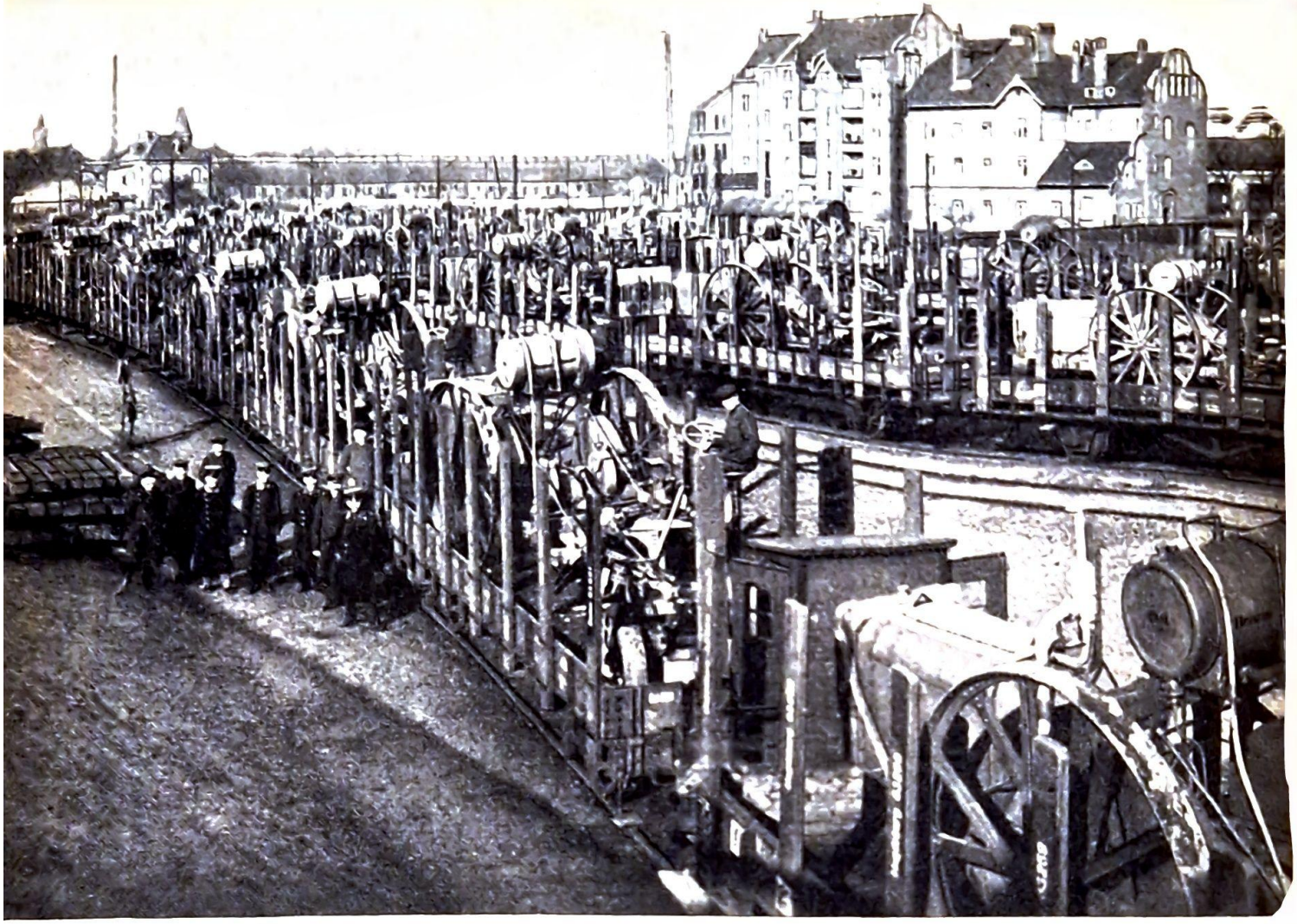
Ähnliche Bestimmungen galten für Österreich, dem 18000 Mann zugebilligt wurden.

„Interalliierte Kommissionen" überprüften dauernd die Abrüstung. Innerhalb von 2 Monaten haben sie einmal der Reichsregierung nicht weniger als 100 Noten überreicht. Und die bestimmenden Parteien der Weimarer Republik wehrten sich nicht dagegen, sondern erfüllten alle Forderungen gewissenhaft, „nicht nur aus realpolitischen, sondern auch aus ethischen und grundsätzlichen Erwägungen", wie der Vorsitzer des Zentrums, Prälat Kaas, erklärte. „Seit dem Kriegsende hat das katholische Zentrum zusammen mit der Sozialdemokratie die moralische Entwaffnung Deutschlands betrieben", konnte der Marxistenführer und Unterzeichner von Versailles, Hermann Müller, in einer amerikanischen Zeitung versichern (Januar 1931 im Chicago Herald and Examiner).

Zwar sollte nach den Bestimmungen von Versailles die deutsche Entwaffnung „die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen ermöglichen"; doch starrte seitdem die Welt mehr denn je in Waffen.

Die Zerstörung der deutschen Wirtschaft

Der Verlust an Menschen und Boden bedeutete gleichzeitig einen starken wirtschaftlichen Verlust. Im Elsaß gingen die großen deutschen Kalilager, in Lothringen die Erzgruben verloren, in Westpreußen und Posen ein Fünftel der deutschen Getreideernte. Die

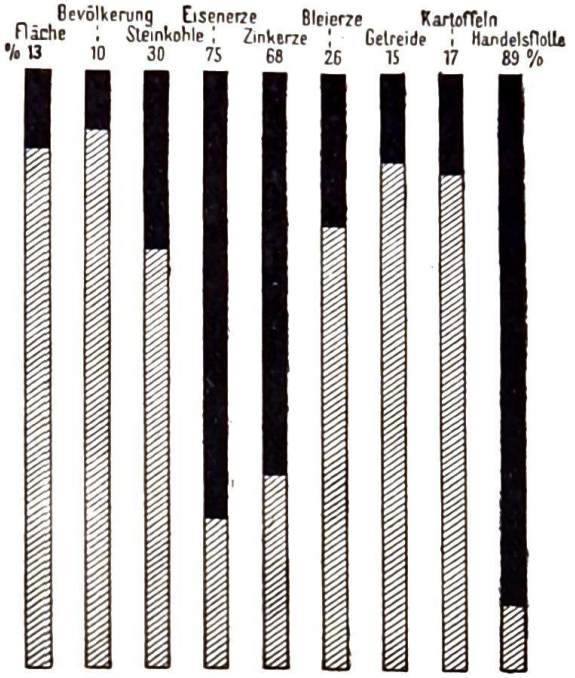


Sachlieferungen an die Entente

Teilung Oberschlesiens gab sämtliche dortigen Erzgruben, drei Viertel der Zinkförderung, fünf Sechstel der Steinkohlengruben an Polen. Die deutschen Wasserstraßen wurden der Hoheit des Reiches entzogen und „internationalisiert", wie sonst nur das Meer außerhalb des Küstenbereichs. An der Ostgrenze wurden von 16 Eisenbahnlinien 9 totgelegt. Mit den Kolonien wurden dem Reiche nicht nur seine sämtlichen überseeischen Siedlungsgebiete, sondern auch seine eigenen Rohstoff- und Absatzmärkte entrissen. Mit der Ablieferung der Handelsflotte sank das Reich vom zweiten Platz der seefahrenden Staaten auf den dreizehnten, stand es hinter Griechenland.

Als „Strafe" dafür, daß es die „Schuld am Kriege" trüge, wurde Deutschland — das Reich und Österreich (das auch den Hauptanteil der Staatsschulden der alten Habsburger Monarchie übernehmen mußte) — verpflichtet, sämtliche Kriegsschäden zu ersetzen: Kriegskosten, Landzerstörungen, Schiffsversenkungen, Renten, ja den Wert der Liebesgabenpakete an die Kriegsgefangenen

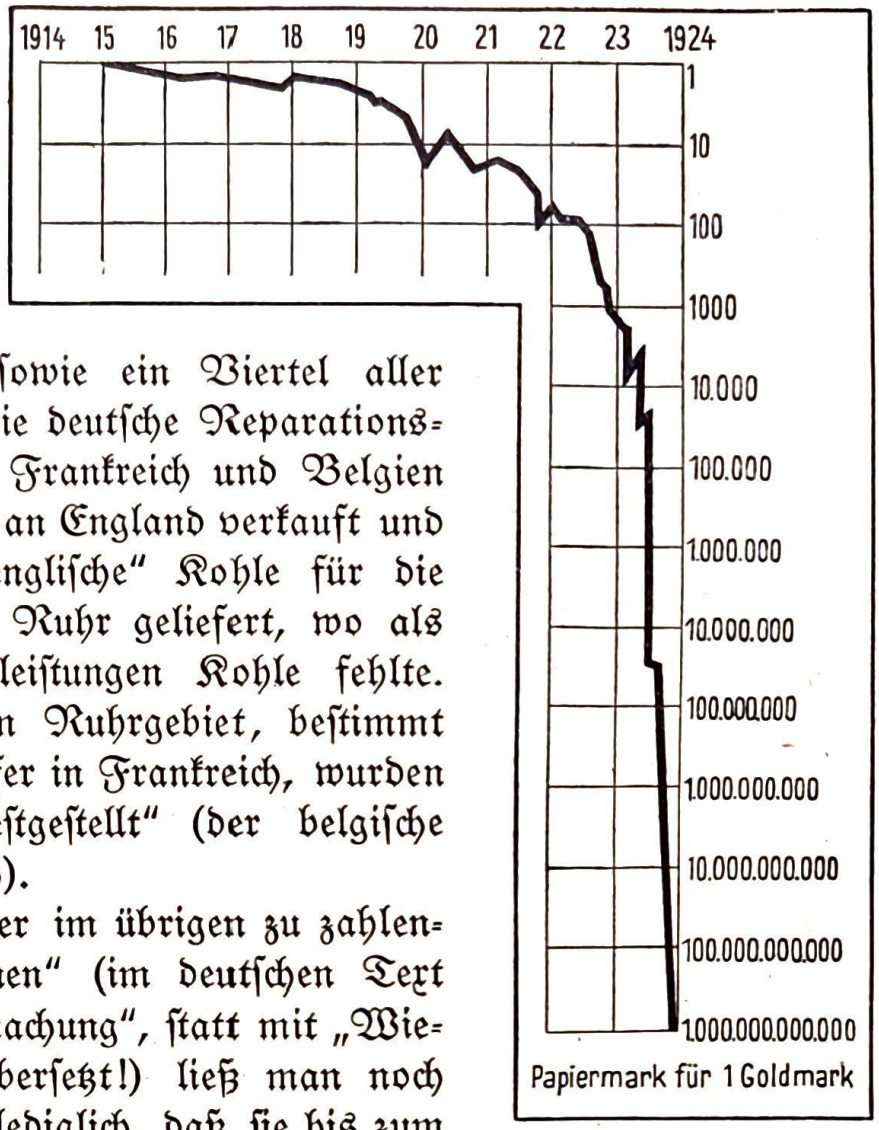
in Deutschland als einer „Entschädigung für grausame Behandlung". „Als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und als Anzahlung" auf die deutschen Tribute erhielt Frankreich für 15 Jahre das „volle und unbeschränkte Eigentum an den Kohlen im Saarbecken". Würde danach die Bevölkerung für ein Verbleiben beim Reich entscheiden, so sollte dieses die Gruben — in Gold zurückkaufen. Das gesamte deutsche Privateigentum im Auslande — das Vermögen der Zweigstellen deutscher Banken, die Tochtergesellschaften deutscher Industriewerke, Warenlager, Pflanzungen, Gruben, Beteiligungen — wurden beschlagnahmt, versteigert, verkauft. Deutschland sollte aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet werden.



Die Verluste der deutschen Wirtschaft durch Versailles

Zunächst hatte es einmalig eine Reihe Sachlieferungen zu leisten: Nach dem Verlust von mehr als einem Drittel aller Kohlengruben mußte es 10 Jahre lang monatlich 2 Millionen Tonnen Kohlen (Tag und Nacht alle 10 Minuten einen Güterzug von 50 Wagen) abliefern, 3 Jahre lang jährlich 50000 Tonnen Steinkohlenteer und 35000 Tonnen Benzol, sowie 5 Jahre lang ein Viertel aller Farbstoffe; dazu einmalig 1 Million Stück Rindvieh mit 140000 Milchkühen (später herabgesetzt), 1 Million Schafe, 190000 Pferde, große Mengen Schweine, Ziegen, Hühner, Gänse, Enten, zusammen 3700000 Stück Vieh ohne die 36000 Hunde; ferner an Wild u. a. 6 Millionen Rebhühner, 660000 Hasen, 200000 Kaninchen, 25000 Bienenvölker und über 11 Millionen Fischsetzlinge; weiter über 1 Million Zentner Saatgut, über 50 Millionen Raummeter Holz, 66 Millionen Nadelholzpflanzen; schließlich große Massen an Baustoffen, Maschinen, Werkzeugen, Fabrikeinrichtungen, Wäsche, Kränen und Docks, weitere 7500 Loko-

motiven und 200 000 Eisenbahnwagen, alle Seeschiffe über 1600 und die Hälfte der kleineren bis 1000 Registertonnen, sowie ein Viertel aller Flußdampfer. Die deutsche Reparationskohle wurde von Frankreich und Belgien zum größten Teil an England verkauft und von dort als „englische" Kohle für die Hochöfen an die Ruhr geliefert, wo als Folge der Sachleistungen Kohle fehlte. „Waren aus dem Ruhrgebiet, bestimmt für zerstörte Dörfer in Frankreich, wurden in Yokohama festgestellt" (der belgische Senator Barnich).



Die deutsche Inflation

Die Summe der im übrigen zu zahlenden „Reparationen" (im deutschen Text mit „Wiedergutmachung", statt mit „Wiederherstellung" übersetzt!) ließ man noch offen, bestimmte lediglich, daß sie bis zum 1. Mai 1921 festzusetzen und in 30 Jahren abzutragen sei. „Schilling für Schilling, Tonne für Tonne!" hatte Lloyd George im Dezember 1918 den Engländern in seinen Wahlversammlungen versprochen; dem deutschen Volke werden wir „die Taschen umkehren"; „wie eine Zitrone werden wir Deutschland auspressen". In Frankreich prägte der Finanzminister Klotz, der später wegen Wechselfälschungen und Ausgabe ungedeckter Schecke zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde und 12 Millionen unbezahlter Schulden hinterließ, das Wort: Le boche payera tout! (Die deutschen Schweine müssen alles bezahlen.) —

In den ersten 3 Jahren haben nicht weniger als 27 Reparationskonferenzen stattgefunden.

Das deutsche Volk verarmte, seine Lebenshaltung sank ständig. Die Auswanderung stieg 1923 auf 110000 Menschen. Für die

Volksernährung mußte das Reich große Mengen Lebensmittel, für die Landwirtschaft Chilesalpeter, für die Industrie Kohle, Eisen und andere Erze einführen. Die Ausgaben für diese gesteigerte Einfuhr und die riesigen Reparationszahlungen überstiegen die Einnahmen des Reiches bei weitem, machten nicht nur die Handels-, sondern auch die Zahlungsbilanz passiv. So schmolzen die Goldbestände aus der Vorkriegszeit schnell zusammen, da nur mit ihrer Hilfe Zahlungen an das Ausland geleistet werden konnten.

Dazu kamen die Milliarden an inneren Schulden. Vor allem die Kriegsanleihen hatten die Zahlen in den Schuldbüchern des Reiches anschwellen lassen. Am Ende des Krieges hatte das deutsche Reich mehr als 100 Milliarden Schulden — beim deutschen Volk. Jetzt sollte der Staat die Zinsen auszahlen und die Tilgungsbeträge aufbringen, während gleichzeitig die Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten stiegen, die den versprochenen wirtschaftlichen Gewinn von dem Umsturz erwarteten. Die deutschen Werften, die für die ganze Welt Schiffe auf Reparationskonto bauten, die Bergwerke, die Kohlen nach Frankreich, Italien und Belgien, die chemischen Fabriken, die Farben nach England lieferten, wurden nicht vom Ausland bezahlt, sondern vom Reich. Immer größere Mengen Papiergeld sollten den Mangel an Binnenzahlungsmitteln ersetzen. Immer mehr mußten jedoch die Banknoten durch diese „Inflation" (lat.: inflare = aufblähen) an Wert verlieren. Die Währung verfiel, die „Valuta" sank. Spekulanten aus dem Ausland, besonders Ostjuden, überfluteten Deutschland. Sie kauften mit ihrer hochwertigen Auslandswährung Mietshäuser, Villen, Werkstätten und Fabriken für Millionen von Papiermark — in Wahrheit für wenige hundert Goldmark — auf. So gingen die deutschen Sachwerte in fremdes Eigentum über, wurde Deutschland „ausverkauft".

Das gleiche Schicksal traf Deutsch-Österreich. Schließlich (1922) griffen die Alliierten ein und gewährten ihm eine Staatsanleihe von 650 Millionen Mark. Dafür aber mußte Österreich sich über St. Germain hinaus verpflichten, „sich jeder Handlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung zu enthalten, die geeignet wäre, seine Unabhängigkeit zu beeinträchtigen". Es wurde zu einer Ausbeutungskolonie der internationalen Hochfinanz.

Ganz hatte Frankreich in Versailles sein Kriegsziel nicht erreicht. Die Einheit des Reiches war nicht zertrümmert, und der Rhein war nur zum Teil Frankreichs Grenze geworden. Aber Frankreich gab die Hoffnung nicht auf, diese Ziele noch zu erreichen. Für Clemenceau war nach seinen eigenen Worten „der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln". Ententetruppen hielten das gesamte linke Rheinufer und die rechtsrheinischen Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz besetzt, französische Soldaten standen im Saargebiet. Zwar sollte die Besetzung zonenweise in 5, 10 und 15 Jahren zurückgenommen werden; aber nur, wenn „die Bedingungen des Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt" würden. Täte es dies während oder nach dieser Zeit nicht, „so werden die Zonen sofort wieder besetzt". Für Frankreich war die Reparationspolitik nicht so sehr ein Mittel, Geld zu bekommen, als vielmehr, seine politische Macht auszudehnen. „In 15 Jahren werden die Deutschen nicht alle Bedingungen des Vertrages erfüllt haben", sagte Clemenceau zu Poincaré, um den „verlorenen Frieden" zu verteidigen, „wenn Sie mir dann die Ehre erweisen wollen, mein Grab zu besuchen, so bin ich überzeugt, Sie werden mir sagen können: ‚Wir stehen am Rhein, und wir bleiben am Rhein'."

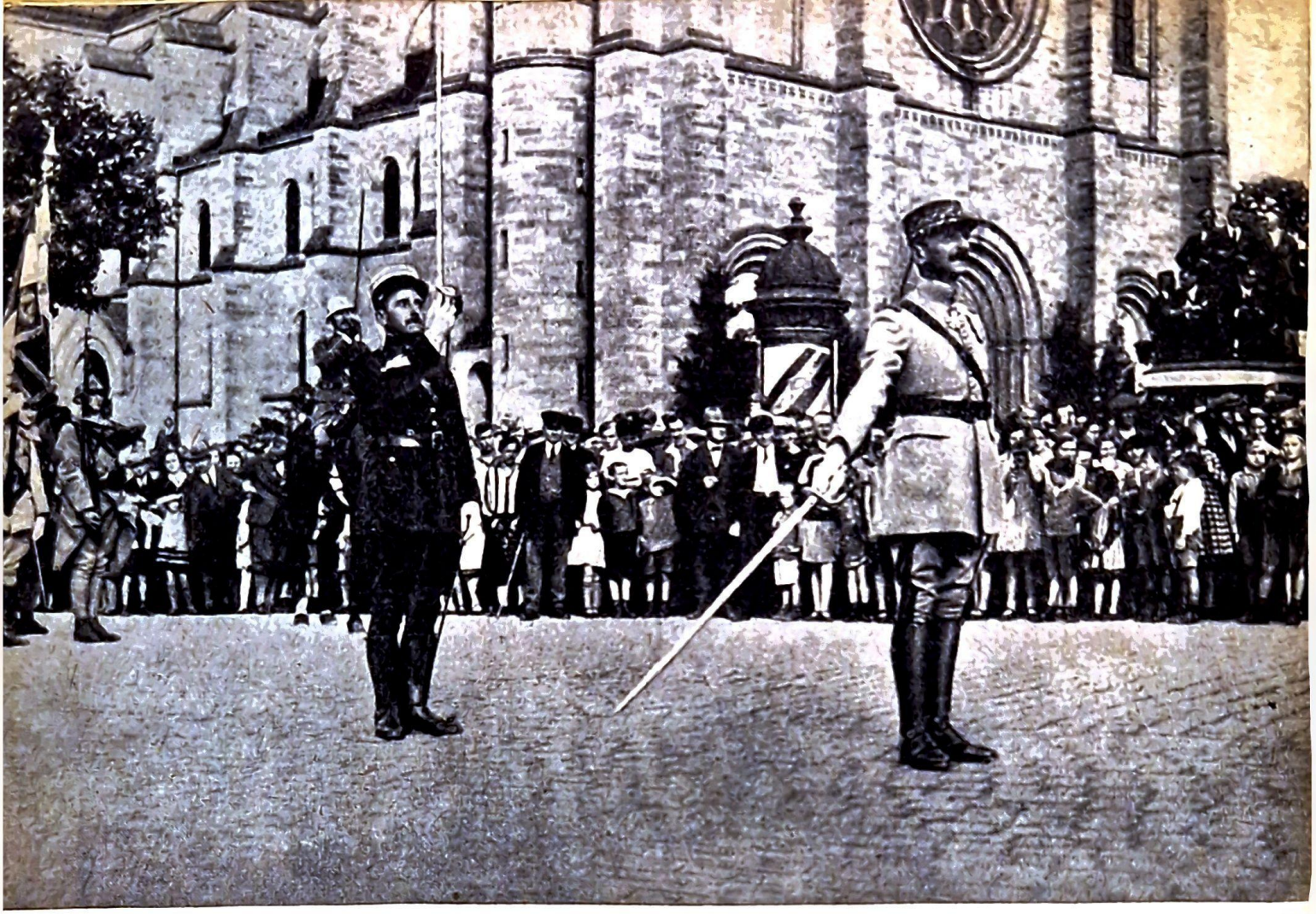
140000 Mann zählte anfangs die Besatzung im Rheinland: Franzosen, Belgier, Engländer, Amerikaner (später zurückgezogen). Besonders unter den 45000 Negern, der „schwarzen Schmach", hatte die Bevölkerung zu leiden. Die Zahlungen an die Entente verschlang zu drei Vierteln das Besatzungsheer. Tausende von Wohnungen wurden beschlagnahmt, Schulen geräumt, Kasernen gebaut, Truppenübungsplätze angelegt. Da Deutschland der Besatzung den Sold in Gold zahlen mußte, während die deutschen Beamten ihr Gehalt in entwerteter Papiermark erhielten, so zahlte das Reich 1922 allein an zwei Generale des Besatzungsheeres mehr Gehalt als an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und sämtliche Reichsminister zusammen, an einen einfachen Besatzungssoldaten mehr als an einen deutschen Staatssekretär. Kein deutsches Gesetz galt im besetzten Gebiet, bevor es die Besatzungsbehörden nicht genehmigt hatten. Wer ihren An-

ordnungen nicht unbedingt Folge leiſtete, die Offiziere nicht grüßte oder bei der franzöſiſchen Nationalhymne den Kopf nicht entblößte, wurde eingekerkert oder ausgewieſen: oft einfach an die Grenze des beſetzten Gebietes gefahren und dort auf der Landſtraße abgeſetzt.

Als im Kampf gegen die Kommuniſtiſche Armee im Ruhrgebiet deutſche Truppen — ohne Befehl der Reichsregierung — in dieſen Teil der entwaffneten Zone einrückten, erklärte dies Frankreich für einen Bruch des Verſailler Vertrages und beſetzte zur „Strafe“ Frankfurt am Main und Darmſtadt (April 1920). Vor dem Frankfurter Goethehauſe ſtanden Neger als Poſten für die civilisation.

Als die Entente unter Frankreichs Druck die Reparationsſchuld auf 226 Milliarden Goldmark feſtſetzte, die Deutſchland in 42 Jahren zu tilgen habe, und das Reich dieſe Forderung als unerfüllbar ablehnte, beſetzten engliſche und franzöſiſche Truppen zur „Sühne“ — Sanktion — die Rheinhäfen Düſſeldorf, Duisburg und Ruhrort (März 1921). Die deutſche Regierung, die die Forderung abgelehnt hatte, trat zurück. Im „Londoner Ultimatum“ (April 1921) forderten die Alliierten unter Drohung mit dem Einmarſch ins Ruhrgebiet 132 Milliarden, zahlbar in 32 Jahren: nach all den ungeheuren bisherigen Leiſtungen eine Forderung, die allein die franzöſiſche Kriegsentſchädigung von 1871 um mehr

Franzöſiſche Poſten am Deutſchen Eck in Koblenz



Franzosen im Rheinland

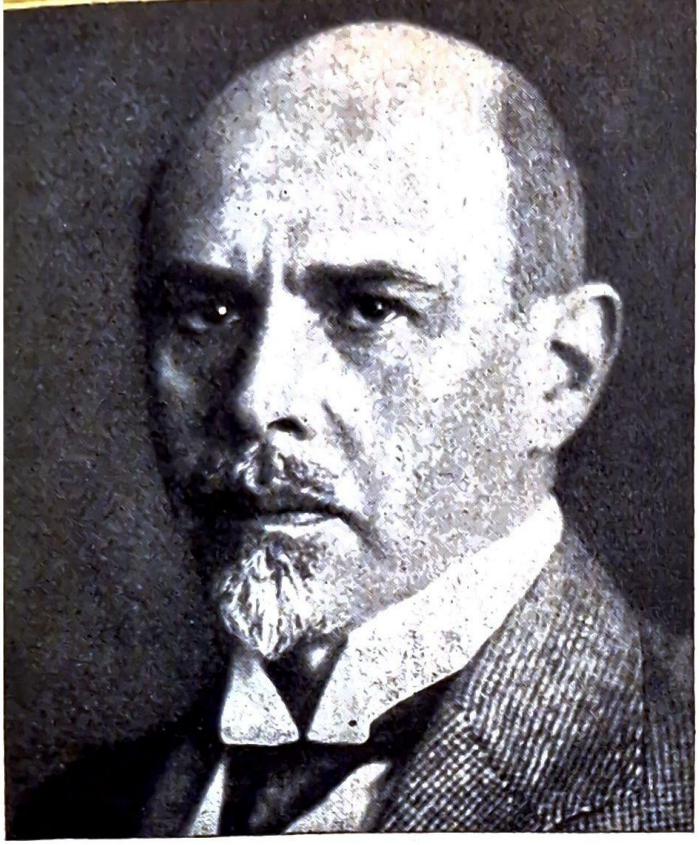
als das Sechsundzwanzigfache übertraf. Der neue Zentrumskanzler Wirth verkündete als sein Programm: „Verständigung, Wiederaufbau und Versöhnung" und nahm das Ultimatum an. Hatte er doch dem amerikanischen Präsidenten von sich aus schon 200 Milliarden angeboten (glücklicherweise, ohne daß die Entente etwas davon erfuhr)! Schon in der Nationalversammlung hatte der marxistische Redner, der für die Unterzeichnung von Versailles eintrat (Löbe), erklärt, die Sozialdemokratie sei „bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen". Um die Mittel für diese „Erfüllungspolitik" aufzubringen, nahm Wirth nun eine kurzfristige Auslandsanleihe auf zu — 180 v. H.!

Unter der Erfüllungspolitik Wirths hoffte auch Erzberger wieder eine Rolle spielen zu können. Seit einem Jahre hatte er sich zurückziehen müssen, da in einem Beleidigungsprozeß gegen Helfferich, den Führer der Deutschnationalen, das Gericht fest-

Französische Neger in Frankfurt am Main

gestellt hatte, dieser habe den Wahrheitsbeweis erbracht, daß Erzberger unwahrhaftig sei, eine Politik zum Nachteile Deutschlands treibe und Politik und persönliche Geschäfte in unzuverlässiger Weise verquicke. Jetzt trat er wieder in den Vordergrund. Doch in einem Badeort des Schwarzwaldes wurde er von zwei Angehörigen der aufgelösten Brigade Ehrhardt, ehemaligen Frontoffizieren, bei einem Spaziergange mit zwölf Revolverschüssen niedergestreckt (August 1921). Am Grabe feierte ihn sein Parteigenosse Wirth als gewaltigen Staatsmann und Retter der deutschen Einheit.

Ein knappes Jahr später (Juni 1922) wurde auch der Außenminister Rathenau erschossen, ein Jude und Freimaurer, der während des Krieges geäußert hatte, bei einem deutschen Siege „hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren", und der auf einer Reparationskonferenz (in Cannes) erklärte, Deutschland sei „entschlossen, mit seinen Leistungen bis an die Grenze seiner Leistungs-

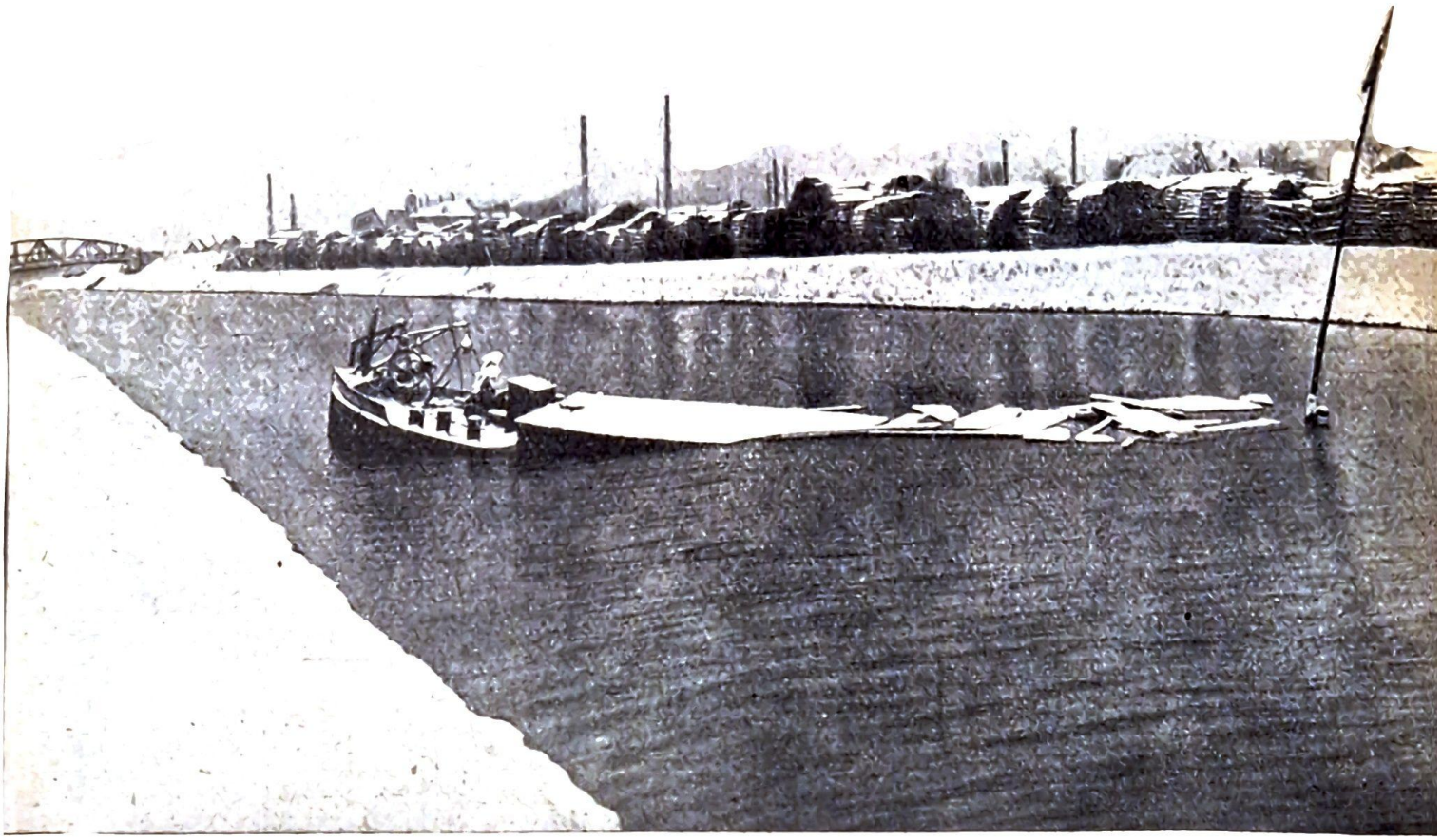


Rathenau

fähigkeit zu gehen". Ein Frontoffizier, ein Student und ein Primaner — in einem Kreise junger völkischer Männer durch Los bestimmt — überholten in Berlin seinen Kraftwagen in einem andern, gaben beim Vorbeifahren mehrere Schüsse aus einer Maschinenpistole ab und warfen eine Handgranate. Die marxistischen „Arbeiterbataillone" demonstrierten in großen Straßenkundgebungen für den jüdischen Großunternehmer und Millionär, der Mitglied von mehr als 100 Aufsichtsräten war. „Er war nicht der letzte Jude, der dem Pack die Stirn zeigte", konnte der jüdische Literat Arnold Zweig (in der Zeitschrift „Die Weltbühne") schreiben; „er hatte den Mut des Juden, einsam zu sterben und der viehischen Gewalt des ewigen Boche nicht zu achten". Der Reichskanzler Wirth erklärte in seiner Gedächtnisrede im Reichstage, Rathenaus wie seine eigene Politik laufe „auf eine vernünftige Lösung des ganzen Reparationsproblems auf wirtschaftlicher Basis hinaus". Dazu sei Geduld nötig. Wer die nicht aufbringe, habe sich „aus der Rettungsarbeit für unser Vaterland ausgeschaltet ... Der Feind steht rechts!"

Wirth

Ende 1922 war das Reich mit der Lieferung von $1\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen Kohlen, 130000 Telegraphenstangen und 21000 cbm Holz im Rückstande geblieben. Zwar machte das auf je rund 20 Mark Reparationen nur 25 Pfennig aus, aber Poincaré erklärte es für den Beweis schlechten Willens und ließ



Passiver Widerstand: Versenkter Kohlenkahn

„eine Mission von Ingenieuren zur Kontrolle der Kohlenlieferungen" ins Ruhrgebiet rücken (11. Januar 1923), um „produktive Pfänder" in die Hand zu bekommen. Zur Sicherung ihres „unbedingt friedlichen Zweckes" wurden die 60 Ingenieure begleitet von zunächst 60000 französischen und belgischen Soldaten mit schwerem Geschütz und Maschinengewehren, mit 75 Tanks und Hunderten von Flugzeugen. In „passivem Widerstand" weigerten sich die Arbeiter in Bergwerken, Hütten und Fabriken, unter französischen Bajonetten zu arbeiten. „Brecht ihr den Frieden auch, uns brecht ihr nicht!" sang der Arbeiterdichter Karl Bröger. Am Ostermontag besetzten die Franzosen die Kruppschen Werke. Sofort riefen die Fabriksirenen die Arbeiter und Angestellten auf dem Hofe zusammen. Da peitschten französische Maschinengewehre ihre Geschosse in die ruhig harrende Menge, und 11 Tote und 30 Schwerverletzte deckten den Boden. „Männer der Arbeit — gestorben fürs Land!" Das französische Kriegsgericht erklärte kurzerhand 4 Direktoren der Werke für schuldig an diesem Blutvergießen und ließ sie ins Zuchthaus werfen.

England fürchtete von der Besitzergreifung der größten Eisen- und Kohlengruben des Festlandes eine ungeheure Machterwei-

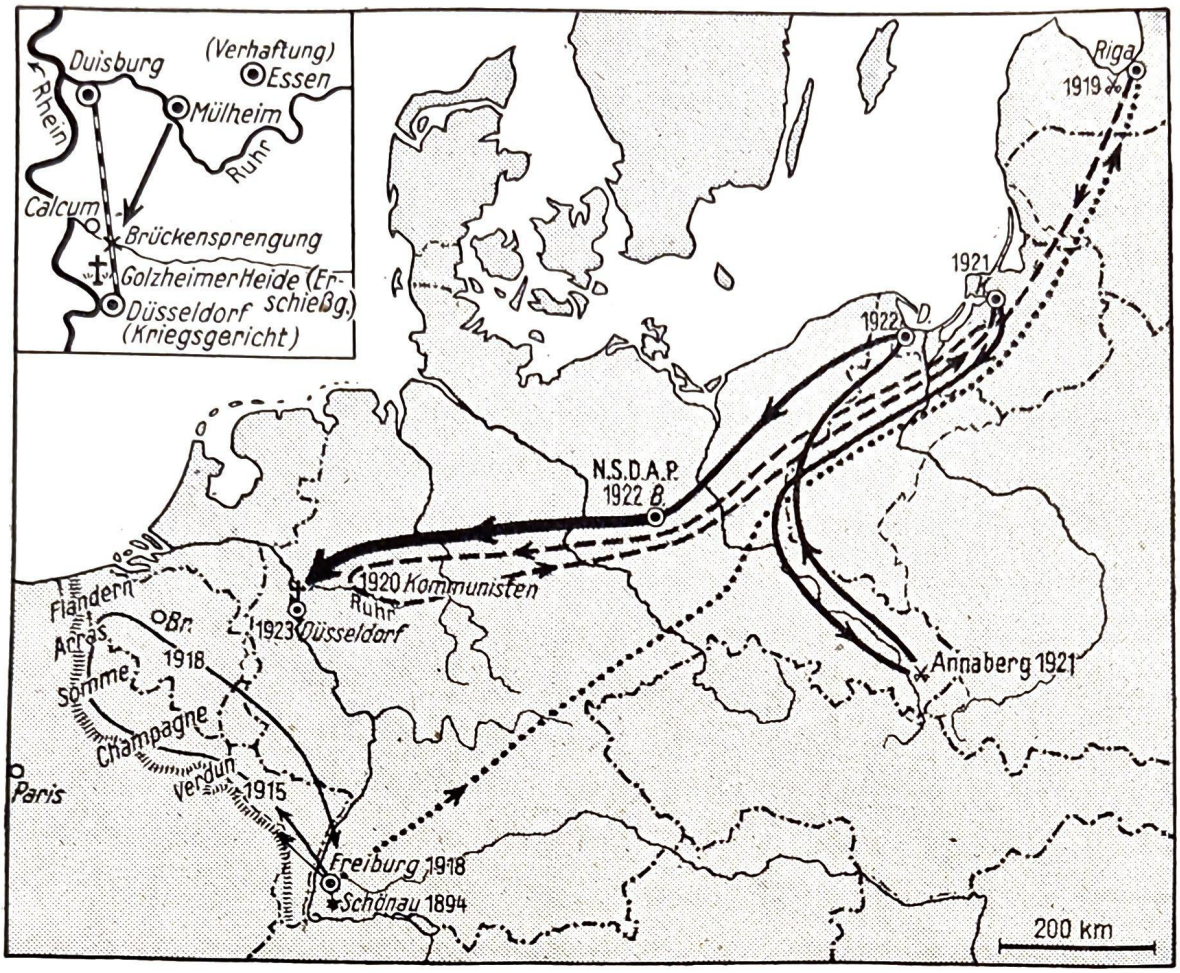
Beschlagnahmter Kohlentransport

terung Frankreichs und erklärte, die Ruhrbesetzung stünde im Widerspruch zum Versailler Vertrag. Auch Italien rückte von Frankreich ab. Das Gebäude der Entente zeigte die ersten Risse. Für Deutschland tat sich die Möglichkeit auf, den Versuch zu machen, sein Schicksal zu wenden. Aber an der Spitze des Reiches stand kein Politiker, sondern ein Kaufmann: Dr. Cuno, der Generaldirektor der Hamburg–Amerika-Linie. Der sah weder das politische Ziel Frankreichs noch die politischen Möglichkeiten Deutschlands, sondern betrachtete die Ereignisse lediglich unter dem „wirtschaftlichen" Gesichtspunkt der Kohlenlieferung. Weder wagte er, die Meinungsverschiedenheit innerhalb des Feindbundes außenpolitisch zu nutzen und die offene Zerreißung des Versailler Vertrages durch Frankreich mit einer schnellen Aufrüstung Deutschlands zu beantworten, noch wagte er, den erwachten Widerstandswillen des deutschen Volkes innenpolitisch zu nutzen und die jüdisch-marxistische Führung der deutschen Arbeiterschaft zu vernichten, die schon einmal den deutschen Widerstandswillen gebrochen hatte. „Wenn aber 60 Millionen Menschen nur den einen Willen hätten, fanatisch national eingestellt zu sein — aus der Faust würden die Waffen herausquellen", rief Adolf Hitler damals in das deutsche Volk. Die Reichsregierung aber rief lediglich ihre Vertreter in Paris und Brüssel ab und verbot den deutschen Beamten, französischen Befehlen Folge zu leisten. Der gesamte Reichstag — bis auf die Kommunisten — billigte diese Maßnahmen. Post und Eisenbahn des Ruhrgebietes legten ihre Betriebe still, das Volk sperrte die Kanalschleusen. Das Reich stellte die Geldzahlungen und Sachlieferungen ein, bezahlte den Streik der Ruhrbevölkerung und ersetzte den Unternehmern den Gewinnausfall. Frankreich besetzte die Gruben, beschlagnahmte Lohngelder und Bankkonten. „Wegen Ungehorsams gegen die Befehle der Militärbehörden" stellte es Beamte, Arbeiter, Unternehmer vors Kriegsgericht. 10 wurden zum Tode verurteilt, 5 zu lebenslänglicher Zwangs-

Albert Leo Schlageter

arbeit; 11 000 Jahre Gefängnis wurden verhängt, fast 150 000 Menschen mit einer Frist von nur 24 Stunden ausgewiesen, 120 von französischen Soldaten niedergeschossen. Die Franzosen mußten die Eisenbahnen in eigene „Regie" (Verwaltung) nehmen, doch fanden sie sich nur sehr langsam in dem dichtmaschigen Schienennetz zurecht. Auch in Frankreich und in Belgien mußten Hochöfen ausgeblasen werden, da die Ruhrkohle fehlte.

Aber „jeder sogenannte passive Widerstand" hat „nur dann einen inneren Sinn, wenn hinter ihm die Entschlossenheit wartet, nötigenfalls im offenen Kampf oder im verdeckten Kleinkrieg diesen Widerstand fortzusetzen" (Adolf Hitler). Die Reichsregierung aber dachte nicht daran, eine aktive Front aufzubauen; doch im Ruhrgebiet selbst gab es solche Stoßtrupps des aktiven Widerstandes. Einer der Führer war Albert Leo Schlageter. Als Sohn eines Jahrhunderte alten Bauerngeschlechts im Schwarzwalde war er 1894 geboren, war 1914 als Kriegsfreiwilliger ins Feld gezogen, Leutnant und Führer einer Infanteriebegleitbatterie geworden, wurde verschüttet und verwundet und mit dem E.K. I ausgezeichnet. Auch an allen Fronten des „Nachkrieges" hatte er gefochten. Im Baltenland eroberte er mit seiner Batterie die Dünabrücke in Riga, bevor sie von den Bolschewisten gesprengt werden konnte, auch in Oberschlesien und gegen Spartakus kämpfte er mit seinen Leuten. Um die Verfrachtung „beschlagnahmter" deutscher Kohle nach Frankreich zu verhindern, sprengte er jetzt bei Calcum zwischen Duisburg und Düsseldorf eine Eisenbahnbrücke über einen kleinen Bach. Die Franzosen verhafteten aus dem nahen Kaiserswerth einige Geiseln, und der Bürgermeister des Städtchens erließ darauf einen Steckbrief gegen den „Attentäter". Wenige Tage später wurde Schlageter



Schlageters Weg

— von einem deutschen Spitzel verraten — in seinem Gasthof in Essen verhaftet. Seine Freunde bereiteten einen Befreiungsversuch vor; da wurden sie von der Polizei des sozialdemokratischen Innenministers von Preußen (Severing) festgenommen. Ein französisches Kriegsgericht auf deutschem Boden „verurteilte" Schlageter „wegen Spionage und Sabotage" zum Tode, und in einem Steinbruch in der Golzheimer Heide bei Düsseldorf wurde er „standrechtlich" erschossen (26. Mai 1923).

Damals konnte der ehemalige kaiserliche General von Schoenaich in dem marxistischen „Reichsbanner" erklären: „Herr Schlageter hat sicherlich ebensoviel persönlichen Mut bewiesen wie jeder Zirkusakrobat, der gegen hohen Lohn heute im Berliner Wintergarten dieselben Kunststücke vorführt wie morgen in der Londoner Alhambra. Mit Heldenmut hat das gar nichts zu tun!" Heute ragt ein riesiges Kreuz als Mahnmal für diesen deutschen Mann, der nicht für die Weimarer Republik noch für die Wiederherstellung der Monarchie der Vorkriegszeit sein Leben eingesetzt hat,

Weihe des Schlageter-Kreuzes auf der Golzheimer Heide

sondern — der erste Soldat des Großdeutschen Reiches — für die Zukunft des deutschen Volkes.

Der passive Widerstand hatte auch auf das altbesetzte Gebiet übergegriffen. Da schloß Frankreich das Rheinland vom übrigen Reich durch eine hohe Zollschranke ab. Die Ausfuhr von Kohle und Eisen ins unbesetzte Deutschland wurde verhindert, die deutsche Polizei ausgewiesen, die Unterstützungsgelder, die das Reich an die streikende Bevölkerung zahlte, wurden auf den Banken beschlagnahmt. 10 Millionen Menschen, ein Sechstel der Reichs-

Stresemann

bevölkerung, standen völlig unter französischer Gewalt!

Langsam begann wieder der eine und der andere die Schicksalsfront des deutschen Volkes zu verlassen. Geschäftsleute griffen gern nach den Franknoten der Besatzungstruppen, die Regiebahnen waren überfüllt, „deutsche" Frauen und Mädchen gingen Arm in Arm mit französischen Soldaten, ohne daß man ihnen wie anfangs das Haar abschnitt. Aber England, das die deutschen Tributrückstände von vornherein für „mikroskopisch klein" erklärt hatte, erhob jetzt amtlich Einspruch in Paris und bezeichnete in einer Note das Vorgehen Frankreichs als Bruch des internationalen Rechts. Es stellte sich offen auf die deutsche Seite, der Riß in der Ententefront verbreiterte sich. Da brachten die Sozialdemokraten im Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler des passiven Widerstandes ein. Wieder fielen sie dem deutschen Volk im entscheidenden Augenblick in den Rücken. Als neuer Kanzler bildete Stresemann eine Regierung der „großen Koalition" von den Sozialdemokraten bis zu der von ihm geführten Volkspartei. Er stellte sein Programm unter das Goethewort von der „Nachgiebigkeit bei festem Willen" und erklärte im Reichstage, nach der Räumung der Ruhr und der Rückkehr des besetzten Gebietes in den „international garantierten vertragsmäßigen Zustand" würden wir „unter Aufbietung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes auch die Mittel für eine Regelung der Reparationsfrage aufbringen". „Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten", brach er den passiven Widerstand ab, hißte er die weiße Flagge und sperrte die Geldunterstützungen für die Ruhrbevölkerung, hob die Befehle an die Beamtenschaft auf. Mit einem Schlage waren drei Viertel der Menschen im besetzten Gebiet ohne Einkommen.

Frankreich sah sich am Ziel. Mit Hilfe deutscher Verräter hoffte es, nun doch noch das Rheinland vom Reiche zu trennen.

Separatisten schlagen unter dem Schutze französischer Kavallerie preußische Polizeibeamte nieder

„Wir stehen fest im Herzen Deutschlands", erklärte Poincaré in einer Rede, „und bleiben dort, bis der letzte Frank auf den Tisch gelegt ist." Der Oberbürgermeister von Köln, ein Zentrumsmann (Adenauer), nahm die Pläne des rheinischen Zentrums vom November 1918 wieder auf und verhandelte mit Frankreich über die Schaffung eines neutralen Rheinstaates. „Wir sind am Ende unserer Kraft", erklärte Stresemann (8. November 1923). In Düsseldorf demonstrierten etwa 10000 zum großen Teil von den Franzosen mit Sonderzügen zusammengeholte Sonderbündler, „Separatisten", für eine „Rheinische Republik". Als die deutsche Polizei sich gegen ihre Angriffe wehrte, wurde sie von französischer Kavallerie entwaffnet und ausgewiesen. „Denn", erklärte Poincaré in der Kammer, „die französische Regierung kann nicht unter ihren Augen friedfertige Menschen töten lassen."

In Bonn, Aachen, Trier, Wiesbaden riefen die Separatisten die „Rheinische Republik" aus, in Koblenz bildeten sie unter dem

Schutze der französischen „Rheinlandkommission“ eine „Regierung“. Der französische Besatzungsgeneral in Speyer ließ die Republik „Freie Pfalz“ ausrufen, und die Rheinlandkommission erkannte diese als selbständigen Staat an. Aber aus dem Volke heraus erwuchs die Abwehr. Bauern und Steinbrucharbeiter des Westerwaldes, bewaffnet mit Knüppeln, Sensen, Dreschflegeln, lieferten im Siebengebirge eine siegreiche Schlacht (15. November 1923), bei der mehr als 100 Separatisten erschlagen wurden. In Speyer schossen Studenten den „Präsidenten“ der Separatistenrepublik in einem Gasthaus nieder. In Pirmasens in der Pfalz gingen die Bürger unter dem Läuten der Kirchenglocken und dem Heulen der Fabriksirenen gegen das Feuer der Separatisten vor, zündeten das Hauptquartier an und schlugen die Ausfallenden mit Knüppeln zusammen (Februar 1924). Bald war überall die grünweißrote Separatistenfahne von den amtlichen Gebäuden heruntergeholt. Poincaré hatte gegen das waffenlose deutsche Volk das Ziel Frankreichs ebensowenig erreicht wie Clemenceau in Versailles gegen seine Kriegsverbündeten: die Reichseinheit blieb erhalten. Poincaré wurde gestürzt.

Die deutsche Erhebung

Den Abbruch des passiven Widerstandes hatte Stresemann mit dem völligen Verfall der deutschen Währung begründet. Denn die Kosten des Ruhrkampfes — Löhne an die streikenden Arbeiter, Entschädigungen an die Industrie, Unterstützungen an die Ausgewiesenen — hatte die Regierung dadurch gedeckt, daß sie ununterbrochen neues Papiergeld drucken ließ. Die Reichsdruckerei arbeitete Tag und Nacht, und noch 30 andere Druckereien waren mit nichts anderem beschäftigt als mit der Herstellung von Banknoten. Darüber hinaus gaben Gemeinden, ja Privatunternehmungen eigenes „Notgeld“ aus. So sank der Wert der Mark ins Bodenlose. Daran änderte aber auch die Aufgabe des Widerstandes nichts. Schließlich stieg der Preis einer Ware vom Morgen bis zum Abend um „Milliarden“. Hatten die Banknoten die Maschinen verlassen, so mußten sie meist schon wieder mit einem höheren Zahlenwert überdruckt werden. Wer Gehalt oder Lohn bekam, suchte das Geld sofort auszugeben, bevor es entwertet war. Alle

Banknote aus der Inflationszeit

Preise wurden in Dollar berechnet oder in Zentner Roggen. Die Kaufleute tauschten ihre Waren unmittelbar gegeneinander, und der Bauer bezahlte Ackergerät und Kleidung mit Eiern, Butter, Fleisch, Mehl. Im November 1923 war der Wert von 10 Milliarden Papiermark auf 1 Pfennig gesunken, der von 1 Billion (1 000 000 000 000) Papiermark auf 1 „Goldmark". Damit waren alle Friedensersparnisse auf den billionsten Teil zusammengeschrumpft, d. h. völlig verschwunden. Der gesamte deutsche Mittelstand war enteignet, abgesunken ins besitzlose Proletariat.

Dem deutschen Finanzminister, einem Zentrumsmann (Hermes), machte das weiter keine Sorge: er fuhr inzwischen ruhig nach Amerika, um die dortige Landwirtschaft zu studieren. Dagegen legte schon im August der damalige Führer der Deutschnationalen, Helfferich, den Plan einer neuen Währung, der „Rentenmark", vor. Aber erst im November wurde sie eingeführt. Sie war nicht durch Gold „gedeckt"; sondern Landwirtschaft und Industrie, Handel und Banken nahmen eine Schuld in Höhe von 5 v. H. ihres Sachwertes

auf sich und verzinsten diese Schuldanweisung mit einer „Rente". Um das neue Geld wertbeständig zu erhalten, legte das Reich seine Notenpresse still, verbot es Ländern und Gemeinden die Ausgabe von ungedecktem „Notgeld", vermehrte es seine Einnahmen durch außerordentliche Steigerung der mittelbaren und der unmittelbaren Steuern, schränkte es seine Ausgaben ein, unter anderem durch starken „Abbau" von Beamten und Herabsetzung ihres Gehalts auf ein Mindestmaß. So kam der Haushalt wieder ins Gleichgewicht. Das „Wunder" der Rentenmark hatte Deutschland gerettet.

Die Vorgänge an Rhein und Ruhr, sowie das dauernde Hinauszögern der Währungsreform hatten die inneren Klüfte im deutschen Volke erneut abgrundtief aufgerissen. In Thüringen und Sachsen bildeten Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam eine Regierung, riefen zur „republikanischen und proletarischen Verteidigung" gegen die „großkapitalistische Militärdiktatur" von Berlin auf, bildeten „Rote Hundertschaften". Bayern brach die Beziehungen zu diesen beiden Ländern ab, und an der bayerisch-thüringischen Grenze marschierten die beiden Landespolizeimannschaften bewaffnet auf. Reichspräsident Ebert ließ Reichswehr nach Sachsen rücken (Oktober 1923), und beim Niederschlagen eines Kommunistenaufstandes in Hamburg hatte die Polizei 14 Tote. Auch in Thüringen marschierte Reichswehr ein. Da brach von München her Adolf Hitler auf zum „Marsch auf Berlin", um die Macht an sich zu reißen und das Reich zu erneuern.

Am 20. April 1889 war er aus altem Bauerngeschlecht als Sohn eines Zollbeamten in Braunau am Inn in Österreich geboren. Schon als Junge erlebte er das Schmerzliche einer Grenze mitten durch das deutsche Volk. Als Bauarbeiter in Wien litt er unter dem Druck der marxistischen Arbeitsgefährten, die schließlich, da er nicht der marxistischen Gewerkschaft beitreten wollte, seine Entlassung erzwangen. Das Studium von Presse, Theater und Politik ließ ihn erkennen, daß überall der Jude mit seinem dem Deutschen so fremden Wesen die Führung in der Hand hatte. Lärm- und Prügelauftritte im Wiener Parlament, denen er beiwohnte, pflanzten in ihn die Überzeugung, daß der Parlamentarismus eine unmögliche Regierungsform sei. So legte Adolf Hitler schon in seinen Jugendjahren in Wien den Grund zu seiner politischen Anschauung: der Jude zerreißt das deutsche Volk; er lenkt

das Parlament, macht die öffentliche Meinung, nutzt den Standesdünkel des Bürgertums, um die Arbeiterschaft aufzuhetzen. Die Macht des Judentums und des Parlamentarismus, der Klassendünkel des Bürgertums und der Klassenhaß des Proletariats müssen zerbrochen werden, wenn das deutsche Volk eine Zukunft haben soll. — 1912 ging Hitler nach München, um Baumeister zu werden. Hier erlebte er den Kriegsausbruch, und um nicht unter habsburgischen Fahnen kämpfen zu müssen, bat er darum, in ein bayrisches Regiment eintreten zu dürfen. Als Meldegänger im Regimentsstab machte er den Krieg an der Westfront mit und erhielt als einfacher Gefreiter das Eiserne Kreuz erster Klasse. Im Oktober 1918 durch Gas vergiftet und zeitweilig erblindet, erlebte er im pommerschen Lazarett Pasewalk die Novembertage. „Die Scham der Empörung und der Schande" brannte ihm „in der Stirn". Er „grub den brennenden Kopf in Decke und Kissen", spürte, „wie alles persönliche Leid versinkt gegenüber dem Unglück des Vaterlandes" und „beschloß, Politiker zu werden" (Mein Kampf).

Nicht irgendeiner der Vorkriegsparteien war er beigetreten, die unter alter oder neuer Firma sich um die Macht innerhalb des Weimarer „Systems" stritten. Er wollte vielmehr dieses ganze System stürzen. Es waren ja nicht die Ideale von gestern, die in eine neue Zukunft führten, sondern die von morgen. Durch einen Zufall hatte Adolf Hitler im Sterneckerbräu in München an der Sitzung einer neuen Partei teilgenommen, der „Deutschen Arbeiterpartei", die aus ganzen sechs Mitgliedern bestand; aber aus gläubigen Menschen guten Willens. Er trat dieser Partei bei und erhielt die Mitgliedsnummer sieben. Erfüllt von dem Glauben an seine Sendung, schuf er in unermüdlicher Arbeit aus dem kleinen Winkelklub eine ständig wachsende Volksbewegung. Schon Anfang 1920 konnte die Partei eine große Massenversammlung zustande bringen. Hier erläuterte Adolf Hitler die von ihm aufgestellten 25 Programmpunkte (24. Februar 1920).

Außenpolitisch forderte er ein großdeutsches Reich, internationale Gleichberechtigung, Aufhebung der Verträge von Versailles und St. Germain, Siedelland; innenpolitisch Ausschaltung der Juden aus dem staatlichen und geistigen Leben, Aufhebung der Parlamentsherrschaft, Ausweisung aller nach Kriegsausbruch eingewanderten Nichtdeutschen, Bildung eines Volksheeres an Stelle

Der Führer spricht

des Söldnerheeres; wirtschaftspolitisch Abschaffung des arbeits- und müheloſen Einkommens (Brechung der Zinsknechtschaft), Verstaatlichung aller vertrusteten Betriebe, Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, Ausbau der Altersversorgung, Stärkung des Mittelstandes, Abschaffung des Bodenzinses; kulturpolitisch Schaffung eines deutschen Rechts an Stelle des römischen, Umordnung des Bildungswesens, Hebung der Volksgesundheit, Ausschaltung aller Nichtdeutschen aus der Presse, religiöse Bekenntnisfreiheit. Der völkisch-nationale Gedanke sollte mit dem sozialistischen zu einer höheren Einheit verbunden werden. Über allem stand als Richt- und Grundsatz: Gemeinnutz vor Eigennutz.

„Als die letzte These so den Weg zum Herzen der Masse gefunden hatte, stand ein Saal voll von Menschen" vor Adolf Hitler, „zusammengeschlossen von einer neuen Überzeugung, einem neuen Glauben, von einem neuen Willen" (Mein Kampf).

Damit die nationalsozialistischen Forderungen nicht einmal verpflichtungslose Worte werden konnten wie die Programme der anderen Parteien, so versprachen die Führer der neuen „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei" (NSDAP.), „wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der ... Punkte

Im Sterneckerbräu in München

rücksichtslos einzutreten". Als Sinnbild für die neue revolutionäre Bewegung wählte Adolf Hitler das alte nordische Heilszeichen, das Hakenkreuz, das von der völkischen Jugendbewegung kurz vor dem Weltkriege wieder erweckt worden war, und verband es mit den ruhmvollen schwarzweißroten Farben als schwarzes Kreuz im weißen Feld auf blutrotem Grunde. „Ein Symbol ist dies wahrlich. Nicht nur, daß durch die einzigen, von uns allen heißgeliebten Farben, die einst dem deutschen Volke so viel Ehre errungen haben, unsere Ehrfurcht vor der Vergangenheit bezeugt wird ... Als nationale Sozialisten sehen wir in unserer Flagge unser Programm. Im Rot sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung, im Weiß den nationalistischen, im Hakenkreuz die Mission des Kampfes für den Sieg des arischen Menschen und zugleich mit ihm auch den Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird" (Mein Kampf).

Im Kampf mit den politischen Gegnern konnte sich eine wahrhaft revolutionäre Bewegung nicht verlassen auf die schützende

Hilfe der ſtaatlichen Macht. Man mußte ſich ſelber durchkämpfen. Und bald konnte die junge Bewegung zeigen, daß ſie nicht daran dachte, der Gewalt des Gegners zu weichen. Als 800 Marxiſten verſuchten, eine Verſammlung im Hofbräuhaus zu ſprengen, wurden ſie von knapp 50 Mann des nationalſozialiſtiſchen Saalſchutzes unter der Führung von Hitlers Sekretär Rudolf Heß aus dem Saale geprügelt (4. November 1921). Das war der Anfang der SA., der Sturmabteilung. Ein Jahr darauf erkämpfte die SA. auf einem „Deutſchen Tag" in Koburg bereits das Recht auf die Straße, das bisher niemand den Marxiſten ſtreitig zu machen gewagt hatte. — Die Standarten, die die SA. bekam, zeigen den Kampfruf, den Dietrich Eckart, der Dichter und vertraute Freund Adolf Hitlers, der Bewegung geſchenkt hatte: Deutſchland, erwache!

Inzwiſchen hatte ſich in Bayern alles verſammelt, was die Zuſtände in dem roten Preußen nicht aushalten konnte; darunter Männer wie Ludendorff und Ehrhardt. In München, das nach der Niederringung des Kommunismus unter dem Polizeipräſidenten Pöhner und deſſen Mitarbeiter Dr. Frick zur „Ordnungszelle" geworden war, fanden ſie Schutz. Bei Abbruch des paſſiven Widerſtandes an der Ruhr wandte ſich Bayern gegen die „marxiſtiſche und undeutſche Einſtellung" der Reichsregierung. Dieſe verbot den von Alfred Roſenberg geleiteten „Völkiſchen Beobachter". General von Loſſow aber, der Kommandeur der bayriſchen Diviſion und unter dem herrſchenden Ausnahmezuſtand Inhaber der vollziehenden Gewalt, weigerte ſich, das Verbot durchzuführen. Die Reichsregierung ſetzte ihn ab. Er aber blieb, und die Reichsregierung drohte mit Einmarſch. Da ließ der Generalſtaatskommiſſar Kahr die bayriſche Diviſion der Reichswehr auf die „bayriſche Staatsregierung als die Treuhänderin des deutſchen Volkes" vereidigen. Eine einheitliche Front aller Gegner der Berliner Regierung bildete ſich in Bayern. Aber ihre Ziele gingen auseinander: Kahr und Loſſow dachten nicht an eine Erneuerung des Reiches, ſie wollten Bayern, wollten die Wiederherſtellung der Wittelsbacher Monarchie, dachten reaktionär. Adolf Hitler und die Freikorps „Reichskriegsflagge" und „Oberland" wollten Deutſchland, wollten einen nationalen Sozialismus, dachten revolutionär. Hitler glaubte, er könne durch die gemeinſame Gegnerſchaft gegen Berlin die bayriſchen Reaktionäre mit

Bayrische SA. 1923

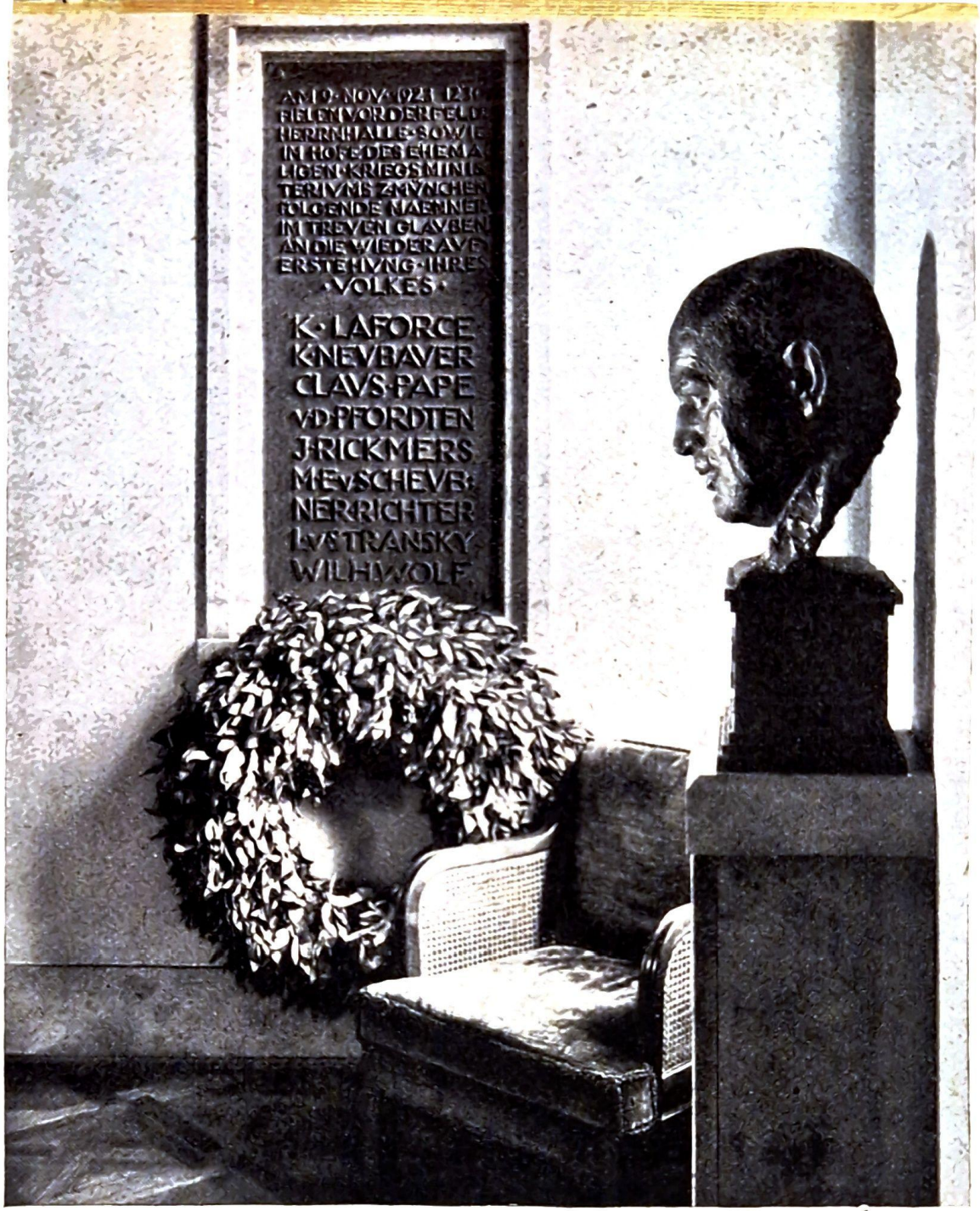
fortreißen; Kahr wiederum glaubte, die deutschen Revolutionäre für seine Ziele benutzen zu können.

Am 8. November sprach Kahr im Bürgerbräukeller vor den „Vaterländischen Verbänden". Plötzlich drang Adolf Hitler mit einigen bewaffneten Stoßtrupplern in den Saal und verschaffte sich mit einem Pistolenschuß gegen die Decke Gehör: „Die nationale Revolution ist proklamiert!" In einem Nebenzimmer forderte er Kahr und von Lossow auf, sich anzuschließen. Sie gaben Handschlag und Ehrenwort, und Kahr erklärte vor der Versammlung: „In des Vaterlandes höchster Not übernehme ich die Leitung der Staatsgeschäfte als Statthalter der Monarchie." Ludendorff, schnell herbeigerufen, schloß sich sofort an und entließ die Herren der bayrischen Staatsregierung im Vertrauen auf deren Ehrenwort. In der Nacht aber nahmen diese Fühlung mit dem bayrischen Kronprinzen Rupprecht und erließen von einer Kaserne aus einen Funkspruch: „Mit Waffen-

gewalt erpreßte Stellungnahme in der Bürgerbräuverſammlung ungültig!" Am nächſten Morgen erſchien ein Erlaß Kahrs: „Die Nationalſozialiſtiſche Deutſche Arbeiterpartei ſowie die Kampfverbände Oberland und Reichskriegsflagge ſind aufgelöſt."

Im Vertrauen auf die allgemeine Zuſtimmung der Bevölkerung Münchens hoffte Hitler aber, durch einen Demonſtrationszug die Stadt mitreißen zu können; die Reichswehr werde nicht auf Ludendorff ſchießen. Umjubelt von den Münchenern, umweht von ſchwarzweißroten und Hakenkreuzfahnen, erreichte die Spitze des Zuges die Feldherrnhalle. Ohne Warnung eröffnete die dort aufgeſtellte Landespolizei das Feuer auf die Unbewaffneten. 16 Tote lagen auf dem Pflaſter; unter den Verwundeten Hauptmann Göring, einſt Nachfolger Richthofens in deſſen Fliegerſtaffel, jetzt Führer der SA. Ludendorff ſchritt aufrecht durch die feuernde Schützenkette. Adolf Hitler ſelber hatte ſeinen zuſammenbrechenden Begleiter aufgefangen, war dadurch aber zu Boden geriſſen worden, und ſein Arm war aus dem Gelenk geſprungen. Er konnte jedoch in ein Auto gerettet werden, wurde aber einige Tage darauf an der öſterreichiſchen Grenze verhaftet. Die Partei und die Wehrverbände wurden verboten. Wer die nationalſozialiſtiſche Bewegung unterſtütze, erklärte die Reichsregierung, „macht ſich zum Hoch- und Landesverräter". Der Verſuch, Deutſchland unter Mitwirkung der Reaktion für den Nationalſozialismus zu erobern, war geſcheitert.

Gegen die Führer des „Hoch- und Landesverrates" zur Befreiung Deutſchlands trat das „Volksgericht" in München zuſammen (26. Febr. 1924) in dem großen Speiſeſaal der ehemaligeu bayriſchen Kriegsſchule. In einer viereinhalbſtündigen Rede rechnete Adolf Hitler hier mit den Novemberleuten und ihren unerfüllten Verſprechungen ab und rechtfertigte ſein eigenes Unternehmen. „Kann jemand ſagen, die Revolution iſt gelungen, während doch das Objekt der Revolution, Deutſchland, zugrunde geht? ... Ich klage an Ebert, Scheidemann und Genoſſen ... Ich klage ſie an, weil ſie ein 70-Millionen-Volk vernichtet haben." — „Die Tat des 8. November iſt nicht mißlungen. Sie wäre mißlungen dann, wenn eine Mutter gekommen wäre und geſagt hätte: Herr Hitler, Sie haben auch mein Kind am Gewiſſen. Aber das darf ich verſichern, es iſt keine Mutter gekommen. Im



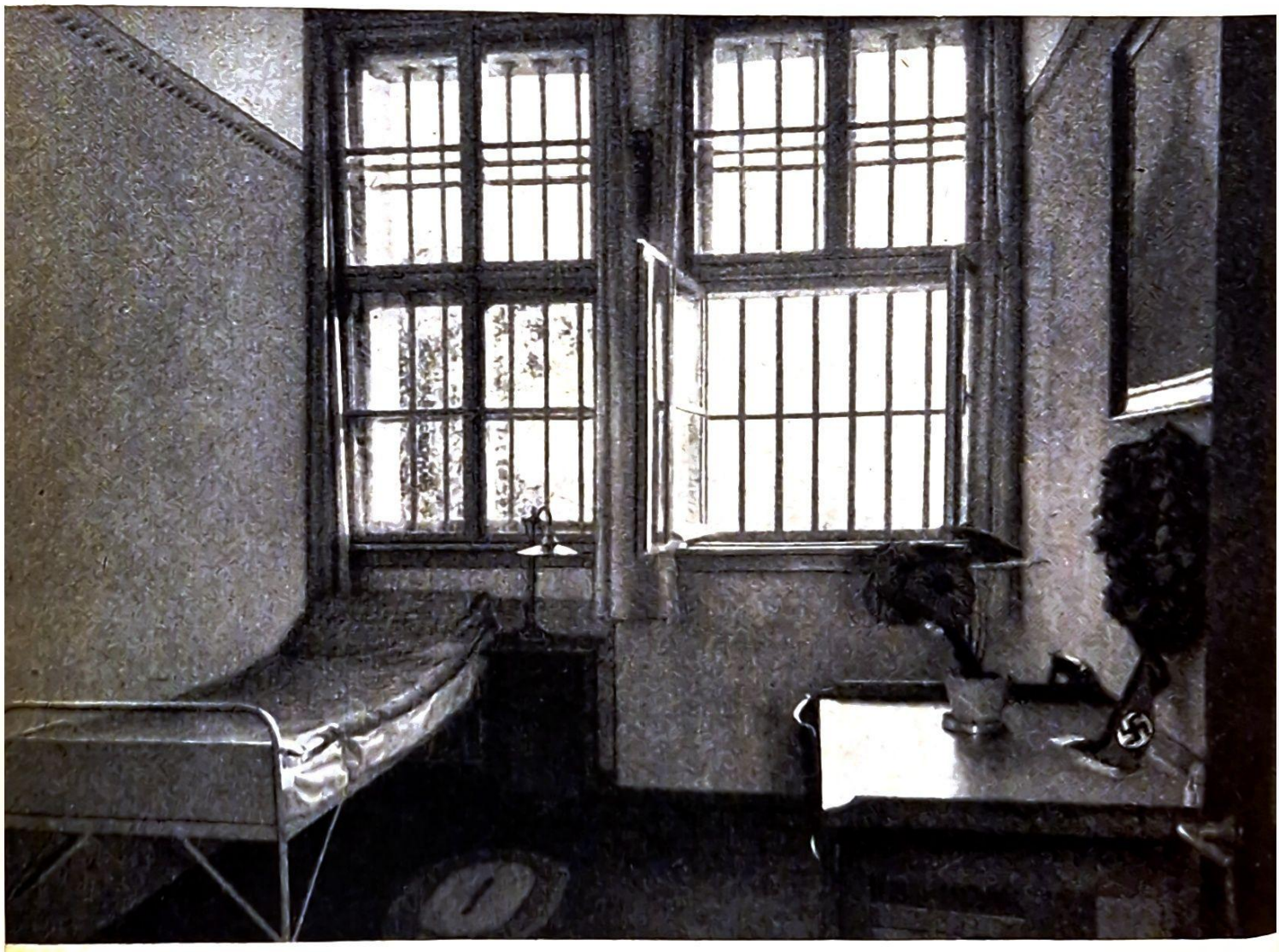
Gefallenen-Gedenktafel und Dietrich-Eckart-Büste im Braunen Haus in München

Gegenteil! Tausende anderer sind gekommen und haben sich in unsere Reihe gestellt. Von den jungen Männern, die gefallen sind, wird es dereinst heißen . . .: „Auch sie starben für des Vaterlandes Befreiung" . . . Nicht Sie, meine Herren, sprechen das Urteil über uns; das Urteil spricht das ewige Gericht der Geschichte, das sich aussprechen wird über die Anklage, die gegen uns erhoben ist. Ihr Urteil, das Sie fällen werden, kenne ich. Aber jenes Gericht wird uns nicht fragen: habt ihr Hochverrat getrieben oder nicht? Jenes Gericht wird über uns richten, . . .

die als Deutsche das Beste gewollt haben für ihr Volk und Vaterland, die kämpfen und sterben wollten. Mögen Sie uns tausendmal schuldig sprechen, die Göttin des ewigen Gerichtes der Geschichte wird lächelnd den Antrag des Staatsanwaltes und das Urteil des Gerichtes zerreißen; denn sie spricht uns frei!"

Das Volksgericht verurteilte Adolf Hitler zu 5 Jahren Festung. Auch die anderen Führer der Bewegung erhielten Freiheitsstrafen. Als Ludendorff als einziger freigesprochen wurde, erklärte er: „Ich empfinde meinen Freispruch als Schmach für meinen Rock, meine Orden und Ehrenzeichen. Das habe ich nicht verdient!"

Auf der Festung Landsberg am Lech, in der Hitler bis zu seiner Begnadigung (im Dezember 1924) nun saß, blieb er nicht müßig, sondern schrieb das Buch der Bewegung und seines Wollens: Mein Kampf.



Die Festungszelle Adolf Hitlers in Landsberg

III. Deutschland als Ausbeutungskolonie der Hochfinanz

Die Tributversklavung

Die ersten Nachkriegsjahre sahen in der Welt eine ungeahnte Wirtschaftsblüte. Denn überall mußten die im Kriege stark überbeanspruchten Anlagen ausgebessert, mußte der während des Krieges aufgestaute Bedarf befriedigt werden. Um das leisten zu können, „rationalisierte" man die Betriebe. Die Arbeitsvorgänge wurden so durchdacht, daß die Leistungen möglichst groß, die Kosten möglichst gering waren. Amerika ging mit der Rationalisierung voran. Da hier die Arbeitslöhne sehr hoch lagen, sparte man vor allem an diesen. Das „laufende Band" mechanisierte die Arbeit bis zum Äußersten: hier „fließt" das Werkstück von einem Arbeiter zum anderen, und jeder hat immer nur einen bestimmten Handgriff auszuführen.

Ungeheure Mengen von Kraftwagen, Staubsaugern, Glühbirnen usw. erzeugte täglich die „Fließarbeit" der Fabriken. In Amerika verließen jeden Tag 700 Automobile allein die Werke von Ford in Detroit. Es entstand die trügerische Hoffnung, dem Weltkriege folge eine Zeit höchster Wirtschaftsblüte. Lediglich die französische Gewaltpolitik schien das Geschäft zu stören. Die Inflation hatte es Deutschland unmöglich gemacht, englische oder amerikanische Waren zu bezahlen. Damit war diesen Ländern ein wichtiger Kunde verloren. Infolge der Markentwertung konnte die deutsche Ausfuhr billiger liefern und bedrängte die englische und die amerikanische Industrie auf dem Weltmarkt. Während in Deutschland alle Schornsteine rauchten, stieg die Arbeitslosigkeit in England auf 2 Millionen Menschen. Frankreich hatte aus dem „produktiven Pfand" des Ruhrgebietes nicht mehr als 350 Millionen Frank herausgewirtschaftet. Verzinsung und Tilgung der alliierten Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten waren gefährdet. Um Frankreich zur Umkehr zu zwingen, ließ die Neuyorker Börse den Franken um 20 v. H. fallen und später weiter auf ein Fünftel des alten Wertes.

Die Gewaltpolitik gegen Deutschland mußte mit dem Reich auch „Europa und die ganze Welt zugrunde richten". In dieser

Überzeugung regte Stresemann als deutscher Außenminister an, durch einen Ausschuß von Sachverständigen feststellen zu lassen, nicht wie hoch denn nun wirklich die Schäden seien, die der Zivilbevölkerung jeder der alliierten und assoziierten Mächte und ihrem Gut während des Krieges zugefügt wurden und die allein Deutschland nach den Versailler Bestimmungen (Artikel 232) ersetzen sollte, sondern wieviel Reparationen Deutschland wirtschaftlich leisten könne, obwohl die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens auf seine Kosten bereits vollständig wieder aufgebaut waren. Man wollte die politische Frage der Reparationen als ein „Geschäft" betrachten und sprach daher — auch in Deutschland selbst — nicht von Tributen, sondern von — Schulden!

An diesem „Geschäft" war die gesamte internationale Hochfinanz interessiert, besonders das führende amerikanische Weltbankhaus von Morgan. — Dieses vor allem hatte während des Krieges das Geld für die Belieferung der Verbündeten mit Waffen und Munition, Lebens- und Zahlungsmitteln beschafft. Seine Milliardensummen wären durch einen deutschen Sieg gefährdet gewesen. Deshalb hatte Morgan dahin gewirkt, daß die Vereinigten Staaten im entscheidenden Augenblick auch mit ihren Menschen in den Krieg eingriffen.

Deutschland sollte so viel Reparationen herauswirtschaften, daß mit ihnen die Entente ihre eigenen Kriegskosten und damit auch ihre Schulden an Amerika bezahlen konnte. Den Zahlungsplan dafür sollte eine neue Reparationskonferenz aufstellen, die Anfang 1924 in Paris zusammentrat. Obwohl die Vereinigten Staaten als Nichtunterzeichner des Versailler Vertrages amtlich mit der ganzen Frage nichts zu tun hatten, führte der amerikanische Bankmann Dawes, ein Vertrauensmann Morgans, den Vorsitz. So kam der Dawesplan zustande. Um Deutschland wieder an den zwischenstaatlichen Zahlungsverkehr anzuschließen, „gewährte" man ihm eine Auslandsanleihe von 800 Millionen Goldmark. Auf diesem zinspflichtigen Grundstock baute das Reich seine „Goldkernwährung" — eigentlich eine „Goldborgwährung" — der „Reichsmark" auf, mit der es die Rentenmark allmählich ablöste. Die Reparationszahlungen sollten mit 1 Milliarde Goldmark beginnen und mit dem erwarteten Anwachsen von Deutschlands Wohlstand in 5 Jahren das „Normaljahr" erreichen. Von

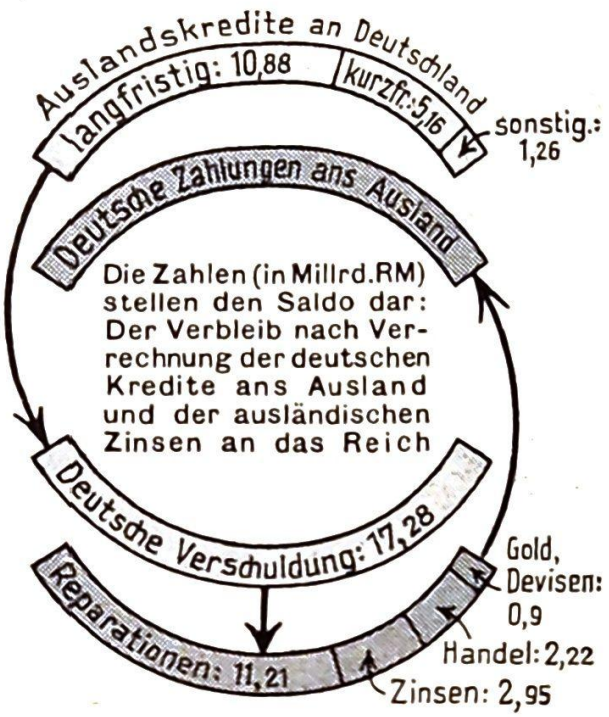
da an sollte Deutschland jährlich $2\frac{1}{2}$ Milliarden Goldmark zahlen: 4750 Mark ununterbrochen in jeder Minute. Wie vorher schon Österreich, so war nun das Deutsche Reich zu einer Ausbeutungskolonie der internationalen Hochfinanz geworden. Gouverneur dieser Kolonie war der „Reparationsagent", ein zweiunddreißigjähriger Rechtsanwalt des Bankhauses Morgan (Parker Gilbert), der als „heimlicher Kaiser" Deutschlands mit einem Stabe von 130 ausländischen Finanzleuten in Berlin einzog. Stresemann aber erklärte: „Zum ersten Male ein Silberstreifen an dem sonst düsteren Horizont!" Und der Zentrumskanzler Marx war „voller Genugtuung über den hohen Geist des Friedens und der Versöhnlichkeit". Dawes selber dagegen faßte den Sinn seines Planes dahin zusammen: „Das deutsche Volk muß auf ein nicht weiter einzuschränkendes Mindestmaß seiner eigenen inneren Bedürfnisse gebracht werden."

Die Reichsbahn, die jährlich 600 Millionen Mark Reparationen herauszuwirtschaften hatte, wurde dem Reichsverkehrsminister entzogen und kam als Aktiengesellschaft unter fremdstaatliche Aufsicht. Aus der Reichsbahn wurde die „Dawesbahn". Sie war nicht mehr Eigentum des Reiches und damit des deutschen Volkes, sondern der internationalen Hochfinanz. Auch der Staatshaushalt stand unter deren Aufsicht: die Reichsbank durfte ihre Noten nur mit einem „Ausfertigungskontrollstempel" der Hochfinanz ausgeben, und das Reich mußte seine Einnahmen aus der Alkohol-, der Tabak- und der Zuckersteuer verpfänden. Besserte sich die deutsche Wirtschaftslage trotz all den Tributzahlungen, so sollte die Hochfinanz auch daran Anteil haben: zu der festen Jahressumme sollte ein Zuschuß auf Grund eines „Wohlstandsindex" treten, der sich u. a. nach dem deutschen Verbrauch von Tabak und Alkohol, von Zucker und Kohle errechnete. So war die gesamte deutsche Wirtschaft „morganisiert". Der Reparationsagent in Berlin wechselte die deutschen Zahlungen in Devisen um und verteilte das Geld an die Banken der einzelnen Mächte. Dabei hatte er darüber zu wachen, daß die Massenumwechslung die deutsche Währung nicht erschütterte: der „Transfer" war geschützt. — Da der Dawesplan nur den Versuch einer vorläufigen Regelung machen wollte, sah er weder eine Gesamtsumme noch eine zeitliche Zahlungsgrenze vor.

Geld ist kein Wert an sich. Es bietet lediglich die Möglichkeit, sich dafür Waren oder Dienstleistungen zu verschaffen. So ist aller Zahlungsverkehr im Grunde nichts anderes als ein Tausch von Waren oder Diensten. Wollten die anderen Mächte von Deutschland Reparationen, so mußten sie seine Arbeit und seine Waren nehmen. Die deutsche Sklavenarbeit aber mußte ihre eigene Wirtschaft schädigen, da sie der eigenen Bevölkerung die Beschäftigung nahm. Daher lehnte Frankreich deutsche Aufbauarbeit in den zerstörten Gebieten ab, sträubten sich England und Frankreich immer mehr gegen deutsche Sachlieferungen. Aber auch die Geldzahlungen konnten nicht anders geleistet werden. Zahlte Deutschland in Mark, so hätten die andern diese Markbestände nur in Deutschland anlegen können. Sollte Deutschland in Devisen zahlen, so konnte es sich die Franken, die Dollars, die Pfunde nur dadurch verschaffen, daß die andern für diese Devisen deutsche Waren oder Leistungen (z. B. Transporte) kauften. Hatte Deutschland $2\frac{1}{2}$ Milliarden RM. im Jahre Reparationen zu zahlen, so mußten die andern Mächte ihm so viel abkaufen, daß es einen jährlichen Bilanzüberschuß in dieser Höhe erzielte. Damit aber hätten die Kriegsgegner durch ihre eigenen Friedensbedingungen ihren stärksten Wettbewerber hochgezüchtet.

Die internationalen Abmachungen für die Goldwährung verlangten, daß die Binnenzahlungsmittel eines Landes durch Gold und fremde Zahlungsmittel (Banknoten und Warenwechsel) „gedeckt" sein mußten. Die Decke der „Dawesanleihe" aber war für den innerdeutschen Bedarf an Reichsmark viel zu klein. So nahmen die deutschen Unternehmer, Gemeinden und Länder Anleihen über Anleihen auf, und die andern, vor allem Amerika als der letzte Reparationsempfänger, gewährten sie ihnen gern, um ihr brachliegendes Kapital zinsbringend in Deutschland „arbeiten" zu lassen: eine neue Belastung Deutschlands. Dollars flossen in die deutsche Wirtschaft. Da diese nur mit Mark arbeiten kann, führte sie die Dollars an die Reichsbank ab und tauschte sie gegen Mark ein, und die Reichsbank benutzte die Devisen, um damit die Devisendecke zu vergrößern und Reparationen zu zahlen. Die Markbeträge aber bekam sie durch ständig wachsende Steuern zu neuer Verfügung zurück. Der Zahlenkreislauf des Weltkrieges wiederholte sich: die Reparationsempfänger erhielten

ihr eigenes Geld zurück, während die deutsche „Buchschuld" ständig wuchs. In Wirklichkeit hat Deutschland keine Reparationen gezahlt, sondern auf dem Wege über Auslandsanleihen an die deutsche Wirtschaft die politischen Tributzahlungen in „private Schulden" verwandelt.



Der Kreislauf der deutschen Verschuldung unter dem Dawes- und dem Youngplan

In 4 Jahren erreichten die deutschen Auslandsschulden den Betrag von 12 Milliarden RM. Damit waren die Raten an Zinsen und Zinseszinsen, die Tilgungssummen und Vermittlungsgebühren so hoch geworden, daß man neue Devisenanleihen aufnehmen mußte, lediglich um die Kosten der alten decken zu können. Die weiteren Reparationszahlungen schienen gefährdet. Daher trat zur „vollständigen und endgültigen Regelung der Reparationsfrage" 1929 in Paris ein neuer Ausschuß unter dem Amerikaner Owen Young zusammen, wiederum einem Vertreter Morgans. Hier erhöhten zunächst die Vertreter der Feindmächte ihre Forderungen auf 2,9 Milliarden jährlich. Demgegenüber boten die deutschen Sachverständigen — der Reichsbankpräsident Dr. Schacht und der Großindustrielle Dr. Vögeler — 1,67 Milliarden als äußerste Jahresleistung an unter der Voraussetzung, daß die ausländischen Kontrollen fortfielen, daß Deutschland eigene überseeische Rohstoffquellen bekäme und daß die Grenzziehung im Osten nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten überprüft würde. Mit den Auslandszeitungen tobte auch die deutsche Linkspresse über diese „Verquickung politischer Forderungen mit reinen Wirtschaftsfragen". Hinter dem Rücken der deutschen Sachverständigen hatte die Reichsregierung schon eine Jahresleistung von 2 Milliarden angeboten. Dr. Vögeler trat zurück, und Dr. Schacht unterzeichnete allein den Youngplan, der nun nach der Wiederaufnahme der Ver-

handlungen zustande kam. Deutschland sollte noch 59 Jahre Reparationen zahlen; bis zum 37. Jahre steigend, durchschnittlich 2 Milliarden jährlich oder fast $5\frac{1}{2}$ Millionen täglich; dann fallend.

Hatte aber der Dawesplan die deutsche Gesamtverpflichtung dargestellt, so traten neben die Youngraten noch eine Reihe von Sonderzahlungen: die Kosten für die Besatzung und die Kommissionen, für Zinsendienst und Tilgung der Dawesanleihe; für 37 Jahre mußten jährlich außerdem 25 Millionen RM. an Belgien gezahlt werden zur Aufwertung von dessen Papiermarkbeständen aus Krieg und Inflation. Als die Abschlußkonferenz im Haag daran zu scheitern drohte, daß England und Frankreich sich über ihren Anteil nicht einigen konnten, übernahm die Regierung des Reichskanzlers Müller, der den Versailler Vertrag unterzeichnet hatte, auch die Summe, um die sie sich stritten, auf deutsche Zusatzrechnung! — Das Geld wurde nicht mehr in Mark an den Reparationsagenten eingezahlt, sondern gleich in Devisen an die neugegründete „Bank für internationale Zahlungen" in Basel, die — gewissermaßen eine Gesandtschaft des Hauses Morgan in Europa — unter einem amerikanischen Präsidenten stand. Frankreich konnte, um sein Geld sofort verfügbar zu haben, eine Reparationsanleihe auflegen; den Zinsendienst von jährlich 660 Millionen übernahm Deutschland im Rahmen der Reparationen. Damit wurde die deutsche Schuldsumme in kleinsten Anteilen über die ganze Welt zersplittert. Da die Zinsen dafür nicht mehr an einzelne Staaten, sondern an eine Fülle von Einzelpersonen und Banken fließen, bestand für sie weder die Möglichkeit eines Transferschutzes noch die einer Revision.

Dafür fielen die sichtbaren Einschränkungen der deutschen Souveränität auf Grund des Dawesplanes; das Reich erhielt die „Freiheit", ohne ständige ausländische Aufsicht von sich aus die Tributsummen aus dem Volke herauszupressen. „Wenn ein Volk den Willen und das Bestreben hat, 10 bis 14 Stunden täglich jede erreichbare Arbeit zu tun", so drückte einmal der amerikanische Präsident der Baseler Tributbank (Mac Gerrah) die Erwartungen der Hochfinanz aus, „wenn eine Frau einem Pferd oder einer Kuh hilft, wenn ein Junge einen Pflug zieht und der Vater ihn führt, dann muß etwas als Einnahme und Ersparnis herauskommen". Und diese „Ersparnisse" hatte die Reichsregierung als Gerichtsvollzieher des internationalen Finanzkapitals einzutreiben.

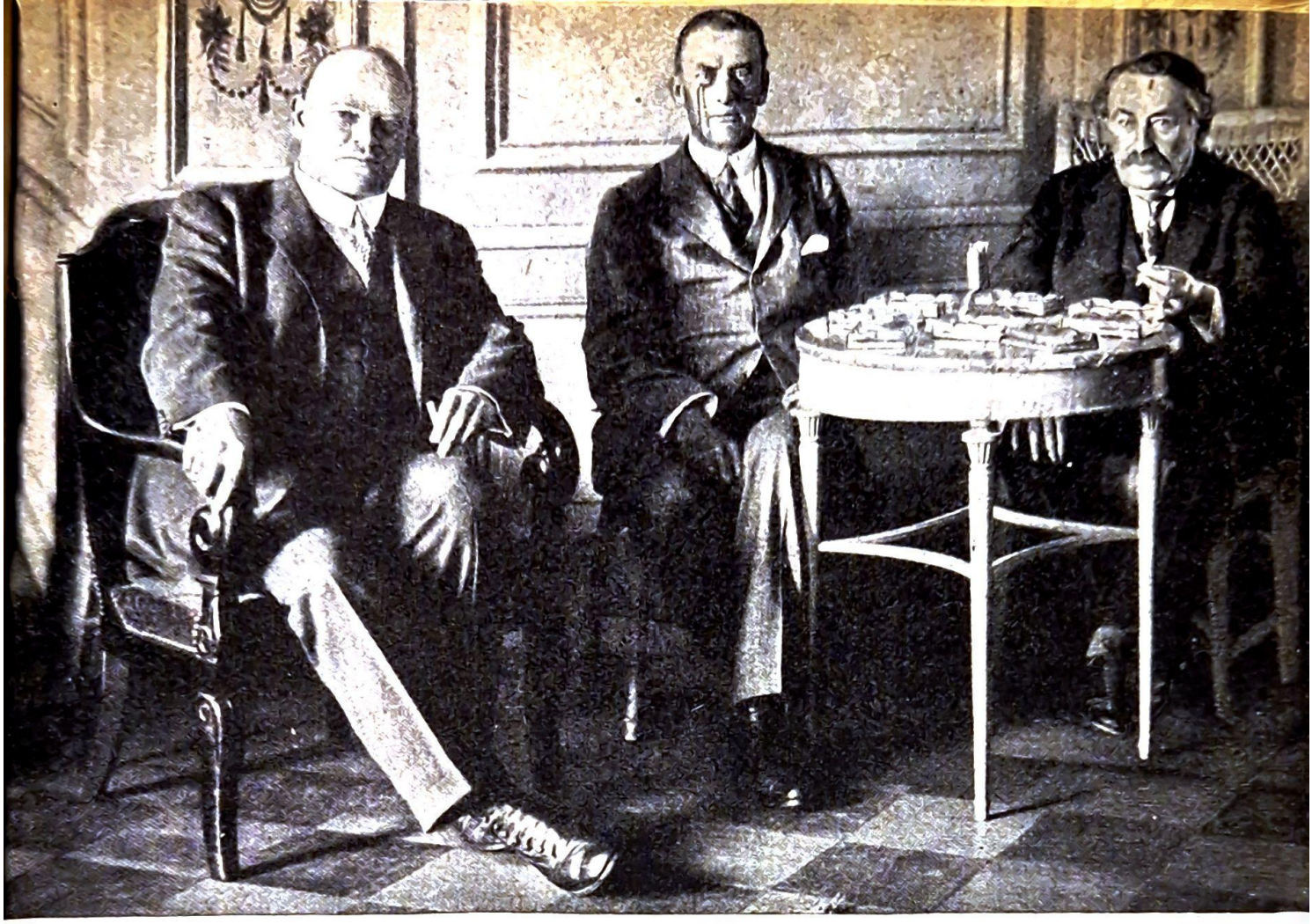
Neben der Reparationsfrage ſtand die „Sicherheitsfrage“ zwiſchen Frankreich und Deutſchland. Dreimal haben im Laufe von 100 Jahren deutſche Truppen die franzöſiſche Grenze überſchritten: 1813 hatte das deutſche Volk ſich mit Rußland und England verbündet, um die franzöſiſche Herrſchaft abzuſchütteln, 1870 hatte Deutſchland allein Frankreich beſiegt, und 1914 mußte ſich faſt die ganze Welt zuſammenſchließen, um Deutſchland niederzuwerfen. So fühlte ſich Frankreich von Deutſchland bedroht, obwohl dieſes in einer tauſendjährigen Geſchichte keinen einzigen Krieg geführt hat, um ſeine Weſtgrenze vorzuverlegen, ſondern ſeit dem Zerfall des mittelalterlichen Reiches mit dem Ende der Staufen dieſe Grenze vor dem franzöſiſchen Druck Schritt für Schritt zurückgenommen hat.

Auch nach der deutſchen Entwaffnung und der völligen Entmachtung der Rheinzone erſchien das Deutſche Reich Frankreich gefährlich. Hat es doch mehr Menſchen in ſeinen Grenzen! Könnte die deutſche Erfindungsgabe nicht einmal die deutſche Induſtrie über Nacht auf den Krieg umſtellen? Frankreich dieſe Furcht zu nehmen, den Frieden zwiſchen beiden Völkern aufzurichten und damit den Krieg erſt wirklich zu „liquidieren“, zu begleichen, war Hoffnung und Ziel der deutſchen „Verſtändigungspolitik“. Das Kanzleramt lag damals in den Händen von Streſemann. Als Sohn eines Gaſtwirtes in Berlin geboren, hatte er Volkswirtſchaft ſtudiert und mit einer Unterſuchung über den Berliner Flaſchenbierhandel den Doktortitel erworben. Er wurde Geſchäftsführer des Verbandes deutſcher Schokoladenfabrikanten und Rechtsbeirat (Syndikus) des Landesverbandes ſächſiſcher Induſtrieller und heiratete ſpäter eine Jüdin. Mit 29 Jahren wurde er nationalliberaler Reichstagsabgeordneter. Während des Krieges trat er zunächſt für deutſche Erwerbungen im Weſten und Oſten ein, ging dann aber zu den Anhängern des „Verſtändigungsfriedens“ über. Doch wegen ſeiner „imperialiſtiſchen Belaſtung“ lehnten nach dem Novemberumſturz die Demokraten es ab, ihn als Kandidaten zur Nationalverſammlung aufzuſtellen. So gründete er eine eigene Partei: die Deutſche Volkspartei. Er ſetzte ſich für die Ablehnung des Verſailler Vertrages ein, wie auch anfangs für den paſſiven Widerſtand an der Ruhr. Jetzt führte er ſeine Partei aus

ihrer ursprünglich ablehnenden Haltung gegenüber der Republik zur Mitarbeit am Staate von Weimar. Als Reichskanzler brach er den Ruhrkampf ab, und als Außenminister trat er fstr den Dawesplan ein. Über eine Verständigung mit Frankreich hoffte er dann zu einer allmählichen Revision von Versailles zu kommen.

Befriedung durch Verständigung war das Ziel, das auch die Kapitalmächte erstrebten. Neue Gewaltmaßnahmen von irgendeiner Seite hätten nur die durch die Anleihepolitik sich anscheinend erholende Wirtschaft und das Tributgeschäft der Hochfinanz gefährden können. Daher mußte Frankreich im Dawesplan auf alle „Sanktionen" verzichten, mußte es sich verpflichten, die besetzten Rheinhäfen und das Ruhrgebiet wenigstens ein Jahr nach der Unterzeichnung zu räumen (August 1925). So suchte es nach anderen „Sicherheiten". Diese wollte es durch die „Verständigung" gewinnen — im Rahmen des Versailler Systems.

In dem Schweizer Städtchen Locarno am Nordende des Lago Maggiore kam Stresemann im Oktober 1925 mit dem französischen Außenminister Briand und dem englischen Außenminister Austen Chamberlain — alle drei Freimaurer höherer Grade — zusammen, „um gemeinsam die Mittel zum Schutze ihrer Völker vor der Geißel des Krieges zu suchen". Nicht am Konferenztisch mit Vorsitz, Wortmeldungen, Berichten wurden die Verhandlungen geführt, sondern in freundschaftlich-vertraulichen Gesprächen beim Frühstück, beim Glase Wein, bei Zigarren, Mokka und Likör oder bei Spazierfahrten mit der „Orangenblüte" auf dem blauen Alpensee. Am 16. Oktober — am Geburtstage Chamberlains — schlossen die drei Hochgradbrüder den „Locarno-Vertrag". In ihm verpflichtete sich das Deutsche Reich, seine Staats- und seine Wehrgrenze im Westen, wie sie in Versailles festgelegt worden, niemals gewaltsam zu ändern. Waren diese Bestimmungen einst unter dem Druck der französischen Einmarschdrohung unterschrieben worden, so verzichtete nun der deutsche „Volksstaat" aus freien Stücken auf die Volksgenossen in Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy, wie auf jede Grenzwehr am Rhein. Auch Frankreich und Belgien verpflichteten sich in Locarno, die deutsche Staats- und die Wehrgrenze, wie sie Versailles festgelegt hat, nunmehr zu achten. England — ohne die Dominions — und Italien traten dem Vertrage als Bürgen bei und verpflichteten sich, bei einer „offensicht-



Die „großen Drei" von Locarno

lichen Verletzung" der Bestimmungen über die Staatsgrenze oder die entmachtete Zone gegen den Vertragsbrüchigen vorzugehen. Mit Polen schloß Stresemann in Locarno ebenfalls ein Abkommen; danach durften „die Rechte eines Staates" — also auch die Grenzen — „nur mit Zustimmung dieses Staates selbst" geändert werden. Als Briand in der französischen Kammer wegen seines „Entgegenkommens" angegriffen wurde, erklärte er: „In Locarno ist der Versailler Vertrag von den Deutschen aus freien Stücken anerkannt worden. ... Seien wir doch stolz auf das Erreichte!"

Der freiwillige Verzicht im Westen wie im Osten sollte Deutschland vor einer neuen französischen Gewaltpolitik schützen. Streitigkeiten mußten vor ein internationales Schiedsgericht gebracht werden, konnten nicht mehr einseitig durch die als Kläger und Richter zugleich auftretende Entente entschieden werden. Damit waren England und Italien juristisch aus der einseitigen Front gegen Deutschland gelöst. Aber das Reich selbst war auf dem Wege, in die Front von Versailles einzurücken. Als Entgelt für diese weiteste

Erfüllung der französischen Sicherheitswünsche begnügte sich Stresemann lediglich mit dem mündlichen Versprechen von „Rückwirkungen". Er dachte dabei vor allem an eine vorzeitige Räumung des besetzten Gebietes. Doch nur aus der nördlichen Zone, die schon seit dem 10. Januar 1925 hätte geräumt sein müssen, aber besetzt geblieben war, weil Deutschland immer noch nicht genügend entwaffnet wäre, wurden nun ein gutes Jahr später (31. Januar 1926) die französischen Truppen herausgezogen. Noch 2 Jahre nach Locarno hielt Frankreich seine großen Herbstmanöver im deutschen Rheinland ab. Erst nach der Annahme des Youngplanes räumte es die zweite Besatzungszone Ende 1929 (statt Januar 1930), zog es auch die Truppen der dritten Zone bis zum 30. Juni 1930 zurück. Für seine „Friedensoffensive" erhielt Stresemann mit den beteiligten Ministern der andern Locarnomächte den Friedensnobelpreis aus der Nobel-Millionenstiftung, die der schwedische Erfinder des Dynamits und des rauchschwachen Pulvers, der Schwede Alfred Nobel, für die weitere Förderung des Fortschritts der Menschheit gemacht hat.

Der Locarnovertrag sollte erst in Kraft treten, wenn Deutschland in den Versailler Völkerbund eingetreten sei. Aber als die deutschen Vertreter im Frühjahr 1926 verabredungsgemäß in Genf erschienen, ließ man sie 12 Tage warten und dann wieder abfahren, da Brasilien gegen die Aufnahme Einspruch erhob. Im September wurde dann Deutschland doch aufgenommen und erhielt sogar einen ständigen Sitz im „Obersten Rat" neben den Großmächten England, Frankreich, Italien und Japan. Dafür erhielt aber auch Polen einen Ratssitz, und die Völkerbundssatzung wurde dahin geändert, daß der Völkerbundsrat, der sonst in allen Fragen einstimmig zu beschließen hat, für die Einleitung von „Kontrollmaßnahmen" gegen das Reich mit einfacher Mehrheit entschied! Als Mitglied des Völkerbundes, in dem 55 Staaten der Welt vertreten waren, hoffte Stresemann, Deutschlands Belange wirkungsvoller vertreten zu können; nicht nur die des Reiches, sondern die des Deutschtums überhaupt: der deutschen Volksgruppen in Europa, Danzigs, Memels und Deutsch-Österreichs. Zwar bestimmte der erste Artikel der Völkerbundssatzung, dem Bunde dürften nur „Staaten mit voller Selbstverwaltung" angehören. Die daraus sich ergebende Forderung, Deutschland müsse nun

seine staatliche Hoheit, seine Souveränität, zurückerhalten, hat Stresemann aber nicht erhoben. So wurden die Möglichkeiten, die durch den vollen Einbau des Deutschen Reiches in das Versailler System zu seinen Gunsten gegeben waren, nicht ausgenutzt.

Der Aufbau der Widerstandsfront in Deutschland

Bei seiner „Verständigung" mit Frankreich und mit der Hochfinanz konnte sich Stresemann auf eine breite Front der Parteien stützen: auf die „große Koalition" von den Sozialdemokraten und Demokraten über das Zentrum bis zur Deutschen Volkspartei. Auch die Deutschnationalen, die vorübergehend zur stärksten Partei geworden waren (1924), wurden zunächst gewonnen. Die Dawesgesetze, die ja eine Enteignung von Reichsbahn, Reichsbank und Reichssteuern zugunsten der Hochfinanz vorsahen, waren verfassungsändernd und verlangten daher eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage. Das war nur dadurch möglich, daß die Deutschnationalen die Hälfte ihrer Reichstagsabgeordneten dafür stimmen ließen.

Ein halbes Jahr nach der Dawesabstimmung erschien die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erneut auf dem Plane. Am 20. Dezember 1924 war Adolf Hitler auf Grund einer allgemeinen Begnadigung aus der Festung Landsberg wieder entlassen worden. Am 26. Februar 1925 gründete er die Partei, die während seiner Haft in mehrere sich befehdende Gruppen auseinandergefallen war, von neuem. Am Tage darauf eröffnete er durch eine Rede im Bürgerbräukeller den zweiten Kampf gegen das „System".

Ende Februar desselben Jahres starb der vorläufige Reichspräsident Ebert. Die Parteien stellten nicht weniger als sieben Kandidaten für seine Nachfolgerschaft auf. Die Nationalsozialisten traten für Ludendorff ein. Der erste Wahlkampf führte zu keinem Ergebnis, da niemand die Mehrheit über alle übrigen Bewerber errang. Ludendorff erhielt nur 280000 Stimmen. Im zweiten Wahlgang einigte sich die gesamte „Rechte" als „Reichsblock" auf Hindenburg, und der siebenundsiebzigjährige Generalfeldmarschall versagte sich dem Rufe für das Vaterland nicht. Ihm stellte die „Linke", die Parteien der Weimarer Koalition, als „Volksblock" den Zentrumsmann Marx entgegen, und die Kommunisten traten für den

von Moskau bestimmten Thälmann ein. Mit großer Erbitterung wurde der Wahlkampf durchgeführt. Doch der ehrwürdige Name des Generalfeldmarschalls schlug eine Bresche in die Weimarer Front. Hindenburg, der während des ganzen Kampfes Hannover nicht verließ, während sein Gegner Marx redend von Ort zu Ort reiste, wurde mit 14,6 Millionen Stimmen gegen 13,7 Millionen der erste verfassungsmäßige Reichspräsident der deutschen Republik. „Ich reiche jedem Deutschen die Hand", hatte er in seiner einzigen Wahlrede, im Rundfunk, gesagt, „der national denkt, die Würde des deutschen Namens nach innen und außen wahrt und den konfessionellen und sozialen Frieden will." Und nach seiner Wahl erklärte er: „Die Anschauungen, wie ich sie in der großen Schule der Pflichterfüllung, dem deutschen Heere, gewonnen habe, sollen auch für meine Friedensarbeit von Nutzen sein. Sie gipfeln in dem Satz, daß Pflicht vor Recht geht."

Die Erfahrungen des 9. November 1923 hatten in Adolf Hitler die Überzeugung reifen lassen, daß Deutschland nicht durch den Marsch einer kleinen revolutionären Gruppe nach Berlin erobert werden könne. Die Demokratie sollte mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden. Unermüdliche Werbung und Aufklärung sollten die Mehrheit des deutschen Volkes gewinnen. So wollte Adolf Hitler durch einen endlichen Wahlsieg über das System „legal" die Macht erringen, wollte er durch einen „verfassungsmäßigen Umsturz" die Weimarer Republik beseitigen. Die Voraussetzungen dazu aber waren schwieriger geworden als 1923. Damals lag eine Verzweiflungsstimmung über dem Volke. Man litt unter der Inflation, spürte die Gewaltmaßnahmen Frankreichs. Der Dawesplan aber hatte die Reparationen „unsichtbar" gemacht. Die meisten wußten nicht oder wollten nicht wissen, daß sie mit jeder Fahrkarte, jedem Pfund Zucker, jedem Glase Bier, jeder Zigarette Tribute bezahlten. Die Wirtschaft war ja „angekurbelt". Die ungeheuer wachsende Schuldenlast, die auf ihr drückte, war wiederum „unsichtbar". Auch politisch hatte sich anscheinend alles gebessert. Die deutschen Vertreter wurden nicht mehr nur zur Unterzeichnung der „Verträge" befohlen, nicht mehr hinter Stacheldraht gefangen gehalten, sondern sie saßen menschlich „gleichberechtigt" mit am Verhandlungstisch. Daß sich damit an der politischen Vergewaltigung des Reiches nichts geändert hatte,

Reichspräsident von Hindenburg

SA. marschiert (im Hintergrund ein kommunistischer Umzug)

sah man nicht, wollte man nicht sehen. Auch der Stacheldraht um Deutschland war „unsichtbar" geworden.

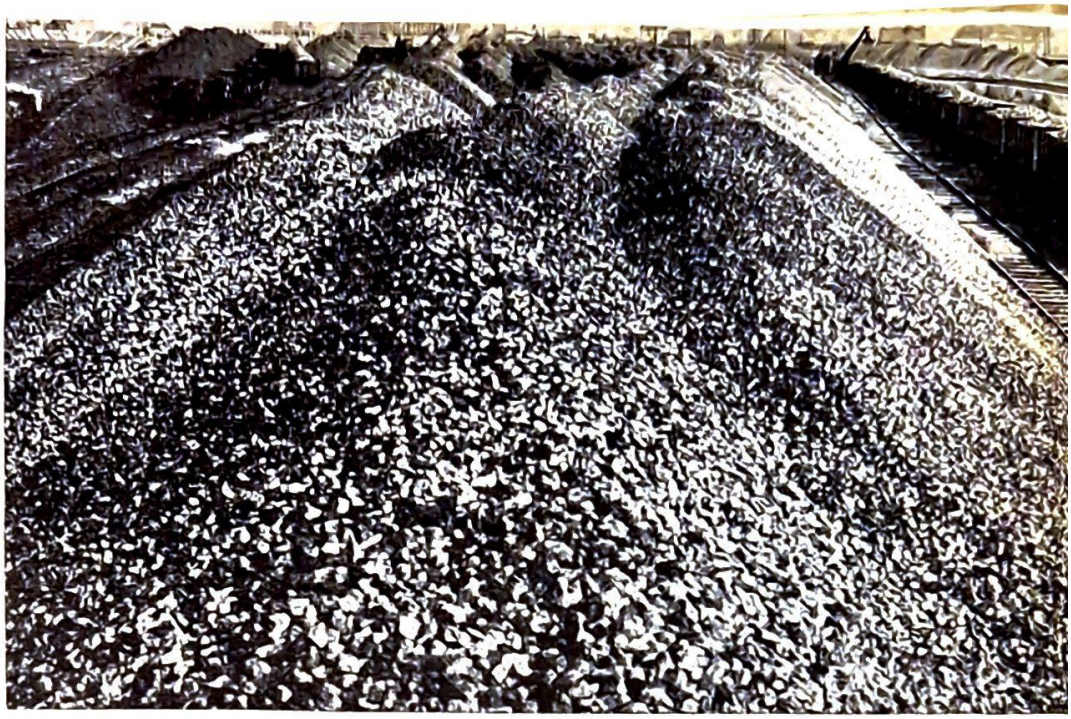
Gegen den wirtschaftlichen und politischen Optimismus, der das Volk ergriffen hatte, schärfte die „nationale Opposition" das Gewissen. Vor allem Adolf Hitler mit seinen Getreuen in der NSDAP. Die Deutschnationalen hatten mit ihrer zwiespältigen Haltung gegenüber dem Dawesplan zwar vom Volke den Spottnamen „Mampe halb und halb" bekommen, aber von dem System erkauft, daß man ihre Vertreter in die Reichsregierung aufnahm. Sie waren der Meinung, eine „Rechtsregierung" könne das System von Weimar-Versailles erträglicher gestalten. In gerader Linie folgte jedoch auf den Dawesplan Locarno. Diese Politik aber erkannten auch die Deutschnationalen als gefährlich, weil sie politische Zukunftsmöglichkeiten verbaute. So traten sie wieder aus der Regierung aus. Unter Führung Hugenbergs kehrten sie immer mehr in ihre grundsätzliche Gegnerschaft zur Republik und deren Verständigungspolitik zurück, forderten sie wie die Nationalsozialisten eine Widerstandspolitik, die nicht durch freiwillige Unterschriften die Gewaltbestimmungen von Versailles in Recht verwandele. Auch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund lehnten sie ab. Mit

den Nationalsozialisten zusammen wandten sie sich scharf gegen den Youngplan. Unterstützt wurden sie dabei vom „Stahlhelm", dem Bund nationaler Frontkämpfer, den Franz Seldte bereits mitten in den Wirren des Umsturzes zu Weihnachten 1918 in Magdeburg gegründet hatte und der seitdem ständig gewachsen war. Gemeinsam brachten die drei Gruppen den Antrag auf ein Volksbegehren ein, das eine Volksabstimmung forderte über ein „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes": die Kriegsschuldlüge sollte für nichtig erklärt, der Youngplan abgelehnt werden. Minister, die fernerhin irgendwelche Verpflichtungen annähmen, die auf der Anerkenntnis der deutschen Kriegsschuld beruhten, sollten wegen Landesverrats mit Zuchthaus bestraft werden. Das war eine Kampfansage an das System auf Leben und Tod.

Die Regierungen des Reichs und Preußens verboten sämtlichen Beamten, sich in die Listen des Volksbegehrens einzuschreiben. So groß war die Sorge, die Aufklärung des Volkes durch die nationale Opposition könne zum Siege führen, daß man sogar den liberalen Grundsatz der freien Meinungsäußerung, der in der Weimarer Verfassung verankert war, über Bord warf. Trotzdem trugen 10 v. H. aller Stimmberechtigten (4,1 Millionen) ihre Namen ein. So ging das Volksbegehren durch. Da bei dem nun folgenden Volksentscheid (22. Dez. 1929) die Stimmabgabe geheim war, forderten die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien zur Stimmenthaltung auf. Wenn nur die Bejaher des „Freiheitsgesetzes" zur Wahl gingen, war diese doch wieder öffentlich. Trotzdem beteiligten sich auch viele Beamte an der Abstimmung. Doch nur 5,8 Millionen Stimmen erhielt der Volksentscheid. Der erste große gemeinsame Angriff der nationalen Opposition war abgeschlagen. Aber fast 6 Millionen Männer und Frauen hatten sich offen als unerbittliche Gegner von Weimar, Versailles und Genf, von Dawes und Young bekannt. Das war eine beachtliche Kerntruppe der Widerstandsfront. Ihr gegenüber forderten die Alliierten auf einer Konferenz im Haag, die die letzten Einzelheiten des Youngplans durchsprach, vertraglich das Recht der „Sanktionen" zurück für den Fall, daß einmal eine deutsche Regierung nicht mehr erfüllen wolle, und der sozialdemokratische Reichskanzler Müller, dessen Name schon unter dem Versailler Diktat steht, — unterschrieb.

Bald sollte sich zeigen, daß nicht die Regierenden der großen Koalition, sondern die Führer der nationalen Opposition die Lage richtig beurteilt hatten. Von Monat zu Monat wurde deutlicher, daß es mit der bewunderten Wirtschaftsblüte zu Ende war. Der Weltkrieg hatte nicht nur die weltpolitische, sondern auch die gesamte weltwirtschaftliche Lage von Grund aus gewandelt. Japan, Indien, Südafrika, Südamerika hatten eigene Industrien aufgebaut. Nach dem Kriege waren dort die europäischen Staaten nicht mehr wettbewerbsfähig. Dazu fiel der russische Markt — bis auf die Belieferung mit Arbeitsmaschinen — aus; ebenso das durch dauernde innere Wirren zerrissene China; und die wirtschaftliche Rolle der Vereinigten Staaten hatte sich gegenüber der Vorkriegszeit geradezu in ihr Gegenteil verkehrt.

Da sich nach dem Kriege infolge der Rationalisierung die Wirtschaftsleistungen überall erhöhten, fielen die Preise ständig; vor allem für landwirtschaftliche und industrielle Rohstoffe. Man konnte also für sein Geld mehr Waren bekommen. Von 1929 bis 1932 ließ das Sinken der Weltmarktpreise geldmäßig die Kaufkraft des Goldes um 40—50 v. H. steigen. Da aber Kredite ihren Zahlenwert behalten, so verarmten durch diese Preisbewegung die Schuldner. Sie konnten die zahlenmäßig ebenfalls unverändert bleibenden, bei fallenden Preisen also wertmäßig steigenden Zinsen nicht mehr aufbringen, viel weniger die Schulden zurückzahlen. Die Kredite „froren ein". Das in den Büchern der Banken stehende Vermögen der Fabriken, Bergwerke, Bauerngüter übertraf den wirklichen Wert immer mehr. Um Geld für den Zinsendienst einzusparen, wurden die Löhne gesenkt. Das verminderte die Kaufkraft der Massen. Dadurch ging der Absatz zurück. Die Erzeugung mußte eingeschränkt werden: immer mehr Arbeiter und Angestellte wurden entlassen, die Löhne der Beschäftigten immer erneut gesenkt. Weiter schmolz die Kaufkraft, weiter schrumpfte der Absatz. In Amerika schüttete man die unverkäuflichen Mengen von Weizen ins Meer, heizte man die Kessel der Eisenbahnen mit Kaffee. Dabei hungerten Millionen. Die nicht verkäuflichen Kohlen wuchsen an den Förderstellen zu Gebirgen — und Millionen Menschen froren in den Städten. Überall lagen die Fabriken still — und Mil-



Koksberge türmen sich im Ruhrgebiet

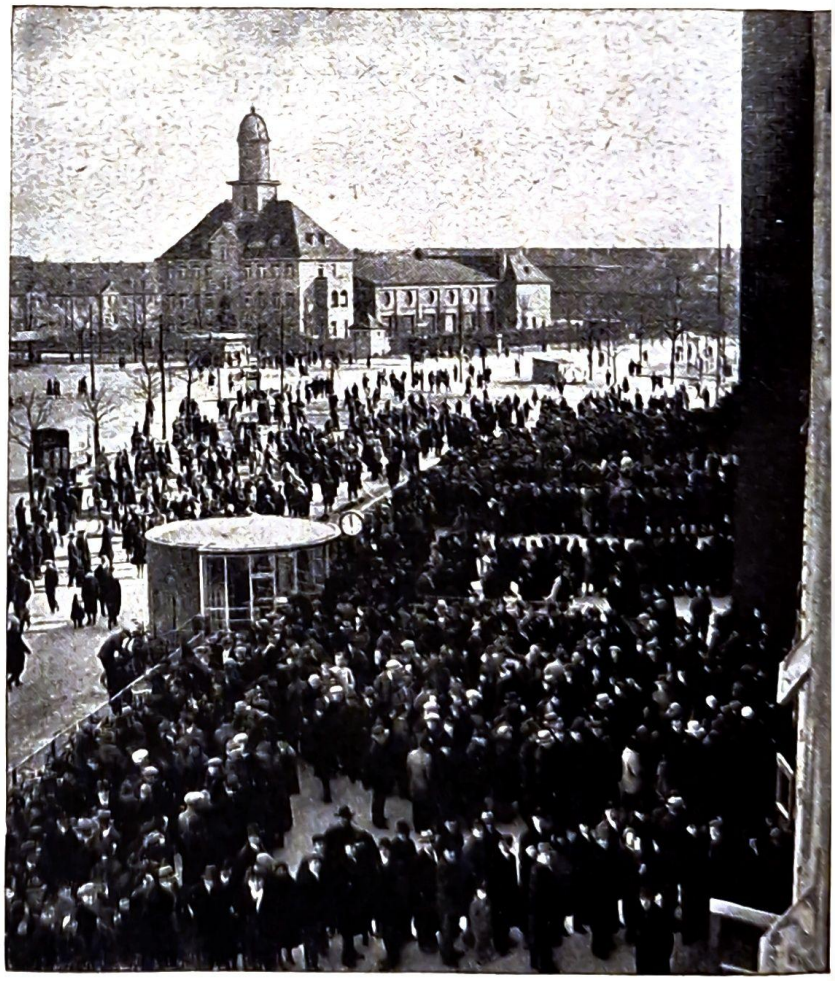
lionen Menschen konnten die einfachsten Bedürfnisse nicht befriedigen. Von 1929 bis 1930 schrumpfte die deutsche Erzeugung um ein Drittel zusammen. Anfang 1930 waren in Deutschland 3 Millionen Menschen arbeitslos, 1 Jahr darauf 5 Millionen. 1932 stieg die Weltarbeitslosigkeit auf fast 30 Millionen Menschen.

Der Weltkrieg hat Milliarden und Abermilliarden gekostet. Dieses Geld ist durch Anleihen aufgebracht worden. Da es aber buchstäblich „verpulvert" wurde, schuf es keine Werte, aus deren Erlös es getilgt werden konnte. Von Kriegsanleihe zu Kriegsanleihe stiegen die Ziffern in den Schuldbüchern der einzelnen Staaten an. Um die Zinsen und die Tilgungsraten aufzubringen, steigerten sie die Steuerlast der Völker ins Riesenhafte. Deutschland vernichtete seine Kriegsschulden durch die Inflation. Die Mächte der Entente dagegen verlangten von ihm Reparationen, um damit ihre eigenen Schulden zu bezahlen. Man erwartete also, das deutsche Volk werde mit seiner Arbeit die Gesamtkosten des Weltkrieges bezahlen. Mit der Erfüllungs- und Verständigungspolitik hat die deutsche Regierung in der Tat den Versuch gemacht, das Unmögliche möglich zu machen.

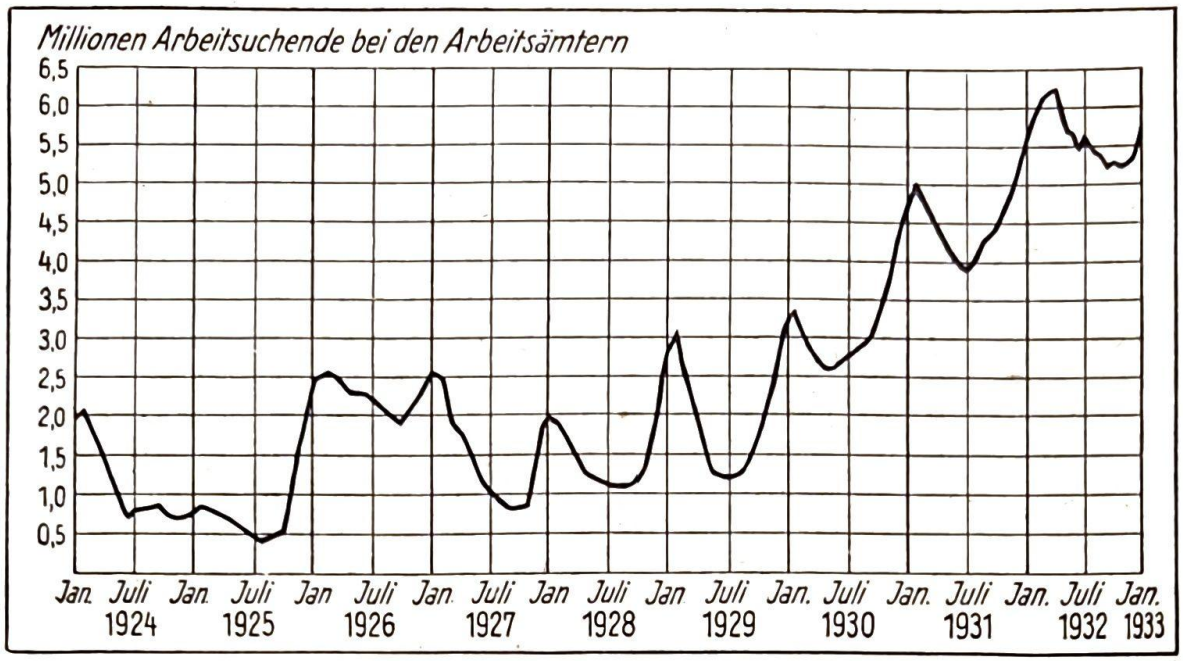
Bei dem schrumpfenden Absatz und der gleichbleibenden Zinsenlast konnten die deutschen Bauern die wachsenden Steuern nicht mehr aufbringen. Als das Finanzamt ihnen das Vieh aus dem Stall heraus versteigern wollte, erschienen die Bauern in stummer Entschlossenheit, mit derben Eichenknüppeln, Äxten oder Spaten in der Hand, und kein Händler wagte zu bieten. Als der Staat das Vieh von den Gerichtsvollziehern unter starker Landjägerbedeckung

Frauen und Kinder suchen im Hamburger Hafen auf Schuttschuten nach Brennholz

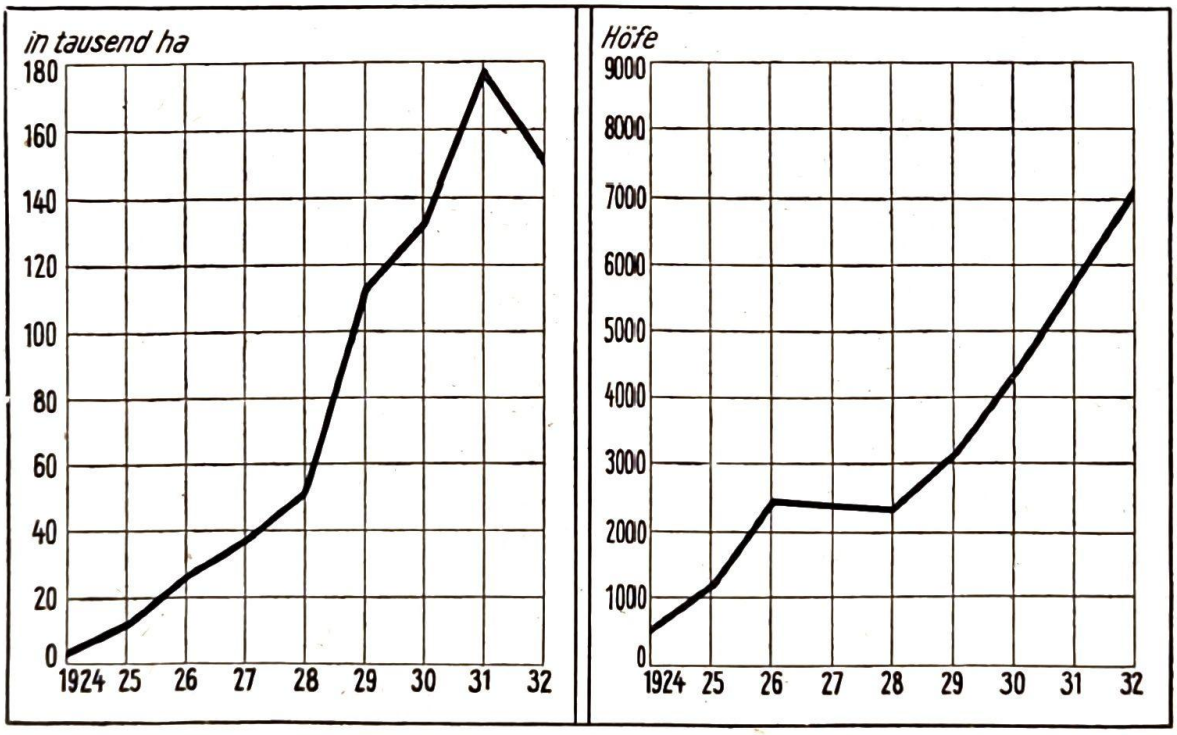
zur Versteigerung in die Stadt treiben ließ, zogen in Holstein die Bauern unter schwarzen Fahnen vor das Kreishaus. Mit blanker Waffe wurden sie auseinandergejagt (in Neumünster 1928). Um die Behörden in ständiger Unruhe zu halten und schließlich zum Einlenken zu zwingen, ging eine Bauerngruppe mit leichten Bombenanschlägen gegen die Häuser der Amtsvorsteher, gegen Landratsamt und Regierungspräsidium vor. Da man nicht die einzelnen Menschen, sondern das schuldige System treffen wollte,



Arbeitslose vor einem Berliner Arbeitsamt

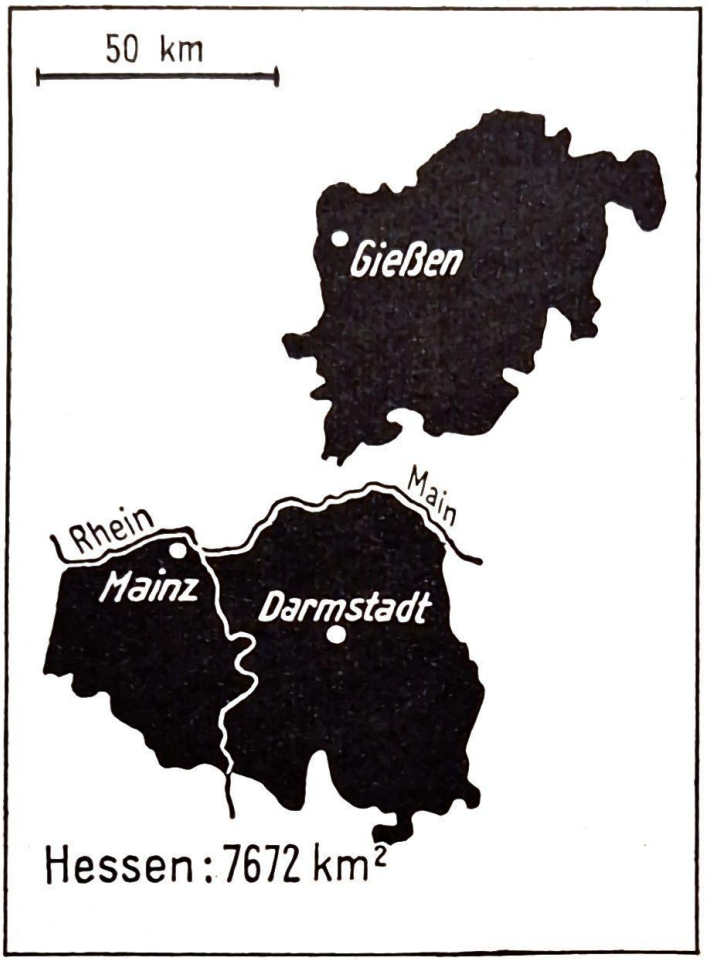


Die deutsche Arbeitslosigkeit



Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlichen Besitzes

wurde dabei niemals ein Mensch auch nur leicht verletzt. Schließlich wurde der Führer der Verzweiflungsbewegung, Klaus Heim, erfaßt und mit — 7 Jahren Zuchthaus bestraft (Oktober 1930). (Der Mörder Horst Wessels bekam nur 6 Jahre!) Das änderte aber nichts an der Not des Landes. Von 1924 bis 1932 kam alle



Die Fläche der 1924—1932 versteigerten Bauernhöfe (rund 7700 km²)

drei Stunden ein deutscher Bauernhof unter den Hammer. Die Gesamtfläche der in dieser Zeit zwangsversteigerten Wirtschaften kommt der Hessens oder der ehemaligen Grenzmark Posen-Westpreußen gleich.

In ihrem leidenschaftlichen Kampf für die Unterwerfung des deutschen Volkes unter den Youngplan der internationalen Hochfinanz hatte die marxistisch geführte Reichsregierung versprochen, nach der Annahme des Planes würden die Vermögens-, die Einkommen- und die Sachsteuern fühlbar gesenkt werden. Das Gegenteil aber trat ein. Um am Jahresende 1929 überhaupt Zinsen und Gehälter zahlen zu können, verpfändete der sozialdemokratische Finanzminister Dr. Hilferding (einst Wiener Frauenarzt, dann Finanzpolitiker der landesverräterischen „Unabhängigen")', der als Ostjude nicht einmal einwandfrei Deutsch sprach, die gesamte deutsche Zündholzindustrie an den schwedischen „Zündholzkönig" Ivar Kreuger, der sich später als internationaler Hochstapler entpuppte.

Um den deutschen Wirtschaftsraum zu erweitern, verabredete der deutsche Reichskanzler Dr. Brüning mit dem österreichischen Bundeskanzler (Schober) einen Zollverein der beiden deutschen Staaten (März 1931) als Anfang eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses von Mitteleuropa. Aber man wagte nicht, vollendete Tatsachen zu schaffen, sondern gab die Verabredung bekannt, um das Echo zu erkunden. Die französische Hochfinanz antwortete damit, daß sie ihre Gelder von der Hauptbank für Südosteuropa, der Kredit-

anstalt in Wien, zurückzog und diese dadurch zusammenbrechen ließ. Der Reichsaußenminister der Regierung Brüning gab den Zollvereinsplan auf, und das Haager Schiedsgericht erklärte mit 8 Stimmen (Frankreich, Italien, Polen, Spanien, Rumänien, Cuba, Columbien, San Salvador) gegen 7 (Deutschland, Amerika, England, Japan, China, Holland, Belgien), ein solcher Zusammenschluß stünde im Widerspruch zu Versailles und St. Germain. Österreich erhielt dann eine neue internationale Anleihe. Dafür verpflichtete es sich erneut, sich weder politisch noch wirtschaftlich mit dem Reiche in irgendeiner Form zusammenzuschließen.

Klaus Heim

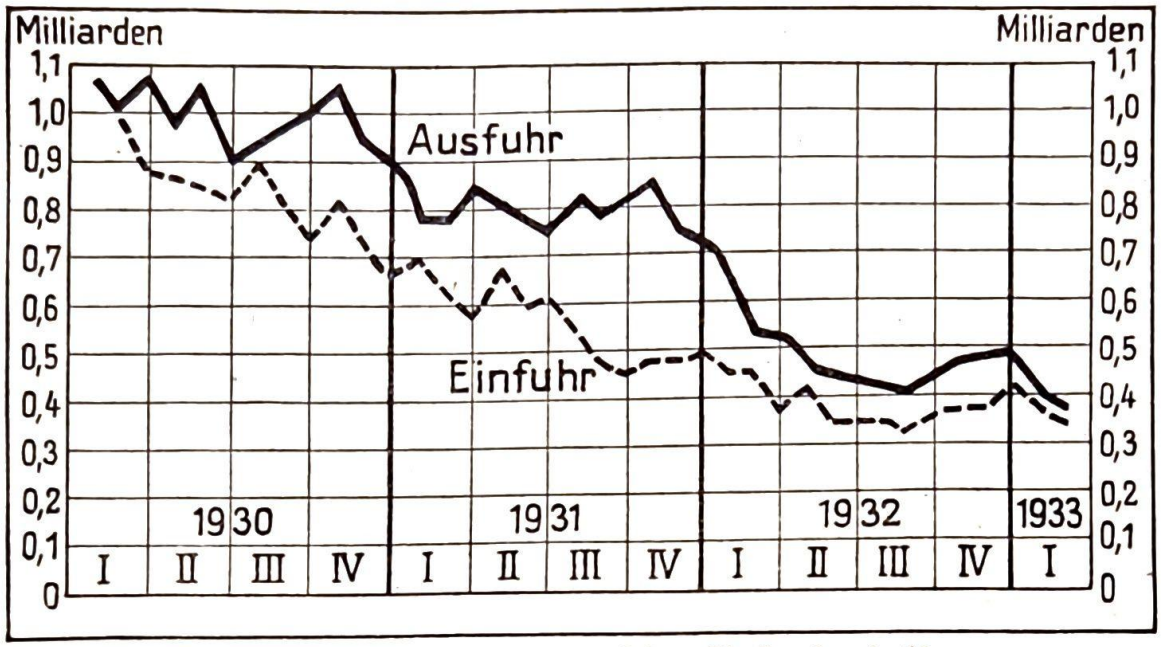
Bis zum Sommer 1931 hatte das deutsche Volk fast 60 Milliarden Mark Tribute in Waren und Geld bezahlt. Das war mehr als das Fünffache des Goldbestandes aller europäischen Notenbanken vor dem Kriege, war der Wert der gesamten Goldgewinnung der Erde im letzten Menschenalter. Allein die Zinsen für die Auslandsanleihen betrugen für das Jahr 1930 schon 2,5 Milliarden RM. Dazu kamen die Lasten aus dem Youngplan. So mußte das deutsche Volk in einem einzigen Jahre 4,6 Milliarden für die internationale Hochfinanz herauswirtschaften. Diese Summe konnte — wie jede Auslandszahlung — nur durch einen gleich hohen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr bezahlt werden. Eine deutsche Ausfuhrsteigerung bei der wachsenden Weltarbeitslosigkeit mußte aber in den anderen Ländern krisenverschärfend wirken. Daher sicherten sich diese gegen das Eindringen

Hilferding

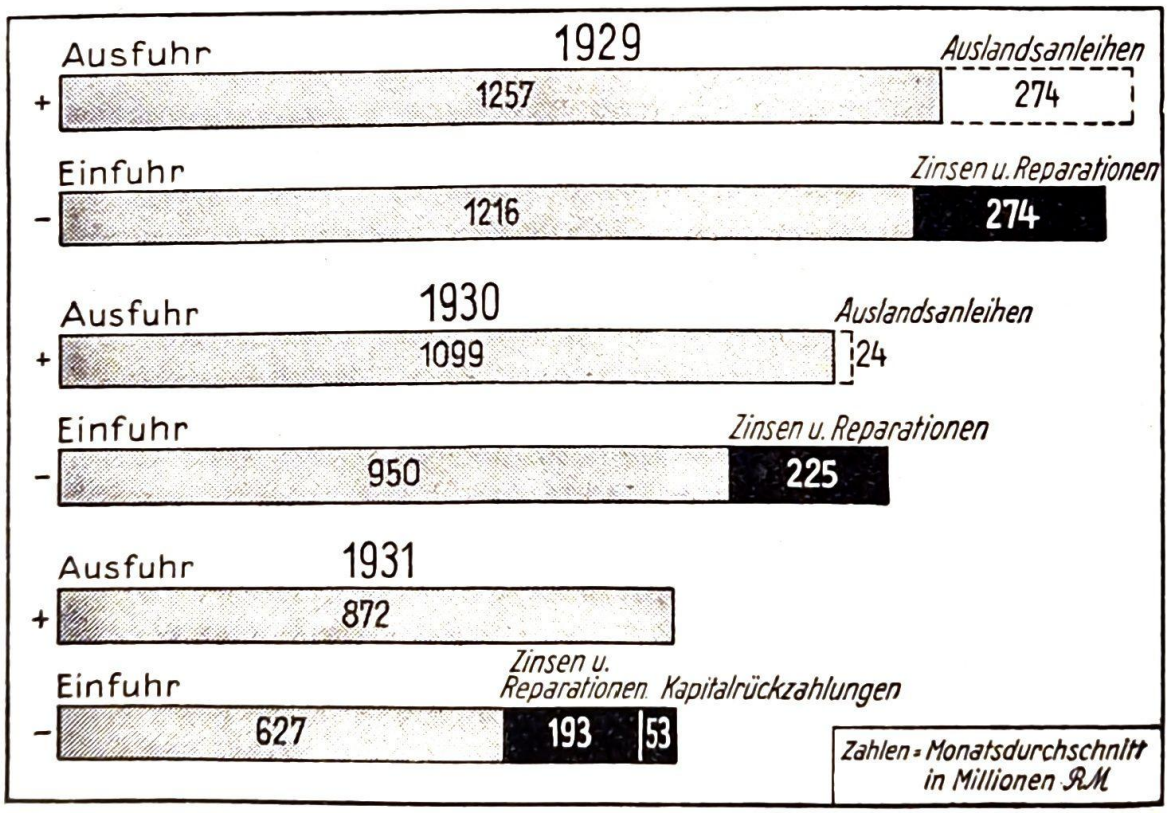
deutscher Waren durch immer höhere Zollschranken. Auch borgen wollte und konnte niemand mehr. Im Gegenteil, das internationale Kapital kündigte alle kurzfristigen früheren Anleihen. So mußte das Gebäude der Reparationen zusammenbrechen. In drei Wochen zahlte die Reichsbank 1350 Millionen RM. in Gold und Devisen zurück. Dann waren die deutschen Mittel erschöpft.

Im Juli 1931 mußten die deutschen Banken und Sparkassen ihre Schalter, die Börsen ihre Tore schließen. Der Reichspräsident wandte sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten (Hoover) und bat um Stundung, und dieser verkündete ein „Schuldenfeierjahr" für die ganze Welt. Sämtliche Zahlungsverpflichtungen von Staat zu Staat sollten ein Jahr lang aufgeschoben werden. Zu Neujahr 1932 erklärte Reichskanzler Dr. Brüning, Deutschland könne keine Reparationen mehr zahlen. Zwar wehrte sich Frankreich heftig; doch im Sommer, bevor das Feierjahr ablief, mußte in Lausanne eine neue Reparationskonferenz zusammentreten: die 35. seit Versailles. Die „endgültige" Regelung des Youngplanes, ausgearbeitet von den führenden Wirtschafts- und Finanzsachverständigen der kapitalistischen Weltstaaten, hatte sich als unmöglich erwiesen. So wurde eine neue „endgültige" Regelung festgesetzt. Nachdem Deutschland seit 1919 durchschnittlich fast 6000 RM. in jeder Minute aufgebracht hatte, gewährte man ihm jetzt eine Schonzeit von 3 Jahren. Nach deren Ablauf sollte es noch eine Schlußzahlung von 3 Milliarden RM. leisten; aber „entgegenkommenderweise" nicht mehr als „Reparationen", sondern als „Beitrag für den europäischen Wiederaufbau".

Unabhängig davon liefen aber die Zins- und Tilgungsraten aus der Dawes- und aus der Younganleihe weiter, sowie die Summen aus dem belgischen Markabkommen; ferner verschiedene Zahlungsabkommen, die mit Amerika außerhalb der Reparationen abge-



Der Rückgang des deutschen Außenhandels



Die deutsche Wirtschaft unter dem Youngplan

schlossen waren, da die Vereinigten Staaten ihre Ansprüche nicht auf den von ihnen nicht unterzeichneten Versailler Vertrag gründen konnten. Das alles erhöhte die deutsche Schlußzahlung auf 6,9 Milliarden Reichsmark. Die Frage, was aus der als Folge der Reparationen entstandenen „privaten" deutschen Auslandsverschuldung von mehr als 20 Milliarden RM. werden sollte, wurde in Lausanne nicht aufgeworfen.

IV. Der Kampf um Deutschland

Schleichender Bürgerkrieg

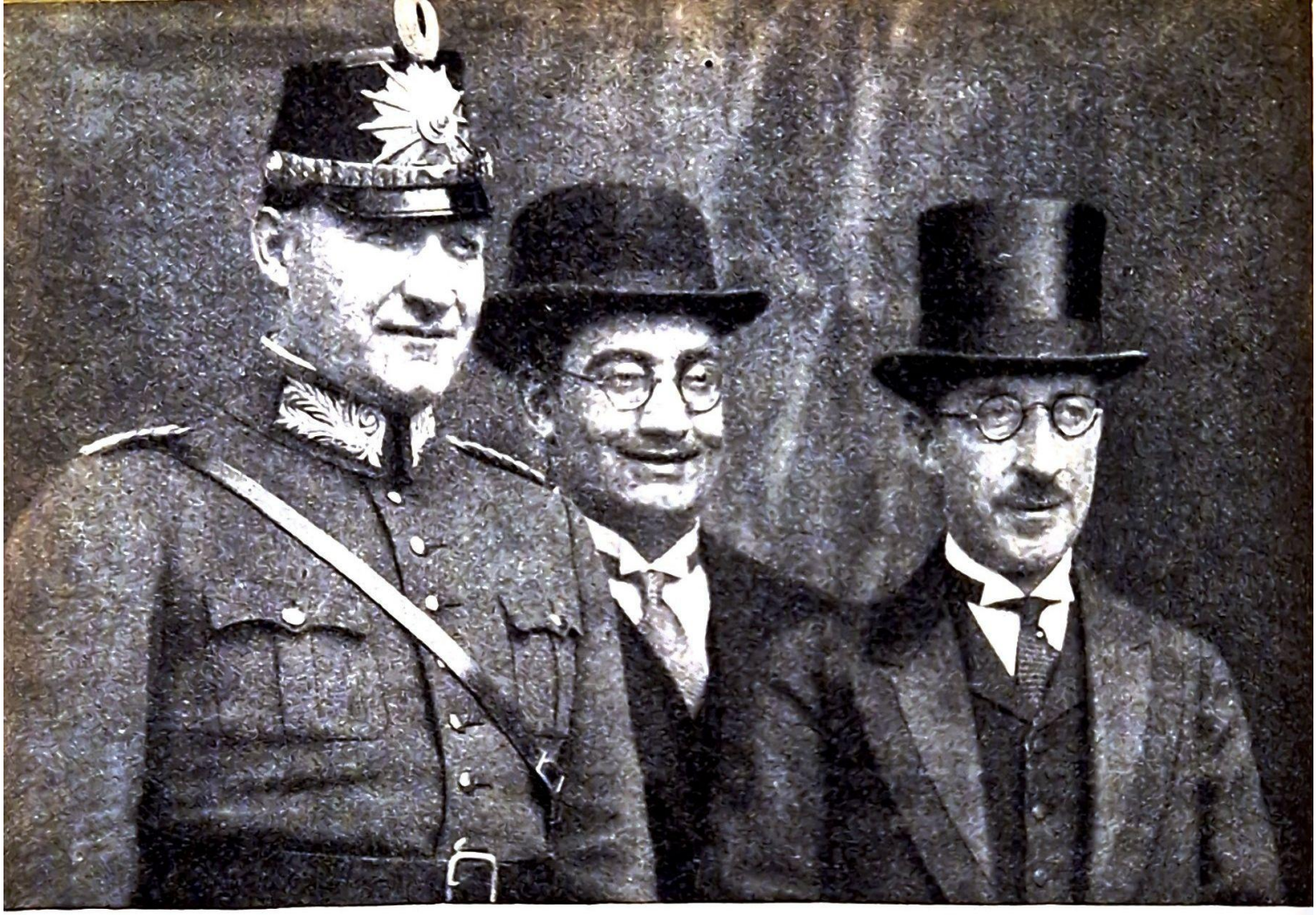
Wie die internationale Wirtschaft, so war die „Internationale" überhaupt in die Krise geraten. Der Kriegsausbruch hatte gezeigt, daß die Internationale keine Wirklichkeit war: nicht nur in Deutschland, überall in der Welt hatten damals die sozialdemokratischen Arbeiter ihr Volk und ihr Vaterland über die internationale „Klassensolidarität" gestellt. Die marxistische Revolution war allein eine russische Angelegenheit und erfuhr trotz allen Bemühungen der Bolschewisten in keinem Lande der Welt eine tätige Hilfe im Sinne der Weltrevolution. Auch der Novemberumsturz in Deutschland war ohne Unterstützung der „internationalen Arbeiterklasse" geblieben. Ja in den Ententestaaten stimmten auch die Vertreter der Arbeiterinternationale für den Versailler Vertrag, obwohl unter seinen Folgen vor allem die deutsche Arbeiterschaft leiden mußte!

Überall in der Welt hatte der Krieg den Nationalismus gestärkt: die neuen Staaten in Mittel- und Osteuropa betonten kräftig ihre nationale Besonderheit; das einheitliche Rußland der Vorkriegszeit ist wenigstens äußerlich nach seinen Völkerschaften aufgegliedert in einen Bund von Sowjetrepubliken; nicht nur in Indien, auch in den afrikanischen Kolonien wuchsen die nationalen Freiheitsbestrebungen. Demgegenüber sollte der „Völkerbund" eine neue Internationale der Staaten bilden. Aber vor wirklichen nationalen Lebensfragen war er stets gescheitert: Oberschlesien, Memel, Mandschurei, Abrüstung, Abessinien. Ernst nahm es mit den internationalen Verbindlichkeiten und Verbundenheiten dagegen die Weimarer Republik; so ernst, daß sie jede Regung von Nationalismus als Störung empfand. Deshalb wurden z. B. Volkskundgebungen zum zehnten Jahrestage von Versailles verboten, Studenten, die sich trotzdem in Berlin zusammenfanden, mit Gummiknüppeln auseinandergetrieben. Als sich nationale Massen unter Führung der Nationalsozialisten gegen einen Kriegsfilm empörten, der deutsche Soldaten verächtlich machte, wurden sie ebenfalls mit Polizeiknüppeln auseinandergejagt. Dagegen durfte ein jüdischer Universitätsprofessor unter dem Schutze einer marxistischen Regierung von den Toten des

Berliner Polizei treibt eine Studentenkundgebung gegen Versailles auseinander

Weltkrieges sagen, sie seien „auf dem Felde der Unehre" gefallen. Da aber alle deutsche Verständigungsbereitschaft, alles Nachgeben — außer der vorzeitigen Räumung der dritten Besatzungszone — nicht das Geringste erreichte, wuchs das nationale Wollen der Massen immer mehr. Die nationale Frage zu lösen, gelang der Republik von Weimar nicht.

Ständig schwellende Ziffern von Geschäftszusammenbrüchen, Zwangsversteigerungen, Arbeitslosen — das war das Ergebnis der Erfüllungspolitik. Im dritten Vierteljahr 1932 wurde jede halbe Stunde eine deutsche Bauernfamilie aus ihrem meist altererbten Besitz vertrieben. Allein 1930 ist aller 45 Minuten ein deutscher Gewerbebetrieb zusammengebrochen. Im gleichen Jahre betrug der Wert des in ausländische Hände übergegangenen deutschen Besitzes an Häusern, Fabriken, Handelsunternehmungen 6 Milliarden RM. 1932 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 7 Millionen: mit Angehörigen lebte also ein volles Drittel der Reichsbevölkerung von



Der Berliner „Vipoprä" Weiß (mit Zylinder) und der ihm unterstellte Kommandeur der Schutzpolizei Heimannsberg

öffentlicher Unterstützung. Millionen Menschen entbehrten des Nötigsten an Wohnung, Kleidung, Nahrung. Täglich endeten 44 deutsche Menschen — meist aus wirtschaftlicher Verzweiflung — durch Selbstmord. Nach der Verfassung von Weimar aber sollte die Ordnung des Wirtschaftslebens „den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen" (Art. 151). Auch die soziale Frage zu lösen, hatten sich die Träger der Republik von Weimar als unfähig erwiesen.

Der Optimismus des deutschen Volkes wich immer mehr einer Verzweiflungsstimmung. Viele klammerten sich an die Versprechungen des Kommunismus. Mehr aber noch wuchs die Zahl derer, die in einer inneren Wiedergeburt des deutschen Volkes, wie sie Adolf Hitler und die Nationalsozialisten predigten, die Voraussetzung sahen für das Ende des Elends. In der NSDAP. sammelten sich vor allem neben Männern der Front und der Frontgeneration deutsche Jugend aus allen

Dr. Joseph Goebbels spricht

Schichten des Volkes: Studenten, Arbeiter, Handwerker, Angestellte. Im Nationalsozialismus verkörperte sich das nationale und das sozialistische Sehnen des deutschen Volkes. Über das ganze Reich hin wurde die Partei ausgebaut, gegliedert in Gaue, Kreise und Ortsgruppen, in Straßen- und Betriebszellen. Neben der SA., die das Recht auf die Straße auch weiterhin gegen die Marxisten ertrotzte, trat die SS als Schutz-Staffel der Führer und Redner der Bewegung. 1926 wurde die Hitler-Jugend gegründet. Im gleichen Jahre wurde Dr. Goebbels vom Führer an der entscheidenden Stelle der Kampffront eingesetzt: als Gauleiter von Berlin. Seitdem faßte die Partei immer stärker auch in Norddeutschland Fuß. Mit immer neuen zündenden Reden und treffenden Schlagworten traf Dr. Goebbels die „Systemgrößen", besonders Bernhard Weiß, den jüdischen Vizepolizeipräsidenten von Berlin, den „Vipoprä". Als dieser gerichtlich dagegen vorging, daß ihn Dr. Goebbels stets „Isidor" nannte, erschienen an den Anschlagsäulen riesige weinrote Plakate der Partei, die mit weithin sichtbaren großen Buchstaben verkündeten: „Der Berliner Vizepolizeipräsident ist ein .... Wer ihn Isidor nennt, kommt ins Gefängnis."

Immer dichter folgten die Versammlungen aufeinander, immer größere Säle konnte man mit Anhängern füllen, immer

Begegnung von Reichsbanner und Stahlhelm

häufiger und stärker zeigte sich die SA. auf den Straßen, immer gewaltigere Massen strömten alljährlich auf den Parteitagen in Nürnberg zusammen. Immer verzweifelter aber wehrte sich auch das System. Schon Anfang 1924 hatte die Sozialdemokratie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet als Schutzgarde der Weimarer Republik. Bayern verbot (bis zum März 1927) Adolf Hitler das Reden für die innere Erneuerung Deutschlands, da er damit — den Fremdenverkehr störe. Auch die marxistische Preußenregierung verbot ihm jahrelang das öffentliche Reden. Zwar verstieß das gegen die Verfassung, die man schützen wollte; aber Adolf Hitler, der vier Jahre lang an der Front für Deutschland gekämpft und geblutet hatte, war ja kein Reichsdeutscher, war ja — Ausländer. Noch 1927 wurde Dr. Frick als Reichstagsabgeordneten auf seinen Antrag, das Verbot aufzuheben, geantwortet: „Die Bestimmungen der Reichsverfassung kommen Ausländern nicht zugute." Ein Marxistenführer forderte, man solle ihn „mit der Hundepeitsche" aus dem Lande treiben.

Adolf Hitler antwortete damit, daß er seine Reden vorlesen ließ. Er selber konnte nur in geschlossenen Mitgliederversammlungen

Thälmann

sprechen. Wer ihn hören wollte, trat am Saaleingang in die Partei ein. So wuchs sie weiter an. Als die Partei verboten wurde, hielten ihre Reichs- und Landtagsabgeordneten „Wählerversammlungen" ab. Die Nationalsozialistischen Zeitungen wurden verboten — große Aufrufe erschienen dafür an den Anschlagsäulen und Mauern. Das Tragen des Parteiabzeichens wurde untersagt — die „Leser des Angriffs", der Zeitung, die Dr. Goebbels gegen die jüdische „Asphaltpresse" der Berliner „Journaille" gegründet hatte, schufen sich ein neues. Der SA. wurde das Braunhemd ausgezogen — sie erschien ohne Rock im weißen „Verbotshemd". Zu Tausenden wurden Nationalsozialisten verhaftet, zu Gefängnis und Zuchthaus verurteilt, Beamte, die der Partei angehörten, aus dem Staatsdienst entlassen.

Immer heftiger gingen auch die Kommunisten zum Angriff vor. Nach dem Tode Liebknechts war Thälmann von Moskau zum Führer der „Sektion Deutschland" der „Komintern" (der kommunistischen Internationale) bestimmt worden. Als Sohn eines Hafengastwirts war er in Hamburg geboren. Viermal war er auf der Volksschule sitzengeblieben, so daß er aus der vierten Klasse abgehen mußte. Dann war er Transportarbeiter geworden, war davongelaufen und als Kohlentrimmer nach Amerika gegangen, hatte nach seiner Rückkehr in einer Wäscherei gearbeitet, dann als Rollkutscher und als Kulissenschieber. Nirgends hatte er es lange ausgehalten. Schließlich wurde er Parteibeamter. Während des Weltkrieges stand er wegen Widersetzlichkeit wiederholt vor dem Kriegsgericht. 1918 war er dann desertiert. Als „Parteiführer" war er besonders von jüdischen Intellektuellen umgeben (Cohn, Haase, Rosenfeld, Mandelstamm, Silberfarb), die ihm seine Reden ausarbeiteten.

Thälmann auf einer kommunistischen Kundgebung in Berlin

Im Sommer 1924 gründeten die Kommunisten den Roten Frontkämpferbund. Mit seiner Hilfe wollten sie die Macht erobern. Gegen die Nationalsozialisten gaben sie die Parole aus: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" In Spandau, Berlin und anderwärts lieferten sie ihnen große Saalschlachten. Die Nationalsozialisten aber wichen nicht und setzten sich siegreich durch. Wo die SA. geschlossen auftrat, da wurde sie beschimpft und mit Steinen beworfen. Und wehe den einzelnen SA.-Männern, die nach der Auflösung des Zuges allein nach Hause gingen! Oft wurden sie überfallen, niedergeschlagen, zertrampelt, meuchlings erschossen, ins Wasser geworfen. Polizisten waren meist fern. Ja es kam vor, daß sie selber auf rückkehrende Versammlungsteilnehmer, die ihr „Deutschland, erwache!" durch die Straßen riefen, rücksichtslos mit dem Gummiknüppel einschlugen. In ihrem Eifer hieben sie sogar einmal auf ihren „Vipoprä" ein, der sich von ihrem Schneid überzeugen wollte, da sie in dem „Isidor" nicht ihren Vorgesetzten vermuteten.

In Berlin war besonders der Sturm 5 gefürchtet, den Horst Wessel führte. Der Pfarrerssohn und Korpsstudent hatte seine juristischen Studien aufgegeben und war, um den deutschen Arbeiter dem deutschen Volke zurückzugewinnen, selber Bauarbeiter geworden. Mitten in einem „roten" Arbeiterviertel gelang es ihm, immer neue Jungarbeiter an sich zu ziehen und Bresche zu schlagen in die marxistische Front. So war sein ursprüng-

licher Trupp zum Sturm angewachsen. Seine Leute hingen an ihm als an einem echten Führer. Für sie schrieb er das Kampflied der Bewegung: „Die Fahne hoch!“

Horst Wessel

Ständig verfolgt von „Rot Front“, mußte er dauernd seine Wohnung wechseln, abwechselnd bei Kameraden schlafen. Wieder einmal hatte er ein neues Zimmer gemietet. Aber seine Wirtin stand mit den Kommunisten in Verbindung und verriet ihn. Ein berüchtigter Kommunistenführer (der Verbrecher Ali Höhler) erschien plötzlich in seiner Wohnung und jagte ihm eine Kugel durch den Mund (14. Januar 1930). Nach sechswöchigem Krankenlager verschied Horst Wessel. Die marxistische Polizei verbot, daß ein Trauerzug ihn geleitete, verbot, daß sein Sarg mit einer Hakenkreuzfahne bedeckt wurde. Als der Leichenwagen, umgeben von Polizei mit Gummiknüppeln, durch die von trauernden Menschen umsäumten Straßen fuhr, warfen die Kommunisten mit Steinen und versuchten, ihn umzustürzen. Am Grabe aber sprach Dr. Goebbels: „Wo immer Deutschland ist, da bist auch du, Horst Wessel!“

Innen-, außen- und wirtschaftspolitisch war die Weimarer Republik am Ende. Niemand wagte etwas Entscheidendes. Da übernahm der Reichspräsident von Hindenburg selber die Verantwortung und regierte „autoritär“ (Sommer 1930). Auf Grund des Artikels 48 der Weimarer Verfassung, der, wenn „die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört und gefährdet“ war, die gesamte Staatsgewalt auf den Reichspräsidenten übertrug, stützte er den Reichskanzler auch gegen das Parlament. Die Regierung ruhte nicht mehr auf dem Vertrauen des Reichstages, sondern auf

Trauerfeier für Horst Weſſel an ſeinem Grabe in Berlin

dem des Reichspräſidenten. Nicht mehr die Parteienvertretung gab „Geſetze", ſondern der Reichspräſident erließ „Notverordnungen". Das Weimarer Syſtem war an der entſcheidenden Stelle durchbrochen.

Der erſte Kanzler dieſer „Präſidialregierung" war Dr. Brüning. Im Kriege war er Stoßtruppführer geweſen. Als Mitglied des Zentrums ſtand er auf deſſen rechtem Flügel, war er für die Ablehnung von Verſailles eingetreten, hatte er Erzberger bekämpft. Sein Ziel war es, den Weg der Erfüllungspolitik folgerichtig zu Ende zu gehen und ihn dadurch als einen Irrweg zu erweiſen. In einem einzigen Jahre zahlte er 7,2 Milliarden RM. an Reparationen, Zinſen und Tilgungsraten ans Ausland. Dabei hielt er aber an den internationalen Abmachungen über die deutſche Goldborgwährung feſt, die die Menge der Reichsbanknoten abhängig machte nicht von der deutſchen Arbeit und den erzeugten deutſchen Werten, ſondern von der Menge des Deviſenbeſtandes. Nur

Brüning

keine „Experimente"! Während er die Devisenbestände der Reichsbank für die Erfüllungspolitik aufbrauchte, verringerte er daher auch die Markbestände der deutschen Binnenwirtschaft, zog er immer mehr Banknoten ein. Weil der Außenhandel bei der völligen Zerrüttung des Weltmarktes und den ständig steigenden Schutzzollmauern auf ein Mindestmaß zusammenschrumpfte, ließ Brüning — zum Teil lediglich wegen eines Bankgesetzes — auch den Binnenmarkt am Mangel an Zahlungsmitteln zu grunde gehen. Mit der wachsenden Arbeitslosigkeit wuchsen die Lasten des Staates für Unterstützungen. Um sie aufzubringen, kürzte er wiederholt die Gehälter der Beamten, drosselte er die Ausgaben für Eisenbahn- und Post, für Schule und Gesundheitswesen, zog er die Steuerschraube immer fester an, beschnitt er die Renten für die Kriegsverletzten, die Wohlfahrtsbezüge und Erwerbslosenhilfe. Das minderte die Kaufkraft immer neuer Schichten, zerstörte den Binnenmarkt weiter. Nach der Inflation nun ein neuer Kreislauf des Elends!

Da der Reichstag dem neuen Kanzler bei seiner ersten Spar- und Steuernotverordnung sein Mißtrauen aussprach, wurde er aufgelöst. Ein erbitterter Wahlkampf mit einer Flut von Versammlungen und Umzügen, mit Klebezetteln und Sprechchören, mit Überfällen und Straßenkämpfen folgte. Adolf Hitler stellte das Flugzeug in den Dienst seines Kampfes: so konnte er von einer aufrüttelnden Rede zur nächsten eilen, konnte er an manchen Tagen an drei weit auseinanderliegenden Orten sprechen. Bei der Wahl (September 1930) errangen die Nationalsozialisten, die bisher mit nur 12 Abgeordneten vertreten waren, mehr als 6 Millionen Stimmen und eroberten damit 107 Sitze. Die Mitte, in rund 30 Parteien und Gruppen zersplittert, wurde aufgerieben.

Gegenüber diesem ersten Durchbruch der nationalsozialistischen Partei wollte das System zu einem vernichtenden Schlage aus-

Plakate vor der Reichstagswahl 1930

holen. Drei Reichswehroffiziere waren wegen „nationalsozialistischer Zellenbildung" angeklagt. Sie hatten sich Kameraden gegenüber warm für die Gedanken der Bewegung eingesetzt. Der Prozeß vor dem höchsten deutschen Gericht, dem Reichsgericht in Leipzig, sollte erweisen, daß die Partei einen gewaltsamen Umsturz des Staates erstrebe. Das sollte dann die Handhabe geben, sie aufzulösen und ihren Führer wieder festzusetzen. Adolf Hitler selber wurde als Zeuge vernommen. Dabei erklärte er unter Eid, er sei zu lange Soldat gewesen, um zu wissen, daß man mit illegalen Organisationen nicht gegen eine Heeresmacht und eine Polizeimacht ankämpfen könne. ... Eine gesunde Idee erobere sich den Staat allein. Der dichtgefüllte Zuhörerraum des Reichsgerichtssaales brach in einmütigen Beifall aus, als Adolf Hitler fortfuhr, nach dem Siege aber werde ein neuer Staatsgerichtshof zusammentreten, und vor diesem solle dann das Novemberverbrechen von 1918 seine Sühne finden. Dann allerdings würden Köpfe rollen. Trotz dem „Legalitätseid" des Parteiführers wurden die drei Offiziere zu je $1\frac{1}{2}$ Jahren Festung verurteilt.

Die Zahl der Anhänger der Bewegung innerhalb und außerhalb der Partei wuchs weiter an. Schon war Anfang des Jahres Dr. Frick

in Thüringen der erste nationalsozialistische Minister geworden. Anfang 1931 erhielt Bremen, im Herbst auch Braunschweig eine Regierung unter nationalsozialistischer Führung.

Im Oktober 1931 trafen sich die Führer der „nationalen Opposition" — der Deutschnationalen, des Stahlhelm und der Nationalsozialisten — in Harzburg, um alle nationalen Kräfte zusammenzufassen zum entscheidenden Sturm gegen das System. Gemeinsam erließen sie eine Kundgebung: „Wir beschwören den durch uns gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dem stürmischen Drängen von Millionen vaterländischer Männer und Frauen, Frontsoldaten und Jugend entspricht und in letzter Stunde durch Berufung einer wirklich nationalen Regierung den rettenden Kurswechsel herbeiführt." — Wohl standen auch in Harzburg wie einst in München die revolutionären Kräfte neben den reaktionären, die Männer, die ein von Grund auf neues Deutschland wollten, neben denen, die das alte zurückersehnten. Aber der Nationalsozialismus war der stärkere Bundesgenosse in dieser „Harzburger Front".

Im Frühjahr 1932 war die siebenjährige Amtszeit des Reichspräsidenten abgelaufen. Die Parteien des Weimarer Systems, die deutsche Erfüllungsfront, wagten nicht mehr, einen eigenen Mann als Bewerber herauszustellen, und setzten sich für die Wiederwahl Hindenburgs ein; auch die Sozialdemokraten, die ihn bei seiner ersten Wahl nicht genug hatten schmähen können als „Massenmörder" des Weltkrieges, riefen jetzt: „Schlagt Hitler, wählt Hindenburg!" Die Nationalsozialisten traten zur Entscheidungsschlacht an und stellten Adolf Hitler selber Hindenburg gegenüber. Die übrigen Mitglieder der Harzburger Front wollten sich dem nicht fügen und stellten einen eigenen Kandidaten auf. Die Kommunisten wählten wiederum den „Transportarbeiter" Thälmann. Wie vor sieben Jahren, so ging auch diesmal aus der Wahl keiner

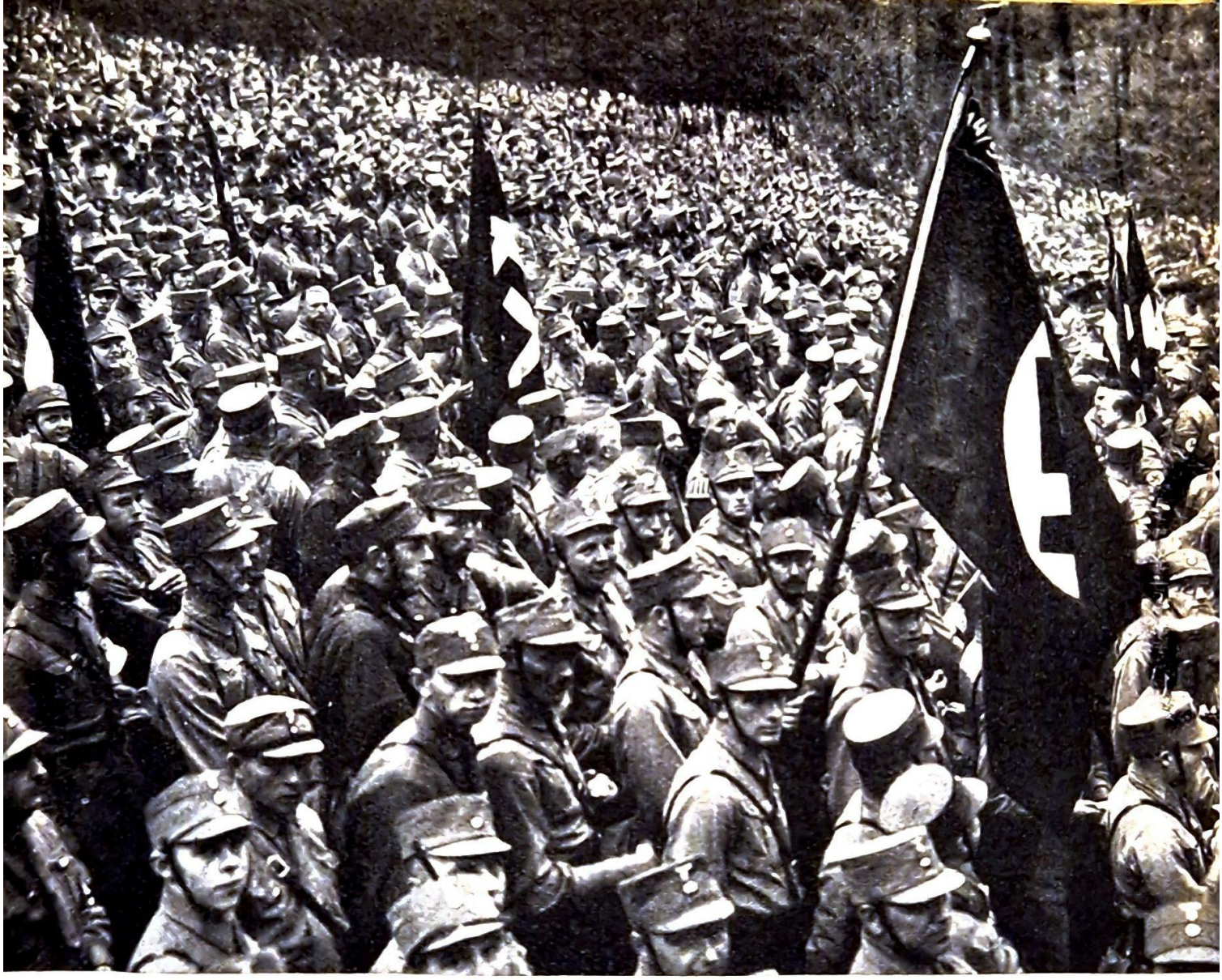
Nationalsozialistisches Wahlplakat von „Mjölnir" (1930)

Dr. Wilhelm Frick

der Bewerber mit einer unbedingten Mehrheit hervor. Für den zweiten Wahlgang zogen Deutschnationale und Stahlhelm ihren Kandidaten zurück und stellten ihren Anhängern die Entscheidung zwischen Hindenburg und Hitler frei. 13,4 Millionen deutscher Männer und Frauen erklärten sich für Adolf Hitler. Aber der Feldmarschall erhielt diesmal 19,3 Millionen Stimmen und war damit wiederum Reichspräsident. Die Sozialdemokraten frohlockten: das „kleinere Übel" sei gewählt.

Nun ging Brüning gegen die NSDAP. zum Gegenangriff vor. „Um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten", wurden SA und SS verboten, ihre Akten beschlagnahmt, ihre Heime, Büros und Küchen, in denen Tausende Erwerbsloser Unterkunft und Verpflegung fanden, geschlossen. Denn „keine Regierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden." (Das Reichsbanner aber blieb bestehen.) Die Antwort des Volkes war ein weiteres Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen bei den Landtagswahlen des Jahres: in Preußen von 7 Sitzen auf 162, in Bayern von 8 auf 43, in Württemberg von 1 auf 23.

Aber zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler ergaben sich Meinungsverschiedenheiten über die Fortführung der Politik. Hindenburg weigerte sich, die neue Notverordnung seines Kanzlers zu unterschreiben, entließ Brüning und ernannte Franz von Papen zum Kanzler (Juni 1932). Der Grundbesitzer aus westfälischem Uradel und überzeugter Katholik war vor dem Kriege Ulanenoffizier, während des Krieges an der Botschaft in Washington und zuletzt im Generalstab der Palästinafront tätig gewesen. Politisch stand er wie Brüning auf dem rechten Flügel des Zentrums, dessen Berliner Hauptzeitung, die „Germania", ihm gehörte. Papen bildete ein „Kabinett der nationalen Konzen-



Die „nationale Opposition" in Harzburg

tration" — aus den Kreisen der Großunternehmer und des Großgrundbesitzes. Das Verbot von SA. und ᛋᛋ hob er wieder auf. Demgegenüber verstärkten die Kommunisten ihre Tätigkeit gegen die „braune Pest". In 9 Monaten fielen 70 Nationalsozialisten ihren Messern und Revolvern zum Opfer; an einem Sonntag gab es allein in Altona 18 Tote und 50 Verletzte. Als die sozialdemokratische Preußenregierung demgegenüber nicht einschritt, enthob der Reichskanzler von Papen den preußischen Ministerpräsidenten Braun und den preußischen Innenminister Severing, die — beide Sozialdemokraten — seit 1920 fast ununterbrochen Preußen und damit zwei Drittel des Reichsgebietes beherrschten, ihrer Ämter (20. Juli 1932). Die beiden, die über 80000 Mann Polizei geboten, wagten keinen Widerstand gegen diesen „Staatsstreich", sondern — schrieben lediglich eine Beschwerdeschrift an den Staatsgerichtshof. Auch das Reichsbanner blieb ruhig, und nie-

Waffensuche bei der SA.

mand rief zum Generalstreik auf. Der Berliner Polizeipräsident, sein „Vize" und der Kommandeur der Schutzpolizei wurden durch Reichswehr verhaftet. Das Weimarer System war tot.

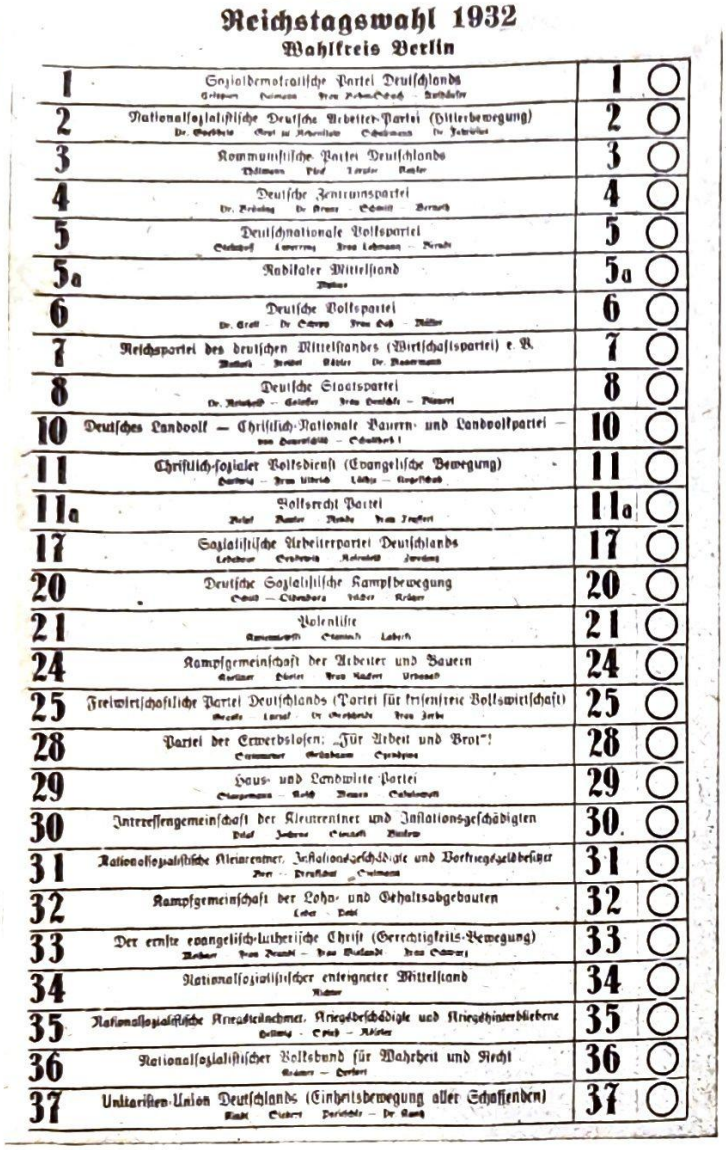
Die nationalsozialistische Revolution

Die Parteien waren ausgeschaltet, die marxistische Preußenregierung war beseitigt. Doch die Bewegung, die die völkische und antikapitalistische Sehnsucht der deutschen Massen verkörperte, wurde immer noch von der Macht ferngehalten. Im Gegenteil, man glaubte, ihr noch den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Noch einmal wurden im Reiche Neuwahlen ausgeschrieben. Aber 13,7 Millionen Wähler schickten 230 Braunhemden in den Reichstag (31. Juli 1932). Jetzt mußte Adolf Hitler als Führer nicht nur der stärksten Partei, sondern der weitaus größten Volksbewegung Kanzler des Reiches werden. Der Reichspräsident empfing ihn auch zur Unterredung, aber er wollte lediglich den neuen Posten

Versammlung der Nationalsozialisten im Lustgarten in Berlin (1932)

des Vizekanzlers für ihn schaffen, wollte ihn wohl an der Regierung beteiligen, ihm aber nicht die verantwortliche Führung anvertrauen. Er fürchtete, daß ein von Hitler „geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde". Den Vizekanzlerposten aber mußte Adolf Hitler ablehnen. Er hätte sich für den Papenkurs mitverantwortlich gemacht. Nur unter klarer Führung des Nationalsozialismus konnte Deutschland erneuert werden. So ging der Kampf weiter. Einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung (der mit 513 gegen nur 43 Stimmen der Deutschnationalen angenommen wurde) beantwortete Papen mit der Auflösung des Reichstages. Die nächsten Wahlen (6. November 1932) brachten 100 Kommunisten in das Parlament. Die Nationalsozialisten erlitten zwar durch abschwimmendes Treibholz einen Rückgang, blieben aber mit 196 Sitzen immer noch die stärkste Partei. Bereits am Abend des Wahltages gab der Führer den neuen Befehl für die Partei heraus: Rücksichtslose Fortsetzung des Kampfes bis zur Niederringung der teils offenen, teils getarnten Gegner einer wirklichen Wiederaufrichtung des deutschen Volkes!

Da der neue Reichstag im ganzen kein anderes Bild zeigte als der aufgelöste, trat Papen zurück (November 1932). Hindenburg beauftragte in einer neuen Unterredung Adolf Hitler damit, eine Regierung zu bilden; aber diesmal wieder auf der Grundlage einer parlamentarischen Mehrheit. Diese Bedingung, die seinen beiden Vorgängern nicht gestellt worden war, mußte Hitler die Hände



Reichstagswahl 1932

Wahlkreis Berlin

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1 ○
2	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei (Hitlerbewegung)	2 ○
3	Kommunistische Partei Deutschlands	3 ○
4	Deutsche Zentrumspartei	4 ○
5	Deutschnationale Volkspartei	5 ○
5a	Radikaler Mittelstand	5a ○
6	Deutsche Volkspartei	6 ○
7	Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V.	7 ○
8	Deutsche Staatspartei	8 ○
10	Deutsches Landvolk — Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei —	10 ○
11	Christlich-sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)	11 ○
11a	Volksrecht Partei	11a ○
17	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands	17 ○
20	Deutsche Sozialistische Kampfbewegung	20 ○
21	Volksliste	21 ○
24	Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern	24 ○
25	Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für freiwirtschaftliche Volkswirtschaft)	25 ○
28	Partei der Erwerbslosen: „Für Arbeit und Brot"!	28 ○
29	Haus- und Landwirte-Partei	29 ○
30	Interessengemeinschaft der Kleinrentner und Inflationsgeschädigten	30 ○
31	Nationalsozialistische Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer	31 ○
32	Kampfgemeinschaft der Lohn- und Gehaltsabgebauten	32 ○
33	Der ernste evangelisch-lutherische Christ (Gerechtigkeits-Bewegung)	33 ○
34	Nationalsozialistischer enteigneter Mittelstand	34 ○
35	Nationalsozialistische Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene	35 ○
36	Nationalsozialistischer Volksbund für Wahrheit und Recht	36 ○
37	Unitarier-Union Deutschlands (Einheitsbewegung aller Schaffenden)	37 ○

Stimmzettel

binden. So lehnte er wiederum ab. Hindenburg übertrug dem Reichswehrminister des alten Kabinetts Papen, dem General von Schleicher, das Kanzleramt. Doch er, der seit Jahren sehr einflußreich im Hintergrunde gewirkt hatte, versagte, als er offen verantwortlich handeln sollte. So setzte sich Papen selbst beim Reichspräsidenten dafür ein, er möge nunmehr den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler ernennen. Am 30. Januar 1933 übertrug Hindenburg Adolf Hitler die Kanzlerschaft in einem „Kabinett des nationalen Zusammenschlusses": „eine geschichtliche Tat, die den Ruhm des Generalfeldmarschalls unserer Heere im Weltkriege auf immer mit dem Namen des jungen Deutschlands verbindet" (Reichspressestelle der NSDAP.). Das erste Kampfziel Adolf Hitlers war erreicht: die Macht im Staate war „legal" errungen.

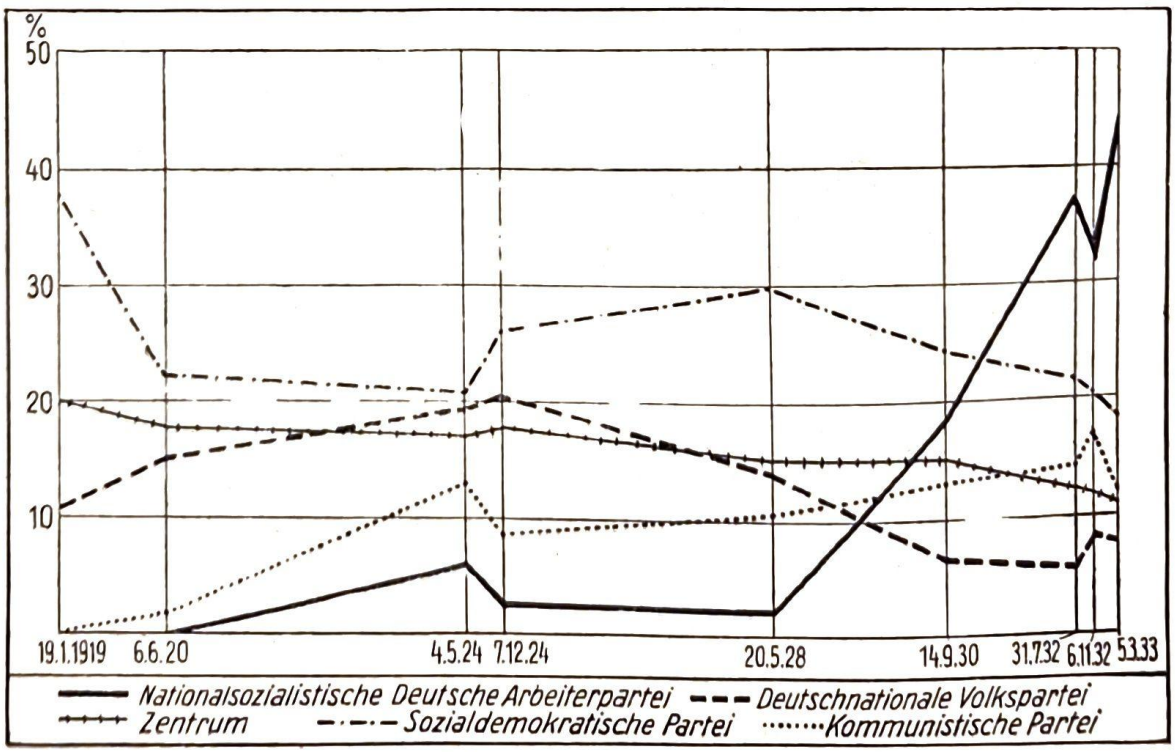
Jubel durchbrauste ganz Deutschland. Fahnenumrauscht zogen in Berlin Zehntausende von SA.-Männern und Stahlhelmern durch das Brandenburger Tor und huldigten dem neuen Kanzler und dem greisen Reichspräsidenten durch einen Fackelzug. Bis spät in die Nacht harrten die begeisterten Massen in der Wilhelmstraße, und immer wieder reckten sich Arme, brandeten Heilrufe empor zu den erleuchteten Fenstern der Reichskanzlei, erklangen das Deutschlandlied und das Kampflied Horst Wessels.

Die neue Regierung war getragen von den Gruppen der Harzburger Front: neben den alten Mitkämpfern Adolf Hitlers, Göring, Dr. Frick und Dr. Goebbels, neben dem Führer des Stahlhelms Franz Seldte (und anfangs auch dem Führer der Deutschnationalen Dr. Hugenberg) gehörten ihr Fachmänner an für Recht, Finanzen und Verkehr, für Außenpolitik und Wehr-

macht. In einem Aufruf verkündete die Regierung, sie sei „entschlossen, in 4 Jahren die Schuld von 14 Jahren wieder gutzumachen". In einem Vierjahresplan werde sie die „Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation" durchführen und die „Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit". Außenpolitisch sei ihr höchstes Ziel die „Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes".

Der Reichstag wurde aufgelöst. Das deutsche Volk sollte selber entscheiden, ob es unter Führung Adolf Hitlers den Marsch in die Zukunft antreten wollte. Aber noch einmal drohte die kommunistische Gefahr ihr Haupt zu erheben. Erneut fielen SA.-Männer durch Kugeln aus den Reihen von Rotfront. Wenige Tage vor der Wahl ging das Reichstagsgebäude in Berlin in Flammen auf. Da ließ Hermann Göring, den der Reichskanzler mit der ausführenden Gewalt in Preußen betraut hatte, noch in der Nacht alle Kommunistenführer verhaften. Die gesamte kommunistische und sozialdemokratische Presse wurde verboten.

Am Abend vor der Wahl, dem „Tag der erwachenden Nation", richtete Adolf Hitler vom ostpreußischen Königsberg aus einen letzten Ruf an das deutsche Volk, das in allen Städten und Gemeinden, um öffentliche Lautsprecher versammelt, seinen Worten



Die deutschen Wahlen 1919 —1933

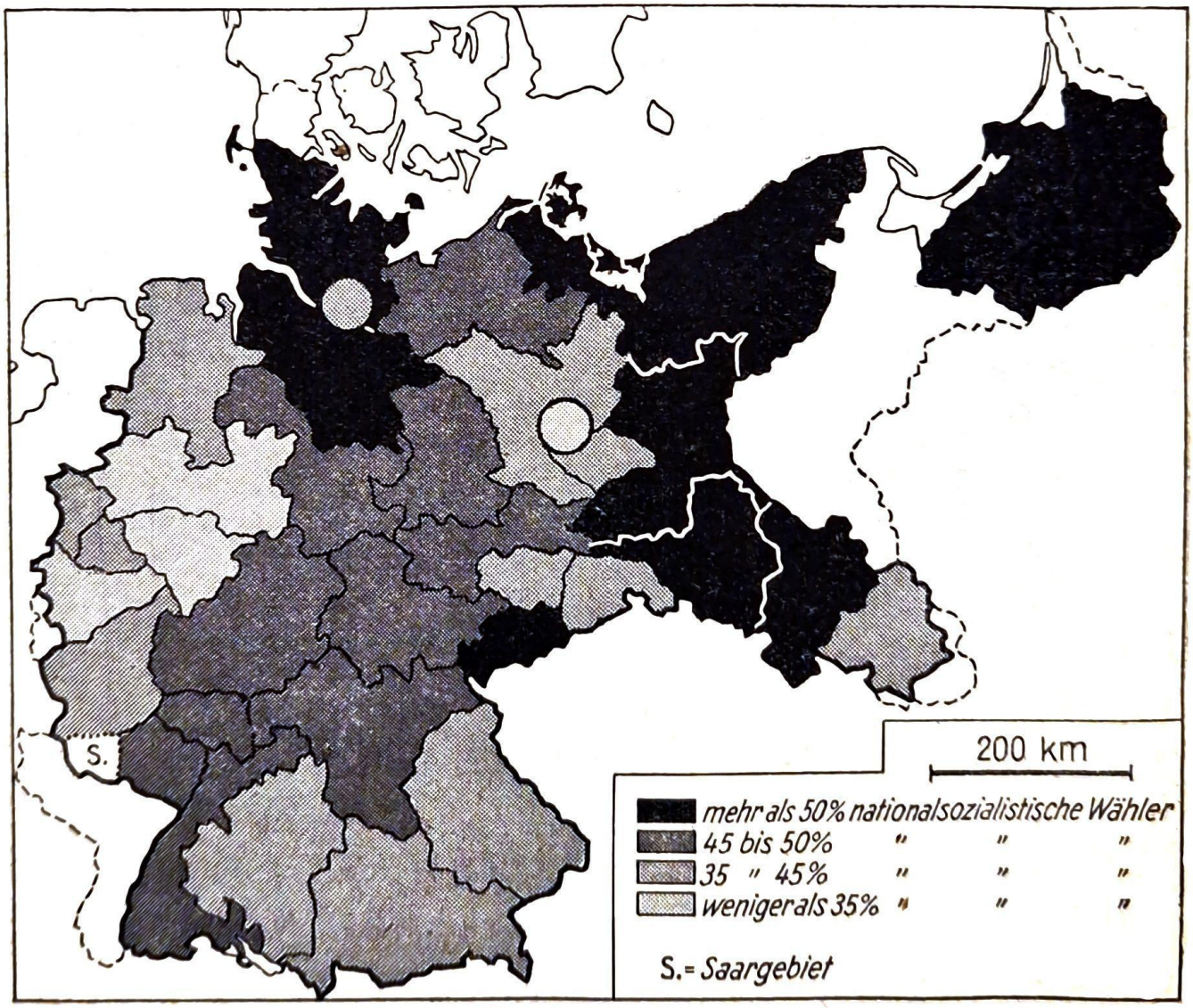
Am 30. Januar 1933 vor der Reichskanzlei

lauschte. Fackelzüge durchzogen die Straßen, und auf den Höhen loderten die Freiheitsfeuer. Die Wahl am 5. März selbst gestaltete sich zu einem Volksentscheid für die Regierung Hindenburg-Hitler, zu einem „Aufbruch der Nation". Die Nationalsozialisten vereinigten mehr als 17 Millionen Stimmen auf sich, und die — aus den Deutschnationalen und dem Stahlhelm gebildete — „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" erhielt mehr als 3 Millionen. Mit 52 v. H. der abgegebenen Stimmen errangen die Regierungsgruppen die unbedingte Mehrheit.

Nach der Wahlentscheidung wurden auch die übrigen Länder „gleichgeschaltet". Überall wichen die bisherigen Regierungen

kampflos. Auch in Bayern, wo kurze Zeit vorher der Ministerpräsident (aus der katholischen Bayrischen Volkspartei) erklärt hatte, er werde einen Reichskommissar beim Überschreiten der bayrischen Grenze sofort verhaften lassen. Überall, auch in den Gemeinden, wurden die „Marxisten" ganz ausgeschaltet, die kommunistischen Abgeordneten auch an der Teilnahme an den Parlamentssitzungen verhindert. Die Gauleiter der NSDAP. und die SA.-Gruppenführer übernahmen die politische Leitung, die SS-Führer den Befehl über die durch SA. verstärkte Polizei.

Der neue Reichstag wurde am 21. März feierlich wie eine neue Nationalversammlung in der Potsdamer Garnisonkirche eröffnet, der Grabstätte Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen. Von den öffentlichen Gebäuden wehten die schwarzweißrote Fahne



Die Verteilung der nationalsozialistischen Wähler am 5. März 1933

Hermann Göring

und die Hakenkreuzflagge, „die die ruhmreiche Vergangenheit des deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation verbinden" (Hindenburg). Vor dem Altar, den die lorbeerumwundenen ruhmvollen Feldzeichen der preußischen Regimenter umgaben, verkündete der Reichspräsident: „Aus dem Niederbruch ringt sich Deutschland wieder zu nationaler Kraft empor im Geiste derer, die für Volk und Vaterland kämpften und fielen." Und der „Volkskanzler" Adolf Hitler erklärte: „Wir wollen wiederherstellen die Einheit des Geistes und des Willens der deutschen Nation! . . . Aufbauen wollen wir eine andere Gemeinschaft aus den deutschen Stämmen, aus den Ständen, den Berufen und den bisherigen Klassen . . . Aus Bauern, Bürgern und Arbeitern muß wieder werden Ein deutsches Volk."

Unter feierlichen Orgelklängen und den Salutschüssen der Kanonen stieg der greise Reichspräsident hinab in die Gruft der preußischen Könige, ihnen einen Kranz zu weihen als Gelöbnis, daß der „Geist von Potsdam" das neue Reich tragen solle: der Geist der Gottesfurcht, selbstloser Pflichterfüllung, opferbereiter Tat, hingebender Vaterlandsliebe, sozialer Gerechtigkeit.

Damit die Reichsregierung ihren Vierjahresplan durchführen könne, beschloß der neue Reichstag (am 23. März) mit 441 Stimmen aller Parteien lediglich gegen die 94 Stimmen der Sozialdemokraten „zur Behebung der Not von Volk und Reich" ein „Ermächtigungsgesetz". Danach konnte die Regierung von sich aus ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat Gesetze erlassen — auch verfassungsändernde —, den Reichshaushalt festsetzen, Anleihen aufnehmen. Nicht mehr der Reichspräsident verkündete diese Gesetze, sondern der Reichskanzler. Damit waren wesentliche Teile der Weimarer Verfassung verfassungsmäßig aufgegeben. Adolf Hitler übernahm die verantwortliche Führung des deutschen Volkes.

Der Staatsakt in der Garnisonkirche zu Potsdam am 21. März 1933
Reichskanzler Adolf Hitler verliest die Regierungserklärung vor dem Reichspräsidenten von Hindenburg

V. Die Grundlegung des nationalsozialistischen Deutschlands

Deutsche Volksgemeinschaft

Große Aufgaben warteten des Führers bei der Machtübernahme. Das Volk war zerrissen in Parteien, Wirtschaftsgruppen, Klassen. Alle standen gegen alle. Jede Aufbauarbeit mußte sinnlos bleiben, wenn es nicht gelang, die Klüfte im deutschen Volke zu schließen. Das Verbot der Parteien und der politischen Verbände, die „Gleichschaltung" aller Gruppen und Vereine — ihre Unterstellung unter die Führung von Nationalsozialisten — war nur die äußere Voraussetzung dafür. Darüber hinaus galt es, eine wahrhaft innere Volksgemeinschaft zu schaffen. Getragen von dem obersten Grundsatz des Nationalsozialismus „Gemeinnutz geht vor Eigennutz", muß einer für den andern einstehen.

Um die dringendste Not zu lindern, wurde ein großes Winterhilfswerk geschaffen unter dem Leitwort: Nicht Almosen, sondern Opfer! Die Führung in der gesamten Fürsorge für bedürftige Volksgenossen übernahm die NS.-Volkswohlfahrt. Wer ein festes Einkommen hat, verzichtet während der Wintermonate auf einen bestimmten Hundertsatz von Lohn oder Gehalt. Einen Sonntag in jedem Monat ißt auch der Wohlhabendste nur ein „Eintopfgericht", um die Ersparnis für die Notleidenden abzuführen. Straßensammlungen und Losverkäufe, Spenden der großen Unternehmungen und der Bauernschaft, Sach- und Pfundspenden ergänzen das Werk. Winterhilfswerk und NS.-Volkswohlfahrt schmiedete das Volk zu einer einzigen großen Opfergemeinschaft zusammen. — Gleich im ersten Winter kamen dadurch über 350 Millionen RM. an Geld und an Sachwerten zusammen. Mehr als 16½ Millionen Volksgenossen konnten unterstützt werden: mit Kleidung, Nahrung, Heizung, Erholung. In den ersten vier Wintern sind zusammen rund 1½ Milliarden RM. für das „WHW." gesammelt worden.

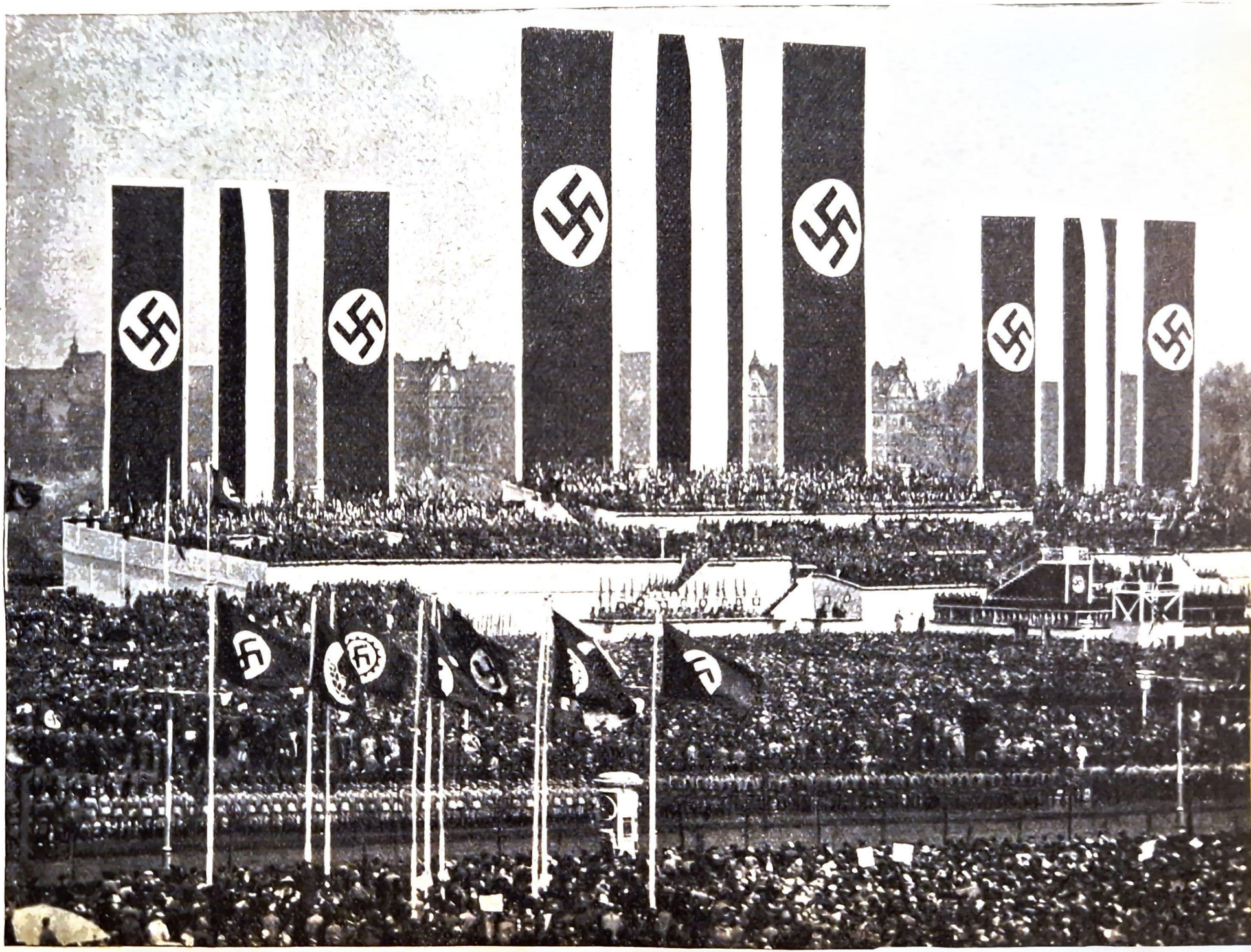
Nach der Lehre des Marxismus stand der Handarbeiter als „Klasse" dem „Bürger" und dem Bauern feindlich gegenüber. Als gemeinsamen Feiertag der „internationalen Arbeiterklasse", als Demonstration für eine kommende Klassenherrschaft beging man

seit langem den ersten Mai. Man legte die Arbeit nieder, veranstaltete Versammlungen und Aufmärsche, und der Staat mußte seine gesamte Polizeimacht aufbieten, um Unruhen und Ausschreitungen gegen Andersdenkende zu verhindern. Der Nationalsozialismus erklärte den alten proletarischen Feiertag zu einem Feiertag des gesamten Volkes, zum „Tag der nationalen Arbeit", machte aus dem Fest des proletarischen Klassenkampfes wieder das alte Fest germanischer Frühlingsfeier. Bereits ein Vierteljahr nach der Machtübernahme marschierten Arbeiter und Unternehmer, Angestellte und Beamte, Handwerker und Gelehrte in Reih und Glied nebeneinander unter dem Leitspruch: „Ehre die Arbeit, und du ehrst dich selbst!" In seiner Festrede schärfte es der Führer dem am Rundfunk versammelten Volke ein, „daß die Nation nicht besteht durch die Arbeit ihrer Intelligenz, daß sie nur lebt durch die Arbeit aller."

Wurde seit dem 19. Jahrhundert die Handarbeit und mit ihr der Handarbeiter immer mehr verachtet, so will der Nationalsozialismus dem Arbeiter seine Ehre als Mensch und als Glied der Volksgemeinschaft wiedergeben. „Kopf- und Handarbeiter dürfen niemals gegeneinander stehen. Deshalb rotten wir jenen dünkelhaften Sinn aus, der so leicht den einzelnen befällt und von oben herunterschauen läßt auf die Kameraden, die „nur" am Schraubstock stehen, an der Maschine oder hinter dem Pflug ... Umgekehrt muß der Handarbeiter wissen, daß auch geistige Arbeit notwendig ist" (Adolf Hitler). Neben „Bauer" und „Soldat" ist auch „Arbeiter" ein Ehrentitel der Nation. Nicht mehr sollen sich die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften und die Unternehmerverbände feindlich gegenüberstehen. Beide wurden daher aufgelöst. Alle schaffenden Menschen sind — außer der Beamtenschaft — zusammengefaßt in der Deutschen Arbeitsfront (DAF.), die eine Gliederung der Partei ist. Ihr gehören ohne Unterschied Arbeiter und Unternehmer, Angestellte und Gewerbetreibende an (der Reichsnährstand und die Reichskulturkammer als Körperschaften), alle verpflichtet auf den nationalsozialistischen Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". „Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen" (Arbeitsfront-Verordnung des Führers).

Aber nicht nur um den Menschen in seiner Arbeit kümmert sich die Arbeitsfront, sondern auch um den Feiernden, den Erholungsuchen-

Der
1.Mai
1929



Der
1. Mai
1935

Das erste Eintopfgericht in der Reichskanzlei

den. Die NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" (KdF.) will „dem schaffenden deutschen Menschen in seiner Freizeit eine völlige Ausspannung seines Körpers und seines Geistes geben", will ihn teilnehmen lassen „an der überreichen und hohen Kultur der Kunst, der Musik, des Theaters und des Films, den Schönheiten unseres Landes, der körperlichen Ertüchtigung unseres Volkes, mit einem Wort an der Freude und der Schönheit des Lebens in unserm Volke" und will so „mit jenen falschen Vorurteilen aufräumen, als ob wahre Herzensbildung und Kunstempfinden von Besitz und Reichtum und Wissen abhängig wären" (Reichsorganisationsleiter Dr. Ley). In 3 Jahren (1934—1937) „wurden insgesamt 384 Seefahrten mit 490000 Teilnehmern... über 60000 Landfahrten mit über 19 Millionen Teilnehmern... durchgeführt. Der Deutschen Arbeitsfront stehen 9 große Überseedampfer zur Verfügung, darunter 4 eigene" (Adolf Hitler). Die Seefahrten erstreckten sich nach Norwegen, Madeira, Azoren und Italien. „Für den Seeurlaub im großen Stil ist mit dem Bau des Seebades an der Ostsee mit 7,5 km Strand, 1400 Morgen Wald und Wiesen und 20000 Betten begonnen worden" (Dr. Goebbels). „Wann ist jemals für den Arbeiter mehr gesorgt worden!" (Hitler.)

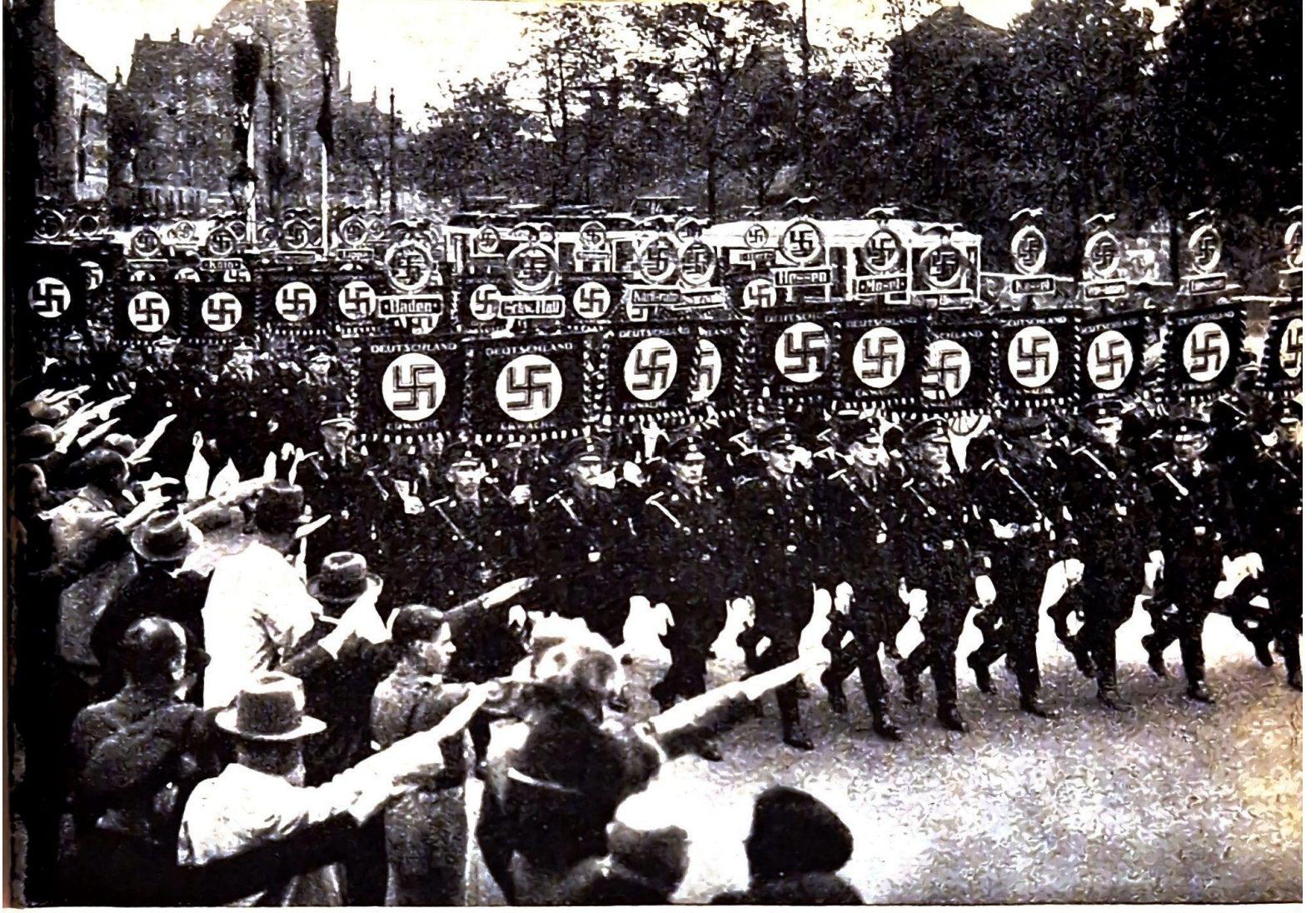
Reichsarbeitsdienst marschiert

Innerhalb des Betriebes ist das Verhältnis von Unternehmer und Arbeiter geregelt durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit". Nicht mehr sollen sich die beiden lediglich als Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder gar als Ausbeuter und Ausgebeuteter gegenüberstehen, sondern als Menschen, die gemeinsam am gleichen Werke schaffen, einer für den andern eintretend wie Führer und Gefolgschaft. Der Betriebsführer „hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten". Der Betriebsführer soll wirklich die volle Verantwortung — wirtschaftlich und menschlich — tragen; darum räumt ihm der Staat eine hohe Machtstellung ein. Damit er diese nicht etwa eigennützig aus-

nutzt, wachen „Treuhänder der Arbeit", die von dem Vertrauensrat eines Betriebes angerufen werden können, darüber, daß jeder Betrieb in nationalsozialistischem Geiste geführt wird. Sie „haben für die Erhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen" (§ 19). „Gröbliche Verletzungen der durch die Betriebsgemeinschaft begründeten sozialen Pflichten werden als Verstöße gegen die soziale Ehre von den Ehrengerichten gesühnt" (§ 36). Die Strafen dafür können sich steigern von einer einfachen Verwarnung über Geldbußen bis zur Entfernung des Gefolgschaftsmitgliedes aus dem Betriebe oder zur Aberkennung der Befähigung zum Betriebsführer.

Der Geist der Volksgemeinschaft soll das ganze Leben durchdringen. In ihrem Geiste stehen hoch und niedrig Schulter an Schulter in der Partei, der SA., der SS, im NSKK. (Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps) oder im NSFK. (Nationalsozialistischen Fliegerkorps), in ihrem Geiste soll die Jugend in der HJ. und im BDM. heranwachsen. Ihr Geist lebt vor allem auch im Reichsarbeitsdienst (RAD.) als einem „praktischen Beispiel deutscher Arbeitsgemeinschaft, als vorbildlichem deutschen Sozialismus" (Reichsarbeitsführer Hierl). Hier sollen alle Deutschen, „ob hochgeboren und reich, ob arm oder Sohn von Gelehrten oder Sohn von Fabrikarbeitern" (Adolf Hitler), in gemeinsamer körperlicher Arbeit an einem gemeinsamen Werke für das Ganze schaffen und dadurch erfahren, daß „jede pflichtgetreue Arbeit ehrt und adelt" (Hierl).

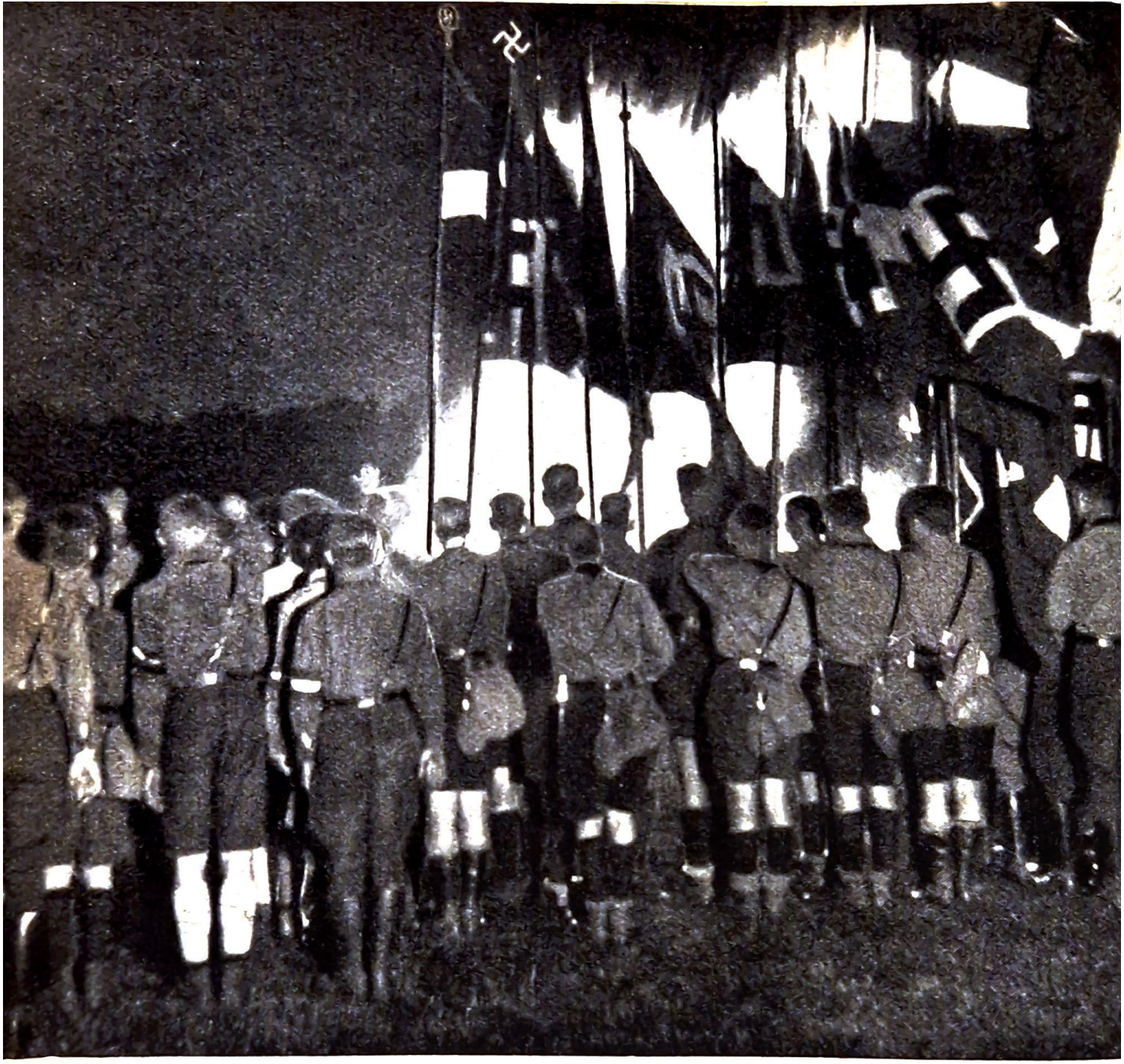
Der Reichsarbeitsdienst, ursprünglich freiwillig, ist im Sommer 1935 als Pflicht eingeführt: „Der Reichsarbeitsdienst ist Ehrendienst am deutschen Volke. Alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts sind verpflichtet, ihrem Volk im Reichsarbeitsdienst zu dienen. Der Reichsarbeitsdienst soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allem zur gebührenden Achtung der Handarbeit erziehen. Der Reichsarbeitsdienst ist zur Durchführung gemeinnütziger Arbeiten bestimmt." Wie einst die Allgemeine Dienstpflicht den Soldatenberuf zum Ehrenberuf des deutschen Mannes gemacht hat, so will „die allgemeine gleiche Arbeitsdienstpflicht zu der Erkenntnis erziehen, daß Handarbeit nicht schändet, nicht entehrt, sondern vielmehr wie jede andere Tätigkeit dem zur Ehre gereicht, der sie treu und redlichen Sinnes erfüllt" (Adolf Hitler).



SS in Nürnberg

Wie bisher eine Kluft bestand zwischen Arbeiter und Bürger, so eine gleich tiefe zwischen Stadt und Land. Der Städter sah vielfach mit Verachtung auf den „dummen Bauern" und hatte vergessen, daß allein die Arbeit des Landmannes es war, durch die er überhaupt lebte. Heute ist der Erntedanktag ein gemeinsames Fest für Stadt und Land geworden, ein Tag der Verbundenheit des gesamten Volkes mit der Bauernschaft. Im ganzen Reiche wird er gemeinsam gefeiert als Tag des deutschen Bauern, und der Führer selbst spricht auf dem Bückeberg in Niedersachsen zur deutschen Bauernschaft. „Um die seelische Verbundenheit der schulentlassenen Stadtjugend mit Heimat und Volkstum und das Verständnis für den völkischen Wert gesunden Bauerntums zu vertiefen", hat Preußen das Landjahr eingerichtet, zu dem schulentlassene Kinder einberufen werden.

Völkische Verbundenheit über die alten Klüfte der Parteien und Wirtschaftsgruppen hinweg! Völkische Verbundenheit aber auch über die Versailler Grenzen des deutschen Staates hinaus mit den Volksgenossen in aller Welt! Der Führer und sein Stell-



Hitlerjugend am nächtlichen Feuerstoß

vertreter haben wiederholt durch Rundfunk zu den Auslanddeutschen gesprochen. Aber weder der Staat noch die Partei können im allgemeinen zugunsten der deutschen Volksgruppen draußen eingreifen, weil sie sich nicht einmischen können in die innere Politik anderer Staaten. Unabhängig von Staat und Partei leistet diese völkisch notwendige Arbeit der „Volksbund für das Deutschtum im Ausland" (VDA.), der das mahnende Gewissen sein will dafür, „daß Deutschland mehr ist als der Staat Deutsches Reich, und deutsches Volk größer als die Summe der Staatsbürger des Deutschen Reiches" (der einstige Bundesleiter des VDA., der Kärntner Dr. Steinacher). Die Deutschen draußen, vor allem die Volks-

gruppen in unſern oſteuropäiſchen Nachbarſtaaten, kämpften nicht ihren, ſondern unſern Kampf; im Memelland, in Polen und anderwärts entſchied ſich nicht das Schickſal der dortigen Grenzlanddeutſchen, ſondern das Schickſal des geſamten deutſchen Volkes. Es gibt keine deutſchen „Minderheiten", es gibt nur ein deutſches Hundertmillionenvolk. „Dem Staatsbürgerbegriff muß das Bewußtſein der Volksgenoſſenſchaft übergeordnet werden" (Steinacher). — Es iſt von ſinnbildlicher Kraft, daß von den Führern des neuen deutſchen Staates eine große Zahl dem Gebiet des früheren Grenz- und Auslanddeutſchtum entſtammen: der Geburtsort des Reichspräſidenten von Hindenburg war Poſen, der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß iſt (als Reichsdeutſcher) in Ägypten geboren, der Beauftragte des Führers für die Überwachung der geſamten geiſtigen und weltanſchaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP., Alfred Roſenberg, in Riga, der Reichsbauernführer R. Walther Darré (als Reichsdeutſcher) in Argentinien.

Der Neubau des Staates

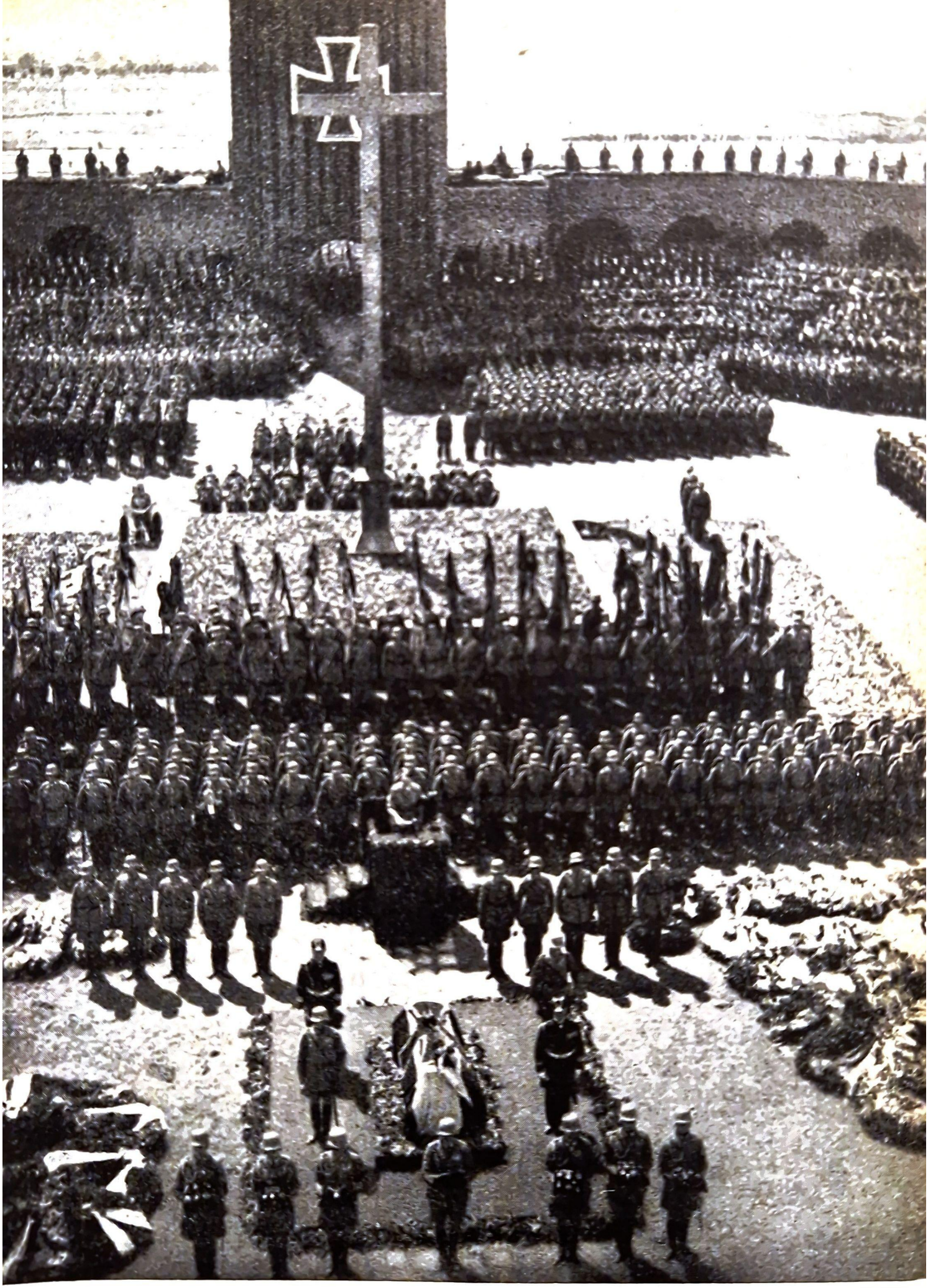
Erſte und dringendſte politiſche Aufgabe war die Zuſammenfaſſung des einſt in Verſailles verbliebenen deutſchen Staates zu einem machtſtraffen Körper als Kraftmittelpunkt des deutſchen Volkes. Hatte die Weimarer Verfaſſung den politiſchen Schwerpunkt in den Reichstag, d. h. in die Vertreterverſammlung der einzelnen Parteien, verlegt und ſo bei der Zerriſſenheit der Parteien und dem ſtändigen Wechſel der Mehrheit eine wirkliche Führung völlig unmöglich gemacht, ſo übertrug dieſer Reichstag mit dem Ermächtigungsgeſetz ſeine wichtigſten verfaſſungsmäßigen Rechte auf die nationalſozialiſtiſche Reichsregierung.

Am 2. Auguſt 1934, dem 20. Jahrestage des Beginns des Weltkrieges, hat der faſt ſiebenundachtzigjährige Reichspräſident von Hindenburg auf dem Stammſitz ſeiner Familie in Neudeck in Weſtpreußen für immer die Augen geſchloſſen in der gläubigen Hoffnung, daß das, „was in langſamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geſchichtlichen Sendung unſeres Volkes reifen wird" (Teſtament). Geleitet von ſeinen Soldaten und Offizieren ſowie Vertretern der Partei wurde er im Feldherrnturm des Tannenbergdenkmals feierlich beigeſetzt, im Herzen aller Deutſchen ewig weiterlebend als „der nationale Mythos des

deutschen Volkes". In nächtlicher Fahrt wurde der Sarg auf einer Lafette überführt an die Stätte des Sieges, der des Feldmarschalls Ruhm begründete und die deutsche Grenzmark befreite. Tief bewegt nahm der Führer Abschied von dem toten Helden: „Inmitten der schlummernden Grenadiere seiner siegreichen Regimenter soll der müde Feldherr nun seine Ruhe finden. Die Türme der Burg sollen trotzige Wächter sein dieses letzten Großen Hauptquartiers des Ostens. Standarten und Fahnen halten die ewige Parade. Das deutsche Volk aber wird zu seinem toten Helden kommen, um sich in Zeiten der Not neue Kraft zu holen für das Leben, denn wenn selbst die letzte Spur dieses Leibes verweht sein sollte, wird der Name noch immer unsterblich sein. Toter Feldherr, geh nun ein in Walhall!"

Das Amt des Reichspräsidenten wurde dann mit dem des Reichskanzlers vereinigt. Doch „die Größe des Dahingeschiedenen hat dem Titel Reichspräsident eine einmalige Bedeutung gegeben". Daher faßte Adolf Hitler die gesamte Führung des Reiches zusammen als „Führer und Reichskanzler". Am 19. August 1934 stimmte das deutsche Volk mit 38,4 Millionen Stimmen (gegen nur 4,3 Millionen bei 45,6 Millionen Stimmberechtigten) dieser Regelung zu. Der Führer der Partei, der im ersten Jahre seiner Herrschaft immer stärker zum Führer des gesamten Volkes geworden war, wurde nunmehr auch zum alleinigen Führer des Staates.

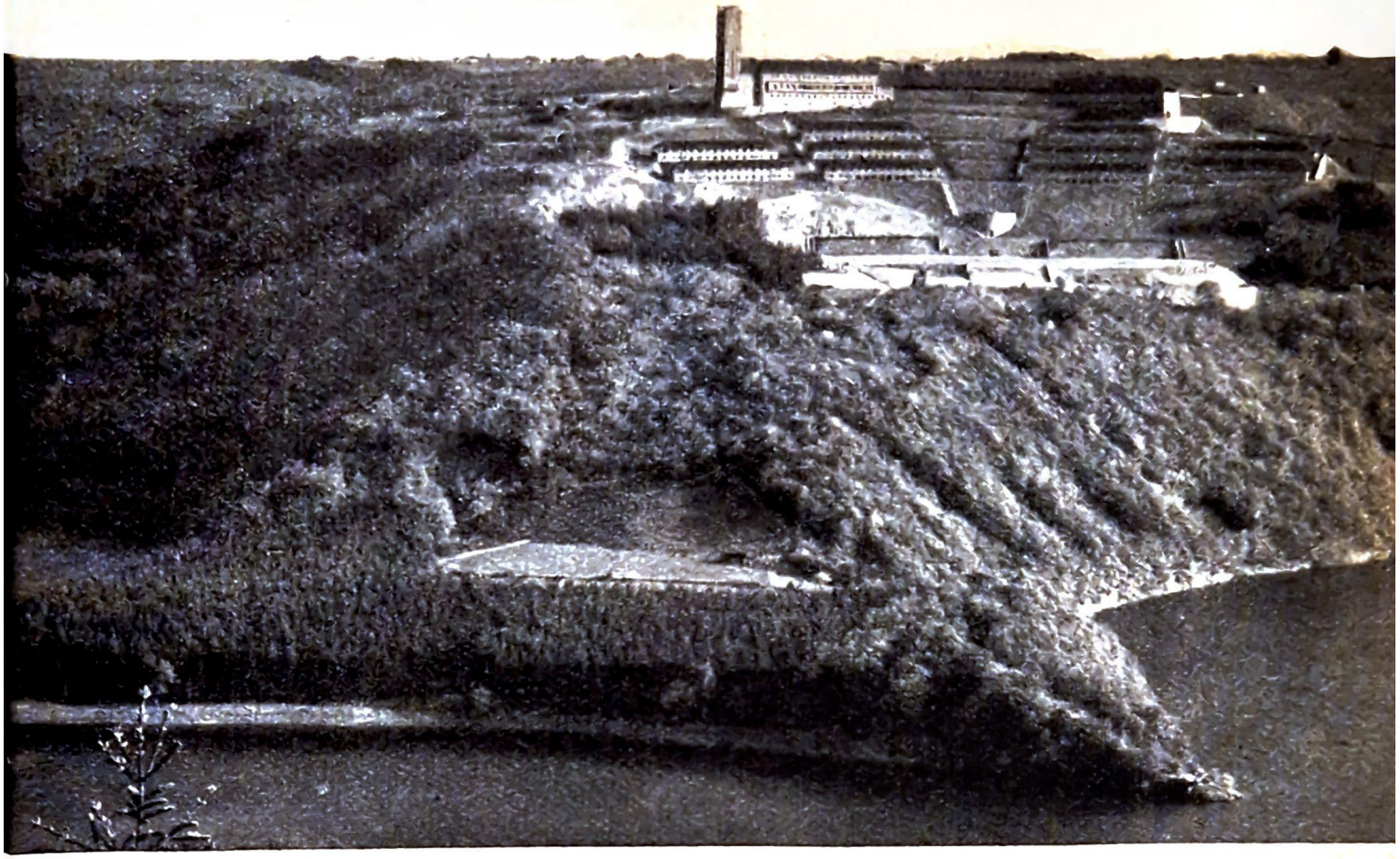
Das Deutsche Reich ist ein Führerstaat. Nicht mehr ist die Regierung abhängig von der wechselnden Stimmung und Meinung einer Vielparteienvertretung. Nicht mehr können sich die leitenden Männer hinter Mehrheitsbeschlüssen verschanzen, für die im Grunde niemand verantwortlich ist. Jeder Minister, jeder Beamte, jeder politische Leiter, jeder Führer einer Untergliederung oder eines ihrer Teile trägt für die Aufgabe, die er zu erfüllen hat, die volle persönliche Verantwortung. Wer versagt, muß gehen. So fordert es das „Führerprinzip". Die letzte Verantwortung für alles trägt vor dem Volke und vor der Geschichte allein der „Führer und Reichskanzler". Der aber nimmt die Kraft zur Führung aus dem Bewußtsein einer „über jeden Zweifel erhabenen Übereinstimmung der nationalsozialistischen Staatsführung mit den Auffassungen des deutschen Volkes" (Dr. Goebbels). In dieser Gewißheit wird „wenigstens einmal in jedem Jahre dem Volk die Möglichkeit" gegeben, „sein Urteil über uns zu fällen" (Adolf Hitler). So



Der Führer hält die Weiherede bei der Beisetzung Hindenburgs im Tannenbergdenkmal

ist der Führerstaat kein Absolutismus, keine schrankenlose Diktatur, sondern ein Volksstaat, eine „Art von veredelter Demokratie" (Dr. Goebbels). Mehrfach seit der Reichstagswahl vom 5. März 1933 hat das deutsche Volk sich seither von neuem zum Führer bekannt: am 19. August 1934 und schon vorher am 12. November 1933. Damals, als der noch unter den „Spielregeln" der Weimarer Verfassung (am 5. März 1933) gewählte Reichstag aufgelöst worden war, gab es der Abgeordnetenliste, die der Führer selber — im wesentlichen aus der Reihe seiner alten Mitkämpfer — aufgestellt hatte, mit fast 39,7 Millionen (gegen nur 3,4 Millionen bei gut 45 Millionen Wahlberechtigten) seine Zustimmung. Und bei der Reichstagswahl am 29. März 1936 steigerte sich diese Zahl auf 44,4 Millionen, auf 99 v. H. (Nur 543000 Gegner wurden gezählt!)

Aber geht einmal „der Appell schlecht aus, dann soll keiner sagen: das Volk ist schuld; sondern er soll wissen: die Bewegung ist träge geworden, die Bewegung kämpft nicht mehr richtig, die Bewegung hat die Fühlung mit dem Volke verloren" (Adolf Hitler). Denn die Bewegung, zusammengefaßt in der Partei, hat eine entscheidende Aufgabe im neuen Staate. Alle ehemaligen andern Parteien sind aufgelöst, irgendwelche Neugründungen sind verboten. „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP.) ist die Trägerin des deutschen Staatsgedankens" (Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat). Nahezu 5 Millionen (heute über die doppelte Anzahl) deutscher Männer und Frauen sind in der NSDAP. zusammengeschlossen, durch einen Treueid dem Führer verpflichtet. „Als der führenden und bewegenden Kraft des nationalsozialistischen Staates" obliegen ihnen „erhöhte Pflichten gegenüber Führer, Volk und Staat" (Gesetz). Die Partei ist die Hüterin des nationalsozialistischen Gedankens, „das Senfkorn der nationalsozialistischen Idee" im ganzen deutschen Volke. „Als weltanschauliche Gestalterin und politische Lenkerin des ganzen Schicksals" hat sie „der Nation und damit dem Reiche den Führer zu geben" (Hitler). Ihren inneren Kern bilden die Politischen Leiter. Der Führer selber ernennt die Reichs- und die Gauleiter. Der Gauleiter setzt die Kreis- und die Ortsgruppenleiter ein, und diese bestimmen Amts-, Zellen- und Blockleiter. Die alljährlichen Reichsparteitage in Nürnberg haben sich zu Reichstagen des deutschen Volkes entwickelt. Die Stadt ist in



Ordensburg Vogelsang der NSDAP.

ein Flaggenmeer getaucht, draußen vor den Toren entstehen ganze Städte aus großen Gemeinschaftszelten, auf der Zeppelinwiese marschieren an den einzelnen Tagen die verschiedenen Verbände zum großen Appell auf, während in der Kongreßhalle die führenden Männer der Bewegung den Rechenschaftsbericht über ihre Arbeit ablegen und der Führer neue Ziele weist.

Eine Hauptsorge der Partei ist die Frage des Führernachwuchses. Ihn will sie durch ständige strenge Erziehungsauslese gewinnen. In jedem Gau wird eine Adolf-Hitler-Schule gegründet. Aus der Reihe der zwölfjährigen Pimpfe werden jährlich — nach Vorschlag der Ortsgruppe, nach Siebung durch den Kreis und Musterung durch den Gau — 6000 ausgewählt. Sie erhalten eine sechsjährige kostenlose Ausbildung auf diesen Schulen. Dann hat jeder seine Arbeitsdienst- und Wehrpflicht zu erfüllen, einen Beruf zu erlernen und währenddessen in jedem Jahr drei Monate Dienst an der Front der Partei zu tun (als Blockleiter, als SA.-Mann usw.). Nach sieben Jahren werden von den 6000 Mann eines Jahrganges 1000 ausgewählt. Sie beziehen als Führeranwärter eine „Ordensburg" der Partei: im ersten Jahr Krössinsee in Pommern, im zweiten Vogelsang in der Eifel, im dritten Sonthofen im Allgäu,

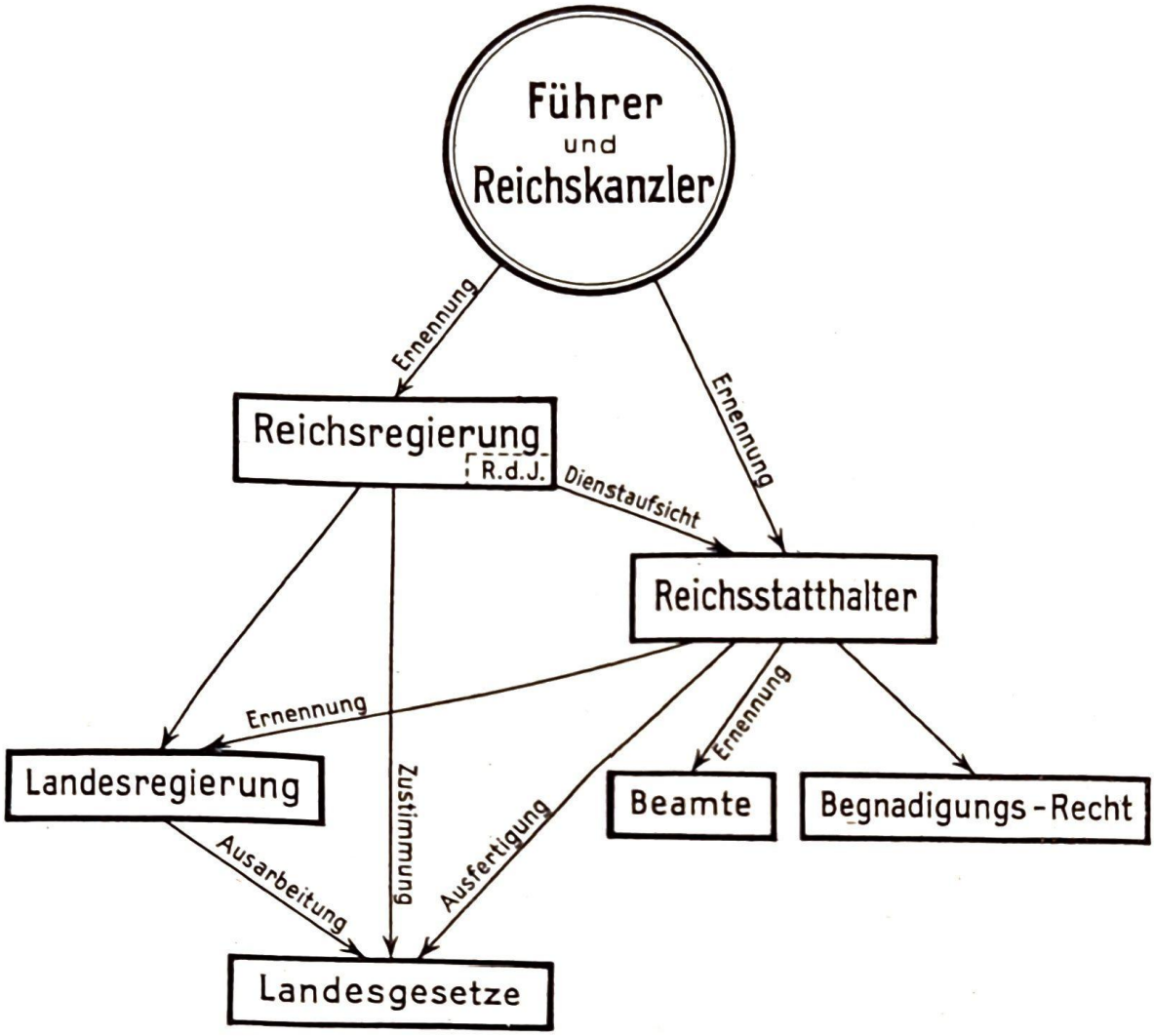
im vierten eine Burg in der Nähe der Marienburg. Das Ganze wird gekrönt von der „Hohen Schule der Partei“ am Chiemsee. Mit 29 Jahren ist die politische Schulung und Erziehung beendet, und die so ausgebildeten Männer übernehmen die politische Führung des Volkes in Partei und Staat.

Alle Berufsgruppen und Verbände — Lehrer, Ärzte, Rechtswahrer, Studenten, Frauen, Kriegsopfer usw. — werden von den entsprechenden Amtsleitern der Partei geführt, ihre Untergruppen von Parteigenossen. Grundsatz aller Arbeit in Partei, Gliederungen und angeschlossenen Verbänden ist: „Alle anständigen Deutschen sind Nationalsozialisten, nur die besten Nationalsozialisten sind Parteigenossen“ (Adolf Hitler).

Neben der Partei stehen die SA. und die SS, das NSKK. und das NSFK. Die Standarten werden sämtlich geweiht, indem der Führer sie mit der Blutfahne des 9. November 1923 berührt. Fast 400 Männer haben in der Kampfzeit ihr Leben gelassen, und 12000 sind verwundet worden im unerschütterlichen Glauben an die Sendung des Führers, ein wahrhaft nationalsozialistisches Deutschland der Freiheit und Ehre heraufzuführen. Seit Anfang 1939 ist die SA. Träger der vor- und nachmilitärischen Wehrerziehung, wird jeder, der in der Wehrmacht gedient hat, einer SA.-Wehrmannschaft eingegliedert.

Ist die Partei der weltanschauliche Träger des Staates, auf dem das gesamte Volksleben ruht, so ist die Beamtenschaft der Träger der Verwaltung, die Wehrmacht, gegliedert in Reichsheer, Reichsmarine und Reichsluftwaffe, der Waffenträger der Nation. Wie die Parteigenossen, so sind auch Beamte, Soldaten und Reichsarbeitsdienstmänner auf den Führer und Reichskanzler vereidigt.

Die einzelnen deutschen „Länder“, die in der Weimarer Republik oft eine andere Politik getrieben hatten als das Reich, sind „gleichgeschaltet“: ihre Landtage erhielten zunächst die gleiche Zusammensetzung wie der Reichstag und wurden später ganz aufgelöst. In den Ländern wurden führende, in der Kampfzeit bewährte Parteigenossen als Reichsstatthalter eingesetzt (7. April 1933). Auf ihren Vorschlag „ernennt und entläßt der Führer und Reichskanzler die Mitglieder der Landesregierungen“. Nach Zustimmung der Reichsregierung verkünden die Statthalter die Landesgesetze. In Preußen ist der Führer selber der Reichsstatthalter, vertreten durch den Preu-



Der Aufbau des Reiches

ßischen Miniſterpräſidenten. Ein Gegeneinander von Reich und Ländern iſt damit ausgeſchloſſen. Die „Länder als ſelbſtherrliche Erſcheinungen und ihre Parlamente als Träger einer eigenen Souveränität" ſind aufgehoben: „Die Vorausſetzung zu einer wahren Souveränität des deutſchen Volkes im geſamten." ... „So hat der Nationalſozialismus in wenigen Jahren nachgeholt, was Jahrhunderte vor ihm verſäumten, und wieder gutgemacht, was zahlreiche Generationen vor ihm geſündigt hatten" (Adolf Hitler).

Das Bismarck-Reich hatte keine unmittelbare Reichszugehörigkeit gekannt, da es ja lediglich ein „ewiger Bund" der deutſchen Fürſten und Hanſeſtädte war. Aber auch die Weimarer Republik kannte kein Reichsbürgerrecht. Im Auslande durfte ſich niemand amtlich als Deutſcher bezeichnen, ſondern laut Paß nur als Heſſe, Preuße, Bayer, Lipper uſw. Als Adolf Hitler ſich 1932 um die Reichspräſidentenſchaft bewarb, mußte er, der Öſterreich-Deutſche,

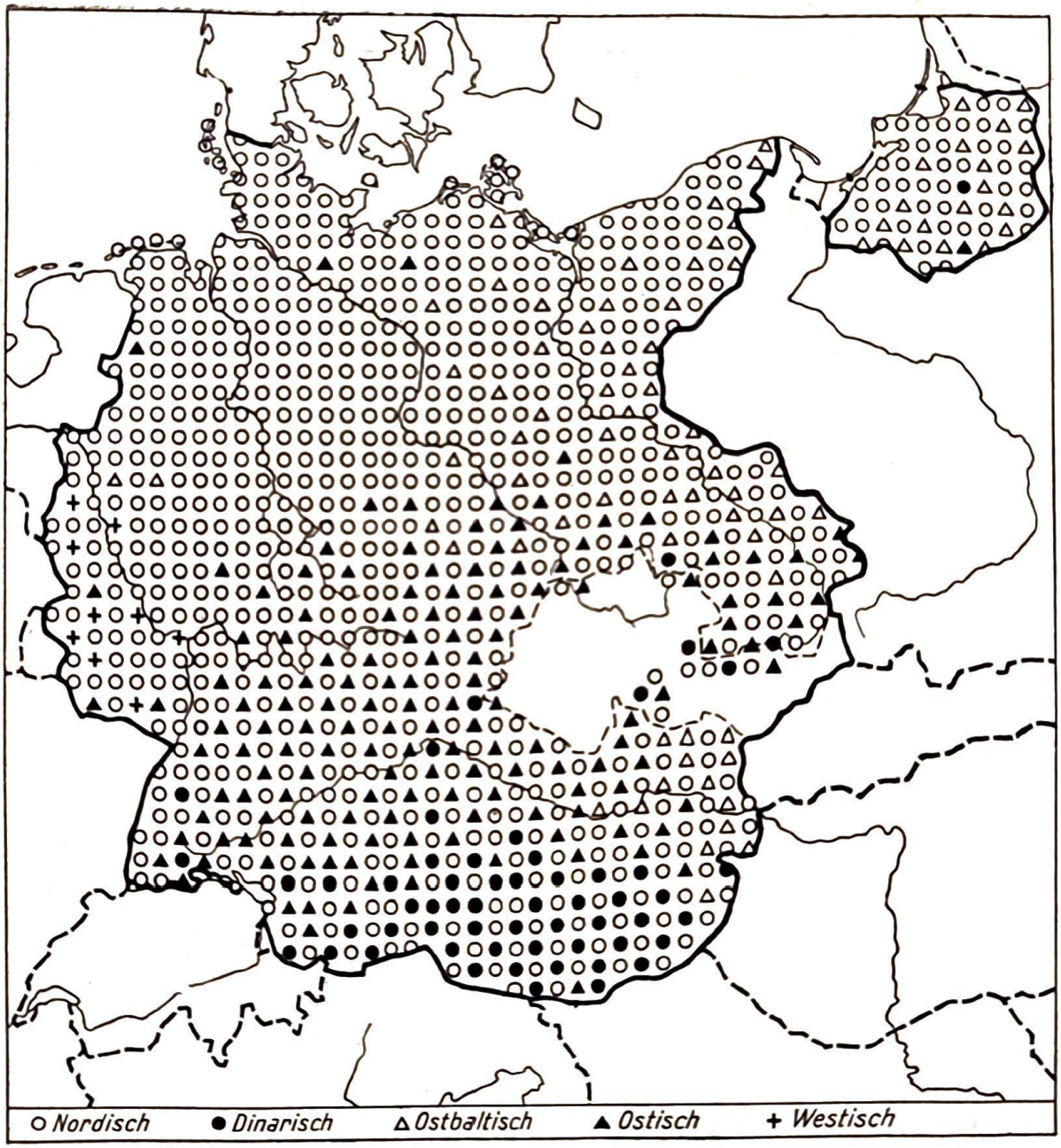
der durch seinen Frontdienst im reichsdeutschen Heere — staatenlos geworden war (!), erst durch Ernennung zum Regierungsrat die Staatsangehörigkeit des nationalsozialistisch regierten Braunschweigs erwerben, um dadurch auch Reichsdeutscher zu sein.

Am ersten Jahrestage der Machtübernahme (30. Januar 1934) verabschiedete der nationalsozialistische Reichstag ein grundlegendes „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches". Es bestimmte u. a.: „Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über." Darauf verordnete der Reichsinnenminister Dr. Frick, daß es keine Staatsangehörigkeit in den einzelnen deutschen Ländern mehr gibt, sondern — zum ersten Male in der deutschen Geschichte! — lediglich eine Reichsbürgerschaft. Während des dritten Parteitages nach der Machtübernahme verkündete der Führer das neue („Nürnberger") Reichsbürgerrecht, das zwischen Staatsangehörigen und Reichsbürgern unterscheidet. „Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört"; Reichsbürger dagegen „ist nur der Staatsangehörige deutschen Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen." Er allein besitzt politische Rechte. „Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben." Der 4. Artikel des Aufbaugesetzes bestimmt: „Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen." Damit ist die Weimarer Verfassung in Wahrheit erledigt. Die einzelnen preußischen Ministerien (bis auf das Finanzministerium) wurden nach und nach mit den Reichsministerien vereinigt. Mit der Gründung eines „Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung" ist auch die Selbständigkeit der Länder in Kulturfragen gefallen. Die alte Polizeihoheit der Länder ist beseitigt. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte gibt es eine einheitliche Reichspolizei: „Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern" ist der Reichsführer ᛋᛋ. Er nimmt an den Sitzungen des Reichskabinetts teil, soweit sein Geschäftsbereich berührt wird. Auch der letzte Rest bundesstaatlichen Aufbaues ist beseitigt: der „Reichsrat", der die Belange der einzelnen Länder gegenüber der Reichsregierung wahren sollte. Zwar bestehen die verschiedenen Landesregierungen noch weiter; aber manche Unzuträglichkeiten sind bereits gemildert: Hamburg und Preußen haben ihren Streubesitz ausgetauscht, ein geschlossenes Gebiet „Hansestadt Hamburg" ist

geſchaffen worden, Lübeck iſt zu Preußen gekommen. Dieſe Maßnahmen bedeuten einen Schritt weiter zur „Schaffung des kraftvollen nationalen Einheitsſtaates“ (Dr. Frick). Der Reichsinnenminiſter hat eine Neugliederung des Reiches in etwa 20 Gaue angekündigt, die „nach geographiſchen, volklichen und wirtſchaftlichen Geſichtspunkten gebildet werden ... mit 3—4 Millionen Einwohnern im Durchſchnitt“. „So wächſt organiſch mit der fortſchreitenden Entwicklung Tag für Tag ein neues Stück Verfaſſung ... Das deutſche Volk wird dann ſelbſt Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen“ (Dr. Frick). Die Länderfahnen ſind abgeſchafft, auch die alte ſchwarzweißrote Flagge iſt eingerollt. Schwarz-Weiß-Rot bleiben die Farben des Reichs (z. B. an den Grenzpfählen). Über dem Reiche aber weht als National- und Handelsflagge ſeit dem 15. September 1935 allein die ſiegreiche Hakenkreuzfahne.

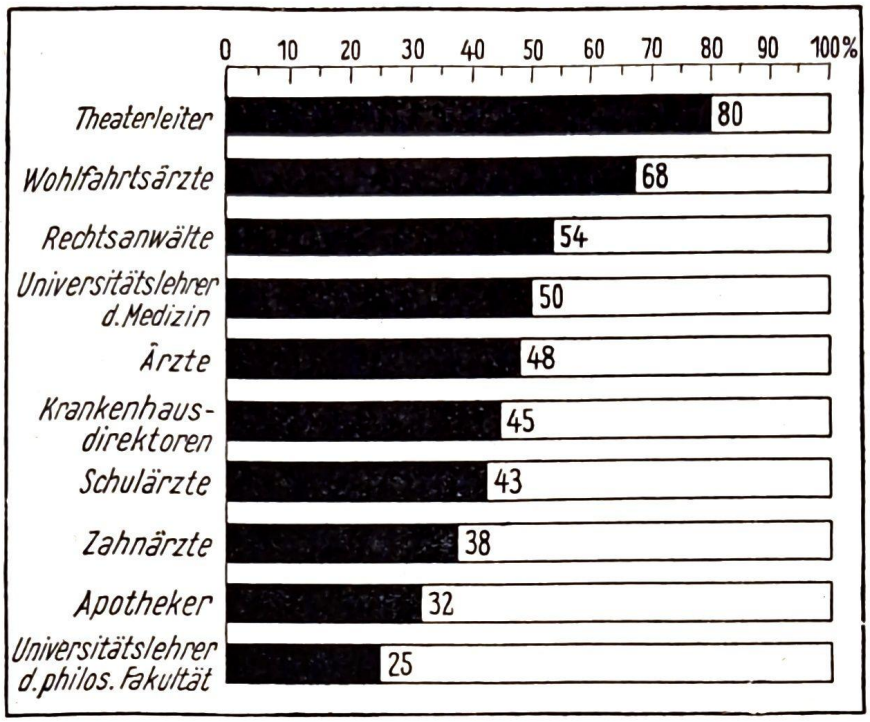
Völkiſche Erneuerung

Sinn und Zweck eines Staates liegen in der Erhaltung und Förderung des Volkstums (Adolf Hitler, Mein Kampf, S. 433/4). Iſt Volksgemeinſchaft ein brüderliches Nebeneinander, ſo iſt Volkstum ein Verwurzeltſein in der Vergangenheit, ein Verpflichtetſein gegenüber der Zukunft. Nicht nur die augenblicklich lebenden Menſchen gehören zum Volk, ſondern in gleicher Weiſe Ahnen und Enkel. Ahnenſtolz und Kinderfreudigkeit gehören daher zum wahren Deutſchen. Ahnenſtolz iſt Raſſeſtolz. Zwar iſt das deutſche Volk — wie alle Völker der Erde — kein raſſereines Volk. Seitdem die nordiſche Raſſe ſich über den deutſchen Raum verbreitete, hat ſie das Blut der dort wohnenden andern Raſſen ſich mehr oder weniger eingekreuzt: der fäliſchen in Niederſachſen, der dinariſchen vor allem in Bayern, der oſtiſchen in Schwaben, Franken, Oberſachſen, der weſtiſchen am Rhein, der oſtiſchen und oſtbaltiſchen im ganzen Oſten. Darauf beruht der Reichtum des deutſchen Weſens, die Buntheit der deutſchen Stämme, ihrer Sitten, Gebräuche, Mundarten. Aber im geſamten deutſchen Volkskörper fließt überwiegend nordiſches Blut. Darauf beruht die völkiſche Einheit über aller ſtammlichen Mannigfaltigkeit. Durch die geſamte deutſche Geſchichte hin war vorwiegend nordiſches Blut der Träger der deutſchen Aufgabe. In allen Kriegen iſt vornehmlich das Blut der wehrfreudigen nordiſchen Raſſe gefloſſen. Die Geburtenfreudigkeit der geſunden



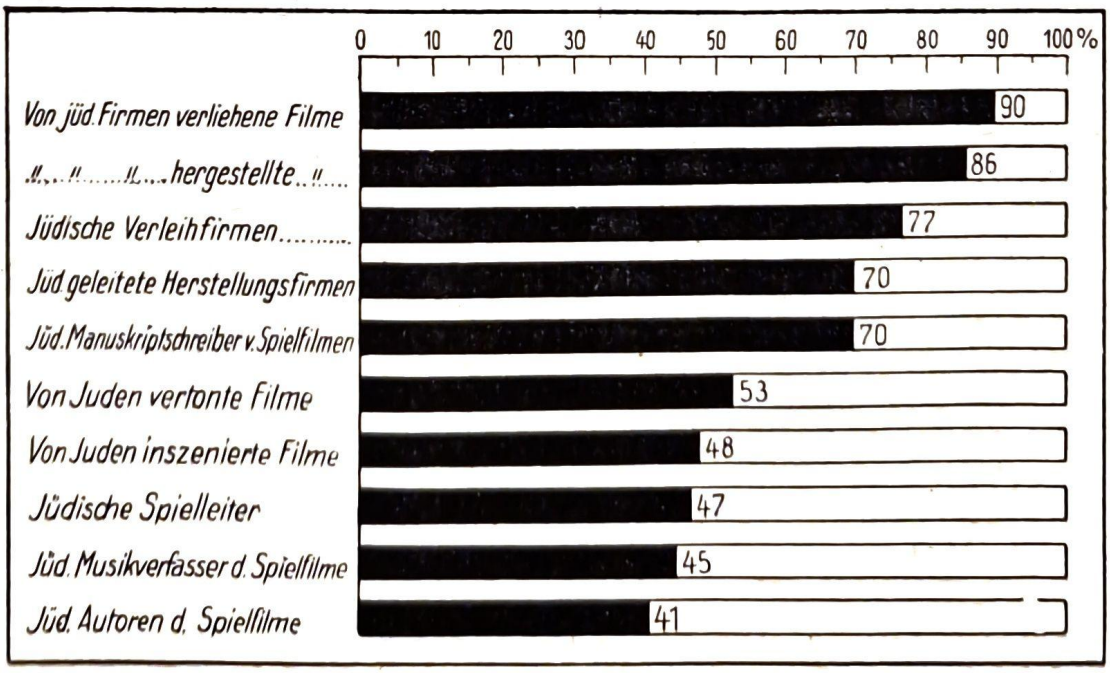
Die rassische Gliederung des deutschen Volkskörpers (nach Reche) innerhalb der Grenzen von 1938

deutschen Frau jedoch hat früher stets die Verluste im ganzen wieder ausgeglichen. Der Liberalismus dagegen, der nur den Einzelmenschen wertete, hat die Rasseinstinkte einschlummern lassen. So ist das nordische Blut im 19. Jahrhundert stärker zurückgegangen in unserm Volke. Auf den seelischen Kräften der nordischen Rasse aber baut sich der nationalsozialistische Staat auf. Deshalb erstrebt er eine „Aufnordung" unseres Volkes. Eine solche Aufnordung liegt aber nicht in der Vermehrung der Menschen mit blauen Augen und blondem Haar. Solche körperlichen Züge berechtigen niemanden zum Stolz gegenüber „andersrassischen" Volksgenossen. Denn bei



Die jüdiſche Überfremdung in Berlin (1932)

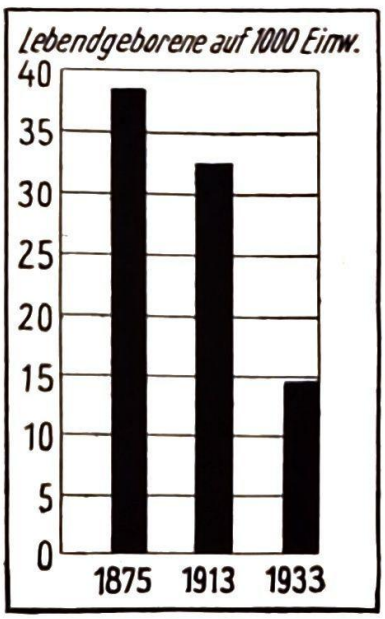
der mannigfaltigen Raſſenkreuzung im Laufe der Geſchichte beſteht ſehr häufig ein Widerſpruch zwiſchen dem „Erſcheinungsbild“ eines Menſchen und ſeinem „Erbbild“, zwiſchen Körper und Seele. In einem „nordiſchen Körper“ kann eine „oſtiſche Seele“ wohnen und umgekehrt. Auf die ſeeliſchen, charakterlichen, willensmäßigen Kräfte eines Menſchen aber kommt es an, nicht auf ſeine äußeren Körperformen. Die innere Haltung des deutſchen Volkes ſoll nach dem



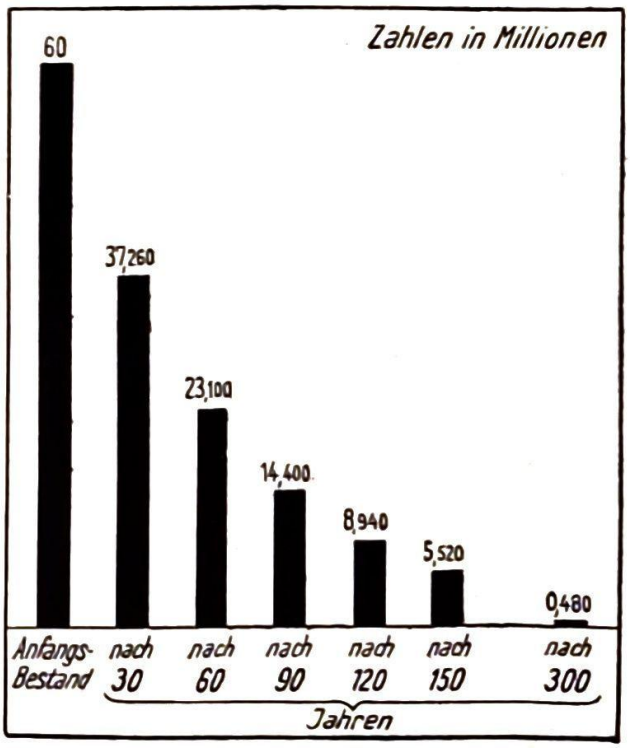
Die Verjudung des deutſchen Films (1932)

Hochbilde des nordiſchen Menſchen ausgerichtet werden: das iſt Sinn und Ziel der „Aufnordung".

Blut von Raſſen, die nicht auf unſerem mitteleuropäiſchem Boden von alters her heimiſch ſind, iſt uns artfremd. Miſchung mit ihm verdirbt das Volk. Deshalb gehören die in Deutſchland lebenden Juden nicht zum deutſchen Volk. Zwar machten ſie nur etwa ein Sechzigſtel der Bevölkerung aus. Aber in der Zeit der Weimarer Republik, die bewußt den Raſſegedanken ablehnte, haben ſie einen übergroßen Einfluß ausgeübt. Hemmungslos ſtrömten ſie zu Zehntauſenden aus dem Oſten Europas (Rußland, Polen, Galizien) in unſer Vaterland, um teilzunehmen an dem Sieg Judas über Deutſchland. Allein im März 1920 wanderten im Regierungsbezirk Königsberg rund 6000 Oſtjuden ein, im September waren es ſchon 30 000! In den Parteien — beſonders in den marxiſtiſchen und bei den Demokraten — rückten ſie bald zu führenden Stellen auf und dadurch im Staat und in den Gemeinden. Die leitenden politiſchen Stellen waren zu 83 v. H. in jüdiſchen Händen, obwohl die Juden nur wenig über 1 v. H. der Bevölkerung zählten. Vor allem auch die akademiſchen Berufe waren ſtark verjudet. Preſſe und Theater, Film und Funk waren ebenfalls überwiegend in Händen von Juden, und von hier aus drangen jüdiſche Anſchauungen immer tiefer ins Volk.



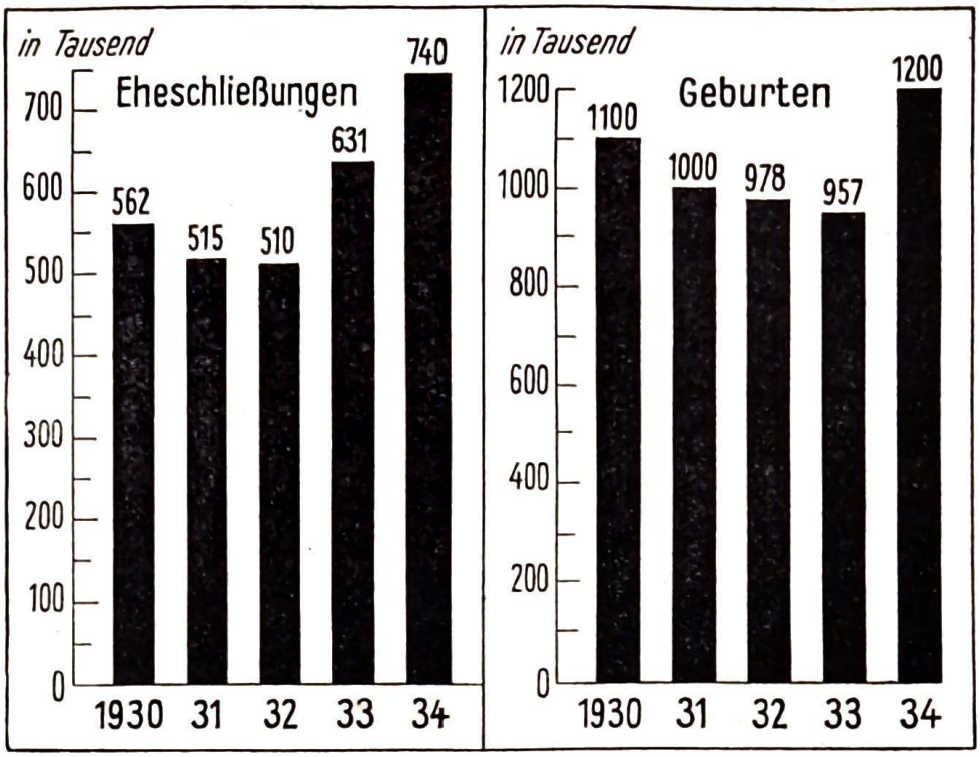
Der deutſche Geburtenſturz



Bevölkerungsſchwund unter dem „Zweikinderſyſtem"

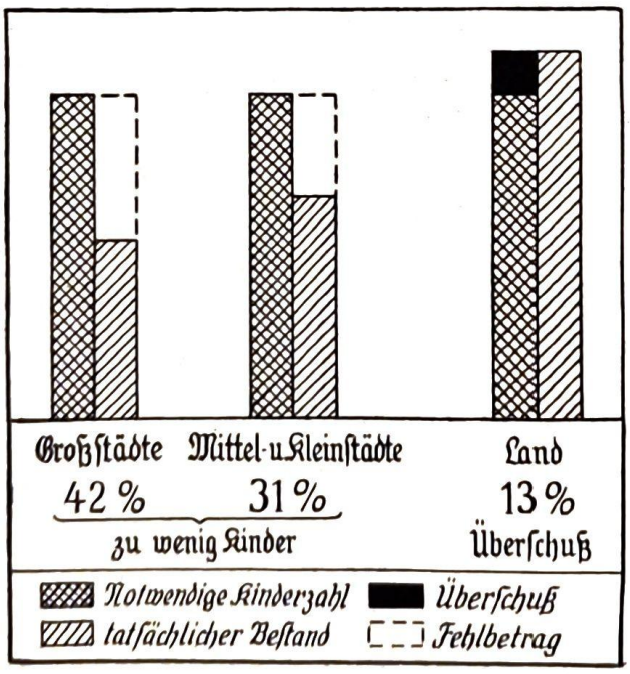
Die „Nürnberger Geſetze" von 1935 verboten Miſchehen zwiſchen Juden und Deutſchen, entzogen den Juden das Reichsbürgerrecht und damit die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter. Beamte müſſen für ſich und ihre Ehefrau die „ariſche Abſtammung" bis zu den beiden Großelternpaaren nachweiſen. Bauer oder Politiſcher Leiter kann nur der ſein, wer dieſen Nachweis bis zum Jahre 1800 zurück erbringen kann. Die Bücher jüdiſcher Schriftſteller ſind aus den Läden verſchwunden, die Bilder jüdiſcher Maler aus den Muſeen entfernt, kein jüdiſcher Schauſpieler ſpielt mehr auf deutſchen Bühnen oder in deutſchen Filmen, kein Jude ſchreibt mehr in deutſchen Zeitungen. Hatte das deutſche Volk im Februar 1936 die Ermordung des NSDAP.-Landesgruppenleiters der Schweiz Wilhelm Guſtloff durch einen Juden in ſchweigender Trauer hingenommen, ſo entlud ſich die Empörung über die jüdiſche Mordſucht, als im November 1938 der deutſche Geſandtſchaftsrat Ernſt vom Rath in Paris den Schüſſen eines polniſchen Juden zum Opfer fiel. Den in Deutſchland lebenden Juden, die nicht fremde Staasangehörige ſind, wurde die Zahlung von einer Milliarde Reichsmark als Sühne auferlegt. Der Betrieb von Verkaufsgeſchäften aller Art und des Handwerks wurde Juden verboten. Auch Betriebsführer können ſie nicht mehr ſein. Der Beſuch von Theatern, Konzerten, Filmen wurde ihnen unterſagt; Kraftfahrzeuge dürfen ſie weder halten noch führen. Schon vorher waren ſie aus den Berufen des Rechtsanwalts und des Schriftleiters entfernt; jüdiſche Ärzte und Zahnärzte dürfen nur noch Juden behandeln. Deutſche Schulen und Hochſchulen nehmen jüdiſche Schüler deutſcher Staatsangehörigkeit oder ſtaatenloſe Juden nicht mehr auf. Damit ſind die Juden aus dem Leben des deutſchen Volkes ausgeſchaltet.

Die Kinderfreudigkeit des deutſchen Volkes hat im Laufe des 19. Jahrhunderts immer ſtärker nachgelaſſen. Die meiſten Menſchen wollten ihr perſönliches gegenwärtiges Leben genießen, nicht die mühevolle Verantwortung für zukünftiges tragen. Immer mehr Menſchen blieben unverheiratet, immer mehr Ehen kinderlos, immer mehr hatten nur ein oder höchſtens zwei Kinder. Die Geburtenziffer ſank ſtändig und ſtürzte zuletzt. Da aber gleichzeitig die Sterbeziffer zurückging, vermehrte ſich das deutſche Volk trotzdem. Dieſe Vermehrung war aber nur Schein. Denn nicht die



Eheschließungen und Geburten 1930—1934

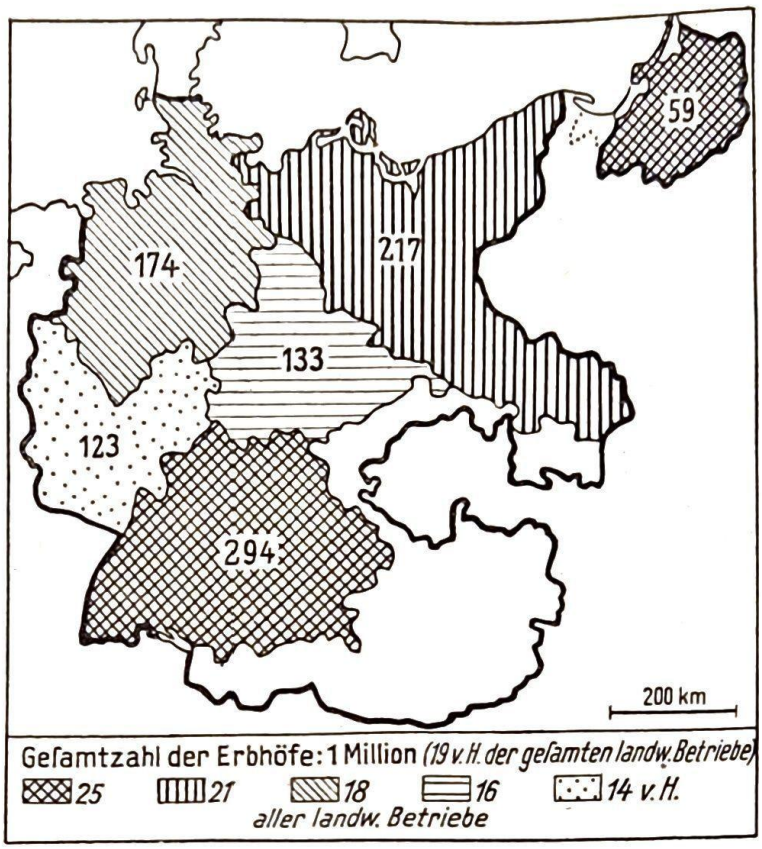
Jugend nahm zu, sondern das Alter. Das deutsche Volk ging einer „Vergreisung" entgegen. Die Lebenskraft, die Arbeits- und die Wehrfähigkeit sanken immer mehr. Der „Geburtenüberschuß" über die Todesfälle ist trügerisch; denn schließlich müssen alle, die geboren werden, auch sterben. Da selbst die beste Kunst der Ärzte das Leben nicht ins Unendliche verlängern kann, muß bei Anhalten des Geburtenrückgangs bald auch die reine Bevölkerungsziffer absinken. Wir waren bereits ein „Volk ohne Jugend", ein „sterbendes Volk".



Die Kinderzahl in Stadt und Land 1935

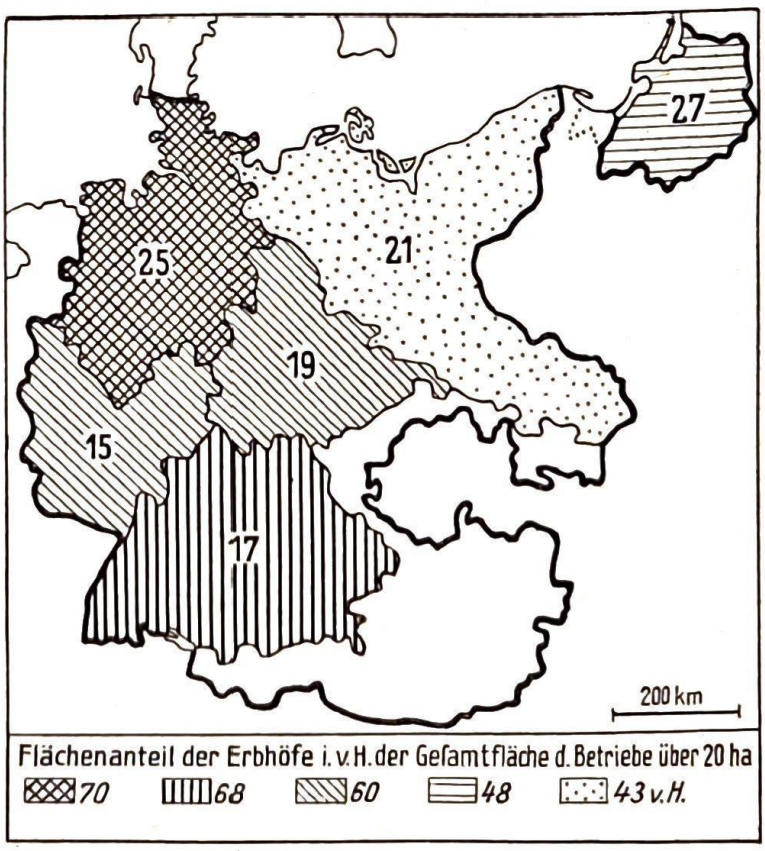
Auch hier will der Nationalsozialismus das Schicksal wenden. Ehestandsdarlehen sollen allen denen, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht heiraten können, die Eheschließung ermöglichen. Die Darlehen werden nur in geringen

Raten zurückgezahlt, und mit der wachsenden Zahl der Kinder vermindert sich die Restsumme ständig. Tatkräftig hat der nationalsozialistische Staat den „Kampf gegen den Volkstod" eröffnet, einen Kampf, den das „Rassepolitische Amt" der Partei und der „Reichsbund der Kinderreichen" in vorderster Front führen. Bereits 1933 ist die Zahl der Eheschließungen erheblich gestiegen, und auch die Zahl der Geburten hat sich jährlich erhöht: von 970000 im Jahre 1932 auf 1270000 im Jahre 1937. Entscheidend ist aber noch nicht, wie viele der neugeschlossenen Ehen das erste oder das zweite Kind, sondern wieviele das dritte, vierte oder fünfte bekommen. Eine Neuordnung der Einkommensteuer wird den sehr erheblichen Abstand, der bisher in der Lebens-



Zahlen: Erbhöfe in 1000

Verbreitung der Erbhöfe 1937



Zahlen: Durchschnittsgröße der Erbhöfe in ha

Größe der Erbhöfe 1937

haltung der kinderreichen Familien von denen der Kinderloſen und der Kinderarmen beſtand, wenigſtens etwas verringern. Beſonders Bedürftige können auf Antrag eine Sonderbeihilfe bekommen.

Von der Geburtenſchrumpfung ſind am ſtärkſten die ſozial höherſtehenden Kreiſe erfaßt, in die im allgemeinen gerade die Leiſtungsfähigſten aufgeſtiegen ſind und aus denen wiederum die Leiſtungsfähigſten hervorgehen. Sie wollen ihren Kindern — oder meiſt eben nur ihrem Kinde — die beſtmögliche Ausbildung angedeihen laſſen, um ihm die gleiche Lebenshaltung zu ſichern, und wollen ſelber durch die Ausgaben für mehrere Kinder nicht unter die Lebenshaltung ihrer kinderloſen oder kinderarmen Standes- und Berufsgenoſſen ſinken. Umgekehrt dagegen war es gerade bei den Menſchen mit vererbten körperlichen oder geiſtigen Leiden. Schwachſinnige oder ſonſtige Minderwertige hatten eine zwei- bis dreifache Geburtenzahl wie die geſunde deutſche Familie. Das ſenkte die Lebensfähigkeit unſeres Volkes von Geſchlecht zu Geſchlecht weiter herab. Der liberale Staat, der jeden Menſchen unabhängig von ſeinem raſſiſchen Wert gleichmäßig ſchätzte, pflegte alle dieſe unglücklichen Menſchen, die ihr Leiden immer weiter vererbten und damit vermehrten, ließ jedem einzelnen ſeine volle Fürſorge angedeihen, ohne Verſtändnis dafür, daß dadurch das Volk als Ganzes verkommen mußte. Kam um 1870 auf 14 ſchaffende deutſche Menſchen 1 Erbkranker in arbeitsfähigem Alter, der ſich nicht allein ernähren konnte, ſo war nach dem Weltkriege das Verhältnis nur noch 7:1! Von je 3 RM. Sozialabgaben (Kranken- und Invalidenverſicherung) jedes einzelnen arbeitenden Volksgenoſſen wurde 1 RM. für den Unterhalt dieſer Erbkranken verbraucht. „Es koſtete der Geiſteskranke etwa 4 RM. den Tag, der Verbrecher 3,50 RM., der Krüppel und Taubſtumme 5—6 RM. den Tag, während der ungelernte Arbeiter nur etwa 2,50 RM., der Angeſtellte 3,60 RM., der untere Beamte 4 RM. zur Verfügung haben" (Dr. Frick). Auch der nationalſozialiſtiſche Staat ſorgt für alle kranken und hilfloſen Volksgenoſſen. Aber er will nicht, daß dieſe Unglücklichen ihr Leiden weiter vererben und immer neue unglückliche Menſchen in die Welt ſetzen, die ſich und dem Volksganzen zur Laſt fallen. Deshalb verfügt das „Geſetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchſes": „Wer erbkrank iſt (ſchwach- oder irrſinnig, erbblind, erbtaub u. a.), kann durch chirurgiſchen

Eingriff unfruchtbar gemacht (steriliſiert) werden." Das („Nürnberger") „Erbgeſundheitsgeſetz" verbietet, daß jemand, der wegen Erbkrankheit unfruchtbar gemacht iſt, der an einer gefährlichen anſteckenden Krankheit (z. B. Schwindſucht) leidet, der entmündigt oder geiſtig geſtört iſt, eine Ehe mit einem Geſunden eingeht.

Ewige Kraftquelle des deutſchen Volkes iſt das deutſche Bauerntum. Der Liberalismus kannte die Landwirtſchaft lediglich als einen Wirtſchaftszweig, der den gleichen „Spielregeln kapitaliſtiſcher Marktordnungen" unterlag (Darré) wie alle andern Wirtſchaftsgebiete: denen der „Konkurrenzfähigkeit" und der „Rentabilität". Konnten wir aus Rußland oder aus Kanada billigeres Getreide beziehen, ſo mochte der deutſche Bauer zugrunde gehen. Der Nationalſozialismus dagegen ſieht im Bauerntum nicht eine Wirtſchafts-, ſondern eine Lebensform. „Was wir Volkstum, Volkskunſt, Volksweisheit nennen, iſt zum größten Teil Bauerntum, Bauernkunſt, Bauernweisheit." In ihnen äußert ſich eine unverwüſtliche Lebenskraft, „während, was die Stadtmode bringt, in wenigen Monden wieder vergeſſen iſt" (Darré). Aber nicht nur die Stadtmode, auch die Stadtfamilien ſind kurzlebig. Die Städte ſind nicht in der Lage, auch nur den zahlenmäßigen Beſtand des Volkes zu ſichern. Hier ſterben die Familien nach wenigen Geſchlechterfolgen aus. Ohne ſtändigen Zuzug vom Lande würden ſie ſchnell zuſammenſchrumpfen. Stadtluft erweiſt ſich als dem nordiſch beſtimmten Menſchen feindlich. Wir haben wieder „das Bauerntum als Lebensquell der nordiſchen Raſſe" erkannt (Darré). Auf dem Bauern ruht unſere Zukunft. Ihn will deshalb der Staat in ſeinem Beſtande auch weiterhin ſichern.

In der freien kapitaliſtiſchen Wirtſchaft war die Verſchuldung der Landwirtſchaft von 1924 bis 1932 von 3 auf 12 Milliarden geſtiegen. „Das bedeutet, daß für 12 Milliarden RM. heilige deutſche Heimaterde dem internationalen Leihkapital verpfändet war" (Darré). Das Reichserbhofgeſetz hat den Bauer wieder an ſeine Scholle gebunden, um ihm die nötige Lebensſicherheit zu geben. Ein Erbhof „muß mindeſtens die Größe einer Ackernahrung haben" (muß eine Familie ernähren können) und darf — in der Regel — „nicht größer ſein als 125 ha". Bauer iſt wieder ein Ehrenname geworden; denn „nur der Eigentümer eines Erbhofes heißt Bauer", alle anderen Beſitzer von forſt- oder landwirtſchaft-

lichen Betrieben sind Landwirte. Ein Erbhof darf weder verkauft noch verschuldet noch aufgeteilt werden. Er geht „ungeteilt an den Anerben über". Wer seinen Hof herunterwirtschaftet, dem kann die Bauernfähigkeit aberkannt werden. Verschuldete Großgrundbesitzer können entschuldet werden, wenn sie dafür größere Teile ihres Besitzes als Bauernland abtreten. Weiter wird neues Bauernland durch Urbarmachen von Mooren und Ödland gewonnen. So bleibt dem deutschen Volke ein fester bäuerlicher Kern erhalten. Nur der Bevölkerungsüberschuß des Landes fließt in die Städte ab. „Die Koppelung des besten deutschen Blutes mit dem deutschen Grund und Boden" ist wiederhergestellt (Darré). Die Verbindung von Blut und Boden sichert das Leben des deutschen Volkes.

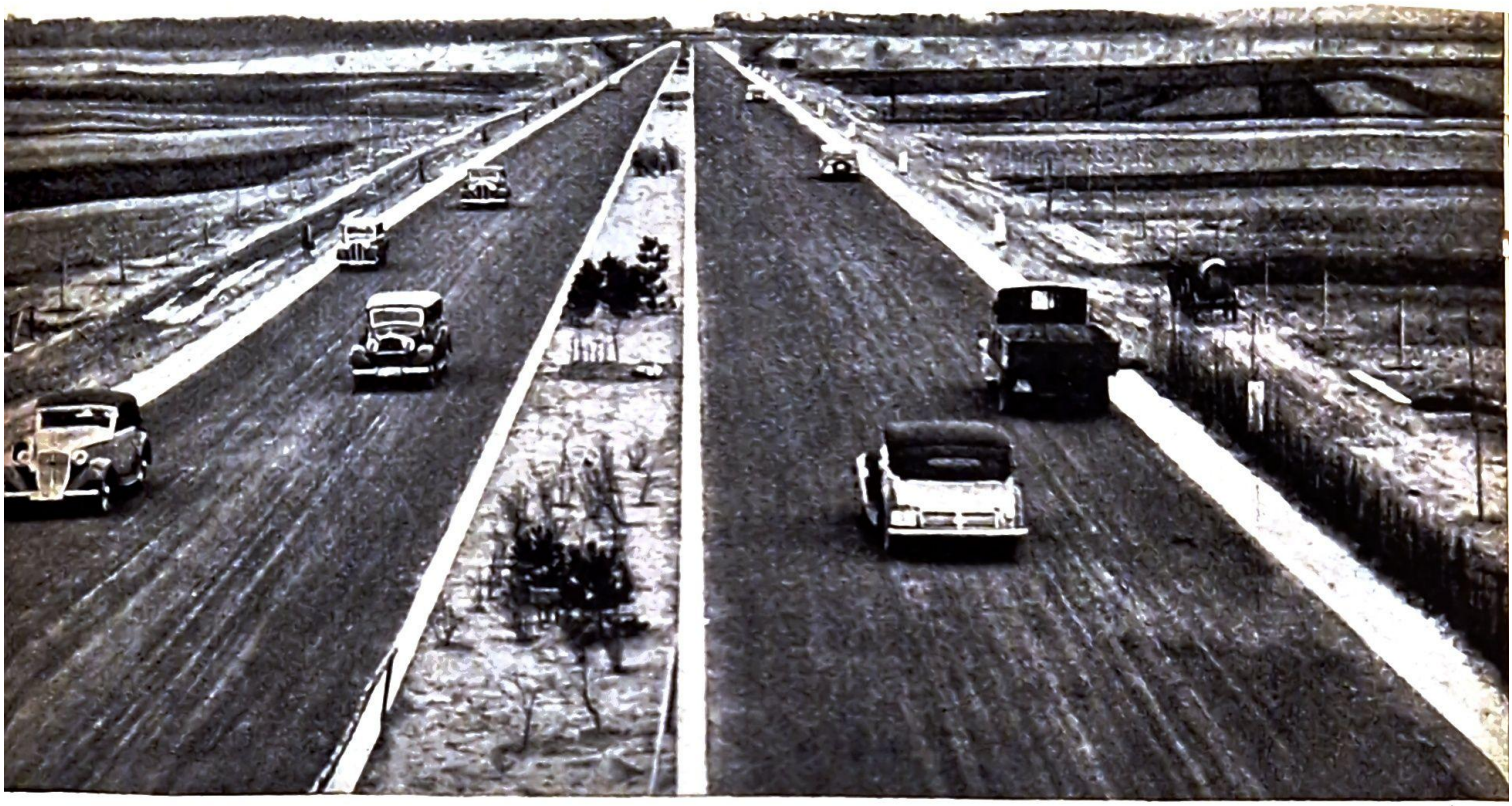
Im Dienste der völkischen Erneuerung steht auch die Kulturpolitik des Nationalsozialismus. — Wer die Bindungen alles Lebens an Gott leugnet, löst sich damit selber aus dem deutschen Volk. Im übrigen besteht in den Dingen der Religion volle Gewissens- und Glaubensfreiheit. Jeder kann sich einer christlichen oder nichtchristlichen Religionsgemeinschaft anschließen, soweit deren Lehren nicht etwa dem germanisch-deutschen Sittlichkeitsempfinden widersprechen. Um sich die völlige Unabhängigkeit zu wahren, lehnt es der Staat ab, ein bestimmtes Bekenntnis zur Staatskirche zu erklären. — An der Schaffung eines wahrhaft deutschen Rechts, das die letzten Reste des uns artfremden römischen Rechts wieder ausscheidet, wird gearbeitet. Zeitungsverleger und -schreiber sind nicht Privatmänner, die im Sinne einer liberalen „Pressefreiheit" veröffentlichen können, was sie wollen, auch wenn es zum inneren und äußeren Schaden des Volkes ist; sondern sie sind dem nationalsozialistischen Staat dafür verantwortlich, daß sie ihr Amt zum Besten des Volkes versehen. Auch ein Kunstwerk, das dem deutschen Volke öffentlich gezeigt werden soll, ist keine „private" Angelegenheit des Schöpfers, sondern eine durchaus völkische. Auch für die Kunst gilt der gleiche Grundsatz wie für die Religion: sie darf germanisch-deutschem Empfinden nicht widersprechen. Alle Kulturschaffenden in Schrifttum und Theater, in Musik und bildender Kunst, in Presse, Film und Funk sind in der Reichskulturkammer zusammengefaßt, die unter der Leitung des Reichspropagandaministers steht. Geboren aus der Haltung des Nationalsozialismus, ist das Ideal der neuen

Kunſt „männlich und heroiſch und frei von jeder verweichlichenden Sentimentalität“ (Dr. Goebbels).

Partei und Staat nehmen regſten Anteil an den Dingen der Kultur. Alljährlich am Tage der deutſchen Arbeit verleiht die Reichsregierung in einer Feſtſitzung der Reichskulturkammer den höchſten Staatspreis für das beſte Buch und den beſten Film des Jahres. Jedes Jahr wird in einer anderen Stadt oder Städtegruppe des Reiches eine Reichstheaterwoche veranſtaltet. Auf jedem Reichsparteitag ſpricht der Führer grundlegend über die Fragen deutſcher Kultur. München iſt zur Hauptſtadt der deutſchen Kunſt ernannt worden. Partei und Staat ſind die großen Auftraggeber, Anreger und Förderer der deutſchen Kunſt. Die Reichshauptſtadt, die Hauptſtadt der Bewegung, die Stadt der Reichsparteitage und andere Großſtädte werden nach großzügigen einheitlichen Plänen neu geſtaltet. Eindrucksvolle Neubauten ſind entſtanden: das Führergebäude und die beiden Ehrentempel am Königlichen Platz ſowie das Haus der Deutſchen Kunſt in München, die Kongreßhalle und das Reichsparteitaggelände in Nürnberg, das Reichsluftfahrtminiſterium und das Reichsſportfeld in Berlin. In den großen öffentlichen Gebäuden, in den Kaſernen und Fliegerhorſten, in den Gemeinſchaftsräumen der Betriebe und den Jugendherbergen ſind Baukunſt, Bildnerei und Malerei wieder wirklich in das unmittelbare Leben des Volkes hingeſtellt. „Was ſich auch die Völker im einzelnen an materiellen Gütern ſchaffen, iſt gänzlich unbedeutend gegenüber den Werten wahrer kultureller Leiſtungen“ (Adolf Hitler).

Der Umbau der Wirtſchaft

Bei der Machtübernahme hatte die Arbeitsloſigkeit 6 Millionen arbeitsfähige Menſchen ergriffen. Ein „Geſetz zur Verminderung der Arbeitsloſigkeit“ eröffnete (am 1. Juni 1933) die Arbeitsſchlacht. Der Staat erſchloß neue Arbeitsmöglichkeiten: Neubauten, Inſtandſetzungen, Ausbau der Gas-, Waſſer- und Stromverſorgung, Flußregelung, Siedlung. Steuererleichterungen regten den privaten Hausbau, die Auswechſlung alter Maſchinen und Werkzeuge an, die Eheſtandsdarlehen ſteigerten den Abſatz von Möbeln und Hausgerät, Steuerbefreiung den Kauf von Kraftfahrzeugen. Der Bau von zunächſt 6000 km Reichsautobahnen, zu dem der Führer ſelbſt den



Reichsautobahn

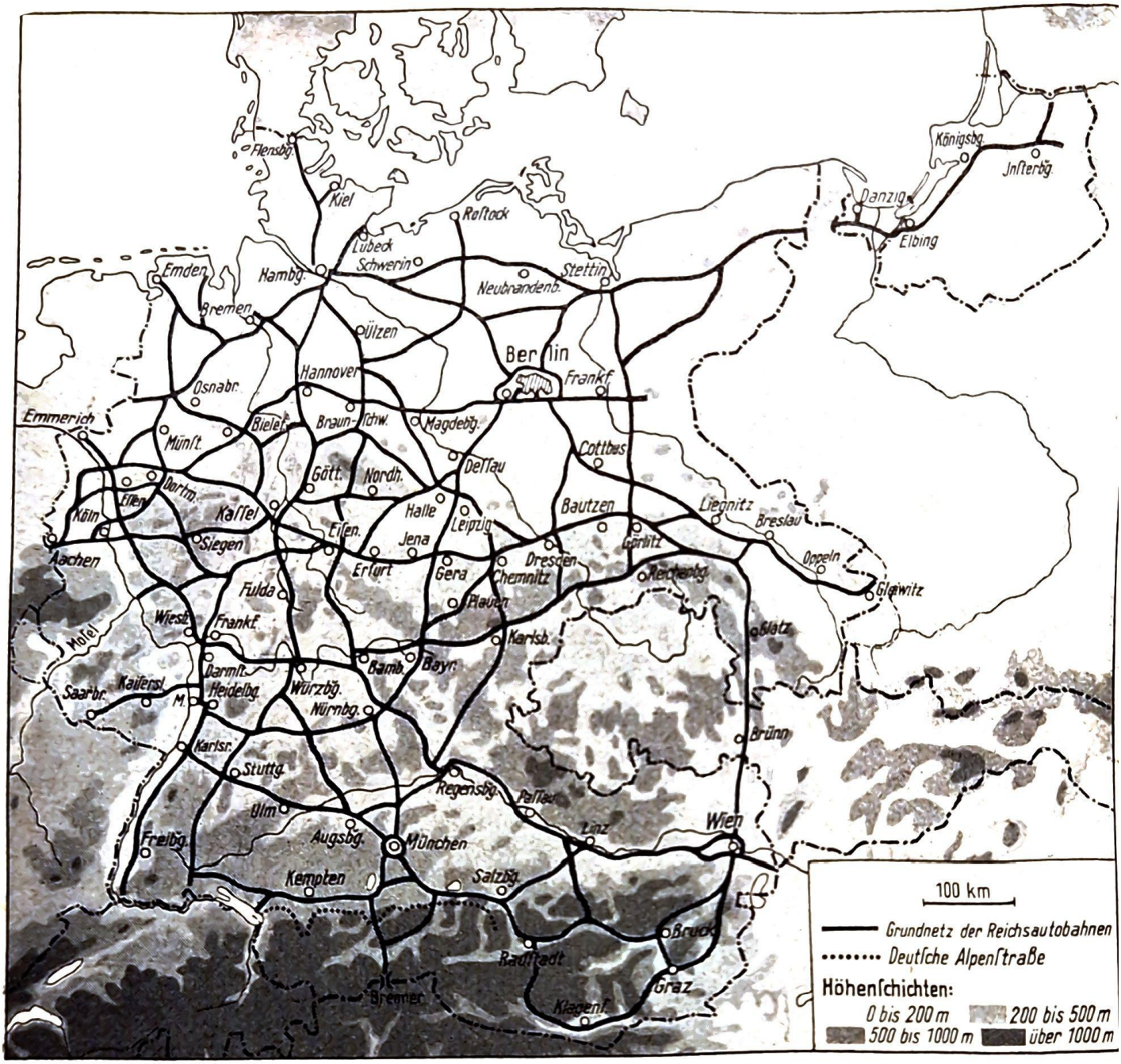
ersten Spatenstich tat, sollte ½ Million Menschen 6 Jahre lang beschäftigen. Inzwischen ist das Bauprogramm wesentlich erweitert worden. Mehrbeschäftigung bedeutet aber Mehrverdienst, bedeutet Mehrverbrauch, bedeutet erneute Mehrbeschäftigung. Viele stillgelegte Betriebe konnten erneut geöffnet werden. Bereits am Ende des ersten Jahres war jeder dritte Erwerbslose wieder in Arbeit und Brot gebracht, war das Volkseinkommen um rund 1 Milliarde RM. gestiegen. Gut 4½ Jahre nach der Machtübernahme war die Arbeitslosenziffer auf weniger als ½ Million gesunken. Die nationalsozialistische Aufbauarbeit auf allen Gebieten wandelte den Arbeitsmangel in einen Arbeitermangel. Um ihm zu begegnen, wurden die Schulzeit der Oberschulen und die Lehrzeit verkürzt, die tägliche Arbeitszeit verlängert. Wirtschaftlich entbehrliche Berufe wurden verboten, ihre Vertreter einer nützlichen Beschäftigung zugeführt. Auch die umfangreiche Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte kann den Mangel nicht beheben, so daß noch Hunderttausende ausländische Arbeiter beschäftigt werden müssen. Da es vor allem an tüchtigen gelernten Facharbeitern fehlt, wird die Jugend zu höchster Leistungssteigerung angefeuert. Jährlich führen Deutsche Arbeitsfront und Hitlerjugend den Reichsberufswett-

kampf aller Schaffenden als ein „Olympia der Arbeit" durch. Die Reichssieger werden am 1. Mai durch den Führer selbst geehrt. Die ersten fünf Jahre nationalsozialistischer Aufbauarbeit haben das Volkseinkommen von 45,2 Milliarden RM. auf 68 Milliarden, also um 50 v. H. erhöht, während die Lebenshaltungskosten nur um 4 v. H. gestiegen sind. Die vermehrten Einkommen und Umsätze führten zu erhöhten Steuereinnahmen, trotz tatsächlicher Senkung im einzelnen. In den Jahren 1933—38 haben sich die Reichseinnahmen mehr als verdoppelt (von 6,6 Milliarden RM. 1932 auf 14 Milliarden RM. 1937). So bekommt der Staat allmählich wieder das Geld zurück, das er anfangs für die Wirtschaftsankurbelung sich hat borgen müssen.

Denkmal vom Beginn der Arbeitsschlacht

Das wirtschaftliche Endziel des Nationalsozialismus ist es, die alte kapitalistische Wirtschaft des Liberalismus von Grund auf umzuformen. Eine neue Wirtschaftsgesinnung soll vor allem zur Brechung der Zinsknechtschaft führen, wie es der wirtschaftliche Kernpunkt des Parteiprogramms fordert. Die planvolle Nationalwirtschaft der ersten 5 Jahre hat die Herrschaft des Kapitalzinses bereits ganz entscheidend geschwächt: der Zinssatz für kurzfristige Anleihen ist von durchschnittlich 6,23 v. H. im Jahre 1923 auf durchschnittlich 2,93 v. H. im Jahre 1937 gesenkt, der Satz für langfristige Anleihen von 8,8 v. H. auf 4,5 v. H.

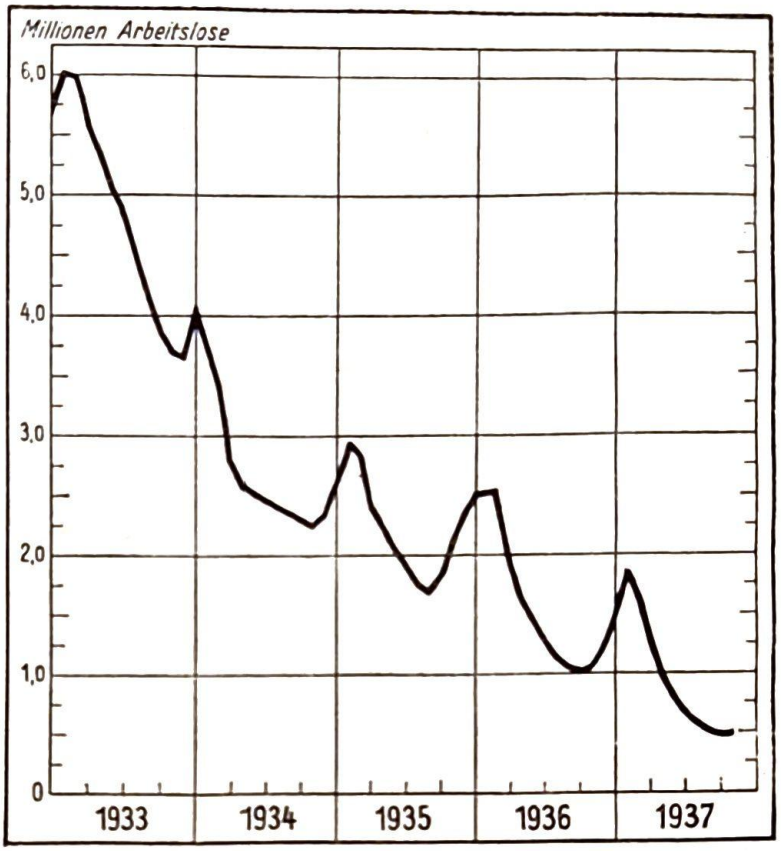
Die gesteigerte deutsche Industrietätigkeit erfordert vermehrte Einfuhr an Rohstoffen, vor allem an Erzen und an Faserstoffen (Wolle und Baumwolle). Einfuhr kann aber immer nur bezahlt werden durch Ausfuhr. Ein regerer deutscher Außenhandel käme daher zwar auch allen andern Staaten zugute, aber gegenüber dem neuen Deutschland sperren sich die meisten auch wei-



Das Netz der Reichsautobahnen vor Beginn des Polenfeldzuges

terhin ab; nicht ohne Einfluß der internationalen Judenschaft, die den Nationalsozialismus wegen seiner völkischen Grundhaltung auf die Knie zwingen will. Deutschland muß daher sehen, sich soweit wie möglich von fremder Einfuhr unabhängig zu machen. Vor allem in der Lebensmittelversorgung. Dazu ist der Reichsnährstand geschaffen, der alle deutschen Bauern, Gärtner, Fischer, Forstleute, Müller, Lebensmittelhändler zusammenfaßt. Hier gilt nicht mehr der kapitalistische Wettbewerb und die freie Preisbildung, die sich nach der jeweiligen Wirtschaftslage, der „Konjunktur" richtet und von der Börse diktiert wird; denn „der Nationalsozialismus steht auf dem Standpunkt, daß es ein Ver-

brechen ist, mit den Nahrungsmitteln des Volkes Wucher zu treiben"(Darré). Daher tritt „an die Stelle wilder, durch Spekulation noch übertriebener Preisschwankungen für die wichtigsten Nährgüter der von der staatlichen Autorität überwachte feste Preis. Er allein ermöglicht gleichzeitig eine Steuerung der Erzeugung selbst und eine planvolle Lenkung auf diejenigen Erzeugnisse, an denen die Volkswirtschaft Mangel hat" (Darré). Der Staat regelt den Anbau nach den Bedürfnissen des deutschen Volkes und verbürgt damit auch den Absatz. Wer irgendwie in der Landwirtschaft arbeitet, treibt kein Privatgeschäft, sondern übernimmt eine völkische Pflicht: die Ernährung des deutschen Staatsvolkes. Die Lenkung der deutschen Ernährungswirtschaft durch den Reichsnährstand führte zu großen Erfolgen der „Erzeugungsschlacht". Die Jahre 1938 und 1939 brachten so reiche Getreideernten, daß als Lagerräume Turnhallen und Tanzböden zu Hilfe genommen werden mußten. Die Steigerung der Erzeugung ist eine politische Notwendigkeit: „Die Ernährung des deutschen Volkes muß so sichergestellt werden, daß kommen mag, was will. Und wenn dieses Deutsche Reich von lauter Feinden umspannt würde — zu essen muß es haben, und wenn ein Krieg dreißig Jahre dauert" (Göring). Neusiedlung, Urbarmachen von Sümpfen und Ödland soll die Ernährungsgrundlage verbreitern.



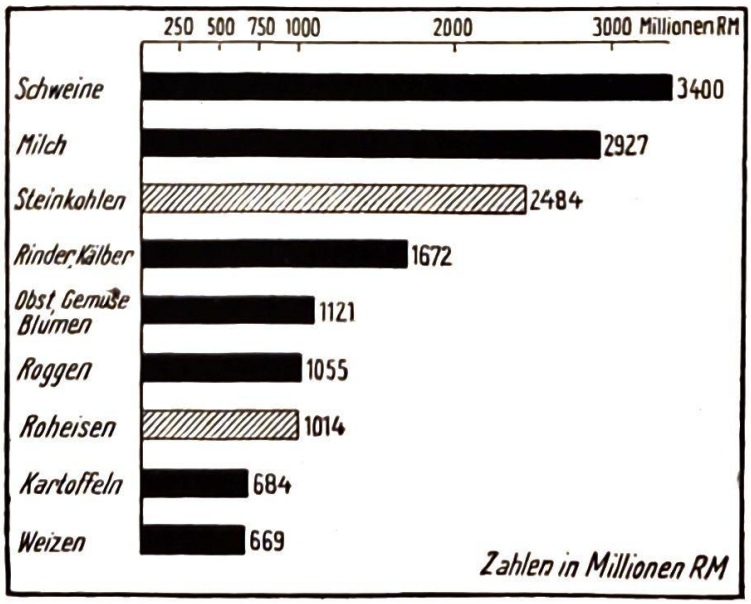
Der Rückgang der Arbeitslosigkeit

Zur Ergänzung der Lebensmittel und zur Versorgung mit Rohstoffen schließt das Reich Handelsverträge auf Gegenseitig-

keit, die mit dem jeweiligen Vertragslande Art und Menge von Einfuhr und Ausfuhr im einzelnen festlegen. Ein Außenhandelsrat regelt den gesamten Außenhandel, damit nicht unerwünschte Einfuhr die deutsche Wirtschaftspolitik stört, die darauf gerichtet ist, das deutsche Volk mit allem Nötigen zu versorgen.

Um Deutschland in der Versorgung mit lebenswichtigen Rohstoffen auf sich selbst zu stellen, hat der Führer auf dem Reichsparteitag von 1936 einen neuen Vierjahresplan verkündet: „In vier Jahren muß Deutschland in allen jenen Stoffen vom Ausland gänzlich unabhängig sein, die irgendwie durch die deutsche Fähigkeit, durch unsere Chemie und Maschinenindustrie sowie durch unseren Bergbau selbst beschafft werden können." Wenn wir die Baumwolle durch bodeneigene Faserstoffgewebe ersetzen, Benzin aus deutscher Kohle gewinnen, Gummi auf chemischem Wege herstellen, dann kann der Erlös aus der deutschen Ausfuhr dazu verwandt werden, zusätzliche Lebensmittel und andere wichtige Rohstoffe — vor allem Erze — einzuführen. Die Ausführung des Vierjahresplanes hat der Führer dem unbändigen Willen Hermann Görings übertragen, der kein Unmöglich kennt.

Dadurch, daß das Ausland sich gegen deutsche Waren wehrt, verhindert es, daß wir ausländische Zahlungsmittel, Devisen, bekommen. Nach den neuen deutschen Handelsverträgen werden daher Ein- und Ausfuhr nicht mehr bezahlt, sondern gegeneinander aufgerechnet über eine besondere Verrechnungsstelle. Nur die deutsche Firma bekommt überhaupt Devisen zugeteilt, die für die Abschließung eines Einfuhrgeschäftes vorher die staatliche Genehmigung eingeholt hat. Da wir nicht genügend Devisen mehr haben, können wir auch die durch die Reparationszahlungen entstandenen Auslandsschulden nicht mehr verzinsen, ge-



Der Geldwert der bäuerlichen und der bergmännischen Erzeugung 1928/29

ſchweige denn tilgen. Die Reichsbank hat daher die Zahlungen in Deviſen im weſentlichen einſtellen müſſen. Die Zinſen werden meiſt nur noch in Reichsmark gezahlt, müſſen alſo von den Auslandsgläubigern in deutſchen Waren angelegt oder auf Deutſchlandreiſen verbraucht werden.

Der Mangel an Deviſen hat auch die Währungsgrundlage verändert. Bisher mußten die deutſchen Banknoten (das „Papiergeld") zu 40 v. H. „gedeckt" ſein durch Gold oder Deviſen. Je mehr der Weltmarkt aber zuſammenſchrumpfte, deſto mehr ſchrumpften auch die Deviſenbeſtände. Von Juli 1931 bis Ende April 1934 ging der Deviſenbeſtand von 3 Milliarden RM. auf ½ Milliarde RM. zurück; bis Ende Februar 1935 auf 84 Millionen. Da aber nach dem Bankgeſetz das Inlandgeld im weſentlichen von der Menge des vorhandenen Auslandgeldes abhing, ſchrumpften auch die Binnenzahlungsmittel. Die nationalſozialiſtiſche Wirtſchaftspolitik aber geht nicht vom Weltmarkt aus, ſondern vom Binnenmarkt, macht nicht die Volkswirtſchaft abhängig von der Weltwirtſchaft, ſondern will zunächſt einmal die eigene Volkswirtſchaft aufbauen. Zu dieſem Zweck iſt auch das Notengeſetz geändert. Die Reichsmark iſt fortan nicht mehr allein durch Gold und Deviſen gedeckt, ſondern vor allem durch Inlandswerte: beſonders durch öffentliche Schuldverſchreibungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden. Das Ziel der geſamten neuen Wirtſchaftspolitik iſt: „durch innere Marktordnung zur Außenhandelsfreiheit und damit zur friedlichen Zuſammenarbeit und geſteigerten Wohlfahrt aller Völker, die guten Willens ſind" (Darré).

VI. Die Erneuerung des Reiches

Um Freiheit, Frieden, Ehre

„Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den andern Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain", sagt der zweite Punkt des Programms der NSDAP. Aber die außenpolitischen Ziele sind naturgemäß schwerer zu erreichen als die innenpolitischen. Zunächst verschlechtert eine Revolution meist die außenpolitische Lage des revolutionären Landes. Das Ausland sieht mißtrauisch auf den „Unruheherd", weil es nicht weiß, wohin das alles gehen wird. Und ist gar das Volk in der Revolution aufgebrochen, um seine Freiheit zu erringen, so ist es doppelt mißtrauisch. Denn siegt die Revolution nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich, d. h. werden alle, die einst abseits oder gar auf der andern Seite standen, nicht nur „gleichgeschaltet", sondern durch die Leistungen des neuen Staates überzeugt und gewonnen, so muß diese innere Einheit, die keine Kräfte mehr im innenpolitischen Kampfe bindet, zu einer außenpolitischen Stärkung führen. Diese Stärkung aber fürchtet naturgemäß der äußere Gegner und versucht, die Zeit für sich zu nutzen. Dazu kommt, daß die Revolutionsflüchtlinge, die Emigranten, im Auslande durch übertriebene und frei erfundene Berichte gegen ihren früheren Staat wühlen und dabei die Unterstützung des mächtigen internationalen Judentums finden.

„Hitler, das ist der Krieg!" Das war die Meinung des Auslandes bei der Machtübernahme. Die Stimmung erhitzte sich so, daß bereits Anfang Mai 1933 ein englischer Minister von Vergeltungsmaßnahmen (Sanktionen) gegen Deutschland sprach und die französische Presse einen Vorbeugungskrieg (Präventivkrieg) forderte, daß Frankreich die Besatzungen seiner Grenzfestungen verstärkte und im Südelsaß eine Probemobilmachung veranstaltete. Da entspannte eine Erklärung des Führers vor dem Reichstage die Lage (17. Mai 1933). „Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwa bessere zu setzen. Im Gegenteil! ... Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheiten und eine neue Wirtschaftsnot würden die Folge sein. Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne

Ende aber müßte zum Zuſammenbruch der heutigen Geſellſchafts- und Staatenordnung führen ... Es iſt der tiefernſte Wunſch der nationalen Regierung des Deutſchen Reiches, eine ſolche unfriedliche Entwicklung durch eine aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern."

Das Elend der Nachkriegsjahre rührte zum großen Teil her von dem unglückſeligen Verſailler Diktat. „Die tiefſte Wurzel dieſes Elends aber liegt in der Zerreißung der Welt in Sieger und Beſiegte"; eine Tatſache, die ſich am ſchlimmſten auswirkt „in der erzwungenen Wehrloſigkeit eines Teils der Nationen gegenüber den überſteigerten Rüſtungen der andern". Dabei wäre Deutſchland „ohne weiteres bereit, ſeine geſamte militäriſche Einrichtung überhaupt aufzulöſen und den kleinen Reſt der ihm verbliebenen Waffen zu zerſtören, wenn die anliegenden Nationen ebenſo reſtlos das gleiche tun. Wenn aber die andern Staaten nicht gewillt ſind, die im Friedensvertrag von Verſailles auch ſie verpflichtende Abrüſtung durchzuführen, dann muß Deutſchland zumindeſt auf der Forderung ſeiner Gleichberechtigung beſtehen". Dieſe Gleichberechtigung wurde aber in Genf nicht gewährt. Ja, während man früher (Dezember 1932) die deutſche Forderung grundſätzlich anerkannt hatte, ſo erklärte der engliſche Außenminiſter dies nun für ungültig, da die „Gleichberechtigung einem andern als dem nationalſozialiſtiſchen Deutſchland verſprochen" ſei. Deutſchland antwortete damit, daß es ſeinen Austritt aus dem Völkerbund erklärte (14. Oktober 1933). Eine Volksabſtimmung (12. Nov. 1939) ſollte dem Führer und dem Auslande Klarheit verſchaffen über die Meinung des deutſchen Volkes in dieſer Ehren- und Lebensfrage. 40,6 Millionen (gegen 2,1 Millionen bei 45,1 Millionen Stimmberechtigten) ſtellten ſich hinter die Politik der Reichsregierung. Seit den Auguſttagen von 1914 ſtand zum erſten Male wieder das ganze deutſche Volk in einer außenpolitiſchen Frage zuſammen; denn auch die Auslanddeutſchen begrüßten den deutſchen Entſchluß.

Die Abſage an den Völkerbund bedeutete eine Abſage an das internationale Staatenparlament in Genf. Statt deſſen wollte der Führer verhandeln von Macht zu Macht. So ſchloß er mit Polen einen Zehnjahresvertrag, in dem ſich Polen und das Reich verpflichteten, „ſich in den ihre gegenſeitigen Beziehungen betreffenden Fragen ... unmittelbar zu verſtändigen" (Januar 1934).

Panzerwagen der neuen Wehrmacht

Da sämtliche ausländischen Mächte entgegen der auch sie bindenden Versailler Abrüstungsverpflichtung ihre Rüstungen ständig steigerten, mußte der „unwürdige wie letzten Endes bedrohliche Zustand der ohnmächtigen Wehrlosigkeit des Volkes der europäischen Mitte beendet werden." Als England eine neue Erhöhung seiner Rüstungen mit der deutschen „Wiederaufrüstung" begründete (4. März 1935) und Frankreich unter Berufung auf eine deutsche „Überfallgefahr" die zweijährige Dienstzeit wieder einführte (15. März), da beantwortete die nationalsozialistische Reichsregierung (am 16. März 1935) den dauernden Bruch des Versailler Vertrages durch die „Siegermächte" damit, daß sie die Allgemeine Wehrpflicht wieder einführte: „aus eigener völkischer Kraft und nicht in einem Schachergeschäft mit den Urhebern des Versailler Diktats oder der Mißgeburt des Völkerbundes zu Genf" (Ludendorff). „Wehrpflicht ist Ehrendienst am deutschen Volke. Jeder deutsche Mann ist wehrpflichtig. Im Kriege ist über die Wehrpflicht hinaus jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet." Die Wehrpflicht dauert vom 18. bis zum 45. Lebensjahr. Arische Abstammung und die Erfüllung eines halbjährigen Arbeitsdienstes sind die Voraussetzungen für den aktiven Dienst, der für alle ohne Ausnahme und ohne Vorrechte zwei Jahre

dauert. Oberſter Befehlshaber der Wehrmacht iſt der Führer und Reichskanzler. Sie gliedert ſich in Heer, Marine und Luftwaffe. „Die Wahrung der Ehre und Sicherheit des deutſchen Reiches“ iſt „wieder der eigenen Kraft der deutſchen Nation anvertraut“.

Zwar erklärte der Völkerbund, das Deutſche Reich „habe gegen die Pflicht, die allen Mitgliedern der internationalen Gemeinſchaft auferlegt iſt, verſtoßen, nämlich die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten“, und verurteilte „jede einſeitige Aufkündigung der internationalen Verpflichtungen“ (ohne an die Nichtachtung der Abrüſtungsverpflichtung durch die andern zu erinnern); aber zwei Monate ſpäter (Juni 1935) ſchloß England mit dem Reiche ein Flottenabkommen und erkannte damit die deutſche Aufrüſtung als Tatſache an. Das Abkommen brachte die deutſche Kriegsmarine zu der engliſchen in das feſte Verhältnis von 35 : 100, machte alſo jede deutſche Auf- oder Abrüſtung zur See von den gleichen Maßnahmen Englands abhängig. Mit der Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht fiel im Norden, Oſten und Süden der deutſche Wehrraum wieder mit dem Staatsgebiet des Reiches zuſammen. Nur im Weſten hatte Deutſchland ſeine in Verſailles weit zurückverlegte Wehrgrenze durch den Rheinpakt von Locarno noch einmal ausdrücklich anerkannt. Frankreich aber hatte den deutſch-polniſchen Vertrag, der Deutſchland aus dem franzöſiſch-polniſchen Zangengriff befreite, damit beantwortet, daß es der Sowjetunion den Weg in den Völkerbund öffnete (September 1934). Um die Zange wiederherzuſtellen, ſchloß es mit den Sowjets ein Militärabkommen, das die beiden Mächte zu gegenſeitiger Hilfe verpflichtete, auch wenn der Völkerbundsrat noch nicht über den „Angreifer“ entſchieden habe. Mit dieſem Wehrbündnis handelte Frankreich ſo, „als ob weder die Völkerbundsſatzung noch der Rheinpakt, der auf die Satzung Bezug nimmt, in Geltung wären“ (Hitler). Deshalb erklärte der Führer vor dem deutſchen Reichstage, auch für Deutſchland habe damit der Locarnopakt ſeine Gültigkeit verloren, und ſtellte „die volle und uneingeſchränkte Souveränität des Reiches in der demilitariſierten Zone des Rheinlandes“ wieder her (7. März 1936). Vor 18 Jahren hatten die deutſchen Truppen, abgekämpft und ausgezehrt, geſenkten Hauptes in trüben Novembernebeln die Rheinbrücken überſchritten, jetzt zogen junge deutſche Regimenter blumengeſchmückt, umjubelt von der Bevölkerung, umrauſcht vom Wirbel

der Trommeln, von den vollen Klängen der Kirchenglocken, in festem Marschtritt wieder „zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein, wir alle wollen Hüter sein!“ Nach dreijähriger nationalsozialistischer Führung in der Außenpolitik war der Kampf um die Gleichberechtigung des Deutschen Reiches abgeschlossen. „In dieser geschichtlichen Stunde, da in den westlichen Provinzen des Reiches deutsche Truppen soeben ihre künftigen Friedensgarnisonen beziehen, vereinigen wir uns alle ... zu dem Schwur, vor keiner Macht und vor keiner Gewalt in der Wiederherstellung der Ehre unseres Volkes zurückzuweichen und lieber der schwersten Not ehrenvoll zu unterliegen, als jemals vor ihr zu kapitulieren“ (Adolf Hitler).

Die Wiederherstellung der Wehrhoheit im gesamten Reichsgebiet verband der Führer mit einem großen Friedensplan. Schon wiederholt hatte er, „um mit dem französischen Volke zu einem wahren Frieden und zu einer wirklichen Freundschaft zu kommen“ und den tausendjährigen Kampf um den Rhein abzuschließen, auf eine politische Rückgliederung des Elsaß und Deutsch-Lothringens verzichtet. Nach der Rückkehr der Saar werde „das Deutsche Reich keine territorialen Forderungen mehr an Frankreich stellen“. Jetzt bot er für das Deutsche Reich als einer völlig gleichberechtigten Macht Frankreich einen Nichtangriffspakt für 25 Jahre an. Um dem Auslande zu zeigen, daß das deutsche Volk in all diesen Fragen geschlossen hinter der Reichsregierung steht, hat der Führer nach der Besetzung des Rheinlandes die Zustimmung des Volkes erbeten in der Form einer Neuwahl des nationalsozialistischen Reichstages. Bei einer Wahlbeteiligung von 98,95 v. H. sind dabei fast 44400000 für den Führer und die von ihm ernannten Mitarbeiter — und nur 543000 dagegen — gezählt worden!

Die Internationalisierung der deutschen Ströme wurde aufgehoben, Reichsbahn und Reichsbank wieder unter deutsche Hoheit genommen, und am vierten Jahrestag der Machtübernahme verkündete der Führer in seiner Rede vor dem Deutschen Reichstage dem deutschen Volk und der Welt: „Ich ziehe ... die deutsche Unterschrift feierlichst zurück von jener damals einer schwachen Regierung wider deren besseres Wissen abgepreßten Erklärung, daß Deutschland die Schuld am Kriege besitze!“ Damit war das Versailler System zerbrochen. Nur die von diesem Diktat gesetzten Grenz-

pfähle ſtanden zum Teil auch weiterhin auf volks- und reichsdeutſchem Boden, und die deutſchen Kolonien waren noch Mandate der Genfer Staatengeſellſchaft. Doch in mehreren großen Reden meldete der Führer als nächſte deutſche außenpolitiſche Forderung die Rückgabe unſerer alten Kolonien an: die Rücknahme der kolonialen Schuldlüge und die Wiedergutmachung des Unrechts von Verſailles. „Deutſchland hat niemals Kolonien gefordert zu militäriſchen Zwecken, ſondern ausſchließlich zu wirtſchaftlichen ... Alſo wird die Forderung nach Kolonien in unſerem ſo dicht beſiedelten Land als eine ſelbſtverſtändliche ſſch immer wieder erheben“ (Hitler).

Trotz den wiederholten Friedensverſicherungen des Führers, trotz dem Verſtändigungsabkommen mit Polen und der Anerkennung der Verſailler Staatsgrenzen von Frankreich und Belgien, die dieſe Verſicherungen als ernſtgemeint erwieſen, ebbte das Mißtrauen und die ausländiſche Preſſehetze gegen das nationalſozialiſtiſche Reich in keiner Weiſe ab. Im Bewußtſein unſeres Rechts und unſerer Stärke konnte aber der Führer 5 Jahre nach der Machtübernahme — 3 Jahre nach Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht — der Welt verkünden: „So ſehr wir am Frieden hängen, ſo ſehr hängen wir an unſerer Ehre und an den unveräußerlichen Rechten unſeres Volkes ... Und ſo ſehr ich der Welt die Verſicherung von der aufrichtigen und tiefen Friedensliebe des deutſchen Volkes übermitteln kann, ebenſowenig aber möchte ich einen Zweifel daran laſſen, daß dieſe Friedensliebe weder mit ſchwächlichem Verzicht, noch gar mit ehrloſer Feigheit etwas zu tun hat. Sollte jemals internationale Hetze und Brunnenvergiftung den Frieden unſeres Reiches brechen, werden Stahl und Eiſen das deutſche Volk und die deutſche Heimat unter ihren Schutz nehmen! Und die Welt würde dann blitzſchnell ſehen, wie ſehr dieſes Reich, Volk, Partei und Wehrmacht von einem Geiſte erfüllt und in einem Willen fanatiſiert ſind!“

Das Verſailler Syſtem beruhte auf der Entmachtung und Zerreißung Deutſchlands und auf der Vorherrſchaft, die England und Frankreich mit Hilfe ihrer Rüſtungen, ihres Geldes und ihrer Genfer Staatengeſellſchaft über dem zertrümmerten Mitteleuropa errichtet hatten. Die Wiederaufrüſtung Deutſchlands und die Beſetzung des Rheinlandes änderten Geſicht und Gewicht Mitteleuropas von Grund auf. Durch das Bündnis mit den Sowjets und deren Aufnahme in den „Völkerbund" hat Frankreich verſucht, ſeine Verſailler Vorherrſchaft neu abzuſtützen. Ein neuer feſter Ring ſollte das Reich einpreſſen und dem deutſchen Volk die Lebensluft nehmen. Die Tſchecho-Slowakei hatte ſich dem Militärbündnis der beiden Mächte ſoweit angeſchloſſen, daß es die Anlage ruſſiſcher Flugplätze in Böhmen und Mähren geſtattete. So war ſie zum „Flugzeugmutterſchiff Sowjetrußlands" geworden.

Um den neuen Einkreiſungsring zu ſprengen und der Ausbreitung des Kommunismus einen Damm entgegenzuſetzen, näherte ſich Deutſchland vor allem Italien. Es beteiligte ſich nicht an den „Sanktionen", die der Völkerbund unter Führung Frankreichs in der Form der Einfuhrſperre von kriegswichtigen Dingen gegen Italien verhängte, als dieſes ſich Abeſſinien eroberte. In verſchiedenen Abmachungen unterſtrichen die beiden Regierungen ihre Abſicht, „ihre gemeinſame Tätigkeit auf die Förderung des allgemeinen Friedens und Wiederaufbaus zu richten" (Oktober 1936). Schon die Beſetzung der entmachteten Rheinzone geſchah mit unter der wohlwollenden Deckung der „Locarnomacht" Italien.

Dem engliſch-franzöſiſchen Einkreiſungsſyſtem ſtellten Adolf Hitler und Muſſolini die Achſe „Berlin-Rom" entgegen. Die Fühlungnahme der beiden Staaten iſt durch perſönliche Beſuche und Gegenbeſuche der beiden Staatsmänner und der anderen führenden Perſönlichkeiten des Reiches und Italiens immer enger geſtaltet worden. Als Antwort auf „den verbrecheriſchen Verſuch, das italieniſche Volk abzuwürgen", erklärte Muſſolini den Austritt Italiens aus dem Völkerbund (1937), da dieſer „beherrſcht wird von geheimen Kräften, die Italien und unſerer Revolution feindlich geſinnt ſind. Das Reich unterſtrich dieſen Entſchluß

Der Führer

durch eine amtliche Erklärung, daß „eine Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund niemals mehr in Betracht kommen wird". „Wir sind nicht im Völkerbund", erklärte der Führer, „weil wir glauben, daß er nicht eine Institution des Rechts, sondern eher noch eine Einrichtung zur Verteidigung des Versailler Unrechts ist." Wir treten deshalb niemals wieder ein, „weil wir nicht die Absicht haben, uns an irgendeiner Stelle der Welt durch einen Mehrheitsbeschluß des Völkerbundes für die Verteidigung des Unrechtes einspannen zu lassen". Wir denken aber überhaupt nicht daran, „die deutsche Nation in Konflikte verwickeln zu lassen, an denen sie nicht selbst interessiert ist".

Das gemeinsame Vorgehen des Reiches und Italiens erschütterte den englisch-französischen Machtbau weiter. Südslawien schloß mit Italien einen Adriapakt, in dem beide Staaten sich ihre Grenzen gegenseitig verbürgen. Dadurch wurde das französische Gefüge im Donaurum — die „Kleine Entente" — stark gelockert. Rumänien, das schon bereit war, den Sowjetflugzeugen das Überfliegen seines Staates zu gestatten und dadurch den französisch-sowjetischen Ring um Deutschland zu schließen, trat diesem Einkreisungspakt nicht bei. Belgien löste sich sogar von seiner Verpflichtung aus dem Locarnovertrag (1937). Es wurde wieder ein neutraler Staat, und das Reich erklärte, es werde die Unverletzlichkeit des belgischen Staatsgebiets in den Versailler Grenzen achten. Mit der Verständigung von Macht zu Macht hat Deutschland Europa ein Vorbild für eine wirksame Friedenssicherung gegeben.

In Spanien schlossen sich die bürgerliche Linke und die Sozialdemokratie mit den Kommunisten zu einer einheitlichen „Volksfront" zusammen und schickten sich an, das Land in eine linksradikale Republik zu verwandeln (1936). Auch hier liefen die deutsche und die italienische Politik in der gleichen Richtung. Als der General Franco von Marokko her zu einem nationalen Gegenstoß ansetzte, den gesamten Süden und Westen Spaniens in seine Hand brachte und bereits in den Vorstädten von Madrid focht, da erkannten Deutschland und Italien die nationale Regierung Spaniens amtlich an. Gemeinsam mühten sie sich, einen allgemeinen „Nichteinmischungs"-Vertrag zustande zu bringen. Der sollte verhindern, daß die Volksfront-Regierung von irgendwelchen einem nationalen Spanien feindlich gesinnten Mächten weiter mit Waffen und

Munition, mit Geſchützen und Flugzeugen, mit Militärberatern und Freiwilligen unterſtützt würde. Dieſe deutſch-italieniſche Zuſammenarbeit ſpornte das nationale Spanien an, weiter zu kämpfen bis zur endgültigen Befreiung (1939). Dabei haben deutſche und italieniſche Freiwillige an hervorragender Stelle mitgefochten.

In Oſtaſien war die zu China gehörende Äußere Mongolei in eine Sowjetrepublik verwandelt worden, und kommuniſtiſche Einflüſſe wirkten auch im übrigen China. Um dagegen ein feſtes Bollwerk zu ſchaffen, ging Japan von Mandſchukuo aus in der Inneren Mongolei vor. Da die chineſiſche Zentralregierung die Forderung Japans ablehnte, unter japaniſcher Führung einen oſtaſiatiſchen Block zu bilden, ging Japan auch gegen das chineſiſche Kernreich vor, um dem chineſiſchen Volke zu helfen, aus ſeiner politiſchen und wirtſchaftlichen Ohnmacht herauszukommen. Es nahm Schanghai und Nanking, erkannte die chineſiſche Zentralregierung nicht mehr an und bildete eine neue Regierung in Peking. Dieſes Vorgehen Japans richtet ſich gleichzeitig gegen die fremden Mächte, die in China beſondere wirtſchaftliche und politiſche Vorrechte genießen, beſonders England. Zwiſchen Deutſchland und China beſtehen keine Gegenſätze, aber Deutſchland billigt das Vorgehen Japans, das in dieſen Teilen der Welt ebenfalls um eine Neuordnung ringt.

Die geſamtdeutſche Verantwortung des Reiches

Die andern Völker rings um uns lebten noch aus dem Gedanken der Franzöſiſchen Revolution: es darf nur Nationalſtaaten geben, d. h. innerhalb der ſtaatlichen Grenzen darf nur Eine Sprache geſprochen werden. Stimmen Staatsgrenze und Volksgrenze nicht überein, ſo muß nicht die Staatsgrenze dem Volkstum, ſondern die Volksgrenze dem Staate angepaßt werden; die in einem Staate lebenden fremden Volksgruppen müſſen vor allem ihre eigene Sprache aufgeben. Der Nationalſozialismus dagegen, gegründet auf Volkstum und Raſſe, lebt aus einer völlig anderen Haltung. „Der nationalſozialiſtiſche Raſſengedanke und die ihm zugrunde liegende Raſſenerkenntnis führt nicht zu einer Geringſchätzung oder Minderbewertung anderer Völker, ſondern vielmehr zur Erkenntnis der geſtellten Aufgabe einer allein zweckmäßigen Lebensbewahrung und Lebens-Forterhaltung des eigenen Volkes. Er führt damit zwangsläufig zu einer natürlichen Reſpektierung des Lebens und

Wesens anderer Völker. Er erlöst damit die außenpolitischen Handlungen von jenen Versuchen, fremde Menschen zu unterwerfen, um sie regieren zu können oder um sie gar als reine Zahlenmasse durch sprachlichen Zwang dem eigenen Volke einzuverleiben" (Adolf Hitler).

Aber nicht nur um des deutschen Volkes willen müssen wir unsern gesamten Volksboden halten, sondern auch um der Ordnung Europas willen. In Mitteleuropa sind alle Volkstümer ineinander verzahnt. Das Staatsvolk hier ist „Minderheit" dort. Der Sieg der französischen Nationalstaatsidee könnte überall nur über schwere Kämpfe und schweres Leid gehen; denn das siegreiche Staatsvolk hier wäre die vernichtete Minderheit dort. Das deutsche Blut aber, das den gesamten Raum durchströmt, und die neue deutsche Idee von dem Vorrang des Volkstums vor dem Staate, würde den staatlichen Grenzen Mitteleuropas die Schärfe nehmen, könnte zu einem friedlichen Zusammenarbeiten aller Völker und Staaten in unserm alten Schicksalsraum werden. Wir glauben daran, daß das deutsche Volk wieder eine Sendung zu erfüllen hat wie in den großen Zeiten seiner Geschichte: die Verwirklichung eines völkischen Sozialismus, die allein zu einer inneren und äußeren Befriedung Europas führt.

Befriedung im Innern und nach außen ist die Grundbedingung für alle deutsche Aufbauarbeit. Diese Friedenspolitik kam aber zunächst nur dem geschlossenen Rumpf des deutschen Volkes zugute, der von den Grenzen des deutschen Staates umhegt wird. Die Außenglieder unseres Volkskörpers dagegen schwebten weiter in ständiger Gefahr, nicht nur staatlich, sondern auch kulturlich und sprachlich abgeschnürt zu werden. Die Deutschen im Memelland wurden von Litauen hart bedrückt: der Landtag wurde geschlossen, der Präsident abgesetzt, Schulen verlitauischt, die Führer des Deutschtums eingekerkert. Aber trotz aller Unterdrückung hielten die Memelländer an ihrem Deutschtum fest. — Lettland, das seine staatliche Selbständigkeit lediglich dem Siege der deutschen Waffen über das zarische wie das bolschewistische Rußland verdankte, ging erneut gegen die Baltendeutschen vor, deren Waffentaten doch die Ostgrenze des Staates gegen den Bolschewismus vorgeschoben hatten. Der lettische Staatspräsident wandelte Lettland in einen autoritär regierten Nationalstaat um (Mai 1935) und zog nach der entschädigungslosen Enteignung des deutschen Grundbesitzes nun

auch den gesamten jahrhundertealten Besitz der deutschen Handwerker und Kaufmannsgilden — Millionenwerte an Gildehäusern, Heimen, Kunstwerken — ein und löste die Gilden selber auf, um die Mittelpunkte des baltendeutschen Volkstums zu vernichten.

Der Bestand des deutschen Volkstums in Polen wurde immer stärker bedroht. Aus Heimat und Besitz wurden die Deutschen verdrängt, ihrer Rechte wurden sie beraubt. Deutsche Vereine wurden aufgelöst, aus den ehemals deutschen Gebieten Polens wurden Deutsche ausgewiesen. Diese Maßnahmen, verbunden mit polnischen Eroberungsgelüsten auf Danzig, Ostpreußen und Schlesien, ließen die Versailler Grenzen im deutschen Osten immer unerträglicher werden. In Nordschleswig hat die unter dem Hakenkreuz kämpfende „Schleswigsche Partei" die deutsche Stimmenzahl bei den dänischen Wahlen auf die höchste Ziffer seit der Abtrennung des Landes anwachsen lassen (Oktober 1935: 12621). Die „Volksgemeinschaft der Deutschen" in Rumänien hat bei selbstverständlicher Bejahung ihrer Aufgaben und Pflichten im rumänischen Staat erklärt: „Wir bekennen uns zur Weltanschauung der deutschen Erneuerung" (Oktober 1935). Getragen von dieser Weltanschauung hatte Danzig (seit Mai 1933) eine nationalsozialistische Volkstagsmehrheit und Regierung. Knapp zwei Jahre nach der Machtübernahme wurde im Westen ein volksdeutscher Sieg erfochten: nach Ablauf der in Versailles festgesetzten Völkerbundszeit hat sich die Saar am 13. Januar 1935 so gut wie einmütig (mit 90,5 v. H. der abgegebenen Stimmen) für die Rückkehr zum Reiche entschieden, und am 1. März ist das Saargebiet dem Deutschen Reiche wieder eingegliedert worden.

Bereits 5 Jahre nach der Machtübernahme waren Kraft und Ansehen des Reiches so gewachsen, daß der Führer unmißverständlich erklären konnte: „Die staatsrechtliche Trennung vom Reich kann nicht zu einer volkspolitischen Rechtlosmachung führen, d. h. die allgemeinen Rechte einer volklichen Selbstbestimmung, die übrigens in den 14 Punkten Wilsons als Voraussetzung zum Waffenstillstand feierlich uns zugesichert worden sind, können nicht einfach mißachtet werden deshalb, weil es sich hier um Deutsche handelt! Es ist auf die Dauer für eine Weltmacht von Selbstbewußtsein unerträglich, an ihrer Seite Volksgenossen zu wissen, denen aus ihrer Sympathie oder ihrer Verbundenheit mit dem Gesamtvolk,

seinem Schickſal und ſeiner Weltauffaſſung fortgeſetzt ſchwerſtes Leid zugefügt wird! ... Allein ſo wie England ſeine Intereſſen über einen ganzen Erdkreis hin vertritt, ſo wird auch das heutige Deutſchland ſeine wenn auch um ſo viel begrenzteren Intereſſen zu vertreten und zu wahren wiſſen. Und zu dieſen Intereſſen des Deutſchen Reiches gehört auch der Schutz jener deutſchen Volksgenoſſen, die aus Eigenem nicht in der Lage ſind, ſich an unſeren Grenzen das Recht einer allgemeinen menſchlichen, politiſchen und weltanſchaulichen Freiheit zu ſichern!"

Die Schaffung Großdeutſchlands

In Öſterreich hatte nach der Machtübernahme des Nationalſozialismus im Reich die Regierung, geſtützt auf eine ſchmale „Vaterländiſche Front", mit Hilfe Italiens und Frankreichs ihr deutſches Land immer ſtärker vom Reiche abgewendet. Da wurde im Juli 1934 der Bundeskanzler Dollfuß im Bundeskanzleramt von zwei zum Äußerſten entſchloſſenen Männern niedergeſchoſſen. Die beiden (Planetta und Holzweber) glaubten, durch einen Putſch dem Nationalſozialismus zur Macht verhelfen zu können. (Sie mußten ihre Verzweiflungstat mit dem Tode am Strang büßen. Doch noch unter dem Galgen — den Strick um den Hals — riefen ſie: „Heil Hitler!") Seitdem verſchärfte ſich die Politik der „Vaterländiſchen Front" nur noch. Marxiſten und Nationalſozialiſten ſchmachteten in gleicher Weiſe in ſtacheldrahtumwehrten „Anhaltelagern". Nicht nur der ſtaatliche oder der wirtſchaftliche Anſchluß ſollte verhindert werden, auch der geiſtige: der innere Zuſammenſchluß des deutſchen Volkes in der Weltanſchauung des Nationalſozialismus. Nicht das Deutſchtum des oſtbayriſchen Stammes betonte die öſterreichiſche Regierung, ſondern den formalen Staatsgedanken unter Außerachtlaſſung der völkiſchen Grundlagen. Sie war im Begriff, dieſen bisher nur durch fremden Machtſpruch vom Geſamtdeutſchtum abgeſpaltenen „ſelbſtändigen" deutſchen Staat nunmehr freiwillig zum „deutſchſprechenden Ausland" zu machen und damit den Weg des völkiſchen Separatismus zu beſchreiten, den einſt die Schweiz und die Niederlande und ſpäter Luxemburg gegangen ſind. Als Folge der deutſch-italieniſchen Freundſchaft und der Zuſammenarbeit auf der Achſe Berlin-Rom konnte jedoch im Sommer 1936 ein Verſtändigungsabkommen

Der Führer in Wien

zwischen den beiden deutschen Ländern abgeschlossen werden, in dem das Reich die innere und äußere Selbständigkeit Österreichs anerkannte und dieses sich ausdrücklich als „deutscher Staat" bezeichnete.

Trotzdem blieben die österreichischen Nationalsozialisten auch weiterhin rechtlos und wurden verfolgt. Mehr als 40000 mußten seit 1933 über die Reichsgrenzen flüchten, 10000 andere wurden in die österreichischen Kerker geworfen. Um diesem unmöglichen Zustand ein Ende zu bereiten, lud der Führer im Februar 1938 den österreichischen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg zu einer Aussprache nach dem Obersalzberg bei Berchtesgaden ein. Hier wurde das „Juliabkommen" weiter ausgebaut: die österreichische Regierung wurde durch Männer ergänzt, die entschiedenere Vertreter der gesamtdeutschen Auffassung waren, und für die in den letzten Jahren eingekerkerten und gemaßregelten Nationalsozialisten wurde ein Straferlaß verkündet. Keine vier Wochen später jedoch setzte Schuschnigg von sich aus eine „Volksabstimmung" für „ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich" an, die binnen drei Tagen ohne Wählerlisten, ohne Geheimheimhaltung der Stimmabgabe und unter einseitiger Aufsicht der „Vaterländischen Front" stattfinden sollte. Über diesen Staatsstreich und den offenen Verrat an der deutschen Freiheit und Einheit bemächtigte sich des Volkes eine ungeheure Erregung. Österreich stand vor einem Bürgerkrieg. Schließlich mußte Schuschnigg der Empörung des Volkes weichen. In allen Städten und Bundesländern übernahmen Nationalsozialisten die Macht und hißten die Hakenkreuzfahne auf den öffentlichen Gebäuden. Der Bundespräsident übertrug dem nationalsozialistischen Innenminister Seyß-Inquart das Bundeskanzleramt. Um die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und Blutvergießen zu verhindern, bat dieser die Reichsregierung um die Entsendung von Truppen. Noch in der Nacht zum 12. März rückten deutsche Panzertruppen, Infanteriedivisionen, SS-Verbände und Luftgeschwader in das deutsche Österreich ein: Bürgen dafür, daß nunmehr dem ostbayrischen Stamm Gelegenheit gegeben werden sollte, „durch eine wirkliche Volksabstimmung seine Zukunft und damit sein Schicksal selbst zu gestalten". — Am Nachmittag betrat der Führer selbst nach mehr als einem Vierteljahrhundert wieder den Boden seines Heimatlandes. Mit feierlichem Glockenläuten, wehenden Hakenkreuzfahnen, brausenden

Heilrufen begrüßte ihn seine Vaterstadt Braunau. Am Abend erklärte der neue nationalsozialistische Bundeskanzler beim Empfang des Führers in Linz den Artikel des Diktats von St. Germain, der die „Unabhängigkeit Österreichs" als „unabänderlich" festsetzt, für unwirksam. „Das volksdeutsche Reich der Ordnung, des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!"

Am Tage darauf verkündete die österreichische Bundesregierung in einem Gesetz: „Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches", und die Reichsregierung übernahm diese Bestimmung als Reichsgesetz. Der österreichische Bundespräsident legte sein Amt nieder, und der Führer ernannte Seyß-Inquart zum Reichsstatthalter. Das österreichische Bundesheer wurde der deutschen Wehrmacht eingegliedert und — ebenso wie Polizei und Beamtenschaft — auf den Führer vereidigt. Von der Hofburg in Wien aus, die die alte Krone des Reiches barg, steckte der Führer dem neuen Reichsland, der alten deutschen Ostmark, seine Aufgabe: „Jahrhundertelang haben sich in den unruhevollen Zeiten der Vergangenheit die Stürme des Ostens an den Grenzen der alten Mark gebrochen. Jahrhundertelang für alle Zukunft soll sie nunmehr ein eiserner Garant sein für die Sicherheit und Freiheit des Deutschen Reiches und damit ein Unterpfand für das Glück und für den Frieden unseres großen Volkes".

In der Überzeugung, „daß in diesen großen geschichtlichen Stunden, da dank der Kraft der nationalsozialistischen Idee und der aus ihr neu erstandenen Stärke des Reiches ein ewiger Traum der deutschen Menschen verwirklicht wurde, nicht ein einzelner Teil unseres Volkes berufen sein kann, durch seine Zustimmung das gewaltige Ereignis der endlichen Gründung eines wahrhaft großen deutschen Volksreiches zu bestätigen", rief der Führer „die ganze deutsche Nation, soweit sie sich im heutigen großen Volksreich befindet", auf, in einer Volksabstimmung ihr feierliches Bekenntnis zu diesem Großdeutschen Reich abzulegen. Der bisherige Reichstag wurde aufgelöst und ein neuer großdeutscher Reichstag gewählt. Wie der Führer bei der Machtübernahme um 4 Jahre Zeit für den Wiederaufbau des damaligen rumpfdeutschen Reiches gebeten hatte, so forderte er jetzt abermals 4 Jahre, um „den äußerlich nunmehr vollendeten Zusammenschluß zum Segen aller auch innerlich verwirklichen" zu können. „Nach Ablauf dieser Frist soll dann das neue deutsche Volksreich zu einer unlösbaren Einheit verwachsen

ſein, feſtgefügt im Willen ſeines Volkes, politiſch geführt durch die nationalſozialiſtiſche Partei, beſchirmt von ſeiner jungen nationalſozialiſtiſchen Wehrmacht und reich in der Blüte ſeines wirtſchaftlichen Lebens." Das deutſche Volk im alten Reichsgebiet wie in Öſterreich ſelbſt hat ſich mit einmütiger Geſchloſſenheit zu der Großtat des Führers bekannt (10. April 1938): mit mehr als 99 v. H. Stimmen (bei einer Wahlbeteiligung von 99,5 v. H.)!

Die in der Achſe Berlin—Rom gegründete Freundſchaft zwiſchen dem Reich und Italien hat dem Führer die nötige Rückendeckung gegeben, um ungeſtört durch einen Angriff einer anderen Macht das deutſche Öſterreich heimholen zu können. Daher verſicherte er Muſſolini, er werde ihm dieſe Haltung nie vergeſſen. In einem perſönlichen Brief verſprach er ihm, daß nach dem Zuſammenſchluß der beiden Staaten „genau ſo wie gegenüber Frankreich auch gegenüber Italien Deutſchland die dann beſtehenden Grenzen als gegebene anſieht". „Aus einer weltanſchaulich und intereſſenmäßig bedingten Gemeinſchaft iſt für uns Deutſche eine unlösbare Freundſchaft geworden", erklärte er vor dem Reichstag. „Das Land und die Grenzen dieſes Freundes aber ſind für uns unantaſtbar." 185000 Deutſche ſüdlich des Brenners wurden auf ihren Wunſch umgeſiedelt und in das Reich aufgenommen (1940).

In der Tſchecho-Slowakei ſtanden die Deutſchen in ſchwerſtem Volkstumskampf. Zwar hatte der Tſchechenführer Beneſch in der Verſailler Denkſchrift zur Begründung des tſchecho-ſlowakiſchen Staates erklärt: „Die Deutſchen in Böhmen werden dieſelben Rechte haben wie die Tſchechen. Die deutſche Sprache wird zweite Landesſprache, der Staatsbau wird der gleiche wie der der Schweiz." Aber keine dieſer Verſprechungen war gehalten worden. Schon 1919 hatten ſämtliche deutſche Parteien den Staat abgelehnt, in den man ſie hineingezwungen hatte. Seit 1926 verſuchten die Hauptparteien (Marxismus und politiſcher Katholizismus) durch aktive Beteiligung an der Regierung das Los der Deutſchen zu beſſern. Die Tſchechen überließen ihnen ein paar einflußloſe Miniſterpoſten, an der Lage der Sudetendeutſchen änderte ſich nichts. Dagegen ſammelte ſich die Widerſtandskraft der Volksgruppe unter Konrad Henlein in der Sudetendeutſchen Partei, die bereits 1935 mit 1,25 Millionen Stimmen die ſtärkſte Partei

des Staates überhaupt wurde. Unter dem Eindruck der Rückgliederung der deutschen Ostmark richtete Henlein noch einmal einen großen Aufruf an alle Sudetendeutschen: „Einheit und Entschlossenheit sind die Waffen eines Volkes, gegen die alle Mittel der Gewalt und des Unrechts versagen." Die anderen deutschen Parteien lösten sich auf, das Sudetendeutschtum war geeint. Henlein forderte von der tschechischen Regierung: Gleichberechtigung der deutschen Volksgruppe, Unantastbarkeit des deutschen Siedlungsgebietes, Selbstverwaltung.

Die Antwort auf diese Forderungen war eine verschärfte Bedrückung der Deutschen. Ihre Versammlungen wurden gestört, einzelne Deutsche wurden überfallen, verhaftet, niedergeschlagen. Die deutsche Presse wurde zusammengestrichen, beschlagnahmt, verboten. Schließlich wurde das tschechische Heer mobilisiert und ging mit Maschinengewehren, Panzerwagen und Tanks gegen das waffenlose Volk vor. Die Zahl der Blutopfer stieg von Woche zu Woche. Weit über 100000 Volksgenossen flüchteten über die Reichsgrenze. Jetzt erklärte Henlein: „Wir wollen heim ins Reich!" Ein sudetendeutsches Freikorps bildete sich. Auch die Slowaken, die polnische und die ungarische Volksgruppe strebten nach Selbstbestimmung.

Da diese Krise des tschecho-slowakischen Staates sich zu einer europäischen Kriegsgefahr auszuwachsen drohte, flog der englische Ministerpräsident Chamberlain zum Führer und hatte mit ihm eine Unterredung auf dem Obersalzberg (und bald darauf eine zweite in Godesberg). Obwohl die Mobilmachung des tschechischen Heeres die Krise verschärfte, lud der Führer die Regierungschefs von Frankreich, England und Italien zu einer persönlichen Aussprache nach München ein. Hier wurde eine Übereinkunft getroffen, nach der die sudetendeutschen Gebiete in vier Etappen binnen zehn Tagen von deutschen Truppen besetzt werden sollten. Die Prager Regierung nahm das Abkommen an „im Bewußtsein, daß die Nation erhalten werden muß, und daß eine andere Entscheidung heute nicht möglich ist". Am 1. Oktober begann der Einmarsch der deutschen Truppen. Blumengeschmückt zogen sie als Befreier ein, umtost vom unendlichen Jubel der Befreiten. Mitten unter den marschierenden Truppen der Führer. Die Sudetendeutschen kehrten heim ins Reich. Ein internationaler Ausschuß in Berlin

bestimmte noch eine fünfte Zone, damit kam das geschlossene sudetendeutsche Volksgebiet vollkommen in reichsdeutschen Besitz. Einstimmig verzichtete der Ausschuß auf die ursprünglich in der Münchener Abmachung vorgesehene Volksabstimmung. Im wesentlichen bildet das alte sudetendeutsche Gebiet einen besonderen Reichsgau mit der Hauptstadt Reichenberg. Konrad Henlein wurde zum Reichsstatthalter ernannt.

Auch nach dem Umbau der Tschecho-Slowakei zu einem Bundesstaat, bestehend aus Böhmen und Mähren, der Slowakei und der Karpato-Ukraine, erfüllten sich die Hoffnungen auf eine wirkliche Befriedung in diesem Teil Mitteleuropas nicht. Bald verfiel die Prager Regierung in ihre alten Unterdrückungsversuche gegenüber den fremden Volksgruppen. Mitte März 1939 löste sich die Slowakei von Prag los, machte sich die Karpato-Ukraine selbständig, kam es in Böhmen und Mähren zu neuen Ausschreitungen gegen Deutsche. Der tschecho-slowakische Staat brach auseinander. Der Präsident Benesch legte sein Amt nieder und ging „mit Schätzen reich beladen" nach England. In dieser höchsten Not legte der neue Staatspräsident Hacha, „um eine endgültige Befriedung zu erreichen, das Schicksal des tschechischen Volkes vertrauensvoll in die Hände des Führers des deutschen Volkes". Bei heftigen Schneestürmen rückten deutsche Truppen auf vereisten Straßen in Böhmen und Mähren ein, um Ordnung und Ruhe zu sichern, stürmisch begrüßt von der deutschen Bevölkerung. Noch am gleichen Tage wurde die Führerstandarte auf der alten Prager Kaiserburg aufgezogen, und der Führer unterzeichnete dort am 16. März den Erlaß über das Reichsprotektorat Böhmen und Mähren. Die beiden Länder kehrten in das Reich zurück, dem sie über tausend Jahre angehört hatten. Dem tschechischen Volke aber wurde die ungestörte Erhaltung und Entwicklung seines Volkstums gewährleistet. Die ihm zustehenden Hoheitsrechte übt das Protektorat durch eigene Behörden mit eigenen Beamten aus. „Als Wahrer der Reichsinteressen ernennt der Führer und Reichskanzler einen Reichsprotektor in Böhmen und Mähren". Reichsprotektor wurde der frühere bewährte Reichsaußenminister Freiherr von Neurath (der seine Ahnenreihe auf Ottokar von Böhmen zurückführen kann).

Auf die Bitte der slowakischen Regierung hin übernahm das Deutsche Reich den Schutz der Slowakei. Zur Ausführung dieser

Verpflichtung wurde ihm das Recht eingeräumt, in einem Streifen an der Westgrenze der Slowakei militärische Anlagen zu errichten und Garnisonen zu erhalten. Die Karpato-Ukraine wurde Ungarn als Protektorat eingegliedert.

Angesichts der Entwicklung im Sudetenland hob Litauen den Belagerungszustand, der seit 12 Jahren über dem Memelland lastete, auf. Bei den Neuwahlen zum Landtag (Dezember 1938) stimmten 87,3 v. H. für das Deutschtum bei einer Beteiligung von 97 v. H. Die litauische Regierung erkannte, daß ihre Stellung im Memelgebiet unhaltbar geworden war. Sie erklärte sich deshalb bereit, dieses Gebiet an Deutschland zurückzugeben. Am 23. März landete der Führer auf einem Panzerschiff im Hafen der alten Ordensstadt. Im Namen des deutschen Volkes sprach er der befreiten Bevölkerung, die ihm stürmisch zujubelte, „den Dank aus für" ihr „tapferes, mannhaftes und unerschütterliches Verharren."

Der Wiederaufrichtung Großdeutschlands unter Adolf Hitler stand ein Teil der andern Mächte ohne Verständnis für die deutschen Lebensnotwendigkeiten gegenüber. Nach der Rückgliederung Böhmens und Mährens festigte England sein Verhältnis zu Frankreich, nahm es seine alte Einkreisungspolitik wieder auf, bemühte es sich, ein allgemeines Bündnis zum Schutze angeblich bedrohter Völker zustandezubringen. Angesichts dieser feindseligen Haltung kündigte der Führer das Flottenabkommen, da England „in der Publizistik und offiziell die Auffassung" verträte, daß man gegen Deutschland unter allen Umständen auftreten müsse und „damit die Voraussetzung für den Flottenvertrag beseitigt" habe. Da Polen sich England anschloß und damit gegen das deutsch-polnische Freundschaftsabkommen verstieß, so erklärte der Führer, daß er auch dieses „Abkommen als durch Polen einseitig verletzt ... und damit als nicht mehr bestehend" ansehe.

Als der Führer das Memelland heimholte, da stellte er gleichzeitig an Polen die Forderung, es solle das deutsche Danzig zurückgeben und Deutschland eine außerstaatliche Eisen- und Autobahnverbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich zugestehen. Dafür war er bereit, die polnisch-deutsche Grenze endgültig anzuerkennen, einen fünfundzwanzigjährigen Nichtangriffspakt zu schließen und die wirtschaftlichen Belange Polens in Danzig zu

wahren. Aber Polen dachte nicht daran, dieſe äußerſt gemäßigten Forderungen anzunehmen, ſondern es ſtellte ſich unter den Schutz Englands, und dieſes übernahm die Bürgſchaft für den polniſchen Staat innerhalb ſeiner Verſailler Grenzen und Rechte. Durch das engliſche Verſprechen ermutigt, ging Polen verſchärft gegen die Volksdeutſchen vor, mobiliſierte und ließ ſeine Regimenter an der deutſchen Grenze aufmarſchieren. In einem allgemeinen Krieg wollte es die Korridorfrage dadurch löſen, daß es Oſtpreußen, „die Inſel im polniſchen Meer", überſpülte. Polniſche Nationaliſten und Generale ſprachen und ſchrieben von einer Angliederung Schleſiens und Oſtpommerns, von der Odergrenze, von einer ſiegreichen Schlacht vor den Toren Berlins. Der Führer des polniſchen Staates wollte das deutſche Heer „zerhacken".

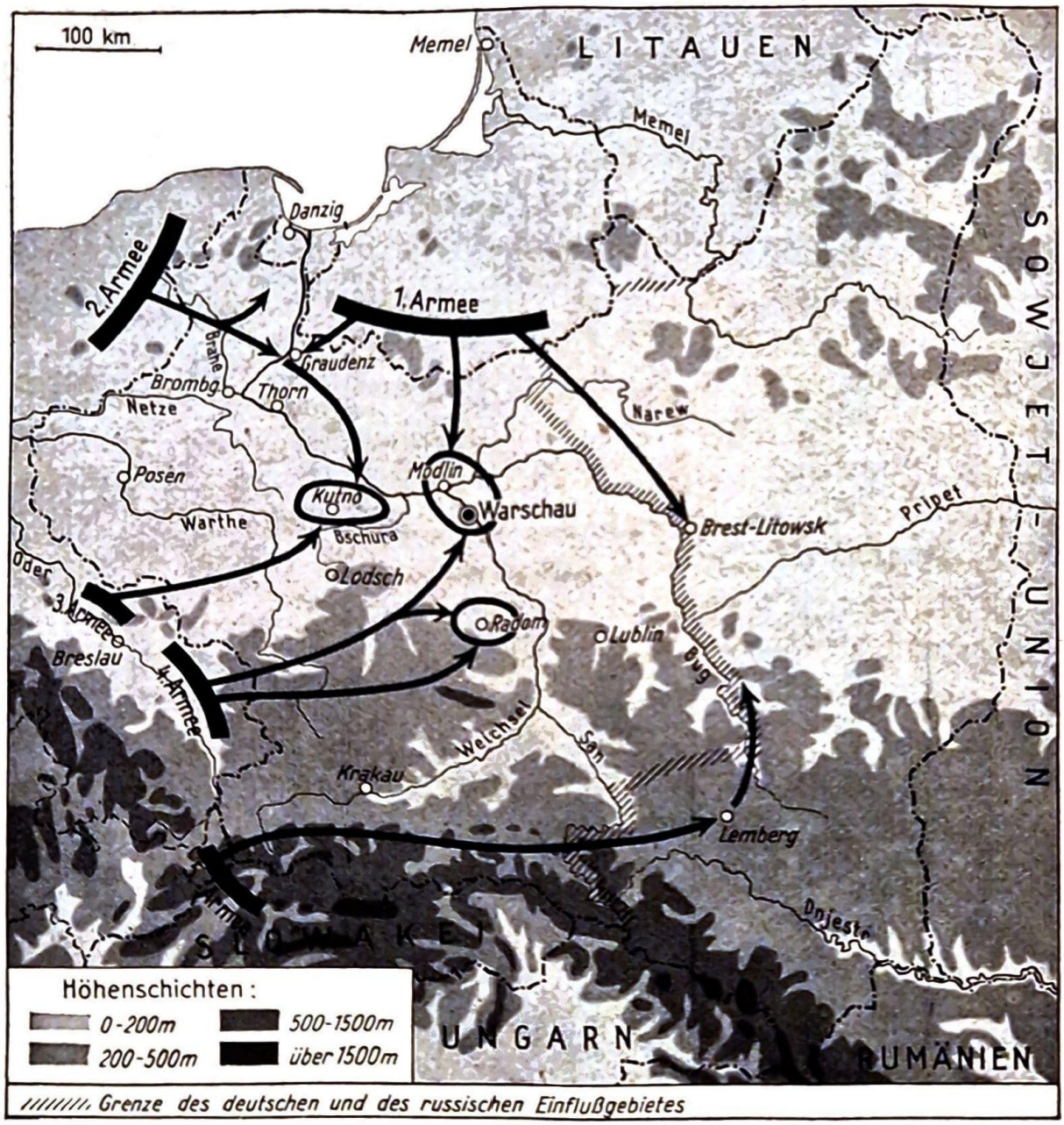
Seit 3 Monaten warb England in Moskau um die ruſſiſche Freundſchaft, um dadurch das Netz um Deutſchland zu ſchließen und einen „Feſtlandsdegen" zu gewinnen. Da wurde die Welt durch die Nachricht überraſcht, Deutſchland und die Sowjetunion hätten ſich in einem Nichtangriffspakt verſtändigt (Auguſt 1939). Der engliſche Einkreiſungsring war zerbrochen, bevor er fertig geſchmiedet war. Unbeſchadet der weltanſchaulichen Gegenſätze zwiſchen Nationalſozialismus und Bolſchewismus wollten die beiden Großmächte zuſammengehen.

Nun machte Deutſchland ein letztes Angebot: Volksabſtimmung im Weichſelkorridor. Aber Polen, ſicher gemacht durch die engliſche Bürgſchaft, ſchickte keinen Unterhändler, ſondern antwortete mit einem Vernichtungsſchlag gegen das deutſche Volkstum: Tauſende wurden vertrieben, verſchleppt, gemartert, verſtümmelt, erſchlagen, ihre Häuſer geplündert und niedergebrannt. Darauf entſchloß ſich der Führer, „mit Polen in der gleichen Sprache zu reden, in der Polen nun ſeit Monaten mit uns ſpricht. . . . „Ich verlange von keinem deutſchen Mann etwas anderes, als was ich ſelber über vier Jahre freiwillig bereit war, jederzeit zu tun. Es ſoll keine Entbehrung in Deutſchland geben, die ich nicht ſelber ſofort übernehme! Mein ganzes Leben gehört von jetzt ab erſt recht meinem Volk. Ich will nichts anderes jetzt ſein als der erſte Soldat des deutſchen Reiches. Ich habe damit wieder jenen Rock angezogen, der mir einſt ſelbſt der heiligſte und teuerſte war. Ich

werde ihn nur ausziehen nach dem Sieg, oder ich werde dieſes Ende nicht erleben."

„Nachdem alle Verſuche, eine friedliche Löſung zu finden und abzuſchließen, durch die Intranſigenz (Starrköpfigkeit) der von England gedeckten Polniſchen Regierung unmöglich gemacht worden waren" (Deutſche Denkſchrift an die Britiſche Regierung vom 3. September 1939), überſchritten beim Morgengrauen des 1. September die Grenze: alte Frontkämpfer des Weltkrieges mit dem Eiſernen Kreuz Seite an Seite mit der jungen Mannſchaft. Die deutſche Luftwaffe zerſtörte mit einem Schlage die polniſchen Flugplätze und errang damit die unbeſtrittene Herrſchaft im Luftraum. Die deutſchen Kampfflieger zertrümmerten Eiſenbahnanlagen, Verkehrsknotenpunkte, Brücken, bereiteten mit ſtändigen Bomben- und Maſchinengewehrangriffen den Erdtruppen den Weg. Die Panzertruppen brachen mit großer Schnelligkeit in den Feind. Vor allem jedoch war der Feldzug das Hohe Lied der deutſchen Infanterie, die ſich erneut als „Königin der Waffen" erwies. Bei der Unergründlichkeit der polniſchen Wege kamen die Gefechtsfahrzeuge nicht nach, und der Soldat mußte Tag für Tag die ſchweren Maſchinengewehre, Granatwerfer, Bettungsplatten, Munitionskiſten durch den tiefen mahlenden Sand ſchleppen und nach ſtundenlangen ermüdenden Märſchen in lähmender Sonnenglut über ſchattenloſe Felder immer wieder den feindlichen Widerſtand brechen, ohne ſich die Zeit zu nehmen, die eigene Artillerie zur Unterſtützung herankommen zu laſſen. Der deutſche Infanteriſt vor allem trug den Kampf mit ſolchem Schwunge vor, daß der Gegner kaum zum Einſatz ſeiner Geſchütze und Tanks kam. Dafür beunruhigten polniſche Meuchelſchützen die rückwärtigen Verbindungen der deutſchen kämpfenden Truppe.

In 5 Armeen brachen die deutſchen Truppen vor: von Oſtpreußen und von Pommern, von Nieder- und von Oberſchleſien ſowie von Mähren und der Slowakei. In groß angelegten Zangenangriffen wurde die polniſche Front zertrümmert und durchſtoßen, das Heer auseinandergeſprengt und ſeiner einheitlichen Führung beraubt. Die einzelnen Armeen wurden abgeſchnürt, eingekeſſelt und erdrückt (im nördlichen Korridor, bei Radom, bei Kutno). Am dritten Tage war die Verbindung mit Oſtpreußen hergeſtellt, am ſechſten war das geſamte oberſchleſiſche Induſtriegebiet in deutſcher



Der Krieg der 18 Tage

Hand, am neunten erreichten „Schnelle Truppen" die Vorstädte von Warschau. Nach einem Feldzug von nur 18 Tagen war das letzte polnische Feldheer — die Hauptarmee, die um Posen aufmarschiert war — im Weichsel—Bschura-Bogen zur Ergebung gezwungen. Nach vier Wochen zeigten auch die letzten Widerstandsnester, Modlin und Warschau, die weiße Fahne; so lange hatten sie im Vertrauen auf immer wieder versprochene englisch-französische Hilfe die deutschen Vorschläge abgelehnt, durch Übergabe nutzloses Blutvergießen zu verhindern. Außer dem gesamten zahlreichen polnischen Kriegsgerät fielen im ganzen rund 700 000 Gefangene in deutsche Hand. Ein polnischer Staat bestand nicht mehr.

„Das deutſche Soldatentum hat ſich den Lorbeerkranz, der ihm 1918 hinterliſtig geraubt worden war, nunmehr wieder feſt um das Haupt gelegt" (Adolf Hitler). Mit einem Einſatz von nur 14000 Toten und 30000 Verwundeten war Danzig heimgekehrt ins Reich, dazu Poſen, Weſtpreußen und Oſtoberſchleſien, waren die Grenzen des Reiches weit nach Oſten vorgeſchoben.

Einen Tag vor dem Ende des eigentlichen Feldzuges rückten auch die Sowjettruppen von Oſten her in Polen ein, um die weißruſſiſchen und die ukrainiſchen Volksgenoſſen unter ſowjetruſſiſchen Schutz zu ſtellen. Deutſchland und die Sowjetunion vereinbarten eine Grenze ihrer beiderſeitigen Einflußgebiete. In gewaltiger Umſiedlung wurden die Baltendeutſchen aus Lettland, Eſtland, Litauen, wurden die Volksdeutſchen aus dem öſtlichen Polen, dann auch die aus dem von Rumänien an Rußland zurückgegebenen Beſſarabien und aus der an Bulgarien abgetretenen Dobrudſcha — Hunderttauſende von Familien, die ſeit Jahrhunderten ihr Deutſchtum im Oſten bewahrt hatten — in den neugewonnenen Gebieten angeſetzt. Die gewaltſame Entdeutſchung dieſer Landſtriche ſollte wieder wettgemacht, das Deutſchtum im Oſten gefeſtigt werden.

Der Krieg gegen das europafeindliche England

Gleich bei Beginn des Feldzuges hatten England und Frankreich, die beide ſtark unter jüdiſchem und freimaureriſchem Einfluß ſtehen, erklärt, Deutſchland ſolle ſich als mit ihnen „im Kriegszuſtand befindlich" betrachten (3. Sept. 1939). Trotzdem kämpften die deutſchen Truppen in Polen mit freiem Rücken. Denn als im Frühjahr des vorangegangenen Jahres die tſchechiſche Frage Europa in einen Krieg zu ſtürzen drohte, da hatte der Führer den Befehl gegeben, die deutſche Weſtfront zu befeſtigen. Über eine halbe Million Arbeiter und 100000 Männer des Arbeitsdienſtes hatten ſeitdem unermüdlich geſchafft, den „Weſtwall" fertigzuſtellen. Mehr als 8000 Güterwagen mit Bauſtoffen wurden täglich herangeholt, 15000 Laſtkraftwagen waren dauernd unterwegs von den Ausladebahnhöfen zu den Bauſtellen. So war längs der ganzen deutſchen Weſtgrenze von der Küſte der Nordſee bis zu den Schweizer Bergen der Weſtwall entſtanden: eine mit 22000 Betonbunkern befeſtigte Verteidigungszone von 50 km Tiefe. In ſeinem

Schutze und im Vertrauen auf ſeine Uneinnehmbarkeit, durch den Vierjahresplan mit Rohſtoffen und Lebensmitteln verſorgt, durch ein Wirtſchaftsabkommen mit Sowjetrußland und die offene Verbindung zum Donauraum gegen die engliſche Blockade geſichert, führt das deutſche Volk den ihm von England aufgezwungenen Krieg.

Nach dem ſchnellen Siege über die Polen ſtanden die deutſchen Oſtheere für neue Aufgaben bereit, und an der Weſtgrenze ſchützte der Weſtwall die deutſchen Gaue vor einem Einbruch der Franzoſen und Engländer. Im Bewußtſein von Deutſchlands Stärke richtete der Führer (6. Oktober 1939) einen Appell an die Einſicht der verantwortlichen Männer in den feindlichen Staaten und an die Völker ſelbſt. Er warnte „vor einer Weiterführung des Krieges, deſſen Folgen nur verheerend ſein könnten". Aber die feindlichen Staatsmänner „haben in dieſem . . . Appell einen gefährlichen Angriff gegen ihr Kriegsgeſchäft gewittert" und erklärten, „daß jeder Gedanke an eine Verſtändigung ausſichtslos ſei". Ja, man legte dieſen Friedensvorſchlag Adolf Hitlers als ein Zeichen der deutſchen Schwäche aus und ſtellte den Führer „der übrigen Welt gegenüber geradezu als Feigling" hin.

Im Vorfeld des Weſtwalls beſchränkte ſich der Krieg während des Herbſtes und Winters auf Artillerietätigkeit und Stoßtruppunternehmen. Indeſſen führten deutſche See- und Luftſtreitkräfte den Abwehrkrieg gegen die von England über Deutſchland verhängte Blockade. Unterſeeboote und Flugzeuge ſuchten die engliſche Flotte in ihren Schlupfwinkeln auf und brachten ihr ſchwere Verluſte bei. Kapitänleutnant Prien durchbrach mit ſeinem Uboot die engliſche Sperre und verſenkte engliſche Kriegsſchiffe im Hafen von Scapa Flow. Deutſchland ſetzte der engliſchen Blockade eine wirkſame Gegenblockade entgegen. Auf den Weltmeeren führten deutſche Kreuzer und Hilfskreuzer Kaperkrieg. Dabei wurde nach erfolgreichem Angriff auf einen Geleitzug und nach ſiegreichem Gefecht gegen mehrere engliſche Kriegsſchiffe der Kreuzer „Graf Spee" vor der ſüdamerikaniſchen Küſte auf Befehl des Führers von der Beſatzung verſenkt.

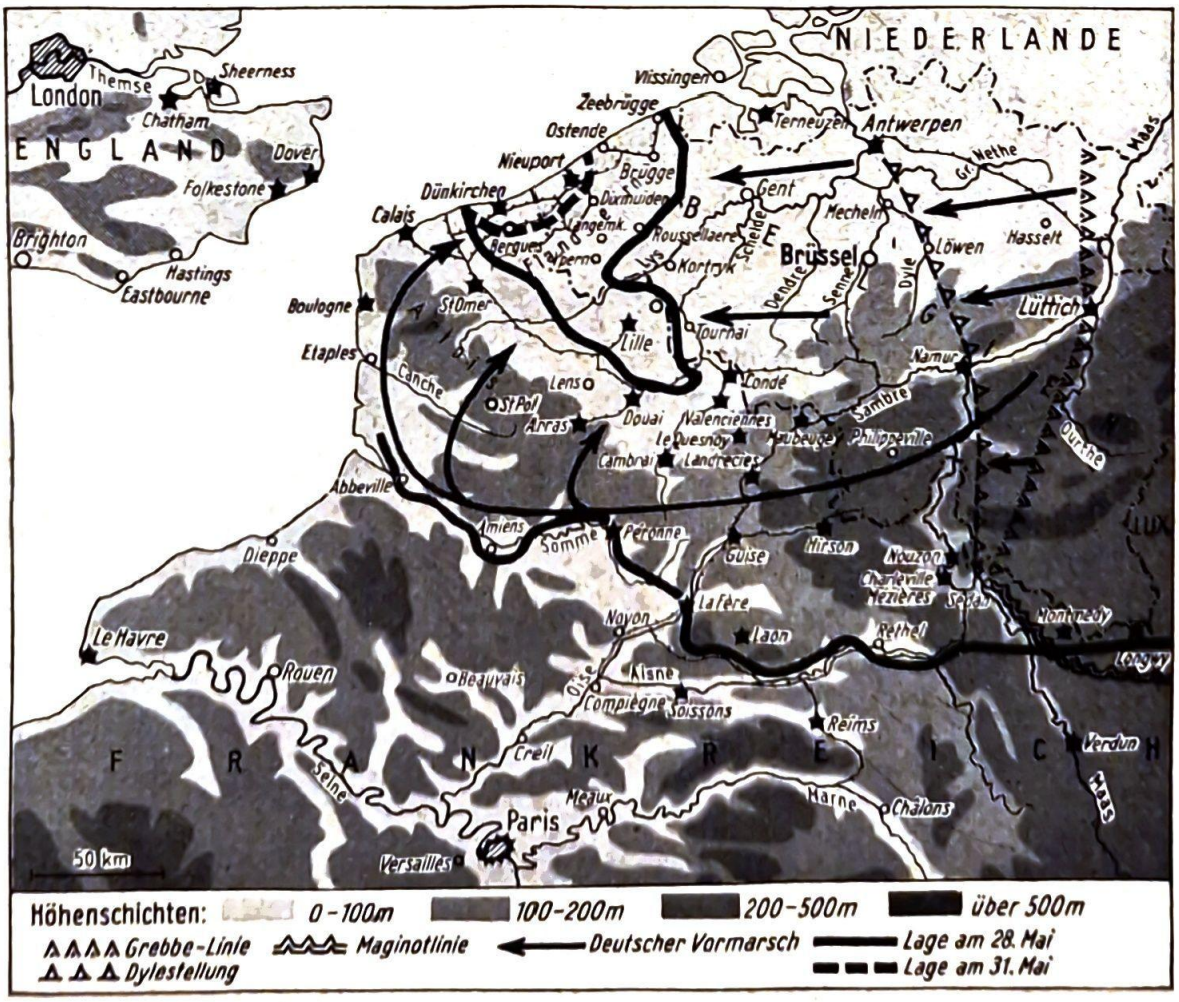
Um Deutſchland ſchließlich doch mattzuſetzen, ſuchten die Gegner nach „Kriegsausweitungsmöglichkeiten". Um das ſchwediſche Eiſenerz in die Hand zu bekommen, ſollten engliſche und franzöſiſche Truppen in Norwegen landen. Zwiſchen der norwegiſchen Re-

gierung und den Alliierten bestand bereits volles Einvernehmen. Doch im „kühnsten Unternehmen der deutschen Kriegsgeschichte“ kam der Führer den feindlichen Absichten um zehn Stunden zuvor und besetzte Norwegen und Dänemark (9. April 1940). Die deutsche Marine „führte ihre Operationen und später die Transporte durch gegen einen Feind, der im gesamten fast mehr als die zehnfache Übermacht besaß“, und die Luftwaffe „hatte sich in allem selbst übertroffen“ (Adolf Hitler). Die Fjorde Norwegens wurden durch die wilden Angriffe der deutschen Sturzkampfflieger „zum Friedhof zahlreicher britischer Kriegsschiffe“, und deutsche Transportflieger flogen „trotz unvorstellbar schlechtem Wetter immer wieder in das Land der Mitternachtssonne . . ., um dort oft im Schneesturm Soldaten abzusetzen oder Lasten abzuwerfen“. In unwiderstehlichem Angriff gegen später gelandete Engländer und Franzosen sowie gegen norwegische Truppen drangen die deutschen Soldaten in dem wildzerklüfteten Gebirgsgelände vor und brachten in zwei Monaten ganz Norwegen in ihre Hand. Von Andalsnes und Namsos aus flüchteten die Truppen der Westmächte, verfolgt von der deutschen Luftwaffe. Im Erzhafen Narvik opferte sich ein deutscher Zerstörerverband unter Kommodore Bonte, während ostmärkische Gebirgstruppen, Marineverbände und Fallschirmjäger unter Generalleutnant Dietl „in dieser nördlichsten Front unseres Freiheitskampfes“ in Schnee und Eis unerschütterlich ihre Stellungen hielten, bis die Engländer sich wieder einschifften und die Norweger sich ergeben mußten. Der englisch-französische Versuch, von Norden her in die Flanke Deutschlands vorzustoßen, war gescheitert.

Nach dem Scheitern ihrer Pläne im Norden setzten die Westmächte zu einem neuen Unternehmen an: über belgisches und holländisches Gebiet sollte ein Vorstoß ins Ruhrgebiet das deutsche Rüstungszentrum vernichten. Die Regierungen Belgiens und der Niederlande leisteten den englisch-französischen Absichten Vorschub. Dagegen trat das deutsche Westheer am 10. Mai zum Gegenangriff an. Die große Entscheidungsschlacht im Westen begann. Der Feldzugsplan des Führers erstrebte von vornherein die völlige Vernichtung der feindlichen Streitkräfte. Während die Gegner eine Wiederholung des Schlieffenplanes von 1914 erwarteten und demgemäß ihre Hauptkräfte — mit der gesamten motorisierten

Streitmacht — gegen den rechten deutschen Flügel warfen, legte der Führer das Schwergewicht auf den linken Flügel der deutschen Durchbruchsfront, die von Holland über Belgien nach Luxemburg reichte.

Wieder schaltete, wie in Polen, in den ersten Kampfstunden die deutsche Luftwaffe die gegnerischen Luftstreitkräfte durch Bombenabwürfe auf belgische, holländische und nordfranzösische Flugplätze fast völlig aus. Darüber hinaus aber faßte sie noch mit Fallschirmjägern und Luftlandetruppen in der Nähe von wichtigen Verkehrspunkten, Brücken und Flußübergängen im Rücken des Feindes, ja inmitten der feindlichen Befestigungslinie Fuß und erleichterte damit wesentlich den Durchbruch der Erdstreitkräfte. Abgesprungen und abgesetzt, rissen deutsche Soldaten das stärkste Panzerwerk von Lüttich, Eben-Emael, das die Übergänge über die Maas und den Albert-Kanal decken sollte, bereits am ersten Tage an sich. Ebenso setzten sie sich im Herzen von Holland fest. Als es den südlich der Rheinmündung vorstürmenden deutschen Kräften gelungen war, die Verbindung mit den aus der Luft gelandeten

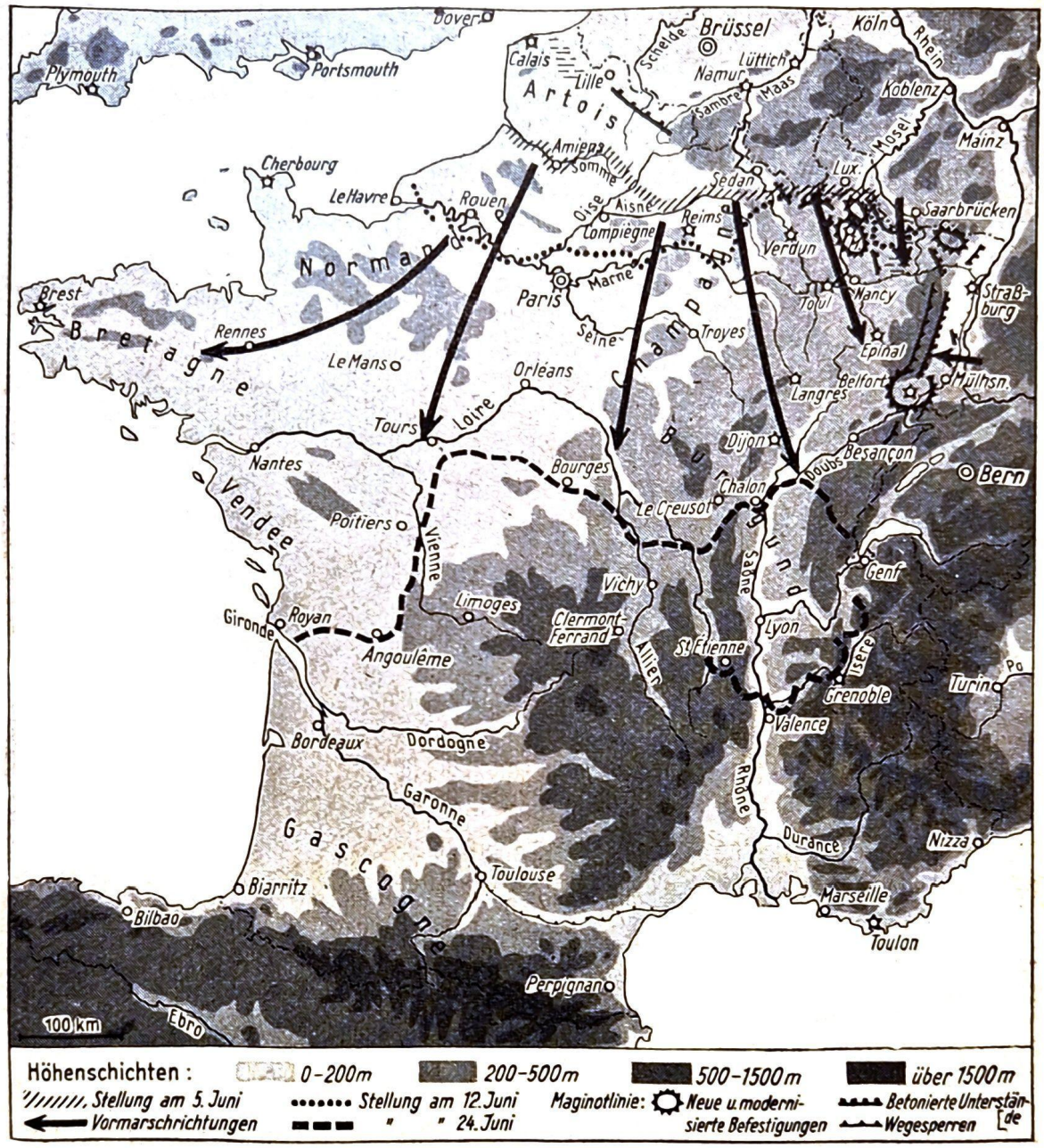


Der Feldzug in Belgien und Nordfrankreich

Truppen aufzunehmen, war der Widerstand gebrochen. Am sechsten Kriegstage bereits streckte Holland die Waffen.

Auch in Belgien gewann der deutsche Vorstoß schnell Boden. Heraneilende französische Verbände wurden zurückgeworfen. In wuchtigem Angriff durchbrachen deutsche Stoßkräfte die Mitte der französischen Abwehrstellung an der Maas zwischen Namur und Sedan. Der Weg zur Umfassungs- und Vernichtungsschlacht war frei. Durch die von der Infanterie geschlagene Lücke stießen die deutschen Panzerkorps vor. Mit stark motorisierten Verbänden schwenkten sie nach Nordwesten ein und stießen als gewaltiger Durchbruchskeil sommeabwärts über Abbéville bis an die Kanalküste vor. Gleichzeitig bauten Infanterie-Divisionen, mit bisher nicht gekannten Marschleistungen vorjagend, eine Abwehrfront gegen Süden aus, um eine Wiederholung des Marnewunders von 1914 auszuschließen. Von Norden und Nordosten drückten deutsche Armeen vor und riegelten im Verein mit den von Süden vorwärtsdringenden Panzerkräften, die bereits Calais erreicht hatten, den Feind auf den drei Landfronten von der Außenwelt ab. Luft- und Seestreitkräfte, Sturzkampfbomber und Schnellboote sperrten die vierte Front, die Seeflanke, so gut wie völlig ab. Sie hielten die Kanalhäfen unter Feuer, sandten Transporter und Zerstörer auf den Grund des Meeres und dehnten ihre Bombenflüge bis über die Ausladehäfen an der Südküste Englands aus. Nach achtzehn Kriegstagen kapitulierte der König der Belgier mit seinem Heer. Die eingeschlossenen französischen Armeen, der Kern der Wehrmacht Frankreichs, lösten sich allmählich auf. Das englische Landungskorps ließ Waffen und Munition, Gerät und Fahrzeuge im Stich, um von Dünkirchen aus das rettende Heimatufer zu erreichen. Die größte Vernichtungsschlacht der Weltgeschichte war geschlagen. 1,2 Millionen Gefangene und unübersehbares Kriegsgerät waren die Beute unseres Sieges in Holland, Belgien und Nordfrankreich.

Der zweite Teil des Kampfes in Frankreich begann mit der Fortführung der Operationen in der Richtung zur Seine und zur Marne. Der rechte Heeresflügel und die Heeresmitte hatten die neugeschaffene Weygand-Linie (nach dem neuen französischen Oberbefehlshaber genannt) auf dem Südufer von Somme und Aisne zu durchbrechen. Hart tobten die Kämpfe um die Flußübergänge;



Die Schlacht in Frankreich

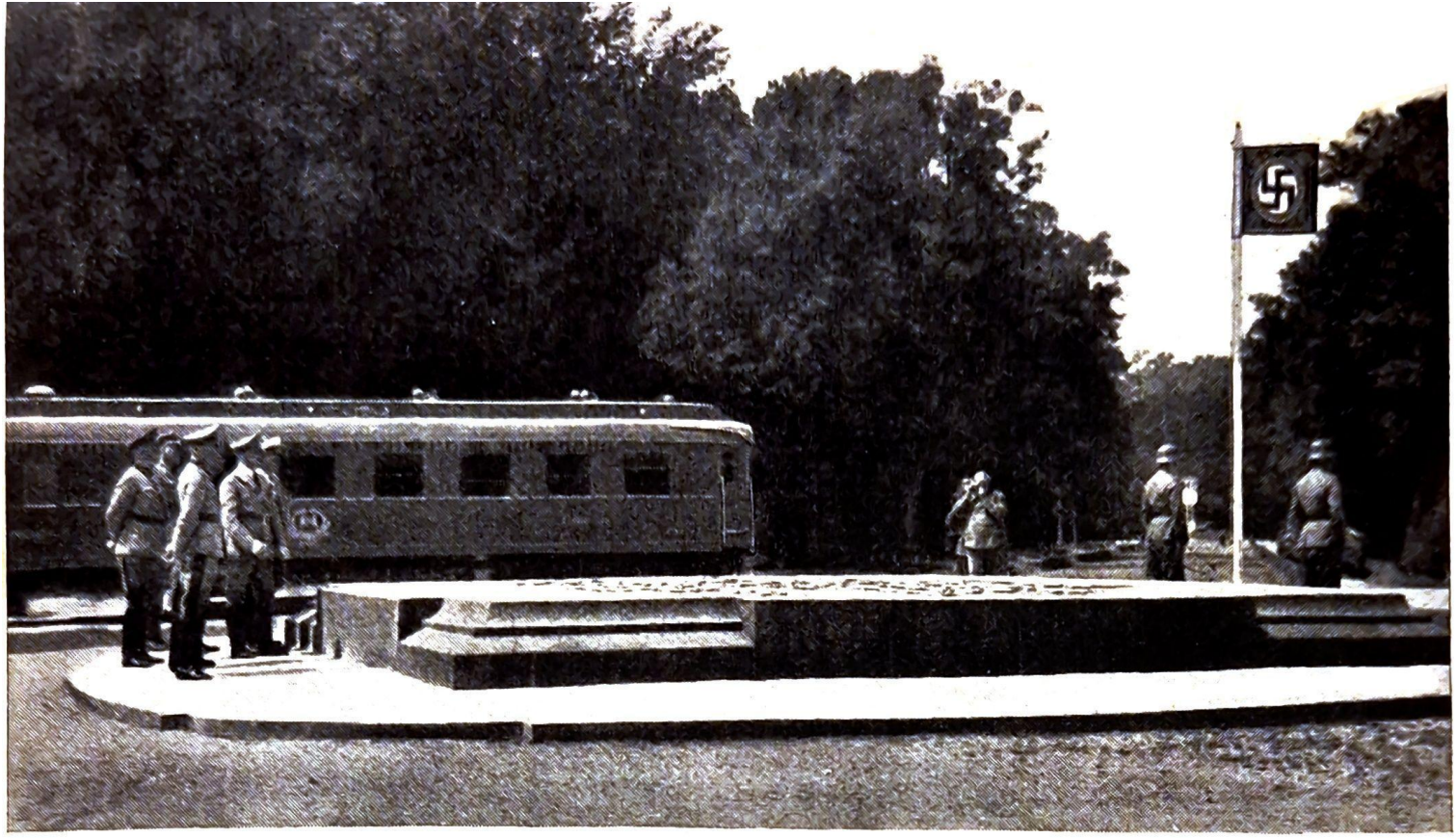
aber „angeeifert durch das Vorbild zahlloſer Offiziere und Unteroffiziere ſowie tapferer einzelner Männer, wurde die Infanterie ſelbſt in ſchwerſten Situationen immer wieder vorwärtsgeriſſen“ (Adolf Hitler). Die Seine wurde unterhalb Paris überſchritten, die Kriegshäfen von Cherbourg und Breſt wurden erobert. Darauf fiel die Hauptſtadt ſelbſt den vorgehenden Truppen nach leichtem Kampfe in die Hand (16. Juni).

Die Brechung des feindlichen Widerſtandes an der Aisne machte den Weg frei für den Durchbruch zur Schweizer Grenze. Wieder wurden ſtarke deutſche Panzergruppen eingeſetzt, den Erfolg der Infanterie auszuweiten. Unbekümmert um ungedeckte Flanken,

stürmten Panzer und Infanterie fast Seite an Seite — wie einst die germanische Heersäule des Eberkopfes — tief in den Feind. Die eine Gruppe stieß auf die Loire vor, die andere marneaufwärts über Dijon bis an die Schweizer Grenze. Die in der Maginotlinie stehenden Feindkräfte waren eingekreist. Als dann diese „unüberwindbare Stellung" noch im Frontalangriff durchbrochen wurde, kam es zur größten Waffenstreckung dieses Westkrieges. Der Oberbefehlshaber der französischen Heeresgruppe Ost mit insgesamt 600000 Mann — zum großen Teil „schwarze Franzosen" — und dem gesamten Kampfgerät der Maginotlinie fiel in Gefangenschaft. Die Festung Verdun — Sinnbild französischer Widerstandskraft im Weltkrieg — mußte sich nach zweitägigem Kampf ergeben. Auch auf dem Münster in Straßburg wehte wieder die deutsche Flagge.

„Diese Operationen wurden gekrönt durch den nunmehr allgemein einsetzenden Vormarsch aller deutschen Armeen, an der Spitze wieder die unvergleichlichen Panzer- und Motordivisionen des Heeres" (Adolf Hitler). Dabei stieß der linke Flügel in Richtung auf Marseille, der rechte in Richtung auf Bordeaux und die spanische Grenze hin vor, um die Auflösung der Reste der französischen Streitkräfte zu vollenden. Gleichzeitig ging Italien, das nach dem deutschen Durchbruch über die Aisne (10. Juni) in den Krieg eingetreten war, zwischen Montblanc und Riviera gegen die französischen Stellungen vor.

Sechs Wochen nach Beginn des Feldzuges war Frankreich zusammengebrochen: Marschall Pétain bat um Waffenstillstand. Die Bedingungen wurden der französischen Abordnung am 21. Juni in Gegenwart des Führers im alten Eisenbahnwagen des Marschalls Foch im Walde von Compiègne vom Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaloberst Keitel, übergeben, „um durch diesen Akt einer wiedergutmachenden Gerechtigkeit — einmal für immer — eine Erinnerung zu löschen, die für Frankreich kein Ruhmesblatt in seiner Geschichte war, vom deutschen Volk aber als tiefste Schmach aller Zeiten empfunden wurde". Als Zweck der deutschen Forderungen wurde bezeichnet: „1. eine Wiederaufnahme des Kampfes zu verhindern; 2. Deutschland alle Sicherheiten zu bieten für die ihm aufgezwungene Weiterführung des Krieges gegen England sowie 3. die Voraussetzungen zu schaffen für die Gestaltung eines neuen Friedens, dessen wesentlicher Inhalt die Wiedergutmachung des dem Deutschen Reich mit Gewalt angetanen



Der Führer in Compiègne

Unrechts sein wird." Nachdem auch die italienischen Bedingungen unterzeichnet waren, trat der Waffenstillstandsvertrag am 25. Juni 1.35 Uhr nachts in Kraft. Die deutschen Gefangenen mußten zurückgegeben, das französische Heer aufgelöst werden, und bis zum Ende des Krieges gegen England bleiben große Teile Frankreichs — vor allem die gesamte Kanal- und Atlantikküste — von deutschen Truppen besetzt. Der Krieg in Frankreich war damit beendet.

England, das die Franzosen im Stiche gelassen hatte, schloß Frankreich in die Blockade ein, brachte französische Schiffe auf, überfiel einen Teil der Kriegsflotte des ehemaligen Verbündeten in Oran und suchte mit Hilfe des Generals de Gaulle, der sein Volk verriet, die französischen Besitzungen in Westafrika an sich zu reißen. Unter der Führung des greisen Marschalls Pétain, der für die Dauer der Besetzung Vichy zur Hauptstadt wählte, nähert sich Frankreich dem autoritären Staatsgedanken.

Wenige Wochen nach dem Waffenstillstand ehrte der Führer „die gesamte Wehrmacht des nationalsozialistischen Großdeutschen Reiches" durch die Beförderung der verdientesten militärischen Führer. Hermann Göring wurde Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches und erhielt das Großkreuz des Eisernen Kreuzes.

Deutsche Sturzkampf-Einsitzer

Noch einmal warnte der Führer England vor einer Fortsetzung des Krieges. Doch verblendet glaubt dieses, das deutsche Volk durch nächtliche Bombenabwürfe auf friedliche Städte und Dörfer zermürben zu können. Deutschland antwortet mit fast ununterbrochenen Einflügen, besonders in Süd- und Mittelengland, mit Zerstörung von Hafenanlagen und Rüstungsbetrieben, mit einer verschärften Gegenblockade durch Luft- und Seeangriffe auf englische Geleitzüge. Gleichzeitig nahm Italien den Kampf gegen England im Mittelmeer und Nordafrika auf.

Um einer Ausweitung des englischen Krieges entgegenzuwirken und die Neuordnung Europas unter Führung der Achsenmächte, der Ostasiens unter Führung Japans vorzubereiten, schlossen Deutschland, Italien und Japan den Dreimächtepakt (27. Sept. 1940), und bald traten Ungarn, Rumänien und die Slowakei diesem bei.

Das deutsche Volk weiß, daß es — wie in allen großen Entscheidungen seiner Geschichte — nicht einfach um Sieg oder Niederlage geht, sondern um Sein oder Nichtsein. Ja es weiß, daß es im Kampf gegen England nicht nur sein eigenes Leben verteidigt, sondern ringt um eine gerechte Neuordnung Europas zum Segen aller Völker des Erdteils. Es ist aufgebrochen, das Reich von neuem zu gewinnen.

Nachweis der Aussprüche des Führers

MK = Hitler, Mein Kampf — RHK = Die Reden Hitlers als Kanzler, Eher Nf., München — RPT = Reichsparteitag — RT = Reichstag — B, AHR = Boepple, Adolf Hitlers Reden, Dtsch. Volksverl. München.

S. 8: Die Reichsregierung ging aber nicht „mit Minenwerfern . . .“ MK 589 — S. 60: Wenn aber 60 Millionen Menschen . . . 4. 5. 23, nach B, AHR, 65 — S. 61: Jeder sogenannte passive Widerstand . . . MK 778 — S. 69: Die Scham der Empörung . . . MK 225 — . . . grub den brennenden Kopf in die Decke . . . MK 223 — . . . wie alles persönliche Leid . . . MK 223 — . . . beschloß, Politiker zu werden . . . MK 225 — S. 70: Als die letzte These . . . MK 405 — S. 71: Ein Symbol ist dies wahrlich. Nicht . . . MK 456f. — S. 73: Die nationale Revolution . . . nach Ganzer, Der 9. November 1923, Langen/Müller, München, S. 30 — S. 74/75: Sämtlich: 27. 4. 1924 vor dem „Volksgericht“ in München: Kann jemand sagen, die Revolution . . . nach B, AHR 113 — Ich klage an Ebert, Scheidemann und . . . nach B, AHR 115 — Die Tat des 8. November . . . nach B, AHR 121 — S. 75: Nicht Sie, meine Herren, sprechen . . . nach B, AHR 122 — S. 120: Wir wollen wieder herstellen . . . 21. 3. 33 in Potsdam, nach RHK 12 — S. 123: . . . daß die Nation nicht besteht durch die . . . Rede d. Führers 1. 5. 33, Tempelhofer Feld — Kopf- und Handarbeiter dürfen niemals . . . Rede d. Führers 1. 5. 33, Tempelhofer Feld — S. 126: . . . wurden insgesamt 384 Seefahrten . . . Rede d. Führers 20. 2. 38, RT — Wann ist jemals für den Arbeiter . . . Rede d. Führers 20. 2. 38, RT — S. 128: . . . ob hochgeboren und reich, ob arm oder . . . Rede d. Führers 1. 5. 33, Tempelhofer Feld, nach RHK — . . . die allgemeine gleiche Arbeitsdienstpflicht . . . Rede d. Führers 1. 5. 33, Tempelhofer Feld, nach RHK — S. 132: Inmitten der schlummernden Grenadiere seiner . . . Weiherede d. Führers b. d. Beisetzung Hindenburgs am Tannenberg-Denkmal, 7. 8. 34 — . . . wenigstens einmal in jedem Jahre dem Volk . . . Rede d. Führers 26. 2. 34, München — S. 134: . . . der Appell schlecht aus, dann soll keiner . . . Rede d. Führers 26. 2. 34 vor der Alten Garde, München — . . . das Senfkorn der nationalsozialistischen Idee . . . Schlußansprache d. Führers, RPT, Nürnberg, 10. 9. 34 — S. 136: Alle anständigen Deutschen . . . Schlußansprache an den Kongreß 10. 9. 34, Nürnberg — S. 137: Die Voraussetzung zu einer wahren . . . Rede d. Führers 20. 2. 30, RT — S. 149: Was sich auch die Völker im einzelnen an . . . Rede auf der Kulturtagung RPT in Nürnberg 1937 — S. 156: Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage . . . 17. 5. 33, RT, nach RHK 54 — S. 157: Die tiefste Wurzel dieses Elends aber liegt . . . 17. 5. 33, RT — . . . ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische . . . 17. 5. 33, RT — S. 159: Die Wahrung der Ehre und Sicherheit . . . 16. 3. 35, Berlin — . . . als ob weder die Völkerbundssatzung noch der . . . 7. 3. 36, RT — . . . die volle und uneingeschränkte Souveränität des

... 7. 3. 36, RT — S. 160: In dieser geschichtlichen Stunde, da in den ... 7. 3. 36, RT — Ich ziehe ... die deutsche Unterschrift ... 30. 1. 37, RT — S. 161: Deutschland hat niemals Kolonien ... 30. 1. 37, RT — So sehr wir am Frieden hängen, so sehr hängen ... Und so sehr ich der Welt die Versicherung von der aufrichtigen ... 20. 2. 38, RT — S. 164: Wir sind nicht im Völkerbund, weil wir ... 20. 2. 38, RT — S. 165: Der nationalsozialistische Rassengedanke ... 30. 1. 34, RT — S. 167: Die staatsrechtliche Trennung vom Reich ... 20. 2. 38, RT — S. 168: Allein so wie England seine Interessen ... 20. 2. 38, RT — S. 170: ... durch eine wirkliche Volksabstimmung ... 19. 3. 38, RT — S. 171: Jahrhundertelang haben sich in den unruhevollen Zeiten ... 15. 3. 38 auf dem Heldenplatz in Wien — ... daß in diesen großen geschichtlichen Stunden ... 19. 3. 38, RT — ... den äußerlich nunmehr vollendeten Zusammenschluß ... 19. 3. 38, RT — S. 172: Sämtlich 19. 3. 38, RT — S. 174: Als Wahrer der Reichsinteressen ernennt der ... Erlaß d. Führers über d. Errichtung d. Protektorates Böhmen und Mähren v. 16. 3. 39, Art. 5, Ziff. 1, Nr. 76, 17. 3. 39, S. 175 — S. 175: ... den Dank aus für ... Rede d. Führers 23. 3. 39, Memel, VB Nr. 84, 25. 3. 40 — ... in der Publizistik und offiziell die Auffassung ... 28. 4. 39, RT, VB Nr. 119, 29. 4. 39 — Abkommen als durch Polen einseitig verletzt ... 29. 4. 39, RT, VB Nr. 119, 29. 4. 39 — S. 176/77: Ich verlange von keinem deutschen Mann etwas anderes ... 1. 9. 39, RT — S. 178/79: Das deutsche Soldatentum hat sich den Lorbeerkranz ... 6. 10. 39, RT, VB Nr. 203, 21. 7. 40 — S. 180: ... haben in diesem ... Appell einen gefährlichen ... 19. 7. 40, RT — S. 181: Sämtlich: 19. 7. 40, RT — S. 184: ... angeeifert durch das Vorbild zahlloser Offiziere und ... 19. 7. 40, RT — S. 185: Diese Operationen wurden gekrönt durch ... 19. 7. 40, RT — ... um durch diesen Akt einer ... 19. 7. 40, RT — 1. eine Wiederaufnahme des Kampfes zu ... Präambel zum Waffenstillstandsvertrag vom 21. 6. 40 — S. 186: Sämtlich: 19. 7. 40, RT.

Quellenverzeichnis der Bilder

(Die Zahlen geben die Seiten an)

Associat. Preß-Photos, Berlin: 118 — Atlantik-Photo: 38 — F. Bruckmann, München: 39 (Aus: Das Antlitz der Grenzlande) — Prof. A. Fischer: 112 — Fr. Grainer: 21 u. — A. Groß: 2 o, 2 u, 9, 18 — Hoffmann: 71, 72, 75, 76, 103, 120, 126, 133, 151, 158, 186 — Presse-Bild-Zentrale, Berlin: 10, 14, 17, 21 o, 58 u, 103, 105 — Reichsparteitag-Film: 163 — Reimesch-Berlin: 48 o — Scherl Bilderdienst: 11, 12, 19, 20, 23, 26, 28, 37, 48 u, 50, 56, 57, 58 o, 59, 63, 65, 73, 85, 89, 93, 97, 98, 109, 111, 113, 114, 121, 125, 129 — R. Sennecke: 21 o, 130 — Techno-Photogr. Archiv, Berlin: 124 — Dr. P. Wolff: 150.

Die Jahre I–IV
des nationalsozialistischen Staates

Grundlagen und Gestaltung / Urkunden des Aufbaues
Reden und Vorträge
Herausgegeben von Dr. Walther Gehl
Mit 250 Bildern u. Kartenskizzen. 839 Seiten
In Leinen 6.50 RM.

Laut Entscheidung der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums vom 24. 8. 1937 wurde das Werk in die NS.-Bibliographie aufgenommen. Der Unbedenklichkeitsvermerk wurde den einzelnen Teilen des Werkes unter dem 6. 1. 1936, 25. 11. 1935, 19. 9. 1934 und 12. 5. 1937 erteilt.

Der vorliegende Band ist eine Zusammenfassung der von Dr. Walther Gehl herausgegebenen vier Quellenbände zur Geschichte des nationalsozialistischen Staates. Die bereits in hohen Auflagen verbreiteten Einzelhefte tragen sämtlich den Unbedenklichkeitsvermerk der Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums, haben die Anerkennung aller in Frage kommenden parteiamtlichen und amtlichen Stellen gefunden und sind allgemein als wichtiges nationalpolitisches Schrifttum anerkannt. Der vorliegende Sammelband enthält ein umfangreiches, auch alle Einzelheiten berücksichtigendes Personen-, Sach- und Bildverzeichnis, das die Benutzung als Handbuch ermöglicht.

„Die von W. Gehl herausgegebenen Bücher stellen eine sorgfältig zusammengestellte Quellensammlung aus der Zeit von 1918 bis zur unmittelbarsten Gegenwart dar. Es sind unentbehrliche Handbücher, weil sie das wichtigste Material enthalten, das für das Verständnis der nationalsozialistischen Bewegung erforderlich ist und dieselbe durch eine ausgezeichnete Auswahl von Kernstellen aus Reden, Erlassen und Urkunden illustrieren. Sie geben ein voll abgerundetes Bild von der Entstehung und von den Plänen und Taten des Nationalsozialismus. Gehl kennt nicht nur die wichtigsten Reden und Erlasse, sondern beherrscht auch die ganze vielseitige Literatur auf diesem Gebiete, auf Grund deren er für jeden die Hauptforderungen des Nationalsozialismus sinnfällig und begreiflich macht." Völkischer Beobachter, Berlin

---

Verlag Ferdinand Hirt in Breslau

Das vorstehende Werk ist die Bandausgabe folgender vier Einzelbände:

Die nationalsozialistische Revolution

1. August 1914 bis 1. Mai 1933
Mit 17 Bildern und 9 Kartenskizzen. 152 Seiten
Geheftet –.65 RM., in Leinen 1.– RM.

Der nationalsozialistische Staat

1. Heft: Vom 2. Mai 1933 bis zum 12. November 1933
Mit 109 Bildern und 15 Kartenskizzen. 228 Seiten
Geheftet 1.– RM., in Leinen 1.40 RM.

2. Heft: Vom 13. November 1933 bis zum 10. September 1934
Mit 41 Bildern und 10 Kartenskizzen. 239 Seiten
Geheftet 1.20 RM., in Leinen 1.60 RM.

3. Heft: Vom 11. September 1934 bis zum 31. Januar 1937
Mit 49 Bildern und Kartenskizzen. 220 Seiten
Geheftet 1.40 RM., in Leinen 1.80 RM.

Die Bücher Walther Gehls „Die nationalsozialistische Revolution" und „Der nationalsozialistische Staat" haben sich als unentbehrliche Handbücher erwiesen. Das Gauschulungsamt der Gauleitung Sachsen der NSDAP. faßt in einem Aufsatz in der Dresdener Zeitung „Der Freiheitskampf" die übereinstimmend anerkannten Vorzüge der Bände dahin zusammen, daß sie „das wichtigste Material enthalten, das für das Verständnis der nationalsozialistischen Bewegung des vergangenen Jahres erforderlich ist, und von jedem Volksgenossen zu erschwingen sind". Der Erfolg der Bände war groß und hält ständig an.
„Die Schriften von Gehl, die mit zahlreichen Photographien versehen worden sind, bilden wohl die beste Informationsquelle über die Ziele und die Arbeit der Reichsregierung. An Hand von Vorträgen unserer Führer in Politik, Wirtschaft und Industrie bekommt der Leser einen Einblick – aus sozusagen erster Hand – in die ungeheure Arbeit, die hier von den Führern des neuen Deutschland geleistet wird." Reichssender Königsberg

Verlag Ferdinand Hirt in Breslau

Walther Gehl

Deutsche Geschichte in Stichworten

Ein geschichtliches Nachschlagebuch in knapper Form.
Trotz der Kürze des Textes eine die innere Entwicklungslinie klarlegende Gesamtdarstellung unserer Geschichte

In einem Bande:

Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 224 Seiten mit 56 Karten und graphischen Darstellungen. Bestell-Nr. 2189. Gebunden 3.– RM.

In vier Heften:

1. Von 100000 v. Chr. bis 1000 n. Chr. Mit 14 Abb. Best.-Nr. 2185. geh. –.50 RM.
2. Von 911 bis 1648. Mit 14 Abbildungen. Bestell-Nr. 2186. Steif geh. –.80 RM.
3. Von 1648 bis 1871. Mit 13 Abbildungen. Bestell-Nr. 2187. Steif geh. –.80 RM.
4. Von 1871 bis 1940. Mit 15 Abbildungen. Bestell-Nr. 2188. Steif geh. 1.— RM.

Kurzausgabe. Best.-Nr. 2191. 96 S. mit 14 Kart. Steif geh. RM. 1.—

„Gehl hat es fertig bekommen, einen neuen Typ von Geschichtswerk zu schaffen, der sich durch Knappheit und zugleich Bestimmtheit auszeichnet und doch nicht der Gefahr einer bloßen Anhäufung von Daten und Schlagwörtern verfällt. Das deutsche Volk ist die Entwicklungseinheit, die durch die verschiedenen Stufen ihres Werdens und in ihren verschiedenartigen Verwirklichungen auf allen Gebieten des Kulturlebens verfolgt wird. Stark treten rassenkundlich biologische Geschichtspunkte in Verbindung mit bevölkerungspolitischen Beobachtungen hervor. Die neueste Zeit ist – entsprechend den für den Geschichtsunterricht geltenden Bestimmungen, die auch sonst durchweg als Richtschnur spürbar sind – ausführlich berücksichtigt worden, bis zum Anschluß Sudetendeutschlands an das Reich. Ein besonderes Lob verdienen die zahlreichen Skizzen, sowohl wegen ihrer klaren Herausarbeitung der wesentlichen Kräfte und Umstände als auch wegen der geschickten Einarbeitung der geographischen Voraussetzungen. Diese Art darf als vorbildlich bezeichnet werden." Der Zeitspiegel

Geschichte der Antike in Stichworten

40 Seiten mit 9 Karten. Bestell-Nr. 2190. Steif geh. -.60 RM.

„Der Band gibt uns raschestens Aufschluß über die wichtigsten Daten von den ureuropäischen Wurzeln der vorderasiatischen Kulturen bis zur Begründung der mittelalterlichen Weltanschauung durch Augustin, über Menschen und Völker, ihre Geschichte und Wirtschaft, ihre Rasse und ihre geistige Entwicklung usw." Neue Augsburger Zeitung

---

Verlag Ferdinand Hirt in Breslau

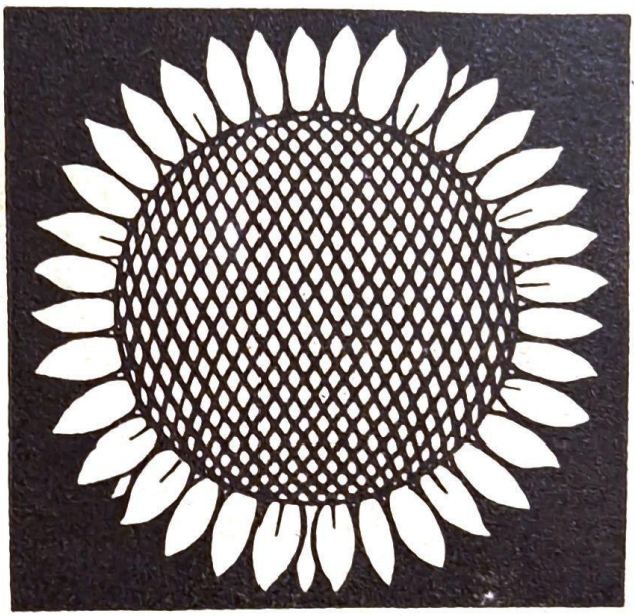
Das deutſche Volk und vor allem die deutſche Jugend haben die Pflicht, das Werden des nationalſozialiſtiſchen Staates durch Krieg und Nachkriegszeit, ſeine Grundlagen und ſeinen Aufbau kennenzulernen. Dr. Walther Gehl — durch ſeine früheren Arbeiten und den Kampf der alten Syſtemparteien gegen ihn hinreichend bekannt und durch die Herausgabe der Quellenbücher zur Geſchichte des Nationalſozialismus mit dem geſamten Stoff vertraut — hat mit ſeinem neuen Buch „Der Deutſche Aufbruch" die große Aufgabe übernommen, ein volkstümliches Werk über die Jahre 1918—1940 zu ſchreiben.

Faſt zwei Drittel der Darſtellung behandeln die Syſtemzeit. Der Verfaſſer hielt es für notwendig, den Zerfall von Volk und Staat in allen Urſachen und Wirkungen, die Krankheit, die den deutſchen Volkskörper immer ſtärker gefährdete, in allen Stadien eindringlich vor Augen zu führen. Er weiß äußeres Geſchehen und innere Beweggründe in ihrer unlösbaren Verflechtung darzuſtellen und die volkszerſtöreriſche Arbeit der drei verderblichen Mächte, Judentum, Marxismus und Zentrum, aufzuzeigen. Gehl ſchreibt nicht nur politiſche oder Geiſtes- oder Wirtſchaftsgeſchichte, ſondern betrachtet alle dieſe Einzelkräfte als Ganzes.

Eine reiche Fülle von Bildern entſcheidender Männer und geſchichtlicher Ereigniſſe ſowie graphiſche Darſtellungen, die politiſche, wirtſchaftliche und kulturliche Fragen veranſchaulichen, ſind auch dieſem Gehl-Bande wieder beigegeben. Der Preis iſt niedrig bemeſſen. So ſind alle Bedingungen für ein wirkliches Volksbuch erfüllt.

Das deutſche Volk und vor allem die deutſche Jugend haben die Pflicht, das Werden des nationalſozialiſtiſchen Staates durch Krieg und Nachkriegszeit, ſeine Grundlagen und ſeinen Aufbau kennenzulernen. Dr. Walther Gehl — durch ſeine früheren Arbeiten und den Kampf der alten Syſtemparteien gegen ihn hinreichend bekannt und durch die Herausgabe der Quellenbücher zur Geſchichte des Nationalſozialismus mit dem geſamten Stoff vertraut — hat mit ſeinem neuen Buch „Der Deutſche Aufbruch" die große Aufgabe übernommen, ein volkstümliches Werk über die Jahre 1918—1940 zu ſchreiben.

Faſt zwei Drittel der Darſtellung behandeln die Syſtemzeit. Der Verfaſſer hielt es für notwendig, den Zerfall von Volk und Staat in allen Urſachen und Wirkungen, die Krankheit, die den deutſchen Volkskörper immer ſtärker gefährdete, in allen Stadien eindringlich vor Augen zu führen. Er weiß äußeres Geſchehen und innere Beweggründe in ihrer unlösbaren Verflechtung darzuſtellen und die volkszerſtöreriſche Arbeit der drei verderblichen Mächte, Judentum, Marxismus und Zentrum, aufzuzeigen. Gehl ſchreibt nicht nur politiſche oder Geiſtes- oder Wirtſchaftsgeſchichte, ſondern betrachtet alle dieſe Einzelkräfte als Ganzes.

Eine reiche Fülle von Bildern entſcheidender Männer und geſchichtlicher Ereigniſſe ſowie graphiſche Darſtellungen, die politiſche, wirtſchaftliche und kulturliche Fragen veranſchaulichen, ſind auch dieſem Gehl-Bande wieder beigegeben. Der Preis iſt niedrig bemeſſen. So ſind alle Bedingungen für ein wirkliches Volksbuch erfüllt.

Hirt's
Deutsche Sammlung